Die Wahrheit über von Weizsäcker

Die Wahrheit über von Weizsäcker

Bilder und Dokumente

DSZ

Dr. Fritz von Randow (Herausgeber)

Die Wahrheit über von Weizsäcker

Dr. Fritz von Randow

Die Wahrheit über von Weizsäcker

DSZ Verlag

© 1986 by DSZ-Verlag GmbH, München.
Alle Rechte bleiben vorbehalten.
Gesamtherstellung: Druckhaus Waiblingen.
Printed in Germany.

ISBN 3-925 924-01-9

Vorwort des Herausgebers

Anlaß zu diesem Buch gibt die ständige Vergangenheitsbewältigung des Bundespräsidenten. Richard von Weizsäcker läßt keine Gelegenheit aus, unrühmliche Geschehnisse der Zeit zwischen 1933 und 1945 in den Mittelpunkt seiner öffentlichen Verlautbarungen zu stellen. Bei der internationalen Zusammenkunft der Germanisten im Jahr 1985 schaffte es der Bundespräsident sogar, eine Verbindungslinie zwischen Goethe und Hitler zu ziehen: Der Klassiker deutscher und abendländischer Dichtkunst habe oft von jener Anhöhe aus ins thüringische Land geschaut, auf welcher später das Konzentrationslager Buchenwald errichtet worden sei. 1985 bezeichnete von Weizsäcker den 8. Mai 1945, das Datum der schlimmsten deutschen Niederlage dieses Jahrhunderts und zugleich Beginn des Leidens für Millionen, als „Tag der Befreiung".

Richard von Weizsäcker verteidigt andererseits mit Vehemenz seinen eigenen Vater, der in der Hierarchie des Dritten Reiches ganz oben stand. Seit den Tagen des alliierten Kriegsverbrecherprozesses gegen Ernst von Weizsäcker, in dem der Sohn als Hilfsverteidiger auftrat, wehrt Richard von Weizsäcker jeden Anwurf gegen seinen Vater ab und hält ihn für unschuldig.

Hierin aber liegt der Grundwiderspruch des Bundespräsidenten: Wie kann er dem gesamten deutschen Volk, Nachkriegsgenerationen eingeschlossen, „Kollektivverantwortung" zuschanzen, während er seinen Vater, der stellvertretender Außenminister des Hitlerschen Reiches und Brigadeführer im Persönlichen Stab des Reichsführers SS Heinrich Himmler war, für vollkommen unschuldig erklärt?

Zweifellos ehrt es Richard von Weizsäcker, daß er seinen Vater verteidigt. Man wünscht sich vom Bundespräsidenten jedoch, daß er künftig auch die Funktion des Rechtsanwalts für Deutschland einnimmt.

Der folgende Überblick zur Geschichte des Bundespräsidenten und seiner Familie, angereichert mit zahlreichen Originaldokumenten, richtet sich nicht nur an die Fachwelt, sondern auch an interessierte Laien.

Die Herausgabe des Buches ist verknüpft mit dem Appell an Richard von Weizsäcker, diesem außergewöhnlichen Sproß einer bemerkens-

werten Familie, stets der Verpflichtung eingedenk zu sein, den Nutzen des Deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.
Herr von Weizsäcker war Offizier im I.R.9 Potsdam; der Herausgeber Offizier im I.R.4 Kolberg, in dessen Annalen die großen Soldaten Feldmarschall von Bock und Polach als Regimentskommandeur und Feldmarschall von Manstein als Kommandeur des Jäger-Btl. verzeichnet stehen.
Beide Regimenter haben, wie alle Wehrmachtteile einschließlich der Waffen-SS, vorbildlich und ehrenvoll gekämpft, aber nicht für den Nationalsozialismus, sondern für ihre Familien, für die Heimat und für das deutsche Vaterland.
Die Ehre aller Soldaten gebietet es festzustellen, daß sie mit Untaten krimineller Art nichts zu tun haben und weder rechtlich noch moralisch in irgendeiner Kollektivverantwortung stehen und damit frei von jedem Schuldgefühl sind, wie es fälschlich in der Öffentlichkeit ständig zu hören ist.

München im November 1986

Dr. jur. Fritz von Randow

Einleitung

Die Familie, der der Bundespräsident entstammt, hat eine Anzahl bemerkenswerter Persönlichkeiten hervorgebracht, die eine prominente Rolle in Deutschland spielten:
Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder Richard von Weizsäckers, wurde 1945 von den Alliierten als „Hitlers Atombombenforscher" interniert. Er galt den Feinden als gefährlicher Wegbereiter einer deutschen Atombombe. In seiner berühmten Aufforderung an US-Präsident Roosevelt zum Bau einer amerikanischen Atombombe wies Albert Einstein ausdrücklich warnend auf Carl Friedrich von Weizsäckers Wirken im Deutschen Reich hin. Der Bruder des Bundespräsidenten machte später geltend, den Bau der deutschen Atombombe sabotiert zu haben. Hätten er und seine Kollegen es gewollt, hätte Deutschland den Krieg gewinnen können, behauptet er.
Carl Friedrich von Weizsäcker gilt heute als Friedensforscher. 1979 wurde er von der SPD zum Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen. 1983 zählte er zum Beraterstab des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel.
Ernst von Weizsäcker, der Vater des Bundespräsidenten und des Atombomben- bzw. Friedensforschers, wurde von den Allierten 1947 als „Kriegsverbrecher" und „Nazi-Diplomat" eingesperrt. Im sogenannten Wilhelmstraßenprozeß, einem der alliierten Tribunale gegen die „Kriegsverbrecher", wurde Ernst von Weizsäcker wegen des Vorwurfs, an Judendeportationen beteiligt gewesen zu sein, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Infolge des „Kalten Krieges" und des sich abzeichnenden deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der nordatlantischen Allianz kam auch Ernst von Weizsäcker in den Genuß der Amnestie von 1950. Als Schwerkranker verließ er das berüchtigte alliierte Foltergefängnis von Landsberg/Lech. 1951 verstarb der Vater des Bundespräsidenten.
Ernst von Weizsäcker hatte schon dem Kaiserreich in einer führenden Funktion gedient. Er war in der letzten Phase des 1. Weltkrieges Verbindungsoffizier der Seekriegsleitung bei der Obersten Heeresleitung und hatte seinen Amtssitz am Hauptquartier Hindenburgs und Ludendorffs. Der Weimarer Republik diente der Vater des Bundespräsidenten als Diplomat und als Abgesandter bei internationalen Konfe-

renzen. 1937 wurde er Leiter der Politischen Abteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, 1938 Staatssekretär des deutschen Außenministeriums; er fungierte also als „zweiter Mann" hinter Reichsminister Joachim von Ribbentrop, den die Alliierten am 16. Oktober 1946 in Nürnberg henkten. 1943 wurde Ernst von Weizsäcker Botschafter des Deutschen Reiches beim Vatikan.
Als Mitglied Nummer 4 814 617 hatte E. v. Weizsäcker sich 1938 der NSDAP angeschlossen, als Mitglied Nummer 293 291 war der Vater des Bundespräsidenten bei der SS registriert. Er bekleidete den Rang eines Brigadeführers (entsprach dem Rang eines Generalmajors) im Persönlichen Stab des Reichsführers SS Heinrich Himmler.
Brigadeführer im Stab des Reichsführers SS war auch Ernst von Kretschmann, Onkel der Gattin des Bundespräsidenten. Der Träger des Pour le mérite Kriegsklasse und Führer der Kyffhäuser-Bewegung fiel bei Ende des Zweiten Weltkrieges in die Hände der Sowjets. Am 13. September 1945 erlag Ernst von Kretschmann im sowjetischen Konzentrationslager Hohenschönhausen den Folgen schwerer Folterungen. Er wurde 71 Jahre alt.
Ein weiterer Onkel des Bundespräsidenten, Viktor von Weizsäcker, erlebte das Kriegsende 1945 im Konzentrationslager der US-Armee. Er galt als führender deutscher Neurologe und Medizin-Philosoph. 1940 war sein Hauptwerk „Gestaltkreis" erschienen.
Ein zweiter Bruder des Präsidenten-Vaters, Carl Weizsäcker, diente als Legationsrat im deutschen Auswärtigen Amt. Er fiel 1914.
Richard von Weizsäckers Großvater Carl hatte von 1906 bis 1918 das Amt des württembergischen Ministerpräsidenten inne. 1916 wurde er in den erblichen Freiherrnstand erhoben. Richard von Weizsäckers Urgroßvater Karl Heinrich war ein berühmter protestantischer Theologe, der eine bedeutende Übersetzung des Neuen Testaments schuf. Er wurde 1861 in den persönlichen Adelsstand erhoben.
Als weitere hervorstechende Persönlichkeiten aus der Familie des Bundespräsidenten sind zu nennen: Julius Ludwig Friedrich Weizsäcker, der Bruder des Urgroßvaters. Er war im 19. Jahrhundert ein angesehener Historiker und amtierte als Herausgeber der Reichstagsakten.
Die Großmutter des Bundespräsidenten (väterlicherseits) war die Tochter des Rechtsprofessors Viktor von Meibom, Reichsgerichtsrat in Leipzig. Der Großvater des Bundespräsidenten (mütterlicherseits) war der Generaladjutant des württembergischen Königs, General Fritz von Graevenitz, der als württembergischer Militär-Bevollmäch-

tigter bis 1918 dem deutschen Hauptquartier angehörte. Ein Onkel Richard von Weizsäckers war der renommierte Bildhauer Fritz von Graevenitz.
Die Schwägerin Richard von Weizsäckers, die Historikerin Gundalena Wille, die Carl Friedrich von Weizsäcker 1937 ehelichte, ist die Tochter des Schweizer Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille, der im Ersten Weltkrieg als Oberbefehlshaber des Schweizerischen Heeres fungierte.
Schließlich der Bundespräsident selbst. Er absolvierte in der Großdeutschen Wehrmacht eine erstaunliche Karriere und brachte es binnen relativ kurzer Zeit zum Regimentsadjutanten, was für einen Nichtberufssoldaten ungewöhnlich war.
Zeitweise diente Richard von Weizsäcker am Sitz des Oberkommandos des Heeres in Mauerwald bei Lötzen/Ostpreußen. Er fungierte dort als Ordonnanzoffizier beim Oberquartiermeister und als „rechte Hand" sowie als Büroleiter des Generals Matzky, der im Oberkommando des Heeres für Feindbeobachtung und Militärattachés zuständig war. Bei Kriegsende entkam Richard von Weizsäcker knapp den Sowjets, während seine Regimentskameraden den Todesmarsch in den Archipel Gulag antreten mußten. Am 8.Mai 1945 hielt er sich auf dem Anwesen seiner Schwester am Bodensee versteckt, um der Gefangennahme durch französische „Befreier" zu entgehen.
Während des Wilhelmstraßenprozesses wirkte Richard von Weizsäcker als Hilfsverteidiger seines Vaters. In den 50er und 60er Jahren war er in der Industrie tätig. Dann entschied er sich für die Laufbahn eines Politikers und wurde in den folgenden Jahren vor allem vom damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und jetzigen Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt. Kohl bejahte auch Richard von Weizsäckers erste Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten im Jahre 1968. 1969 verschaffte er ihm einen Spitzenplatz auf der Landesliste Rheinland-Pfalz der CDU zur Wahl des Deutschen Bundestages.
Von 1981 bis 1984 amtierte Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister von Berlin. Am 23. Mai 1984 erfolgte seine Wahl zum sechsten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

Chronik der Familie Weizsäcker

1822: Karl Heinrich Weizsäcker, Großvater des Ernst von Weizsäcker, Urgroßvater des Richard von Weizsäcker, wird in Öhringen/ Hohenlohe als Pfarrerssohn geboren. Er macht sich als protestantischer Theologe einen Namen.

1828: Julius Ludwig Friedrich Weizsäcker, Bruder des Karl Heinrich Weizsäcker, kommt zur Welt. Er wird ein angesehener Historiker.

1831: Christian Ludwig Friedrich Weizsäcker, protestantischer Pfarrer in Öhringen, Vater des Karl Heinrich Weizsäcker und des Julius Ludwig Friedrich Weizsäcker, stirbt.

1853: Carl Weizsäcker, Vater des Ernst von Weizsäcker und Großvater des Richard von Weizsäcker, kommt in Stuttgart zur Welt. Er bekleidet von 1906 bis 1918 das Amt des württembergischen Ministerpräsidenten.

1861: Karl Heinrich Weizsäcker wird in den persönlichen Adelsstand versetzt.

1867: Karl Heinrich von Weizsäcker wird Rektor der Universtiät Tübingen.

1875: Karl Heinrich von Weizsäckers Übersetzung des Neuen Testaments erscheint in erster Auflage. 1937 erscheint die 12. Auflage.

25. Mai 1882: Ernst Weizsäcker, Vater des Richard von Weizsäcker und des Carl Friedrich von Weizsäcker, wird in Stuttgart geboren. Die Mutter Ernst Weizsäckers ist eine geborene von Meibom. Ihr Vater, Viktor von Meibom, war Rechtsprofessor in Tübingen und fungierte später als Reichsgerichtsrat in Leipzig.

21. April 1886: Viktor von Weizsäcker, Bruder des Ernst von Weizsäcker und Onkel des Richard von Weizsäcker, kommt in Stuttgart zur Welt. Er wird ein bedeutender Wissenschaftler.

1889: Julius Ludwig Friedrich Weizsäcker, Großonkel des Ernst von Weizsäcker, stirbt (geb. 1828). Er war seit 1881 Professor an der Universität Berlin und Herausgeber der Reichstagsakten.

8. August 1889: Marianne von Graevenitz, Gattin des Ernst von Weizsäcker, Mutter des Richard von Weizsäcker, wird geboren. Ihr Vater, General Fritz von Graevenitz, gehörte als württembergischer Militär-Bevollmächtigter bis 1918 dem deutschen Hauptquartier an. Ihr Bruder war der berühmte Bildhauer Professor Fritz von Graevenitz.

1890: Karl Heinrich von Weizsäcker wird Kanzler der Universität Tübingen.

13. August 1899: Karl Heinrich von Weizsäcker stirbt in Tübingen.

April 1900: Ernst Weizsäcker, Vater des Richard von Weizsäcker, beginnt als Seekadett seinen Dienst bei der Kriegsmarine.

1900: Carl Weizsäcker, Vater des Ernst von Weizsäcker, wird württembergischer Kultusminister.

1906: Carl Weizsäcker wird Ministerpräsident und Außenminister von Württemberg. Er hat dieses Amt bis 1918 inne.

Herbst 1909: Ernst Weizsäcker wird Flaggleutnant unter Flottenchef Admiral Holtzendorff (bis 1913). Er hat für Essen, Trinken und Musik bei Holtzendorffs Empfängen zu sorgen. Auch der Kaiser ist mehrmals zu Gast.

1911: Ernst Weizsäcker heiratet Marianne von Graevenitz. Das Ehepaar hat fünf Kinder. Eines starb in den ersten Lebenswochen, Sohn Heinrich fiel am 2. September 1939 im Polenfeldzug. Aus der Ehe stammen Richard von Weizsäcker, Carl Friedrich von Weizsäkker sowie Adelheid von Weizsäcker.

1912: Ernst Weizsäcker wird ins Marinekabinett unter Admiral Georg Alexander von Müller berufen.

28. Juni 1912: Carl Friedrich Weizsäcker wird in Kiel geboren.

1913: Ernst Weizsäcker wird Stabsoffizier in der Personalabteilung des Marinekabinetts (bis 1914).

1914: Viktor Weizsäcker, Bruder des Ernst Weizsäcker, Onkel des Richard Weizsäcker, wird Truppenarzt.

1914: Carl Weizsäcker, Legationsrat im Auswärtigen Amt und Bruder des Ernst Weizsäcker, gefallen. Im Ersten Weltkrieg fallen auch zwei Schwäger Ernst Weizsäckers.

1916: Ministerpräsident Carl Weizsäcker, Vater des Ernst Weizsäcker, Großvater des Richard von Weizsäcker, wird nebst seiner Familie durch König Wilhelm II. von Württemberg in den erblichen Freiherrnstand erhoben, der zur Führung der Titel der „Freiherren von" und der „Freifrauen von" berechtigt. Anlaß ist das Jubiläumsjahr des Königs.

7. April. 1916: Adelheid von Weizsäcker, Tochter des Ernst von Weizsäcker, Schwester des Richard von Weizsäcker, geboren. Sie heiratet Botho-Ernst Graf Eulenburg, der im 2. Weltkrieg fällt.

31. Mai 1916/1. Juni 1916: Ernst von Weizsäcker nimmt auf dem Flottenflaggschiff „Friedrich der Große" an der Skagerrakschlacht teil.

Juli 1918: Ernst von Weizsäcker wird Verbindungsoffizier der Seekriegsleitung bei der Obersten Heeresleitung (bis November 1918) und wirkt am Hauptquartier Hindenburgs und Ludendorffs.

Ende 1918: Ernst von Weizsäcker bearbeitet in Berlin die Wiedereingliederung von Soldaten und Offizieren in das bürgerliche Leben (bis 1919).

Juni 1919: Ernst von Weizsäcker wird Marine-Attaché im Haag (bis Februar 1920).

1920: Viktor von Weizsäcker übernimmt die Nervenabteilung der Medizinischen Klinik in Heidelberg.

25. Februar 1920: Ernst von Weizsäcker wird zur Vorbereitung auf die höhere Laufbahn ins Auswärtige Amt, Berlin, einberufen. Er fungiert als Mitglied der deutschen Delegation bei der Konferenz von Spa über die Auswirkungen des Versailler Vertrages.

15. April 1920: In einer Dachkammer des Stuttgarter Neuen Schlosses kommt Richard von Weizsäcker als Sohn des Ernst von Weizsäcker und dessen Frau Marianne, geborene von Graevenitz, zur Welt. Die Mansardenwohnung war Teil der Dienstwohnung des Vaters von Marianne von Weizsäcker, General Fritz von Graevenitz, ehemaliger Militärbevollmächtigter Württembergs und Generaladjutant des württembergischen Königs.

Dezember 1920: Ernst von Weizsäcker wird fest im auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches angestellt.

Februar 1921: Ernst von Weizsäcker beginnt seine Arbeit als Vizekonsul in der Paßstelle des deutschen Konsulates zu Basel.

Sommer 1921: Ernst von Weizsäcker wird Leiter der Paßstelle des deutschen Konsulates in Basel. Er bekleidet dieses Amt bis 1924.

1922: Ernst von Weizsäcker wird zum Konsul befördert.

1923: Viktor von Weizsäcker wird Professor für Neurologie in Heidelberg.

Ende 1924: Ernst von Weizsäcker beginnt seinen Dienst als Gesandtschaftsrat in Kopenhagen (bis 1926).

1926: Carl von Weizsäcker, Vater des Ernst von Weizsäcker, Großvater des Richard von Weizsäcker, stirbt in Stuttgart.

1927: Ernst von Weizsäcker wird zum Vortragenden Legationsrat ernannt.

Februar 1927: Ernst von Weizsäcker beginnt den Dienst als Mitglied der deutschen Delegation bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Er pendelt zwischen Berlin und Genf.

26. Januar 1928: Ernst von Weizsäcker übernimmt die Leitung des Referats Völkerbund im Auswärtigen Amt.

21. Juni 1931: Ernst von Weizsäcker wird Chef der deutschen Gesandtschaft in Oslo (Gesandter I. Klasse).

Anfang 1932: Ernst von Weizsäcker nimmt als Mitglied der deutschen Kommission an der Weltabrüstungskonferenz in Genf teil.

17. Mai 1932: Marianne von Kretschmann, spätere Gattin des Richard von Weizsäcker, wird in Essen als Tochter eines aus Hamburg stammenden Kaufmanns geboren.

1933: Carl Friedrich von Weizsäcker promoviert in Leipzig zum Dr. phil.

Anfang 1933: Ernst von Weizsäcker wird Direktor der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin.

14. Juli 1933: Ernst von Weizsäcker tritt den Dienst als Leiter der deutschen Gesandtschaft in Bern an.

1934: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Assistent am Institut für Theoretische Physik der Universität Leipzig (bei Professor Heisenberg). Er ist dort bis 1936 tätig.

1936: Carl Friedrich von Weizsäcker habilitiert sich in Leipzig und arbeitet anschließend am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie sowie am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik (u. a. zusammen mit Hahn und Meitner). Am Kaiser-Wilhelm-Institut wirkt Carl Friedrich von Weizsäcker bis 1942.

Frühjahr 1936: Ernst von Weizsäcker wird stellvertretender Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

August 1936: Viktor von Weizsäcker erhält beim Kongreß der Gesellschaft deutscher Neurologen und Psychiater in Frankfurt/Main die Erb-Medaille, höchste Auszeichnung der Gesellschaft. Er ist Direktor der Nervenklinik der Heidelberger Universität.

11. August 1936: Ernst von Weizsäcker wird kommissarischer Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (bis Mai 1937).

1937: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Privatdozent für Theoretische Physik an der Universität Berlin. Er findet die „Weizsäcker-Formel" für den Energie-Inhalt der Atomkerne.

1937: Carl Friedrich von Weizsäcker heiratet die Schweizer Historikerin Gundalena Wille. Sie ist Tochter des Schweizer Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille, der im Ersten Weltkrieg als Oberbefehlshaber des Schweizerischen Heeres fungierte. Der Ehe entstammen vier Kinder.

1937: Carl Friedrich von Weizsäckers Buch „Die Atomkerne" erscheint, eine theoretische Grundlage der Atombombe und der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

16. März 1937: Richard von Weizsäcker erhält das Abiturzeugnis des Bismarck-Gymnasiums Berlin.

18. Mai 1937: Ernst von Weizsäcker wird zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt und Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Sommer 1937: Richard von Weizsäcker geht für ein Semester nach Oxford. Im Wintersemester 1937/38 studiert er an der Universität Grenoble.

1938: Ernst von Weizsäcker wird Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Er hat die Mitgliedsnummer 4 814 617. Außerdem wird er SS-Oberführer. Seine SS-Mitgliedsnummer: 293 291.

4. Februar 1938: Joachim von Ribbentrop trägt Ernst von Weizsäcker die Übernahme des Amtes des Staatssekretärs im Außenministerium an. Zu von Weizsäckers Fürsprechern zählte vor allem Professor Albrecht Haushofer, Freund und Berater von Reichsminister Rudolf Heß.

19. März 1938: Ernst von Weizsäcker erhält seine Ernennung zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

April 1938: Richard von Weizsäcker rückt zum Arbeitsdienst an den Werbellinsee in der Schorfheide ein.

1. April 1938: Ernst von Weizsäcker übernimmt die Amtsgeschäfte als Staatssekretär.

29. September 1938: Göring, Neurath und Ernst von Weizsäcker arbeiten einen Konferenzvorschlag aus, der die Grundlage des Münchener Abkommens bildet.

Oktober 1938: Richard von Weizsäcker meldet sich zu den Fahnen des Infanterie-Regiments 9 Potsdam (als Nicht-Berufssoldat). Sein Bruder Heinrich dient beim IR 9 als Berufsoffizier.

11. November 1938: Ernst von Weizsäcker hält in Paris die Trauerrede für den von Herschel Grynszpan ermordeten deutschen Diplomaten Ernst vom Rath.

25. Juni 1939: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Carl Friedrich von Weizsäcker, geboren.

2. September 1939: Leutnant Heinrich von Weizsäcker, Sohn des Ernst von Weizsäcker, Bruder des Richard von Weizsäcker, fällt als Führer des zweiten Zuges des Infanterie-Regiments 9 im Polenfeldzug. Als er eine Handgranate werfen will, trifft ihn ein Schuß in den Hals. Der national und großdeutsch eingestellte Offizier war Mitglied des Großdeutschen Jugendbundes, der ab 1933 zur nationalsozialistischen Bewegung gehörte. Im Zweiten Weltkrieg fällt auch Ernst von Weizsäckers Schwiegersohn Botho-Ernst Graf Eulenburg, der Mann seiner Tochter Adelheid.

3. September 1939: In einem Rundtelegramm an die deutschen diplomatischen Missionen drahtet Ernst von Weizsäcker: „Dieser Verlauf Ereignisse zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch."

17. September 1939: Der Leichnam Heinrich von Weizsäckers wird nach Stuttgart übergeführt. Carl Friedrich von Weizsäcker spricht auf dem kleinen Soldatenfriedhof auf der Solitude die Abschiedsworte.

1940: „Gestaltkreis", das Hauptwerk Viktor von Weizsäckers, erscheint.

1941: Viktor von Weizsäcker übernimmt in Breslau einen Lehrstuhl für Neurologie.

Juli 1941: Richard von Weizsäcker wird erstmals verwundet.

20. Juli 1941: Richard von Weizsäcker erhält das Eiserne Kreuz II. Klasse.

1942: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Professor für Theoretische Physik an der Reichsuniversität Straßburg/Elsaß (bis 1945).

30. Januar 1942: Ernst von Weizsäcker wird SS-Brigadeführer (= Generalmajor) im Persönlichen Stab des Reichsführers SS Heinrich Himmler.

März 1942: Richard von Weizsäcker wird zum Sitz des Oberkommandos des Heeres in Mauerwald bei Lötzen/Ostpreußen (15 km entfernt vom Führerhauptquartier Wolfsschanze) berufen. Er fungiert als Ordonanzoffizier beim Oberquartiermeister und als rechte Hand sowie als Büroleiter des Generals Matzky, der im OKH für Feindbeobachtung und Militärattachés zuständig ist.

1942: Ernst von Weizsäcker gibt namens des Auswärtigen Amtes mehrfach sein Einverständnis zur Judendeportation nach Auschwitz. Im Wilhelmstraßenprozeß 1948/49 macht er geltend, er habe seinerzeit die Juden in Auschwitz sicherer aufgehoben vermutet als z. B. in Frankreich, wo es zu zahlreichen Exekutionen im Zusammenhang mit Partisanenaktionen gekommen sei.

Oktober 1942: Richard von Weizsäcker wird stellvertretender Regimentsadjutant.

9. November 1942: Ernst von Kretschmann, Onkel der späteren Gattin Richard von Weizsäckers, wird Brigadeführer im Stab des Reichsführers SS und mit SS-Ehrendegen sowie Ehrenring ausgezeichnet. Die Sowjets ermorden den Träger des Pour le mérite 1945.

1943: Carl Friedrich von Weizsäckers Hauptwerk „Zum Weltbild der Physik" erscheint.

17. April 1943: Hitler gibt Ernst von Weizsäckers Bitten nach und ernennt ihn zum Botschafter des Deutschen Reiches beim Vatikan.

30. April 1943: Ernst von Weizsäcker übergibt das Amt des Staatssekretärs im Außenministerium an seinen Nachfolger Steengracht.

15. August 1943: Oberleutnant Richard von Weizsäcker wird Regimentsadjutant.

10. Januar 1944: Richard von Weizsäcker wird mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet.

4. April 1945: Richard von Weizsäcker wird vom Divisionsführer für die Nennung im Ehrenblatt des Heeres vorgeschlagen, weil er „die letzten Männer seines Regiments durch sein leuchtendes Beispiel und notfalls durch härteste Maßnahmen immer weiter vorriß".

April 1945: Richard von Weizsäcker kann aus Ostpreußen entkommen. Die Männer seiner Truppe geraten in sowjetische Gefangenschaft. Die meisten werden im Archipel Gulag umgebracht. Richard von Weizsäcker gelangt nach Kopenhagen und schließlich nach Lindau. Auf dem Gut seiner Schwester Adelheid Gräfin von Eulenburg wartet er die Kapitulation ab.

22. April 1945: Carl Friedrich von Weizsäcker wird als „Hitlers Atombombenforscher" von den Amerikanern verhaftet. Er verbringt die Zeit seiner Internierung zunächst in Belgien, dann in Hattington/England.

1945: Viktor von Weizsäcker verläßt Breslau und kann Stalins Truppen entkommen. Er gerät in US-Gefangenschaft. Seine beiden Söhne, Robert und Eckhart, sind im Zweiten Weltkrieg gefallen.

8. Mai 1945: Ernst von Weizsäcker erlebt den Tag der Kapitulation („der Befreiung") in der Vatikanstadt, die ihm Asyl gewährt, er wohnt fortan im Palazzo Tribunale. Sein Sohn Carl Friedrich ist am „Tag der Befreiung" in amerikanischer Haft, ebenso sein Bruder Viktor. Sein Sohn Richard hält sich aus Furcht vor den französischen „Befreiern" auf dem Gut am Bodensee versteckt.

13. September 1945: Ernst von Kretschmann, 71jähriger Oberst a. D., Pour-le-mérite-Träger, Kyffhäuser-Führer und SS-Brigadefüh-

rer, Onkel der späteren Gattin des Richard von Weizsäcker, wird im sowjetischen KZ Hohenschönhausen zu Tode gefoltert.

1946: Viktor von Weizsäcker wird Ordinarius für allgemeine klinische Medizin in Heidelberg.

1946: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Abteilungsleiter am Max-Planck-Institut in Göttingen und Ordinarius für Physik in Göttingen.

21./22. Mai 1946: Unter Zusicherung freien Geleits aus Rom angereist, sagt Ernst von Weizsäcker in Nürnberg zugunsten von Großadmiral Raeder aus. Danach kehrt er in den Vatikan zurück.

August 1946: Ernst von Weizsäcker und seine Gattin verlassen die Vatikanstadt und kehren nach Deutschland zurück. Mit Genehmigung der Alliierten lassen sie sich in Lindau, dem Wohnsitz von Weizsäckers Mutter, nieder.

25. Juli 1947: Auf Vorladung der Alliierten erschienen, wird Ernst von Weizsäcker im Nürnberger Justizgebäude verhaftet und ins dortige Gefängnis gebracht.

August 1947: Ernst von Weizsäcker wird vom US-Hauptankläger Kempner verhört.

4. November 1947: Ernst von Weizsäcker erhält die Anklageschrift, die acht Hauptpunkte und 70 Einzelpunkte umfaßt.

15. November 1947: Ernst von Weizsäcker wird angeklagt.

6. Januar 1948: Erster Tag im Prozeß gegen Ernst von Weizsäcker („Wilhelmstraßenprozeß"). Bis April 1949 wird an 51 Tagen verhandelt. Richard von Weizsäcker fungiert als Hilfsverteidiger, Carl Friedrich von Weizsäcker erscheint als Zeuge.

1949: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Gastdozent in Chicago (bis 1950).

14. April 1949: Ernst von Weizsäcker wird wegen „Verbrechens

gegen den Frieden" (Zerschlagung der CSR) und wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit" (Mitwirkung an Judendeportationen) zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er muß in das alliierte Folter-Gefängnis von Landsberg/Lech.

12. Dezember 1949: Die Gefängnisstrafe für Ernst von Weizsäcker wird im Revisionsverfahren auf fünf Jahre reduziert, der Anklagepunkt 1 „Verbrechen gegen den Frieden" aufgehoben, die Verurteilung wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit" jedoch ausdrücklich bestätigt.

1950: Richard von Weizsäcker legt sein rechtswissenschaftliches Referendarexamen ab.

1950: Ernst von Weizsäckers „Erinnerungen" erscheinen. Herausgeber: Richard von Weizsäcker.

1. Oktober 1950: Richard von Weizsäcker wird in der Rechts- und Personalabteilung der Consolidation Bergbau AG (Mannesmann) angestellt.

16. Oktober 1950: Ernst von Weizsäcker wird aus dem Zuchthaus Landsberg aufgrund eines „Gnadenaktes" des US-amerikanischen Hochkommissars McCloy entlassen.

4. August 1951: Ernst von Weizsäcker stirbt in Lindau. Nach einem Schlaganfall lag er mehrere Tage im Koma. Er wird nahe seinem Sohn Heinrich (gefallen 2. September 1939) auf dem Friedhof bei Schloß Solitude oberhalb Stuttgarts beigesetzt.

1953: Richard von Weizsäcker absolviert das Assessorexamen in Düsseldorf.

10. Oktober 1953: Richard von Weizsäcker heiratet Marianne von Kretschmann. Der Kretschmann-Adel ist „verdient" wie der Weizsäcker-Adel. Ein Ahne Marianne von Kretschmanns wurde mit dem erblichen Adelsprädikat ausgezeichnet, weil er den ersten König Belgiens, Leopold I., erzogen hatte. Der Ehe entstammen vier Kinder: Robert (geb. 6. 12. 54), Andreas (geb. 22. 6. 56), Marianne (geb. 20. 8. 58), Fritz (geboren 20. 7. 60).

15. November 1953: Richard von Weizsäcker tritt in die Rechtsabteilung der Mannesmann AG in Düsseldorf ein.

1954: Richard von Weizsäcker wird Mitglied der CDU.

1954: Richard von Weizsäcker promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften. Thema: „Der faktische Verein".

1957: Carl Friedrich von Weizsäcker übernimmt einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Hamburg, den er bis 1970 innehat.

9. Januar 1957: Viktor von Weizsäcker stirbt in Heidelberg.

12. April 1957: Carl Friedrich von Weizsäcker veröffentlicht die „Erklärung der Göttinger Achtzehn" gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

Sommer 1958: Nachdem er die Mannesmann AG am 30. Juni 1958 verlassen hat, wird Richard von Weizsäcker persönlich haftender Gesellschafter der Banken Waldthausen und Co. KG in Essen sowie Waldthausen und Co. in Düsseldorf. Seine Frau Marianne ist die Tochter einer Adoptivtochter von Fritz von Waldthausen, dem zusammen mit seinem Bruder Ernst das Bankhaus in Essen und zu 50% das Bankhaus in Düsseldorf gehörte.

1. Mai 1962: Richard von Weizsäcker wird geschäftsführender Gesellschafter der Firma C. H. Boehringer. Der Chemieindustrielle Ernst Boehringer/Ingelheim ist ein alter Freund der Familie.

1964: Richard von Weizsäcker wird Präsident des Evangelischen Kirchentages (bis 1970).

1966: Richard von Weizsäcker wird auf Wunsch Helmut Kohls in den CDU-Bundesvorstand kooptiert.

30. Juni 1966: Richard von Weizsäcker verläßt den Chemiekonzern Boehringer/Ingelheim, um sich auf seine politische Karriere zu konzentrieren.

1968: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Carl Friedrich von

Weizsäcker, wird Mitglied im SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg (bis 1972).

1968: Richard von Weizsäcker unterliegt in der CDU-internen Kandidatenkür für die Wahl zum Amt des Bundespräsidenten. Er war von Helmut Kohl vorgeschlagen worden und erhielt auch die Unterstützung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick, der einst als Hauptmann und Ia Untergebener Weizsäckers im IR 9 war. CDU-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten wird Gerhard Schröder, der schließlich in der Bundesversammlung Gustav Heinemann unterliegt.

1969: Richard von Weizsäcker wird Mitglied des Rates der EKD.

1969: Auf Betreiben Helmut Kohls erhält Richard von Weizsäcker den zweiten Platz auf der Landesliste der CDU in Rheinland-Pfalz zur Wahl des Deutschen Bundestages. Richard von Weizsäcker wird Abgeordneter in Bonn.

November 1969: Richard von Weizsäcker wird in den Bundesvorstand der CDU gewählt (bis dahin kooptiert).

1970: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Carl Friedrich von Weizsäcker, wird Leiter einer SPD-Studiengruppe und entwirft die „Baukastengesamthochschule".

1970: Carl Friedrich von Weizsäcker wird Leiter des „Max-Planck-Institutes zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt". Er hat dieses Amt bis 1980 inne.

Herbst 1970: Reise Richard von Weizsäckers nach Polen. Seine Sympathien für die „neue Ostpolitik" werden deutlich.

1972: Richard von Weizsäcker wird Leiter der CDU-Grundsatzkommission.

Mai 1972: Richard von Weizsäcker trägt wesentlich dazu bei, daß sich CDU und CSU bei der Abstimmung über die Ostverträge (von wenigen Nein-Voten abgesehen) enthalten, obwohl vorher das Nein der Union versprochen worden war.

Herbst 1972: Richard von Weizsäcker wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag (bis 1979).

1974: Carl Christian von Weizsäcker (geboren 28. 1. 1938 in Berlin), Sohn des Carl Friedrich von Weizsäcker, wird Professor für Staatswissenschaften an der Universität Bonn.

Mai 1974: Richard von Weizsäcker unterliegt bei der Wahl zum Bundespräsidenten dem FDP-Politiker Walter Scheel.

1975: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Carl Friedrich von Weizsäcker, wird Präsident der Gesamthochschule Kassel (bis 1980).

1979: Carl Friedrich von Weizsäcker wird von SPD-Chef Brandt und dem FDP-Vorsitzenden Genscher zur Wahl des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Gegen Karl Carstens, den Kandidaten der CDU/CSU, die in der Bundesversammlung über die Mehrheit verfügt, ohne Aussicht, verzichtet er auf eine Kandidatur.

1979: Richard von Weizsäcker wird zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt.

1979: Richard von Weizsäcker wird erneut Präsident des Evangelischen Kirchentages (bis 1981). Im Mai 1979 erfolgt seine Wiederwahl zum Mitglied des EKD-Rates.

30. Juni 1980: Carl Friedrich von Weizsäcker emeritiert.

1981: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Carl Friedrich von Weizsäcker, wird Direktor des UN-Zentrums für Wissenschaft und Technik in New York.

März 1981: Richard von Weizsäcker wird zum Vorsitzenden der Berliner CDU gewählt.

Juni 1981: Richard von Weizsäcker wird vom Berliner Abgeordnetenhaus zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

April 1982: Reise Richard von Weizsäckers nach Israel mit zahlreichen Bekundungen der „deutschen Schuld".

1983: Während der Zeit des Bundestags-Wahlkampfes (Wahltag 6. März 1983) ist Carl Friedrich von Weizsäcker Berater des SPD-Kandidaten Hans-Jochen Vogel für Sicherheitsfragen.

9. Januar 1983: Marianne von Weizsäcker, Mutter des Richard von Weizsäcker und Gattin Ernst von Weizsäckers, stirbt.

September 1983: Als erster Regierender Bürgermeister besucht Richard von Weizsäcker die „DDR". Er trifft Honecker und spricht in der Wittenberger Stadtkirche.

9. Februar 1984: Richard von Weizsäcker gibt sein Amt als Regierender Bürgermeister in Berlin auf, um Bundespräsident werden zu können.

23. Mai 1984: Richard von Weizsäcker wird mit 832 von 1017 Stimmen in der Bundesversammlung zum sechsten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Auch zahlreiche sozialdemokratische Mitglieder der Bundesversammlung stimmen für Weizsäcker.

Juli 1984: Carl Friedrich von Weizsäcker spricht sich auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest für „einen radikalen Pazifismus als das christlich einzig Mögliche" aus.

1. Juli 1984: Richard von Weizsäcker tritt das Amt des Bundespräsidenten an.

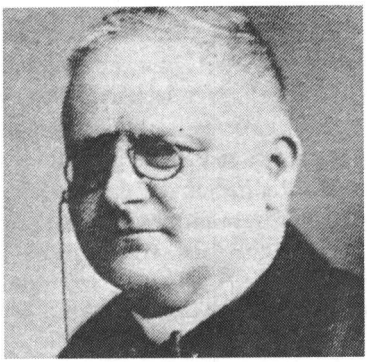
8. Mai 1985: Richard von Weizsäcker hält eine Ansprache zum 40. Jahrestag der Wehrmacht-Kapitulation im Deutschen Bundestag. Er nennt den 8. Mai 1945 „Tag der Befreiung".

1985/86: Zahlreiche Vorträge des Bundespräsidenten im In- und Ausland (u. a. in den Niederlanden, Israel, Großbritannien und Norwegen), in denen er stets „Deutschlands Schuld und Verantwortung" betont. In Großbritannien dankt er überdies den Engländern, daß sie den Krieg gewonnen hätten.

März 1986: Carl Friedrich von Weizsäcker korrigiert sein früheres Votum für die Kernenergie und ist nun gegen die Kernenergie.

Bilder und Dokumente

Karl Heinrich von Weizsäcker (1822–1899). Der protestantische Theologe und Übersetzer des Neuen Testaments war Urgroßvater Richard von Weizsäkkers. Er erhielt 1861 den persönlichen Adelstitel.



Richard von Weizsäckers Großvater Carl von Weizsäcker (1853–1926). Er fungierte von 1906 bis 1918 als Ministerpräsident Württembergs und wurde 1916 in den erblichen Freiherrnstand erhoben.

Ernst von Weizsäcker über seinen Vater und Großvater („Erinnerungen", 1950, S. 11f.):
In der Familie herrschte die väterliche Potestas unbestritten. Ich beugte mich gern dem heiter-überlegenen Verstand meines Vaters. Er würzte das Tischgespräch in der Familie mit seinen Bemerkungen

über alle Welt; der schwäbische Sprachschatz hat hierfür ja viele Formen. Sein zentrales Jugenderlebnis war die Reichsgründung. Wir feierten besonders den Tag von Champigny, wo mein Vater Anfang Dezember 1870 vor Paris verwundet worden und eine Zeitlang totgesagt war . . . Auch meines Großvaters von Weizsäcker Wünsche wurden durch die Reichsgründung erfüllt. Für uns in Stuttgart heranwachsende Enkel war das Reich bereits eine Selbstverständlichkeit. Unter unseren 1943 durch englische Bomben zerstörten Büchern war eines der hundert Erstexemplare des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900; an diesem Dokument der deutschen Einheit hatte mein Vater mitgearbeitet.

Ernst von Weizsäcker über seine Kameraden zur See („Erinnerungen", 1950, S 21f.):
Im Kreise von uns jungen Offizieren habe ich ein einziges Mal in Kiel in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg die Meinung gehört, wir hätten unseren Beruf verfehlt, wenn wir unsere Schiffe nie ins Gefecht führen würden. Von einem deutsch-englischen Krieg habe ich aber in den Offiziersmessen nie leichtfertig sprechen hören, geschweige denn ihn herbeiwünschen. Also, Einsatzbereitschaft, wenn Not am Mann wäre, ja; Freude am Krieg oder militaristische Händelsucht, nein; die hat man uns später angedichtet.
Es galt für selbstverständlich, daß wir das bismarckische Erbe ungeschmälert bewahren müßten, mehr aber nicht. Von Neuerwerbungen war nie die Rede.

Ernst von Weizsäcker über Kaiser Wilhelm II. („Erinnerungen", 1950, S. 23f. und 25f.):
Ganz falsch war es, den Kaiser Wilhelm II. als „Kriegshetzer" anzusprechen. Auf dem Flottenflaggschiff, das seinen Namen trug, habe ich 1909 bis 1912 den Kaiser oft gesehen. Mehrmals im Jahr wohnte er bei uns an Bord. Ich war für Zeremoniell, Unterbringung und Verpflegung des Kaisers und seiner Herren verantwortlich und nahm an den Mahlzeiten teil.
. . . Auch dem Kaiser wäre gewiß nichts lieber gewesen als ein Einvernehmen. Gelegentliche Kraftausdrücke verdeckten nur seine Unsicherheit. Von französischer Seite stammt der Ausdruck: „Guillaume le Timide". In Wirklichkeit war er ein Mann von bestem Wollen und von lauterem Charakter. Er war bestürzt, wohl auch aus dynastischen Gründen, als er Ende 1914 plötzlich vor dem Krieg stand.

Ernst von Weizsäcker über die Schuld am 1. Weltkrieg („Erinnerungen", 1950, S. 23 und 49):
In der Marine war es üblich, unsere Diplomatie zu kritisieren. Daran habe ich mich wacker selbst beteiligt. 1914 habe ich die deutsche Politik als ungeschickt und ihre Zügelführung in dem Bündnis mit der K. u. K. Monarchie für viel zu lose angesehen. Die Frivolität aber von Iswolski, die Revanche-Neigung Poincarés und der *dolus eventualis* von Grey trugen zum Ausbruch des ersten Weltkrieges gewiß denselben Anteil bei . . . Am richtigsten ist das Wort von Lloyd George, wir alle seien in diesen Krieg hineingestolpert – wobei das Ungeschick mehr auf der deutschen, die bewußte Fahrlässigkeit mehr auf der Entente-Seite lag.

Ernst von Weizsäcker im Jahre 1933 über die Kriegsschuldfrage (Die Weizsäcker-Papiere 1932–1950, S. 68):
Die Tätigkeit des Völkerbundes konnte man, etwas überspitzt, charakterisieren als den Versuch, die Schuld am nächsten Krieg zu präjudizieren, d. h. als den Versuch seitens der Mehrheit im Völkerbund Deutschland diese Schuld vorsorglich schon gleich aufzubürden und uns so ständig im Schach zu halten.
Die Kriegsschuldfrage von 1914 wurde zwar expressis verbis in Genf nie behandelt, und, wo wir sie *amtlich* aufwarfen, geschah es ungeschickt (Lausanne 1932!). Ich vertrat immer den Standpunkt, daß unsere Gegner weder 1919 Richter in dieser Frage waren, noch daß uns ihr etwa revidiertes Urteil nachträglich interessiere. Für die gebildete Welt sei der Paragraph 231 längt im Papierkorb. Den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge auf allen nicht-amtlichen Kanälen befürworte ich dagegen.

Der Historiker Walther Hubatsch schreibt in seinem Werk „Deutschland im Weltkrieg 1914–1918" (Seite 92):
Die Unmöglichkeit, mit den Gegnern ernsthaft auf der Basis des Status quo zu verhandeln, legte sich lähmend über alle Maßnahmen Bethmann Hollwegs, der in seiner nüchternen, skeptischen, sauberen Art der Amtsführung keine Begeisterung zu entflammen vermochte und deshalb oft verkannt worden ist; seine mehr stille, nach außen wenig hervortretende Arbeitsweise entsprach jedoch dem Maß seiner Verantwortung, an der er schwer trug. Seitdem im Februar 1915 der württembergische Ministerpräsident *Carl von Weizsäcker* die Notwendigkeit des Durchhaltens für Deutschland betont hatte,

stand dieses Wort wie eine dunkle Wolke über dem Glanz des für die deutschen Waffen siegreichen Weltkriegsjahres.

Admiral Scheer, Chef der deutschen Hochseeflotte, mit seinem Flottenstab. Kreuz: Flaggleutnant Ernst von Weizsäcker.

Im Juli 1918 wurde Ernst von Weizsäcker Verbindungsoffizier der Seekriegsleitung bei der Obersten Heeresleitung. Ab 8. August 1918 amtierte von Weizsäcker in einem Büro direkt über jenem Ludendorffs in dem kleinen Städtchen Avesnes. In seinen Erinnerungen (1950, S. 43) berichtet Ernst von Weizsäcker über General Ludendorff:

Ludendorff war offensichtlich überlastet. Auch in seinem Stab wurde seine Arbeitsweise kritisiert. Ludendorffs phänomenale Arbeits- und Entschlußkraft allerdings bestritt ihm keiner.

Einer seiner Mitarbeiter, Major Hermann Geyer, mit dem ich von Kindheit an befreundet war, schilderte mir Ludendorff so: Er, Geyer, habe für den General eine größere Dienstanweisung, ich glaube für die Abwehrschlacht, ausgearbeitet. Als Geyer die Unterschrift dazu nicht gleich erhielt, habe er Ludendorff erklärt, die Dienstanweisung sei gut, es komme nur darauf an, daß jemand die Verantwortung dafür übernehme. Beim Wort „Verantwortung" habe Ludendorff sofort den Federhalter genommen und unterzeichnet.

Ernst von Weizsäcker über seinen 1914 gefallenen Bruder Carl, Legationsrat im Auswärtigen Amt („Erinnerungen", 1950, Seite 29):

Telefonisch nahm ich Abschied von meinem Bruder Carl im Auswär-

tigen Amt. So skeptisch er als Legationsrat vom Sinn des Krieges sprach, so tapfer hat er als Leutnant der Reserve im väterlichen Regiment gekämpft. Fünf Wochen nach unserem Gespräch waren meine Eltern in den Vogesen in St. Dié, um ihren Ältesten zur Ruhe auf dem Prag-Friedhof in Stuttgart zu geleiten. Die Erinnerung an ihn hat später im Auswärtigen Amt und auch bei mir selbst dazu beigetragen, daß ich in den Auswärtigen Dienst überging. Sein Name wurde auf der Ehrentafel in der Wilhelmstraße 75 eingetragen.

Ernst von Weizsäcker über die Waffenstillstandsbedingungen 1918 und über Versailles:
(„Erinnerungen", S. 50)
Als am 9. November 1918 abends die Waffenstillstandsbedingungen bei uns eintrafen, war ich, obschon auf viel gefaßt, doch sehr niedergedrückt. Ich notierte mir als meinen ersten Gedanken: „Hieraus entsteht ein neuer Krieg. Unsere Kinder werden ihn ausfechten müssen."
(„Erinnerungen", Seite 53)
Trotz meines Hangs zum Pessimismus war ich schwer betroffen, als

Gratulation zum 70. Geburtstag des Großvaters, Carl von Weizsäcker. Der Gratulant ganz links ist Carl Friedrich, der Gratulant ganz rechts Richard von Weizsäcker.

ich in der Berliner Friedenskommission eines der ersten Exemplare des Friedens-Entwurfs der Alliierten in die Hand bekam.
(„Erinnerungen", S. 58)
Damals senkten sich die Keime zum Nationalsozialismus in den deutschen Boden. Schon das Jahr 1920 mit dem Versailler Frieden hatte Adolf Hitler seine ersten Propaganda-Erfolge eingebracht.

Ernst von Weizsäcker über die Behandlung der Weimarer Republik durch die Sieger:
(„Erinnerungen", S. 57)
Die Konferenz von Spa trug die Kennzeichen der damaligen Verhandlungsweise: Die deutsche Delegation rückte an mit dem Vorsatz, nichts zu versprechen, was nicht ausführbar wäre. Die Entente-Delegation überschritt diese Grenze. Die Deutschen sträubten sich. Dann wurde ihnen mit militärischen Maßnahmen gedroht; in Spa wurde der Marschall Foch vorgeführt. Schließlich unterschrieben die Deutschen

1924 (von links): Carl von Weizsäcker, Großvater Richard von Weizsäckers, die Großmutter, Ernst von Weizsäcker mit den Kindern Richard, Adelheid, Heinrich und Carl Friedrich.

Ernst von Weizsäcker, Vater Richard von Weizsäckers, am Beginn seiner diplomatischen Laufbahn, Anfang der 20er Jahre.

gegen besseres Wissen, um für den Augenblick Schlimmeres zu verhüten.
(„Erinnerungen", S. 74)
Seit 1918 war Deutschland militärisch schutzlos, ein Ei ohne Schale. Das machte unsere Umwelt sich gründlich zunutze. Selbst die bescheidenen politischen Rechte, die dem Reich nach Versailles geblieben waren, wurden von unseren Nachbarn bis einschließlich Litauen uns oft vorenthalten. Man brauchte kein Nationalist zu sein, um zu wünschen, daß der versprochene Rüstungsausgleich nunmehr komme.
(„Erinnerungen", S. 74 f.)
Sechs Jahre hatten unsere Gegner vom ersten Weltkrieg uns warten lassen, ehe sie mit uns das Abrüstungsgespräch aufnahmen. Und weitere sechs Jahre hielten sie uns hin, ehe sie zu einer allgemeinen Abrü-

stungskonferenz bereit waren. Diese scheiterte dann vor allem an dem unentwegten Widerstand der Sieger-Gruppe des ersten Weltkriegs.
(„Erinnerungen", S. 79)
Man kann wohl behaupten, daß die deutsche Demokratie letztlich in Genf den Fangstoß erhalten hat.
(„Erinnerungen", S. 91)
Tatsächlich hätte die rechtzeitige Aufnahme der Weimarer Republik in den Kreis der gleichberechtigten Nationen Hitler um 50 Prozent seines Propagandastoffs beraubt.

In der ersten Fassung seiner Memoiren, geschrieben 1945, äußerte sich Ernst von Weizsäcker über die Juden zur Weimarer Zeit so (S. 64 f.):
Schwarz-rot-gold, Zwangsdemokratie und Judentum waren Begriffe, die damals in einem Atem genannt zu werden pflegten. Anfang der 20er Jahre hatten wir im Osten die Grenzen zu weit aufgemacht. Die Inflation hatte viele Juden angezogen. Als später die Währung in Frankreich einem ähnlichen Schicksal zuneigte, sagte man: die Juden stehen 10 Kilometer vor Paris. Bei uns aber blieben sie tatsächlich hängen und entwickelten sich zu einer Großmacht. In den 20er Jahren waren Banken, Presse, Theater, Kunsthandel, Musik, Anwaltsberuf, großenteils auch Universitäten, Ärzteschaft und Krankenhäuser so sehr unter jüdischer Kontrolle, daß es nachdenklichen Juden selbst unheimlich wurde. Im Auswärtigen Amt gab es ein Referat für jüdische Angelegenheiten. Ein Gesandter Horstmann, der zu den reichen Juden Berlins gehörte, machte ein großes Haus, in dem der junge Attaché des Amtes seine gesellschaftlichen Richtlinien bezog. Die Villa Stresemann stand auch etwas in diesem Ruf, doch habe ich da keine eigenen Beobachtungen gemacht. Wir kamen erst gegen Ende der Ära Stresemann nach Berlin und waren meines Wissens dort nie eingeladen.

Ernst von Weizsäcker an anderer Stelle über Juden in der Weimarer Zeit und den NS-Antisemitismus ab 1933 („Erinnerungen", S. 105):
Die ersten Opfer waren die „Nichtarier". Einsichtige Juden gaben schon vor 1933 beunruhigt zu, daß sie bei ihren großen Chancen in der Weimarer Republik ihr Konto überzogen hatten. Trotzdem war die Gefahr, die ihnen jetzt drohen sollte, nicht vorauszusehen. Antisemitismus war ja keine deutsche Eigenschaft. Nun wurde er zur revolutionären Agitationswaffe, so wenig Gefallen das Bürgertum und die staatlichen Behörden daran fanden.

Ernst von Weizsäcker am 30. März 1933 („Die Weizsäcker-Papiere", S. 70):
Man wird ja aus Büchern doch nicht klug. Ich las jetzt das etwas veraltete Buch von Hitler „Mein Kampf". Am meisten Eindruck machte mir – zu Beginn – die Warmherzigkeit gegenüber dem sozialen Elend. Das ist kein Reaktionär! – Unsereiner *muß* die neue Ära stützen. Denn was käme denn nach ihr, wenn sie versagte! Natürlich muß man ihr auch mit Erfahrung, Auslandskenntnis und allgemeiner Lebensweisheit beiseite stehen. Hierzu bin ich entschlossen und berichte nach Kräften objektiv. Möge nun eine zweite, stille, konstruktive Etappe folgen. Daß manche der Erstbeteiligten bereits ausscheiden, wundert mich nicht. La révolution dévore ses enfants – so zitiert doch Jac. Burckhardt meines Wissens.

Am 22. April 1933 schreibt Ernst von Weizsäcker (Die Weizsäcker-Papiere 1933–50, S. 71 f.):
Die anti-jüdische Aktion zu begreifen, fällt dem Ausland besonders schwer, denn es hat diese Judenüberschwemmung eben nicht am eigenen Leib verspürt. Das Faktum besteht, daß unsere Position in der Welt darunter gelitten hat, und daß die Folgen sich schon zeigen und in politische und andere Münze umsetzen. Wir lesen in der Familie, nachdem uns einige Abende die Odyssee unterhalten hat, jetzt den Jud Süß von Hauff . . . Wir werden außenpolitisch noch schwere Proben im Sommer kriegen. Zunächst von der wirtschaftlichen und finanziellen Seite her. Dann, daß wir unsere Auslandsschulen immer weiter glatt bezahlen (d. h. in Auslandswährung transferieren) könnten, glaubt wohl kein Fachmann mehr, auch jetzt nach dem Erlaß der Kriegsschulden in Lausanne 1932. Dann werden die Juden des Auslands entweder Erpressungen politisch-wirtschaftlicher Art vornehmen oder aber wenigstens für ihre Rassegenossen in Deutschland Garantien fordern. Dieses ist der eine Tanz, den ich erwarte.

Am 22. April 1933 schreibt Ernst von Weizsäcker über das politische Engagement seiner Söhne (Die Weizsäcker-Papiere 1933–50, Seite 71):
Unsere Söhne vom Großdeutschen Jugendbund, der ja bedingungslos vaterländisch ist, waren einige Zeit im Zweifel, wie es diesem Bund gehen werde. Nach einer Rücksprache Trotha-Hitler hat sich der Bund nun „eingegliedert", d. h. er behält seine eigene Führung. Sonst hätte er sich wohl aufgelöst.

Am 28. Juni 1933 schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere 1933–50, Seite 73 f.):
Gestern abend war ich zu einem Herrenabend bei Blomberg mit Armee, Marine, Oberbürgermeister, Polizeipräsident (Levetzow), A. Rosenberg, vielerlei Parteifunktionären und dem eleganten, intelligenten Chef der Geheimen Staatspolizei*. Auch Hermann Geyer aus Kassel und viele andere gute Bekannte. Die militärische Atmosphäre tut wohl. Wir werden diese frischen und tatengroßen Männer mit ihrer geschulten Disziplin noch gut gebrauchen können.
(*Hermann Göring)

Am 6. August 1933 notiert Ernst von Weizsäcker in sein Tagebuch (Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 75):
Mein 7wöchiger Aufenthalt war zwar kein Vergnügen, da ich Personalien nicht liebe; er war mir aber zum Verständnis des neuen Deutschland doch sehr förderlich. Auch der persönliche Kontakt war von hohem Interesse: Hitler, Göring, Goebbels, ihre Staatssekretäre usw. Hitler sehr ernst und fest in sich gekehrt überragt die anderen ohne Frage weit. Es ist etwas wie eine metaphysische Einstellung an ihm, die ihm den Vorsprung wahrt. Für die Schweiz fand ich in Parteikreisen wenig Sympathie, begreiflicherweise. Hitler glaubt, ich werde viele Schwierigkeiten haben. Die Presse in der Schweiz strotzt natürlich von Verleumdungen.
Ich wünschte jedem Auslandsbeamten einen Aufenthalt in Deutschland. Ohne einen solchen kommt man nicht zum Verständnis dessen, was vor sich geht, und der Chancen, die darin für uns im Ausland gegenüber den fremden Regierungen liegen.

Am 6. Oktober 1933 schrieb Ernst von Weizsäcker aus Genf (Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 76):
Über unsere internationale Lage kann man sich hier gut Rechenschaft geben. Die Franzosen sind frech genug, einem ins Gesicht zu sagen: „In Ihrer Isolierung werden Sie doch nicht . . .“ Die Amerikaner haben etwas mehr Geschmack und Takt, sachlich aber reden sie nicht viel anders. Die Engländer bilden von rechts bis links wieder einmal eine einheitliche antideutsche Front. Z. B. hat der alte Garvin („Observer“), der uns viel half, vollkommen Front gewechselt, und aus der jüdischen Ecke haben wir noch viel Giftspritzen zu erwarten.
Schrieb ich, daß ich für meine Schweizer Geschäfte mit Goebbels' Besuch sehr zufrieden war?

Im September und Oktober 1933 äußerte sich Ernst von Weizsäcker in mehreren Briefen über die Verhältnisse in der Schweiz (Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 76):
. . . In der Schweiz wird man mit deutscher Autonummer angejubelt. Die spöttischen „Heil Adolf" Rufe machen mich nur noch mehr zum Freund der NSDAP.
. . . Die Stimmung der Welschen von 1918 „La puissance du Nord est écrasé" lebt auf, oder wenigstens wünschte man, es wäre wieder so. Wer nicht Nazi ist, den schicke man hierher, damit er es wird . . .
. . . Die reichliche Durchsetzung unserer Genfer Delegation mit Prominenten der NSDAP hat sich sehr bewährt. Die Ausländer, die mit Goebbels sprachen, schieden im allgemeinen mit dem Eindruck: „In dieser Bewegung steckt etwas, das man doch näher studieren sollte." Auf der anderen Seite hat Goebbels auch für sich nützliche Eindrücke gesammelt.

Am 17. Dezember 1933 schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 77):
Die Schweizer Presse ist mein cauchemar. Denn von dieser täglichen Speise verderbe ich nicht nur mir selbst den Appetit. Sie wirkt auf die 4 Millionen Schweizer und darüber hinaus ins Ausland. Diese wohlweise Lobpreisung der wahren Demokratie hängt mir zum Halse heraus, und die Pressefreiheit soll der Teufel holen, wenn sie die Gefühle vergiftet. Feigheit ist der Leitstern der Politik. Da man vor uns noch keine Angst haben zu müssen glaubt, übergießt man uns mit Jauche in Fällen, wo andere nur mit mildesten Worten abgetan würden. Ich zehre innerlich und nach außen stark am Kapital meiner Liebe für die Schweiz. Zinsen laufen da keine mehr auf.

In einem Brief vom 28. Januar 1934 schrieb Ernst von Weizsäcker, damals deutscher Gesandter in der Schweiz (Weizsäcker-Papiere, S. 78):
Etwas überraschend war für mich der Abschluß des Vertrags mit Polen. Gestern abend auf dem traditionellen Diplomaten-Essen des Bundesrates wurde mir viel dazu gratuliert und ich trank über viele Leute hinweg dem Polen zu. Ein solches deutsches Entgegenkommen verdient wahrhaftig Anerkennung. Daß die Franzosen-Clique dieses Geschenk nun auch wieder schief ansieht, beweist ihren üblen Willen. Kein parlamentarischer Minister von 1920–33 hätte so weit gehen können.

Ernst von Weizsäcker über Hitler und die Genfer Abrüstungskonferenz („Erinnerungen", 1950, S. 118 ff.):
Verstanden hat man in der Schweiz, daß nach sieben Jahren mühsamen und schließlich fruchtlosen Verhandelns das Reich sein natürliches und verbrieftes Recht auf gleiche Sicherheit sich nicht noch länger vorenthalten lassen wollte. Die Schweizer sind ja selbst gute Soldaten. Sie dachten genügend realistisch, um zu erkennen, daß die vor ihren Augen sich vollziehende Abrüstungskomödie und die Geringschätzung, mit der das entwaffnete Deutschland in Genf behandelt worden war, schließlich in der deutschen Aufrüstung enden müsse . . .
Schon einmal in der Zeit vor Hitler, im Sommer 1932, hatte die deutsche Delegation die Abrüstungskonferenz auf einige Monate verlassen, um einen legitimen Druck auszuüben. Ein Recht zum endgültigen Verlassen der Konferenz und des Völkerbundes konnte man auch Hitler nicht abstreiten . . .
Im Oktober 1933 hatte der bekannte Simon-Plan, der trotz des Abkommens vom 11. Dezember 1932 die deutsche Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage praktisch noch einmal auf vier Jahre ausschließen wollte, Hitler den Absprung von Genf erleichtert. Im Dezember 1933 machte Hitler ein gemäßigtes Kompromißangebot. Hier war für die westlichen Großmächte der Moment, zuzugreifen und Hitler festzulegen. Statt dessen opponierten sie wiederum, und im April 1934 fand mit der sogenannten Barthou-Note das Weltabrüstungsgespräch seinen negativen Abschluß . . .
Nichts hat den neuen, revolutionären Rüstungswettlauf so gefördert wie das reaktionäre Genfer Spiel. Noch vor Hitlers Machtergreifung habe ich meinen Bekannten unter den Alliierten in Genf gesagt, das Ausland habe dadurch selbst dazu beigetragen, Hitler großzuzüchten . . .
Lange genug hatten wir in Genf auf ordnungsmäßigem Wege Gleichberechtigung verlangt, ohne Erfolg. Hitler probierte es auf dem rechtlosen Weg, mit Erfolg.

Am 11. Februar 1934 sinnierte Ernst von Weizsäcker über Parallelen zwischen Martin Luther und Adolf Hitler (Weizsäcker-Papiere, S. 79):
Wenn es dunkel wird, lese ich Ranke, Deutsche Reformation, vor. Auf jeder Seite fragt man sich, ob Parallelen zu heute vorliegen. Denn aus heiterem Himmel kam die Reformation ja auch nicht. Ihre Zeit

war da. Der Mann kam dazu, freilich ohne den ursprünglichen Anspruch, seine Welt zu reformieren. Unsere jetzige Revolution wird schwerlich beim jetzigen stehenbleiben. Sie nennt sich Bewegung; es sollte mich wundern, wenn sie diesen Charakter nicht behielte und in, sagen wir 1/2 oder einem Jahr eine neue Welle mit sich brächte.

Am 7. Januar 1935 schrieb Ernst von Weizsäcker aus Bern (Weizsäcker-Papiere, S. 87):
Es ist ja ganz nett und besser als das Gegenteil, wenn die Schweizer die Mühe anerkennen, die wir uns mit ihnen geben. Aber was nützt mir eine „gute Position", wenn die Presse sich so über Deutschland austobt, daß mir der Morgenkaffee täglich versalzen wird? Lieber sollten sie auf mich schimpfen und dafür anständig schreiben. Die Zeitungen sind ein Werkzeug des Teufels. Kein Wunder, daß sie sauberes Papier anschwärzen. Zugeben muß man ja, daß unsere Politik der Verbote schweizerischer Zeitungen in Deutschland ihre Kehrseite hat, indem die Redaktionen dann eben ihrer üblen Laune vollends freien Lauf geben zu können meinen. Aber überhaupt „Öffentlichkeit". Alles Öffentliche ist an sich ja schon verfälscht. Kaum macht einer den Mund auf, ist die Lüge da, kaum tritt er vor andere hin, ist er in Pose. Da sitzt schon das Grundübel des Parlaments, des Völkerbunds und anderer Versammlungen. Dr. Stumm, den ich gestern sprach, geht so weit, in keine Gesellschaften mehr zu gehen, wo außer ihm noch jemand eingeladen ist. Mit Boehringer, der es ähnlich macht, erörterten wir die von ihm aufgeworfene Frage, warum überhaupt Versammlungen mehrerer Menschen nicht abgeschafft werden können.

Am 20. Juni 1935 heißt es in einem Brief Ernst von Weizsäckers über die Schweizer Demokratie (Weizsäcker-Papiere, S. 91):
Ich hörte heute im Nationalrat zu. Da spürt man wieder, wie weit wir innerlich vom Parlamentarismus entfernt sind. Eigentlich kann der deutsche Beamte heutzutage solz sein, daß er einer Öffentlichkeitskontrolle kaum mehr unterliegt. Solange er in seinem Posten das Vertrauen seiner Behörde genießt, wird er auch in der Presse nicht kritisiert. Um so mehr muß man eigentlich selbst auf sich achten.

Am 22. September 1935 notierte Ernst von Weizsäcker in Bern (Weizsäcker-Papiere, S. 92):
Zum Reichsparteitag bemerkte gestern Kamerad Gustloff aus Davos

Ernst von Weizsäcker 1936 in Bern. Er fungierte als Leiter der deutschen Gesandtschaft und wurde noch im selben Jahr stellvertretender Leiter der politischen Abteilung im Berliner Auswärtigen Amt.

ganz richtig am Telefon, es sei so herrlich, wieder einmal richtig revolutionär gewesen. Zum Falle Jacob gratulierte er mir aus vollem Herzen, denn es versteht sich, daß die Deutschen in der Schweiz die Leidtragenden waren. Ich selbst gratuliere mir weniger dazu, in dieser unsauberen Sache den Liquidator haben spielen zu müssen. Auch ist es nicht schön, in Dreckblättern wie der Nationalzeitung, Basel, in diesem Zusammenhang lobend erwähnt zu werden. Aber besser so als gar nicht; der Fall war überreif.

Am 19. Januar 1936 ärgerte sich Ernst von Weizsäcker über eine Schweizer Initiative für Ossietzky (Weizsäcker-Papiere, S. 94):
Mein Wunsch ist vielmehr, in der Schweiz zu bleiben und zwar so lange, bis hier wieder anständige Beziehungen zu Deutschland hergestellt sind. Ich bin mit den Schweizern wieder sehr unzufrieden. Jetzt haben 120 hiesige Parlamentarier Herrn Ossietzky zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen!

Am 10. Februar 1936, nach dem Attentat auf Gustloff, schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 94):
Der Tod Gustloff's ist sehr trüb und kann nicht ohne Weiterungen auch gegenüber der Schweiz bleiben.

Der «Herr» in Berlin: Ernst von Weizsäcker

Der deutsche Diplomat Ernst von Weizsäcker (1882 bis 1951) gehört zu den Figuren der nazideutschen Szene, deren «Charakterbild in der Geschichte schwankt». Der Enkel eines protestantischen Theologen und Sohn eines württembergischen Ministerpräsidenten war 1920 in den diplomatischen Dienst getreten und kam 1933 als Gesandter nach Bern, nachdem sein Vorgänger, Adolf Müller, aus Widerspruch zur Machtergreifung der Nazis vom Posten zurückgetreten war. Während Weizsäckers Berner Zeit heiratete sein Sohn Carl Friedrich, der später als Atomphysiker berühmt wurde, eine Tochter von Korpskommandant Ulrich Wille.

Ab 1938 war Ernst von Weizsäcker Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Ribbentrop, 1943 bis 1945 deutscher Botschafter beim Vatikan. Vom Nürnberger Militärgericht wurde er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Weizsäcker schrieb «Erinnerungen» (erschienen 1950), die vor allem von amerikanischen Historikern als «Lügengespinst» qualifiziert wurden. Dieses Urteil wurde neuerdings durch einen ebenfalls amerikanischen Forscher, Leonidas E. Hill, aufgrund von Dokumenten teilweise zurückgenommen und jedenfalls differenziert (deutsch 1974 im Propyläen-Verlag Berlin erschienen: Leonidas E. Hill, «Die Weizsäcker-Papiere»). Das Thema «Weizsäcker und die Schweiz» ist noch nicht genügend erhellt.

Vorläufig bleibt zu unterstreichen, dass sich bei Weizsäcker bereits in seiner Berner Zeit ein heftiger Widerwille gegen die Schweizer Presse (die «National-Zeitung» ist für ihn schon 1935 ein «Dreckblatt») und eine schulmeisterlich-überhebliche Haltung gegenüber dem Land, das er doch dauernd zu lieben vorgab, herausgebildet hatte. Auch zeigen die im neuen Bonjour-Dokumentenband (VIII) wiedergegebenen Akten, dass sein Lavieren und seine Doppelzüngigkeit ein Mass erreichten, das keinesfalls mit «heimlichem Widerstand» abgeblockt werden kann.

H. R. H.

„Weltwoche" (Schweiz) Nr. 10/1976, S. 57.

In den „Deutschen Annalen 1985" berichtet der Historiker Franz Riedelbauer:

„Während meiner Berner Zeit hat Hitler gegen die Schweiz nichts ernstlich Böses im Schilde geführt", bestätigte Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882–1951), der das Dritte Reich bis 1936 diplomatisch in Bern vertrat und 1938 Staatssekretär im Auswärtigen Amt war. Sein Zeugnis ist durchaus glaubwürdig, allein schon deshalb, weil Weizsäcker kein Nationalsozialist war, sondern dem Widerstand nahegestanden haben will. Sein Sohn Carl Friedrich, der bekannte Philosoph und Physiker, ist seit 1937 mit Gundalena verheiratet, der Tochter des schweizerischen Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille (1877–1959). Auf Empfehlung des Münchner Geopolitikers Karl Haushofer, der mit Wille befreundet war, kam Rudolf Heß während seines Studiums an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich 1922/23 einige Zeit hindurch wöchentlich einmal in Willes „Villa Schönberg" zum Mittagessen. Gemeinsam mit Heß wurde aber auch Adolf Hitler an den Tisch der Familie geladen, als er Ende August 1923, also kurz vor dem November-Putsch, in Zürich weilte.

Die Wille-Villa war mit ziemlicher Sicherheit aber auch der Schauplatz jener Zusammenkunft, bei der Hitler anschließend etwa vierzig geladenen Prominenten sein politisches Programm nahebrachte. „ Als Resultat konnte er namhafte Geldunterstützung buchen", heißt es dazu in einem amtlichen Münchner Bericht. Gerade in der Zeit, da die Mark durch die galoppierende Inflation von Tag zu Tag weniger wert wurde, tat diese Spritze harter Valuta den Parteifinanzen doppelt gut. Nach Hitlers Rückkehr, der einem Bericht des deutschen Generalkonsulats Zürich zufolge auch in Bern und anderen Städten „mit alldeutschen Kreisen Fühlung genommen" hatte, wurden wichtige Stabsfunktionäre bis zum Verbot der Partei in Franken bezahlt.

Hitlers Schweiz-Reise, die von seinem Privatsekretär Dr. Emil Gansser in Verbindung mit Kreisen der „Väterländischen Vereinigung" und des „Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz" sorgfältig vorbereitet worden war, kam nach dem November-Putsch sogar im Reichstag zur Sprache. Am 6. August 1925 berichtete das Bayerische Staatsministerium des Innern dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, „daß Hitler tatsächlich im Sommer 1923 mit seinem Sekretär Gansser in der Schweiz war und daß es ihm dabei gelungen sein soll, in Zürich, Winterthur und Basel eine Summe von 33 000 Schweizer Franken aufzubringen". Als das

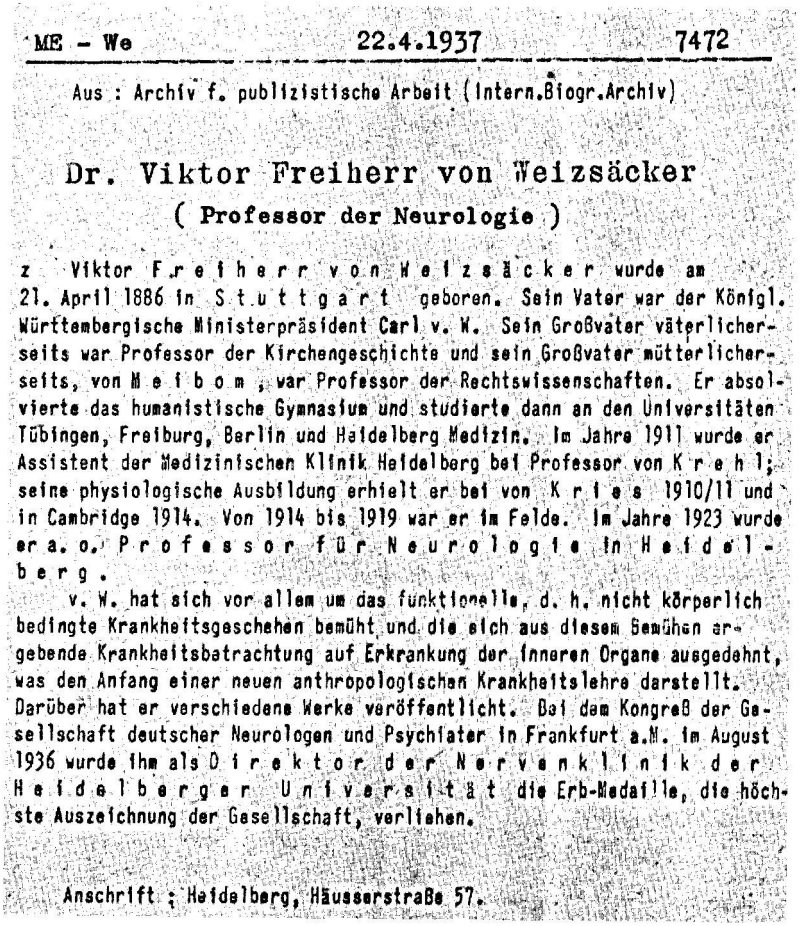
„Berliner Tagblatt" 1928 die „Spendenliste 11" veröffentlichte, stellte die schweizerische Generalstabsabteilung fest, daß allein „die Firma Frank (Cichorien, Frankenthal) von Basel 20 000 Franken nach München überwiesen" habe. Im Protokoll des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtages über den Hitler-Putsch 1923 wird erwähnt, daß die schweizerische Bundesanwaltschaft eine „amtliche Untersuchung über die Beziehungen der Schweizer Kreise zu der Völkischen Organisation Deutschlands" durchgeführt habe. Als der bekannte Aarauer Arzt und Oberstleutnant Dr. Eugen Bircher von politischen Gegnern mit dem Hitler-Putsch in Verbindung gebracht wurde, erschienen diese Vorwürfe immerhin gravierend genug, daß die Regierung die Verdächtigten durch das Militärdepartement einvernehmen ließ.

Im Juli 1936 arbeitete Ernst von Weizsäcker ein außenpolitisches Grundsatzprogramm aus. Darin hieß es u. a. (Zit. nach Weizsäcker-Papiere, S. 96 f):
b) Wiedereintritt des Reichs in die Reihe der Großmächte, d. h. der Mächte, welche bei wichtigeren Weltfragen nicht zu umgehen sind. Hierzu ist nötig – über die Maßnahmen zu a) hinaus – die Lockerung des dem III. Reich feindlichen Mächteblocks. Es ist ein Freundeskreis zu schaffen – unter eventueller Zurückstellung weltanschaulicher Gesichtspunkte, da nationale fest zu stehen pflegen –, der nicht zur Blockbildung führen muß, aber sie androhen darf. Das anti-deutsche Zentrum des Völkerbundes ist auf diesem Wege, ferner durch Förderung der Paktdebatte ja möglichst durch Ersatzkonstruktionen (Großmächte-, Konsultativklub u. a.) aufzulockern.
c) Wahrung des Lebensraums, also ein aktivistisches Programm kann im *normalen,* friedlichen Zeitablauf nur im Kolonialerwerb bestehen. Ihn versuchsweise zu betreiben, kann trotz der anti-englischen Tendenz riskiert werden. Für *anormale* Zeiten, d. h. für Konfliktsperioden dritter muß im Vordergrund der Osten stehen (Danzig, Memel, Korridor), sehr secundo loco Eupen, Tondern, Elsaß. Marsch auf eines dieser Ziele durch einen eigens dazu geführten Krieg ist nicht zu planen. Dagegen ist Vorgehen wie zu b) auf alle Fälle notwendige Voraussetzung.

Am 7. Oktober 1936 machte sich Ernst von Weizsäcker Gedanken über Danzig und Polen. Er schrieb (Weizsäcker-Papiere, S. 99):
Hier ist wieder jeden Tag etwas Neues. Jetzt beschäftigt mich Danzig

sehr. Ich finde, daß die Danziger Rechte, die bescheiden genug sind, der Stadt gerettet werden sollten. Der Völkerbund ist zu allem imstand und den Polen zu sehr zu trauen, ist nicht meine Sache.

Anfang 1937 entwickelte Ernst von Weizsäcker einen Deutschlandplan, in dem es u. a. hieß (Weizsäcker-Papiere, S. 111):
3. Ohne große europäische Erschütterungen wird Deutschland auf dem europäischen Kontinent seine unzulängliche territoriale Lage



ME - We 22.4.1937 7472

Aus : Archiv f. publizistische Arbeit (Intern.Biogr.Archiv)

Dr. Viktor Freiherr von Weizsäcker

(Professor der Neurologie)

z Viktor Freiherr von Weizsäcker wurde am 21. April 1886 in Stuttgart geboren. Sein Vater war der Königl. Württembergische Ministerpräsident Carl v. W. Sein Großvater väterlicherseits war Professor der Kirchengeschichte und sein Großvater mütterlicherseits, von Meibom, war Professor der Rechtswissenschaften. Er absolvierte das humanistische Gymnasium und studierte dann an den Universitäten Tübingen, Freiburg, Berlin und Heidelberg Medizin. Im Jahre 1911 wurde er Assistent der Medizinischen Klinik Heidelberg bei Professor von Krehl; seine physiologische Ausbildung erhielt er bei von Kries 1910/11 und in Cambridge 1914. Von 1914 bis 1919 war er im Felde. Im Jahre 1923 wurde er a. o. Professor für Neurologie in Heidelberg.

v. W. hat sich vor allem um das funktionelle, d. h. nicht körperlich bedingte Krankheitsgeschehen bemüht und die sich aus diesem Bemühen ergebende Krankheitsbetrachtung auf Erkrankung der inneren Organe ausgedehnt, was den Anfang einer neuen anthropologischen Krankheitslehre darstellt. Darüber hat er verschiedene Werke veröffentlicht. Bei dem Kongreß der Gesellschaft deutscher Neurologen und Psychiater in Frankfurt a.M. im August 1936 wurde ihm als Direktor der Nervenklinik der Heidelberger Universität die Erb-Medaille, die höchste Auszeichnung der Gesellschaft, verliehen.

Anschrift : Heidelberg, Häusserstraße 57.

Viktor von Weizsäcker, Onkel des Bundespräsidenten, vorgestellt im Prominenten-Archiv Munzinger 1937.

Das Bild des Tages

Aufn.: Presse-Bild-Zentrale

Freiherr von Weizsäcker

der durch Erlaß des Führers zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt wurde, ist am 25. Mai 1882 in Stuttgart geboren. Nach kurzer Seeoffizierslaufbahn machte er seit 1920 in den verschiedenen Gesandtschaften im Haag, als Konsul in Basel, dann in Kopenhagen und in Oslo seine diplomatische Karriere. Später wurde er des öfteren zur Unterstützung der deutschen Delegationen nach Genf gerufen. Mitte 1933 trat er schließlich sein Amt als Gesandter in der Schweiz an, das ihm durch die ständig wachsende Anzahl der sich in der Schweiz niederlassenden deutschen Emigranten und durch den in seine Amtszeit fallenden Mord an Wilhelm Gustloff eine äußerst schwierige Aufgabe stellte.

So meldete die Presse des Deutschen Reiches Ernst von Weizsäckers Ernennung zum Ministerialdirektor, der zugleich die Leitung der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes übernahm.

ME - We 3.6.1937 4637 ***

Aus: Archiv für publizistische Arbeit (Intern.Biogr.Archiv)

Freiherr Ernst von Weizsäcker

(Deutscher Diplomat)

i Freiherr Ernst von Weizsäcker wurde am 25. Mai 1882 in Stuttgart geboren. Er ergriff die Seeoffizierslaufbahn und war zuletzt Marineattaché im Haag. Dem auswärtigen Dienst gehört er seit 1920 an. Nach vorübergehender Beschäftigung im Auswärtigen Amt wurde er 1921 zum Vizekonsul und 1922 zum Konsul in Basel ernannt; 1924 wurde er als kommissarischer Gesandtschaftsrat der Gesandtschaft in Kopenhagen zugeteilt und 1927 wiederum in das Auswärtige Amt unter Ernennung zum Vortragenden Legationsrat einberufen. Im Juni 1931 wurde er sodann zum Gesandten Erster Klasse in Oslo ernannt.

Auch als solcher wurde er häufig zur Unterstützung deutscher Delegationen nach Genf gerufen. Am 11.5.1933 wurde er dann als Nachfolger des zurücktretenden Gesandten Adolf Müller zum deutschen Gesandten in der Schweiz ernannt.

Seine Tätigkeit in Bern gestaltete sich zu keiner leichten, da die Schweiz in den folgenden Jahren zum Sammelbecken der deutschen Emigration wurde. Nach der Ermordung des Landesleiters der deutschen NSDAP. in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, blieben im Februar 1936 auch direkte Anfeindungen gegen v. W. nicht aus, sodass der schweizerische Bundesrat am 11.2.1936 in einer sachlichen Erklärung zu der Haltung des deutschen Gesandten Stellung nahm.

Bei der durch den Tod des Staatssekretärs v. Bülow am 15.8.1936 notwendig gewordenen Umbesetzung im Auswärtigen Amt wurde v.W. nach Berlin zurückberufen und ihm die Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes als Nachfolger Dr. Dieckhofs übertragen. Nach einigen Monaten kommissarischer Tätigkeit im Auswärtigen Amt kehrte W. im März 1937 für kurze Zeit auf seinen Posten in Bern zurück, um dann Anfang Mai 1937 als Ministerialdirektor endgültig im Auswärtigen Amt zu verbleiben.

„Munzinger-Archiv" von 1937 über Ernst von Weizsäcker.

nicht verbessern können. Bestimmte positive Ziele für den Fall einer solchen Erschütterung lassen sich nicht im voraus aufstellen, etwa ähnlich denen wie die Einigung des Reichs vor dem Krieg 1870. Man kann als Ziel höchstens ganz allgemein an ein föderatives Großdeutschland denken, das Ostpreußen (durch den bisherigen Korridor) mit Deutschland wieder direkt verbände, Österreich u. das Sudetendeutschtum nahe an uns anschlösse u. gewisse Grenzkorrekturen in Oberschlesien, vielleicht auch bei Tondern, bei Eupen u. s. w. aufwiese. Alle solchen Pläne setzen aber einen überwältigenden Sieg der deutschen Sache voraus, der keinesfalls dann zu haben wäre, wenn diese Ziele oder auch nur die Absicht auf sie vorher bekannt wären. Deutschland bedarf eines friedlichen Gesichtes, um eintretendenfalls umso überraschender handeln zu können. Es bedarf einer ganz anderen Position als es sie heute hat, militärisch, wirtschaftlich, finanziell u. politisch. Es benötigt den Ruf der Stärke, der Stabilität, der Verläßlichkeit und der Würde.

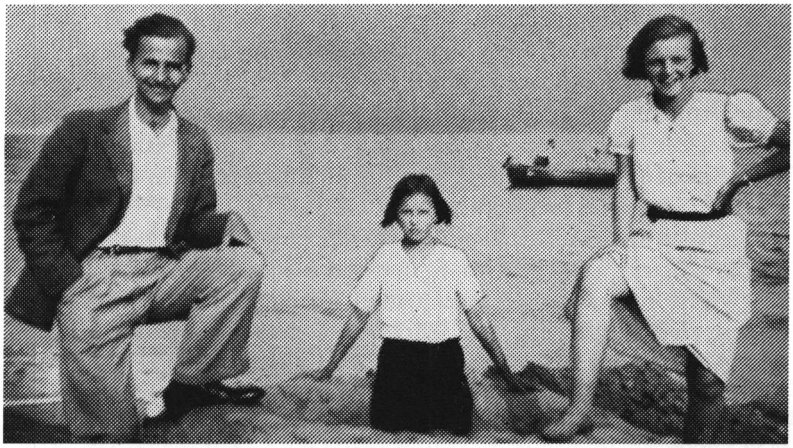
Am 10. März 1937 schreibt Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 112):
Sehr angetan bin ich von meinem Besuch beim Führer. Es war bei dem Massenandrang natürlich kurz, ca. 20 Minuten, aber Konversation und Meinungsaustausch bester Art. Er wußte, daß man mich in Bern erwartet. Seine Äußerungen über die Angst der Schweiz vor uns waren sehr treffend.

Schon 1937 hatte Ernst von Weizsäcker eine entscheidende Funktion in der NS-Judenpolitik inne, wie sich aus folgendem Bericht des AA-Gesandten von Bülow-Schwante aus dem für Judenfragen zuständigen Referat Deutschland des Auswärtigen Amtes vom 27. 4. 1937 an Gauleiter Bohle, den Chef der Auslandsorganisation der NSDAP, und andere AA-Ressorts ergibt. Thema: Forderungen nach einer „einheitlichen deutschen Stellungnahme zum Problem eines Judenstaates in Palästina":
Der jüdische Anspruch auf Gründung eines Judenstaates in Palästina wird immer deutlicher und mit immer größerer Selbstverständlichkeit verfochten. Die Debatte in den beiden anliegenden Ausgaben der Jüdischen Rundschau Nr. 29 und 30 dreht sich überhaupt nur noch um die künftige Grenzziehung! Nach Ansicht von Referat Deutschland ist es daher notwendig, eine einheitliche deutsche Stellungnahme zu dem Problem eines Judenstaats in Palästina herbeizuführen. Das Re-

ferat D. ist – wie wiederholt betont – der Auffassung, daß eine Zersplitterung des Weltjudentums im deutschen Interesse zweckmäßiger ist, als eine politische Konsolidierung in einem Palästina-Staat mit eigenen diplomatischen Vertretungen, Sitz im Völkerbund etc. Daß diese Befürchtung nicht utopisch ist, dürfte aus dem Artikel in der „Jüdischen Rundschau" Nr. 29, S. 2, „Faschismus, Juden und Zionismus" hervorgehen. Danach hat der Abgeordnete der faschistischen Kammer Professor Orano, Rektor der Universität Perugia, in einem Buche „Juden in Italien" die Gefahr der Errichtung eines Judenstaates für das italienische Imperium untersucht. In dem Buche heißt es u. a., falls ein Judenstaat, der von Großbritannien garantiert sei, bestehe, ergäben sich folgende Möglichkeiten: „Judenfahne, Gesandtschaften, Konsulate, Wirtschaftsattachés und Bürger des zionistischen Staates als Ausländer in Italien, wobei es für die Juden in Italien unvermeidbar scheine, mit ihren Rassegenossen gemeinsame Sache zu machen."
Bekanntlich haben nach dem Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Bagdad die Araberführer bereits bei dem Gesandten in Bagdad deutsche Hilfe gegen die Gefahr der Gründung eines Judenstaates erbeten. Auf Weisung des A. A. ist eine hinhaltende Antwort erteilt worden. Gleichzeitig hat Herr Gesandter von Weizsäcker als Richtlinien für die künftige Behandlung der Palästina-Frage festgestellt, daß
1. eine Zersplitterung des Weltjudentums der Gründung eines Palästina-Staates vorzuziehen sei.
2. Daß bei einem Tätigwerden der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung es jedenfalls unzweckmäßig erscheine, auf die britische Mandatsmacht zur Zeit direkt einzuwirken.
Diese Richtlinien würden aber nicht ausschließen, daß das A. A. seine Stellungnahme den innerdeutschen Ressorts zur Kenntnis gibt, damit bei innerpolitischen Maßnahmen, die der jüdischen Auswanderung dienen, berücksichtigt wird, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina nicht bedenkenlos zu fördern, sondern die Auswanderung nach jeder anderen Richtung der Welt vorzuziehen ist.
Nach anliegendem Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Bagdad ist es überdies erforderlich, den Auslandsbehörden eine Instruktion über ihre Haltung in der Palästina-Frage zu geben.

Im Oktober 1937 berichtete Amtsleiter Schwarz vom NSDAP-Außenhandelsamt an den Chef der NS-Auslandsorganisation:
Der Erlaß des Auswärtigen Amtes vom 22. 3. 1937 stellt eindeutig

fest, daß Deutschland kein Interesse an der Förderung der Errichtung eines jüdischen Staates hat.
Aufgrund dieses Erlasses wurde am 15. 10. 1937 im AA unter Vorsitz des Herrn Ministerialdirektors Weizsäcker die Stellungnahme des AA zur Frage des Haavara-Verfahrens dahingehend präzisiert, daß das AA folglich kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Haavara-Abkommens hat, da durch das letztere die wirtschaftliche Erstarkung des jüdischen Palästinas gefördert wird.
Der Reichs- und Preuß. Wirtschaftsminister geht in seinem Schnellbrief vom 9. 10. 1937, der auch dem AA vorliegt, bei seinen Vorschlägen zur Abänderung des Haavara-Verfahrens von folgender Voraussetzung aus:
„Die Auswanderung der Juden aus Deutschland soll weiterhin nachdrücklich gefördert werden, das gilt auch von der Auswanderung nach Palästina, solange gegenteilige Entschließungen nicht vorliegen." Bisher stellte sich das RWM und insbesondere die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung auf den Standpunkt, daß man deutscherseits auf das Haavara-Verfahren nicht verzichten könne, da das Reichsinnenministerium eine Förderung der Auswanderung nach Palästina unter allen Umständen wünsche.
In einer Besprechung am 18. 10. im RIM unter Beteiligung der zuständigen Ressorts hat das Reichsinnenministerium erklärt, daß es kein Interesse an der Förderung einer Auswanderung der Juden nach Palästina habe und daher an der Beibehaltung des Haavara-Verfahrens nicht interessiert sei. Durch diese eindeutige Erklärung des RIM entfallen also die Voraussetzungen, unter denen die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung bisher an der Beibehaltung des Haavara-Abkommens festgehalten hat. Es besteht also Meinungsgleichheit in dieser Frage zwischen der AO, dem AA und dem Reichsinnenministerium. Wenn auch durch die seitens des RWM nunmehr geplanten Abänderungen die schärfsten Diskriminierungen der Reichsdeutschen in Palästina behoben sein dürften und die AO ihrerseits ihre langjährigen Forderungen durchgesetzt hat, so wird es doch empfehlenswert sein, wenn das AA mit Rücksicht auf die rein politische Seite der Angelegenheit (Erlaß vom 22. 6.) beim Reichs- und Preuß. Wirtschaftsminister darauf besteht, daß das Haavara-Verfahren nunmehr in Fortfall kommt.
gez. Schwarz



Richard von Weizsäcker 1937 in England. Er studierte seinerzeit ein Semester lang in Oxford.

Ernst von Weizsäcker war vom Österreich-Anschluß außerordentlich beeindruckt. Am 15. März 1938 schreibt er (Weizsäcker-Papiere, S. 123):

Der gestrige Tag in Wien ist schon der bemerkenswerteste seit dem 18. Januar 1871. Die österreichischen Dragoner nach der Prinz-Eugen-Melodie zusammen mit unseren Truppen defilieren zu sehen, sowie die Kundgebung vom Balkon der Hofburg sind Eindrücke, die ich Euch allen gewünscht hätte.

Die diplomatische Aktion dabei läuft unberufen ganz erträglich.

Die Gefühle der Insassen des Ballhausplatzes glauben wir einigermaßen geschont zu haben. In die Seele konnten wir ihnen freilich nicht schauen.

Wer dächte in diesen Tagen nicht an die früher oft gestellte Frage, wofür unsere Opfer im Weltkrieg gebracht wurden.

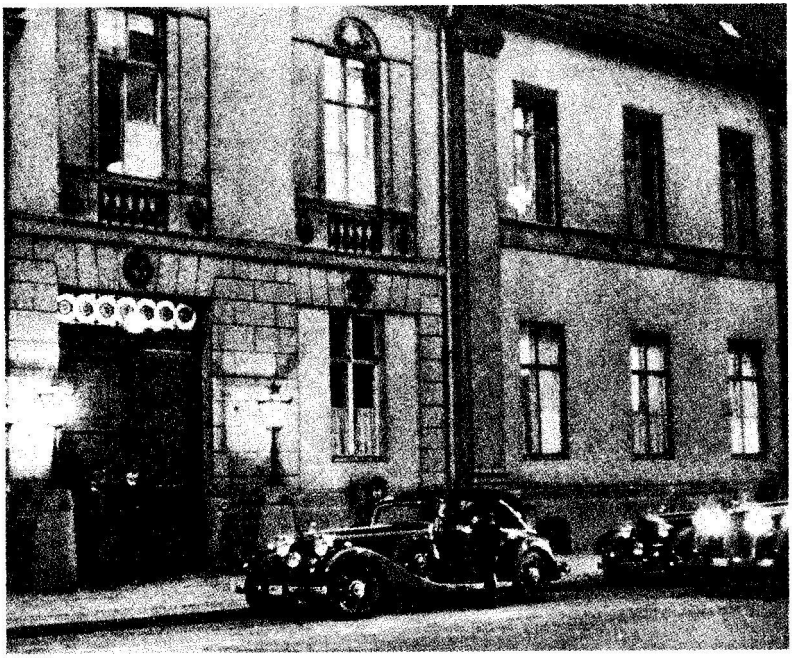
Aus dem Urteil im Wilhelmstraßenprozeß gegen Ernst von Weizsäkker (1948):

Österreich. Die Anklagebehörde stützt sich auf die folgenden erwiesenen Tatsachen:

(1) Weizsäcker ist der Leiter der Deutschen Delegation bei der gemischten Kommission gewesen, die aufgrund des deutsch-österrei-

chischen Abkommens vom 11. Juli 1936 ins Leben gerufen wurde.
(2) Der Angeklagte Keppler hat die Verbindung mit dem Auswärtigen Amt aufrechterhalten in der Hoffnung, dadurch Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, und Weizsäcker in seiner Eigenschaft als Chef der Politischen Abteilung war für die Gleichschaltung der diplomatischen Tätigkeit des Auswärtigen Amtes mit den allgemeinen Angriffsplänen verantwortlich.
(3) Keppler hatte mehrfach Besprechungen mit Weizsäcker sowie mit dessen Untergebenen Altenburg und von Neurath; diese Besprechungen waren eigentlich der Deckmantel für ein geheimes Zusammentreffen von Mitgliedern der deutschen Delegation mit Führern der NSDAP in Österreich, insbesondere Hauptmann Leopold.
(4) Weizäckers Ressort hat das Schreiben von Keppler erhalten, in dem stand, daß Seyss-Inquart keine Verpflichtungen hinsichtlich der Stellung Österreichs ohne vorherige Fühlungnahme und Absprache mit Hitler und dem deutschen Auswärtigen Amt eingehen werde.
(5) Weizsäckers Referent, Altenburg, hat eine Vortragsnotiz für den damals neuernannten Außenminister Ribbentrop entworfen, in welcher es hieß:
„Voraussetzung für ein zufriedenstellendes Ergebnis der eingeleiteten Besprechungen dürfte engste Zusammenarbeit der vom Reich zu den Verhandlungen ermächtigten Persönlichkeiten mit den Exponenten der Bewegung in Österreich sein, um vorzubeugen, daß Bundeskanzler Schuschnigg dabei das Reich gegen die Bewegung in Österreich und umgekehrt, ausspielen kann."
(6) Vom Oktober 1937 an hat das Auswärtige Amt zur Hälfte die von Morgle von der NSDAP in Österreich monatlich geleisteten Propagandaausgaben bestritten.
(7) Weizsäcker hat im Februar 1938 gewußt, daß große Mengen von nationalsozialistischem Propagandamaterial auf ungesetzlichem Wege von Deutschland nach Österreich geschafft wurden.
(8) Weizsäcker hat von Neuraths diplomatische Rechtfertigung des Einmarsches in Österreich gekannt, die ungefähr am 12. März 1938 veröffentlicht wurde.
(9) Weizsäcker hat ein Vorwort zu dem Jahrbuch des Auswärtigen Amtes für 1938 geschrieben, in welchem er erklärte, dieses Jahr werde in der deutschen Geschichte immer einen besonderen Platz einnehmen als das Jahr der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich, und es sei gut, sich daran zu erinnern, daß auch in der Politik nichts von ungefähr kommt.

Diese Tatsachen reichen jedoch zur Feststellung einer strafbaren Handlung nicht aus. Die Straftat besteht in der Planung, Vorbereitung und Einleitung von unprovozierten Einmärschen. Daß als Ergebnis der Planung usw. ein solcher Einmarsch tatsächlich stattgefunden hat, ist außer Zweifel; wenn aber der Angeklagte sich an diesen vorbereitenden Maßnahmen nicht beteiligt hat, fällt ihm eine strafbare Handlung im Sinne des Völkerrechts nicht zur Last, und bestimmt nicht die, deren er hier bezichtigt ist.
Sofern nicht vertragliche Verpflichtungen entgegenstehen, ist es erlaubt, politische Bewegungen in einem anderen Staat zu fördern, mit den Führern solcher Bewegungen Verbindungen aufrechtzuerhalten und ihnen Unterstützung zu gewähren – und zwar auch durch Zuwendung von Geld – mit dem Ziele, eine Bewegung zu stärken, deren Endzweck eine Annexion ohne Verletzung des Völkerrechts ist. Erst wenn diese Handlungen in Kenntnis des Umstandes begangen werden, daß sie Bestandteil künftiger, sorgfältig geplanter Gewaltmaßnahmen sind und daß auf sie, wenn nötig, ein Angriffskrieg oder ein



Das Auswärtige Amt in der Berliner Wilhelmstraße in den 30er Jahren.

Einfall folgen soll, liegt eine strafbare Handlung vor, zu deren Aburteilung das erkennende Gericht zuständig ist. Es ist nicht bewiesen, das Weizsäcker damals Hitlers Absicht kannte, in Österreich einzumarschieren. Man kann nach unserer Ansicht davon ausgehen, daß Hitler fast bis zum Schluß der Entwicklung geglaubt hat, seine Absichten durchsetzen zu können, auch ohne daß er die deutsche Wehrmacht einmarschieren ließ; seine eigenen Erklärungen zeigen aber deutlich, daß er fest entschlossen war, Gewalt anzuwenden, falls anderer Mittel nicht zum Ziele führen sollten. Wenn Weizsäcker hiervon zur Zeit seiner eigenen Handlungen keine Kenntnis hatte, so hat er keine strafbare Handlung begangen, und es kommt nicht darauf an, wie man den moralischen Charakter des übrigen Programms beurteilt. Dieser Gerichtshof ist zur Aburteilung bestimmter, klar gekennzeichneter Verbrechen zuständig, nicht aber zur Entscheidung solcher Fragen der Moral, die nichts mit den Deliktstatbeständen zu tun haben.
Die Beweisaufnahme hat nicht ergeben, daß Weizsäcker an dem Einmarsch in Österreich in strafbarer Weise teilgenommen hat.

Ernst von Weizsäcker im Sammelwerk „Das Dritte Reich" (Berlin 1939).

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (2. von rechts) bei einer Direktorenkonferenz im Auswärtigen Amt.

So stellte Ernst von Weizsäcker in seinen 1950 erschienenen „Erinnerungen" (S. 152) seinen Weg in NSDAP und SS dar:
April 1938. Bald nach Rückkehr von Wien hatte ich den Staatssekretärposten offiziell zu übernehmen. Eine erste, wenn auch nur äußerliche Konsequenz war, daß mir nach dem Dienstantritt „aus Schönheitsgründen", wie es hieß, die Mitgliedschaft der NSDAP verliehen wurde sowie ein höherer „Ehrenrang" der sogenannten SS, ohne daß hiermit besondere Informationen, Dienstleistungen oder Verpflichtungen verbunden waren.
Es verstand sich, daß ich die beiden Ernennungen nicht ablehnen konnte, ohne meine selbstgewählte Aufgabe alsbald wieder preiszugeben. Die damit verknüpften Abzeichen und Uniformen bedeuteten damals für jeden etwas anderes: für den unorientierten Idealisten das Kundtun seiner Begeisterung, für den Opportunisten Karriere und Profit, für Fälle meiner Art die notwendige Begleiterscheinung im Kampf um ein echtes Ziel, das Opfer rechtfertigte.

Hermann Lauterbacher, einstiger Gauleiter sowie stellvertretender Reichsjugendführer, berichtet in seinen Erinnerungen „Erlebt und mitgestaltet" (Preußisch Oldendorf 1984, Seite 291):
Der wichtigste Mann bei und nach Ribbentrop war der Staatssekretär Ernst Freiherr v. Weizsäcker. Wir beide mochten uns, und wir haben besonders den Austausch von Erfahrungen gepflegt. Wann immer ich von einer Auslandsreise nach Berlin zurückgekehrt war, erstattete ich auch Weizsäcker Bericht. Was da heute ins Blaue gesprochen wird, daß Weizsäcker ein Widerständler, ja ein Verräter gewesen sei, kann ich aus meiner Sicht nicht bestätigen. Er war ganz gewiß kein in der Wolle gefärbter Nationalsozialist, aber er trat uns mehr als aufgeschlossen gegenüber. Ich hatte die Ehre, so möchte ich das auch heute noch sagen, mit seiner Frau bekannt zu werden. Ich machte schließlich mit meiner Frau Besuche in der Familie, und als Weizsäcker als Botschafter an den Vatikan versetzt war, änderte sich daran nichts. Mit dem Vorgänger Weizsäckers am Vatikan, dem Botschafter v. Bergen und seiner Familie, hatten wir, meine Frau und ich, schließlich familiären Kontakt, und der setzte sich in die neue Ära fort.
Die großartige und schnelle Hilfe, die Frau v. Weizsäcker, die Mutter des heutigen Bundespräsidenten, mir seinerzeit angedeihen ließ, als ich im Lager Ancona bei den Engländern inhaftiert war, charakterisiert das vornehme Wesen der Familie v. Weizsäcker. Die sehr oberflächlichen Betrachtungen über den Staatssekretär und seine Familie halte ich in jeder Hinsicht für falsch.
Lauterbacher auf Seite 332 seines Buches:
In dem Spezialcamp, in dem ich untergebracht war, hielt sich auch eine Zeitlang der inzwischen in Südamerika verstorbene ehemalige SS-Standartenführer Rauff auf. Seine Flucht, die die Italiener ermöglichten, erlebte ich übrigens an Ort und Stelle mit . . .
In jene Zeit der körperlichen und seelischen Strapazen fiel ein Ereignis, das mir eine Erlösung war. Ich konnte nämlich dem ehemaligen Staatssekretär Ernst Freiherr v. Weizsäcker, der sich als Botschafter beim Vatikan dort noch mit seiner Frau aufhielt, einen Brief zukommen lassen. Ich kannte die Weizsäckers aus der Berliner Zeit und bat sie festzustellen, wo sich meine Familie befand, und ihr die Nachricht zuzustellen, daß ich lebe. Erstaunlich schnell kam von Frau von Weizsäcker Rückantwort. Meine Familie sei in einem Dorf zwischen der holländischen Grenze und der Ems, gegenüber von Emden. Interessanterweise war das die ehemalige Verbrecherkolonie Friedrichs des Großen. Diese Nachricht war für mich eine sehr große Erlösung und,

wie ich dann später von meiner Familie hörte, umgekehrt natürlich auch, als sie von mir erfuhr. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Frau v. Weizsäcker in der Zeit auch noch einiges für meine Frau und die Kinder getan.

Sprachregelung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker für die deutschen Botschaften in London, Paris, Rom, Washington und Warschau zu Beginn der Konferenz von Evian 1938:
Zur Regelung der Sprache wird folgendes mitgeteilt: Der hiesige britische Botschafter hat anläßlich des Beginns der Konferenz von Evian den Herrn Reichsaußenminister darauf angesprochen, ob die Reichsregierung bereit sei, bei der Lösung der Emigrantenfrage, insbesondere bei der Förderung der Auswanderung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit mit den übrigen interessierten Staaten zusammenzuarbeiten. Kein Land sei bereit, die auswandernden Juden aufzunehmen, zumal wenn sie mittellos seien. Es stelle sich daher die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, bei der Transferierung von Kapital in jüdischen Händen mitzuwirken.
Der Herr Reichsaußenminsiter hat dem britischen Botschafter erwidert, daß er eine Zusammenarbeit mit anderen interssierten Staaten in der deutschen Judenfrage grundsätzlich ablehen müsse. Es handele sich um ein innerdeutsches Problem, das außer jeder Diskussion stehe. Die Frage, ob Deutschland die Transferierung von Kapital in jüdischen Händen erleichtern könne, müsse verneint werden, da ein Transfer des von Juden – vor allem nach dem Kriege – angesammelten Kapitals Deutschland nicht zugemutet werden könne.
Eine Zusammenarbeit mit den zur Zeit in Evian tagenden Mächten käme daher für Deutschland nicht in Frage.
gez. Weizsäcker

Rolf Vogel, Journalist jüdischer Herkunft, schreibt in seinem Buch „Ein Stempel hat gefehlt – Dokumente zur Emigration deutscher Juden" (München 1977) zum Thema Ernst von Weizsäcker und die Judenfrage (S. 71):
Einer der Hauptakteure bei den Versuchen des amerikanischen Kommitee-Präsidenten Rublee, mit der deutschen Regierung über eine Lösung des Flüchtlingsproblems irgendwie ins Gespräch zu kommen, war auf deutscher Seite Ernst Freiherr von Weizsäcker, seit 1938 unter Ribbentrop Staatssekretär im Reichsaußenministerium.
Wer seine Notizen, Vermerke und Anweisungen liest, kommt nicht

ohne weiteres auf den Gedanken, daß es sich hier um jemanden handeln könnte, der etwa Hitlers unmoralische Judenpolitik strikt ablehnte und gewillt war, alles in seiner Kraft stehende zu tun, um den Juden zu helfen.
Zwar fehlt den hier abgedruckten Dokumenten, die Weizsäcker unterzeichnet hat, die typische antijüdische Häme. Dennoch scheinen sie zumindest strikte Loyalität mit seiner Regierung zu verraten. Später trugen selbst Dokumente seine Paraphen und Unterschriften, in denen das Außenministerium die Vorschläge des Reichssicherheitshauptamtes zur Endlösung der Judenfrage zu approbieren hatte.

Ernst von Weizsäcker soll internationale Bemühungen, den deutschen Juden zu helfen, sabotiert haben, behauptet Gerald Reitlinger in „Die Endlösung" (S. 22 f.):
Die Bemühungen, internationale Hilfe für deutsche Juden zu organisieren, gipfelten im Juli 1938 in der Konferenz von Evian, aus der ein von Mr. Rublee in New York geleitetes Zwischenstaatliches Komitee für die Erleichterung der Auswanderung hervorging. Am 18. Oktober, nachdem sowohl der britische als auch der amerikanische Botschafter verlangt hatten, daß mit Mr. Rublee in Berlin verhandelt werde, erhielt Ribbentrop den folgenden Bericht seines Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker:
„Das Comité . . . wolle . . . um seine Lebensfähigkeit darzutun, mit der Deutschen Regierung reden. In Deutschland würde dann festgestellt, daß wir aus naheliegenden Gründen Juden keine Devisen mitgeben würden, und damit wäre dann der Zweck erreicht, nämlich zu beweisen, daß wiederum deutsche Widerspenstigkeit das Judenelend verschuldè. Nur um in Deutschland den Sündenbock zu finden, könnte ich die Reise von Herrn Rublee nicht befürworten."
Nach diesem Bericht des angeblich judenfreundlichen Weizsäcker ist es vielleicht nicht überraschend, daß Mr. Rublee bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Botschafter der Vereinigten Staaten als Zeichen des Protestes gegen die Pogrome Berlin verließ (10. November), keinerlei Einladung nach Berlin erhalten hatte. Aber Göring, dem zwei Tage später Befürchtungen über die wirtschaftlichen Folgen einer weiteren Inanspruchnahme des Devisenschatzes durch Heydrichs 20 000 neue Geiseln aufstiegen, legte einen eigenen Plan auf den Tisch, der in der Entsendung des österreichischen Wirtschaftsministers Fischböck nach London zur Vorlage von Auswanderungsvorschlägen bestand. Görings Vorschläge führten schließlich dazu, daß Hitler der Ent-

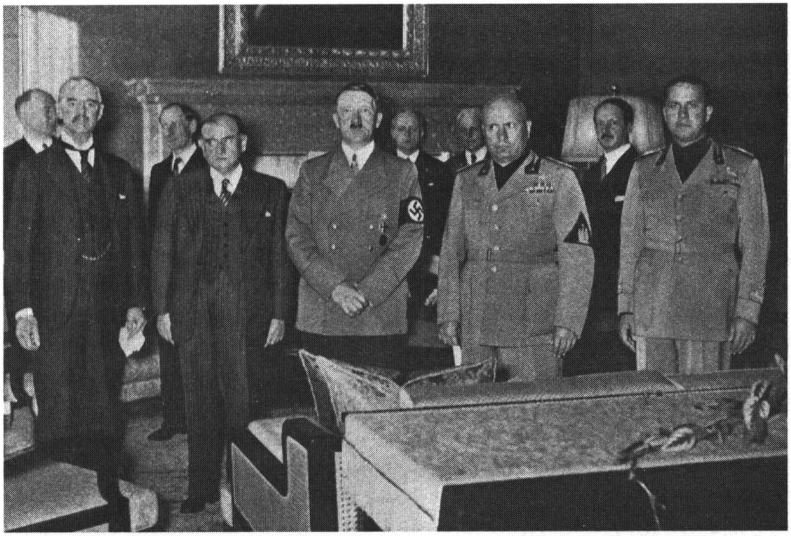
sendung des Reichsbankpräsidenten Schacht nach London zustimmte.

Am 2. August 1938 notierte Ernst von Weizsäcker:
Der Britische Botschafter sprach mich heute von neuem, jedoch, wie er mehrfach betonte, ganz inoffiziell auf die Evian-Konferenz an. Er teilte mir mit, der von der Konferenz geschaffene permanente Ausschuß werde sich in diesen Tagen einen Direktor wählen, vermutlich werde es ein Amerikaner, schwerlich ein Engländer werden. Dieser Direktor werde evtl. nach Berlin kommen, um in Besprechungen mit deutschen Stellen den Versuch zu einer geordneten Grundlage für den Abtransport von Juden ins Ausland aufzustellen, wozu allerdings die Überlassung eines Vermögensteils der Juden an die Auswandernden erforderlich werde. 12
Der Botschafter bat mich um einen persönlichen Rat, wie die Sache am besten anzufassen wäre, ob der Betreffende den Herrn Reichsaußenminister und vielleicht auch den Herrn Reichswirtschaftsminister sehen könne. Es handele sich, wie er ausdrücklich betonen wolle, nicht um eine Zusammenarbeit mit deutschen Regierungsstellen, sondern lediglich um eine freundschaftliche Feststellung des deutschen Standpunktes und gegebenenfalls um Feststellung der Zahl der Auswandernden und ihrer finanziellen Dotierung. Ich erwiderte dem Botschafter etwa das folgende: Auch der Amerikanische Botschafter habe mich vor kurzem auf diese Sache angeredet, wenn auch in allgemeinerer Form. Ich hätte Mr. Wilson damals schon gesagt, er möge sich den Gedanken einer Zusammenarbeit mit uns in dieser Angelegenheit aus dem Kopfe schlagen. Die Emigranten-Komitees seien eine mir geläufige Sache. Ich hätte ziemlich genau das frühere MacDonald-Komitee verfolgt, welches schließlich an seiner Erfolglosigkeit eingeschlafen sei. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß zwar viele Länder Juden produzierte, daß aber kein einziges sie konsumieren wolle. !! Die Motive zu dem Evian-Komitee seien nach meiner Erkenntnis !! nicht rein humanitärer Natur. Der Beratungsverlauf habe nur bewiesen, daß sich wiederum kein Land bereit finde, eine bestimmte ins Gewicht fallende Quote von Juden bei sich aufzunehmen. Angesichts dieses Mißerfolgs wolle man nun an Deutschland herantreten, um mit Hilfe der Feststellung, daß wir den Juden keine Devisen mitgeben wollen oder können, die Schuld an dem Mißerfolg auf uns abzuwälzen. !! Ich glaube daher, der künftige Komitee-Direktor täte besser daran, nicht nach Deutschland zu kommen.

Auf Anspielungen des Botschafters, daß doch wohl gewisse Instanzen in Deutschland geneigt sein könnten, mit dem Komitee-Direktor Gespräche zu führen, ich möge also seine Anregung doch wenigstens

September 1938, München: Der britische Premierminister Chamberlain (vorn links) wird von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (rechts) und dessen Stellvertreter, Staatssekretär von Weizsäcker (Kreuz), am Flugplatz empfangen. Chamberlain kommt zur Unterzeichnung des Münchener Abkommens.

weitergeben, erwiderte ich dem Botschafter, dazu wäre ich bereit, er solle sich aber auf keine andere Antwort gefaßt machen als die, welche ich ihm soeben gegeben habe.
gez. Weizsäcker



Unterzeichnung des Münchener Abkommens (29. September 1938). Links direkt hinter Mussolini Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der den Text des Münchener Abkommens über die Eingliederung des Sudetenlandes ausgearbeitet hatte.

Ernst von Weizsäcker über Hermann Göring (Erinnerungen, S. 164):
Das deutsche Militär war weder kriegslüstern noch kriegsbereit, auch die Luftwaffe nicht. Göring, dem es schwül wurde, war zu den Friedfertigen übergegangen. Er pflegte Verkehr mit Henderson und gab sich als der bürgerliche Stellvertreter Hitlers. Er war intelligenter, als man ihn gewöhnlich einschätzte, und keineswegs der „eiserne Hermann", für den er galt. 1938 hat er sich als Anhänger des Friedens bewährt.

Im Oktober/November 1938 sei Ernst von Weizsäcker bemüht gewesen, 40 000 bis 50 000 Juden nach Polen abzuschieben, schreibt Holocaust-Historiker Raul Hilberg in „Die Vernichtung des europäischen Judentums" (S. 279):
Am 29. Oktober legte der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wörmann, einen Vermerk über ein Gespräch mit dem Verwaltungschef der Sicherheitspolizei, Best, an; in diesem Gespräch hatte letzterer die Situation an der deutsch-polnischen Grenze als

„unhaltbar" bezeichnet und gefragt, was nunmehr geschehen solle. Best schlug vor, die polnischen Juden in Konzentrationslager zu bringen. Doch Wörmann hielt eine solche Lösung für zu riskant. Schließlich gelangte man zu einem Kompromiß: Die Polen nahmen 7 000 polnische Juden auf, die Deutschen mußten die gleiche Zahl deutscher Juden über die Grenze lassen, und der Rest der Evakuierten konnte nach Hause zurückkehren. Im Verlauf der Gespräche über die Bereinigung des Problems versuchte Staatssekretär Weizsäcker vom Auswärtigen Amt, den polnischen Botschafter Lipski zur Rückführung der 40–50 000 im Reich lebenden polnischen Juden zu bewegen. Lipski hielt diese Zahl für „übertrieben" und ließ Weizsäcker wissen, er verlange von Polen ein „großes Opfer". Zu den Abgeschobenen zählte auch die Familie des Herschel Grynszpan, dessen Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath wenige Tage später die „Reichskristallnacht" auslöste.

Am 18. Oktober 1938 fertigte Staatssekretär Ernst von Weizsäcker folgende Aktennotiz für Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop:

Der Britische Botschafter brachte heute bei mir das anliegende Memorandum vor, welches das zwischenstaatliche Comité für die Erleichterung der Auswanderung von Flüchtlingen aus Deutschland behandelt. In dem Memorandum wird – wie schon vor etwa zwei Monaten – angeregt, daß der in London residierende Direktor des Comités, der Amerikaner Rublee, und sein Mitarbeiter Herr Pell nach Berlin kommen, um mit den deutschen Behörden in eine Besprechung darüber einzutreten, wie der Abtransport von Juden aus Deutschland am besten zu bewerkstelligen sei.

Ich habe dem Botschafter – wie schon einmal im Sommer – auseinandergesetzt, daß eine Reise von Herrn Rublee nach Deutschland nach meiner persönlichen Auffassung keinen Wert habe. Es stehe ja nicht einmal fest, welche Länder bereit seien, deutsche Juden aufzunehmen. Das Comité habe sich bisher als steril erwiesen. Nun wolle es, um seine Lebensfähigkeit darzutun, mit der Deutschen Regierung reden. In Deutschland würde dann festgestellt, daß wir – aus naheliegenden Gründen – den Juden keine Devisen mitgeben würden, und damit wäre dann der Zweck erreicht, nämlich zu beweisen, daß wiederum deutsche Widerspenstigkeit das Judenelend verschulde. Nur um in Deutschland den Sündenbock zu finden, könne ich die Reise von Herrn Rublee nicht befürworten. Nach weiteren Ausführungen

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 20. Oktober 1938

Bei Hauptversammlung Aufständischenverbandes Kattowitz 16. d. M. stellte Ehrenvorsitzender Grazyński in aller Offenheit fest, daß das Deutschtum in Ostoberschlesien in Verwirklichung der Ziele Aufständischenverbandes auf allen Gebieten zurückgedrängt sei. In Entschließung, die in Anwesenheit Grazyńskis verlesen und angenommen wurde, verlangen die Aufständischen u. a. Einverleibung des Zipser Gebietes. Es heißt dann weiter: »Wir freuen uns über die wiedergewonnene Freiheit unserer Brüder jenseits der Olsa und stellen dabei fest, daß wir unsere Brüder im Oppelner Schlesien nicht vergessen haben. Wir übermitteln ihnen unsere brüderlichen Grüße und unsere brüderliche Aufmunterung, daß sie wie bisher auch in alle Zukunft dem treu bleiben, was Polen heißt, in der Erkenntnis, daß hinter ihnen unsere nationale Kraft und Hilfe steht.«

Bitte sofort gegen deutschfeindliche Äußerungen Grazyńskis sowie gegen von ihm gebilligte dreiste Einmischung Aufständischenverbandes in innerdeutsche Angelegenheiten bei maßgebender Stelle Außenministeriums schärfsten Protest zu erheben.

Weizsäcker

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker verwahrt sich gegen „dreiste Einmischungen" polnischerseits. Diese und die weiteren faksimilierten Weizsäcker-Telegramme sowie – Erlasse und Aufzeichnungen bis zum Kriegsausbruch stammen aus dem Dokumentenband der Reichsregierung zur Vorgeschichte des 2. Weltkrieges.

des Botschafters erklärte ich mich bereit, das Memorandum den zuständigen Stellen zu unterbreiten, jedoch ohne irgendeine positive Antwort in Aussicht zu stellen.

Nach dem Engländer kam dann der Amerikanische Botschafter und brachte dieselbe Sache vor. Vgl. dessen anliegendes Memorandum vom heutigen Tage. Wilson brachte den Inhalt seines Memorandums in einen allgemeineren Rahmen. Er sprach wieder davon, daß er in der zweiten Novemberhälfte – wie bereits mitgeteilt – nach den Vereinigten Staaten reise und vorher den Herrn Reichsminister noch sprechen wolle. Sein dringender Wunsch, ein besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika herzustellen, umfasse neben den österreichischen Schulden u. a. m. eben auch die Judenfrage, die nolens volens ein wichtiger Faktor in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sei. Amerika habe zur Aufnahme von Juden bekanntlich eine Jahresquote von 27 000 Menschen vorgesehen und sei also bereit, Juden aufzunehmen. Man hoffe in Washington doch zu einem ordnungsmäßigen Verfahren des Abtransports der Juden aus Deutschland zu gelangen, und zwar sowohl im Interesse der Stimmung in Amerika wie auch im deutschen Interesse. Einen detaillierten Plan für dieses Verfahren habe er – Wilson – und auch Herr Rublee nicht. Seine Zurück-

weisung durch uns wäre aber ebenso bedauerlich, wie der Effekt einer Regelung der Frage für das deutsch-amerikanische Verhältnis erfreulich wäre. Ich habe dem Amerikanischen Botschafter, vielleicht etwas weniger schroff als gegenüber Nevile Henderson, die Gründe auseinandergesetzt, welche einer nützlichen Aussprache Rublees mit deutschen Instanzen im Wege stehen dürften, mich jedoch auch Wilson gegenüber bereit erklärt, sein Memorandum den zuständigen Stellen zuzuleiten.
gez. Ernst von Weizsäcker

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 9. November 1938

Wie der Botschaft bekannt ist, sind die zuständigen polnischen Stellen seit einiger Zeit mit den Vorarbeiten zu der im Februar nächsten Jahres erscheinenden Namens- und Jahresliste für die weitere Durchführung der Agrarreform befaßt. Um nach Möglichkeit zu verhüten, daß durch diese neuen Listen der Grundbesitz der deutschen Volksgruppe in Westpolen wie in den Vorjahren in weitaus stärkerem Umfange als nationalpolnischer Besitz zur Parzellierung herangezogen wird, erscheint es dringend geboten, schon jetzt der Polnischen Regierung gegenüber unsere bestimmte Erwartung zum Ausdruck zu bringen, daß durch die neue Liste Grundbesitz der deutschen Volksgruppe in den polnischen Westprovinzen, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, lediglich entsprechend dem Anteil des in deutscher Hand befindlichen Besitzes an dem der Agrarreform unterliegenden Gesamtgrundbesitz zur Landabgabe herangezogen wird.

Ich bitte, beim dortigen Außenministerium tunlichst umgehend in diesem Sinne vorstellig zu werden und sich dabei insbesondere auf Ziffer 5 der Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 zu berufen, die uns — wie der Polnischen Regierung gegenüber im Verlauf der Verhandlungen über diese Erklärung wiederholt ausdrücklich und unwidersprochen zum Ausdruck gebracht worden sei (z. vgl. Drahtbericht vom 26. 8. 1937)* — gerade gegen unterschiedliche Behandlung der Volksdeutschen bei der Agrarreform schützen sollte. Ich bitte, dabei ferner auszuführen, die Deutsche Regierung erwarte bestimmt, daß die Polnische Regierung der Tatsache, daß der Besitz der deutschen Volksgruppe bisher wesentlich stärker von der Agrarreform erfaßt worden sei als der nationalpolnische, bei der Aufstellung der Namensliste für 1939 gebührend Rechnung tragen werde.

Für einen Bericht über das Veranlaßte sowie das Ergebnis der dortigen Demarche wäre ich dankbar.

Weizsäcker

Staatssekretär von Weizsäcker ist um die Rechte der deutschen Volksgruppe im polnischen Machtbereich besorgt.

Am 7. November 1938 heißt es aus der Feder von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (aus: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–45, Serie D, Band 5, Seite 761):

Der Britische Geschäftsträger fragte mich heute wieder nach dem Stande der Sache Rublee. Ich erklärte dem Geschäftsträger, die Sache sei mit den inneren Behörden in Erörterung und müsse ihre Zeit haben. Übrigens war Forbes auch seinerseits der Ansicht, daß das Komitee keineswegs eine Liste von solchen Ländern in der Hand habe, welche bereit wären, gewisse deutsche Judenquoten aufzunehmen. Ferner bestätigte er eine Behauptung, daß die nordamerikanische Quote für Einwanderung aus Deutschland (27 000 Personen pro Jahr) auf lange hinaus bereits überzeichnet sei. Da Forbes angab, Mr. Rublee persönlich von Mexiko her gut zu kennen, habe ich ihn gefragt, wieviel prozentig Rublee Arier sei. Forbes glaubt, daß Rublee kein jüdisches Blut habe.

Weizsäcker

Die Trauerfeier in Paris

Feierliche Überführung vom Raths nach Deutschland

Paris, 12. November.

In der deutschen Kirche in Paris fand am Sonnabendvormittag die offizielle Trauerfeier für den Gesandtschaftsrat Ernst Eduard vom Rath statt.

Als die Eltern des Verstorbenen, die deutsche Delegation, die unter Führung von Staatssekretär von Weizsäcker kurz vorher von Berlin eingetroffen war, der Vertreter des Präsidenten der Republik, der deutsche Botschafter, der Landesgruppenleiter, der Vertreter des französischen Ministerpräsidenten und mehrere Mitglieder des französischen Kabinettsrats vor dem mit Kränzen und Blumen umgebenen Sarg Platz genommen hatten, leitete ein Orgelvorspiel die feierliche Handlung in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kirche ein. Nach der Eingangsliturgie spielte das Wendling-Quartett ein Adagio von Rosemüller. Die Ansprache des Pastors Dahlgrün klang aus in dem vom Chor gesungenen Choral „Wenn ich einmal soll scheiden".

Darauf hielt der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär von Weizsäcker, eine Ansprache. Im Anschluß hieran erfolgten Kranzniederlegungen. Der Kranz des Führers wurde von Staatssekretär von Weizsäcker, der Kranz des Reichsaußenministers durch Botschafter Graf Welczeck, der Kranz des Gauleiters der Auslandsorganisation der NSDAP. durch Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Dr. Ehrich niedergelegt. Die Feier endete mit einem Adagio von Beethoven.

Nach Schluß der kirchlichen Feier geleitete der Botschafter den Vertreter des Präsidenten der Republik aus der Kirche, und der Botschaftsrat führte die Eltern des Verstorbenen zum Wagen. Der Botschafter, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und der Landesgruppenleiter nahmen im Vorraum der Kirche Aufstellung zur Abnahme des Trauerbesuches. Anschließend wurde der Sarg von der Kirche zum Nordbahnhof geführt.

Von Paris wird der Sarg mit einem Sonderzuge nach Düsseldorf gebracht, wo die Familie eine Familiengruft besitzt. In Düsseldorf wird auch das Staatsbegräbnis für Ernst vom Rath stattfinden.

*

Im Auftrag des Reichsministers Dr. Goebbels legte am Sonnabendvormittag Obergierungsrat Faber von der Deutschen Botschaft in Paris in Begleitung des stellvertretenden Landesgruppenleiters und seines Adjutanten einen Lorbeerkranz, geschmückt mit den Reichsfarben, am Sarge des von jüdischer Mörderhand gefallenen Gesandtschaftsrats Ernst vom Rath nieder.

Neuer türkischer Außenminister

Istanbul, 12. November.

Der türkische Ministerpräsident Celal Bayar hat am Freitagabend einige Änderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts vorgenommen. So wurde der Außenminister Dr. Rüschü Aras, der seit 12 Jahren diesen Posten bekleidete, durch den bisherigen Justizminister Schükrü Saracoglu ersetzt. Letzterer hat mehrfach früher unter dem Ministerpräsidenten Ismet Inönü das Außenministerium interimistisch verwaltet und gilt also ein Vertrauensmann des neuen Präsidenten der Republik Ismet Inönü.

Auch der langjährige Innenminister Schükrü Kaya, seit 10 Jahren im Amte, ist aus dem Kabinett ausgeschieden und an seine Stelle ist Refik Saydam getreten, ein enger Freund Ismet Inönüs, der sich im letzten Jahre dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Inönü angeschlossen hatte. Justizminister wurde Dr. Ural, ehemals Minister der öffentlichen Arbeiten

Am 12. November 1938 hielt Ernst von Weizsäcker die Trauerrede für den von einem jüdischen Attentäter in Paris erschossenen deutschen Diplomaten vom Rath. Der Mord hatte das Pogrom der „Reichskristallnacht" ausgelöst. Das Faksimile zeigt den Bericht des „Völkischen Beobachters" vom 13. November 1938.

Die Trauerfeier für Ernst vom Rath in Paris

In Anwesenheit des französischen Außenministers
Ueberführung zum Staatsbegräbnis nach Düsseldorf

ep. Paris, 12. 11.

Die Trauerfeier für Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in der deutschen evangelischen Kirche in der Rue Blanche in Paris am Sonnabendmittag nahm einen würdigen Verlauf. Die Kirche, die mehrere hundert Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Mitglieder des Diplomatischen Korps von Paris nahmen an der Feier fast vollzählig teil. Die französische Regierung war durch Außenminister Bonnet vertreten. Als persönlicher Vertreter des Präsidenten der französischen Republik Lebrun, war Oberst Tisson erschienen. Ministerpräsident Daladier hatte seinen Kabinettsdirektor Chataigneau entsandt. Weiter waren anwesend der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Léger, der Polizeipräfekt Langeron, Fernand de Brinon und Graf Castellane vom Comité France-Allemagne, der neue französische Botschafter beim Deutschen Reich, Coulondre, sowie viele sonstige Persönlichkeiten des französischen öffentlichen Lebens.

Die Galerien der Kirche waren dicht besetzt, vorwiegend mit Mitgliedern der deutschen Kolonie. Die Eltern Ernst vom Raths, denen sich die allgemeine Teilnahme zuwandte, wurden vom Botschafter Graf Welczeck und Botschaftsrat Dr. Bräuer zu ihren Plätzen geleitet. Vor dem von einem Blumenmeer umgebenen Sarg nahm in ihrer Nähe die aus Deutschland gekommene Abordnung der Herren Staatssekretäre Weizsäcker, Gesandter Dienstmann und Chef des Protokolls Frhr. v. Doernberg Platz. Links und rechts des Sarges hielten die Gehilfen des deutschen Militärattachés und des Luftfahrtattachés in Uniform die Ehrenwache. Hier hatte auch die umflorte Fahne der Bewegung Aufstellung genommen. Palmen und frisches Grün umgaben den Altar. In der schlichten, schmucklosen Kirche waren die Fenster mit schwarzem Flor umhüllt.

Das Orgelvorspiel und das von dem Wendling-Quartett vorgetragene Adagio von Rosenmüller leiteten die Trauerfeier ein. Pastor Dahlgrün schickte seiner Trauerrede die Worte voraus, die eine Kapelle bei Langemarck schmücken: „Rot sucht Trost!" Er verglich den Opfertod vom Raths mit dem Heldentod der Kämpfer von Langemarck, und richtete Trostworte an die Eltern, indem er die Verbindung von Geistesbildung und Herzenstakt, Klugheit und Gewissenhaftigkeit schilderte, die den Toten auszeichneten. Er erinnerte daran, daß in dieser Kirche vor drei Jahren der Sarg des Onkels des Toten, des Botschafters Dr. Koester stand.

Staatssekretär v. Weizsäcker

ergriff hierauf das Wort zu einer Ansprache, in der er sagte: „Die Heimat grüßt dich, Ernst vom Rath. Sie hatte gehofft, daß nach dem jüdischen Ueberfall die ärztliche Kunst, die opferwillige Hilfe und die liebevolle Pflege das Letzte von Dir abwenden könnten. Das deutsche Volk begleitete in Gedanken deine letzten Tage, an der Spitze unser Führer. Ihm hattest du Treue geschworen und hast sie gehalten bis zum letzten. Zur Anerkennung dieser Treue sendet dir dein oberster Vorgesetzter im Auswärtigen Dienst, Reichsminister v. Ribbentrop, seinen Abschiedsgruß entgegen nach der Stätte deiner letzten Wirksamkeit, nach jenem Frankreich, das in spontaner Anteilnahme dem Attentat mit Verfolge und durch den Vertreter des Präsidenten, Herrn den Minister des Auswärtigen und [illegible] Regierung seiner Teilnahme Ausdruck gibt. [illegible] haben, daß diese Teilnahme eine allgemeine, eine [illegible] und tief zu Herzen gehende ist."

Der Staatssekretär fand dann Worte persönlicher Anteilnahme für den Toten, der die richtige Vorstellung von der Aufgabe der diplomatischen Auslandsvertreter des Reiches gehabt habe. „Diese Aufgabe besteht darin, sich als Schutz und Schirm gegen jeden Angriff vor die Heimat zu stellen. Du hast dich vor sie gestellt mit Leib und Seele. Ein Unbekannter warft du noch vor kurzem. Dein Antlitz erscheint rein und klar und ohne Fehl. Möge jeder, der dem Dritten Reiche dient, bestehen so wie du. Am Eingang unseres Auswärtigen Amtes ist eine Tafel mit den Namen derjenigen, die dem Zweiten Reiche mit dem Tode gedient haben. Mit dir, vom Rath, beginnt eine neue Reihe. Du bist der erste, der aus unserer Reihe für das Dritte Reich im Dienste gefallen ist. Der Schlag ist hart. Er macht uns noch härter und entschlossener. Dein Vorbild bleibt uns als das Bild eines Mannes, der trotz seiner Jugend seine Lebensarbeit abgeschlossen und sein Werk vollendet hat. Du gehörst uns, aber du gehörst uns nicht allein. Ganz Deutschland nimmt dich für sich in Anspruch. Nun tritt die Fahrt zur Heimat an. Deutschland erwartet dich!"

Staatssekretär Weizsäcker legte darauf den riesigen Kranz des Führers aus weißen Lilien vor dem Sarge nieder. Die rote Schleife zeigt die Worte: „Adolf Hitler" und die Standarte des Führers mit dem Hoheitszeichen. Anschließend folgte die Kranzniederlegung für den Reichsaußenminister v. Ribbentrop durch Botschafter Graf Welczeck und für die Auslandsorganisation durch den Landesgruppenleiter, Gesandtschaftsrat Dr. Ehrich. Schon vorher war ein Kranz des Reichsministers Dr. Goebbels niedergelegt worden.

Nach Schluß der kirchlichen Feier geleitete der Botschafter den Vertreter des Präsidenten der Republik aus der Kirche und der Botschaftsrat führte die Eltern des Verstorbenen zum Wagen. Der Botschafter, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und der Landesgruppenleiter nahmen im Vorraum der Kirche Aufstellung zur Abnahme des Trauerdefilees. Anschließend wurde der Sarg von der Kirche zum Nordbahnhof geführt. Von Paris wird der Sarg mit einem Sonderzug nach Düsseldorf gebracht, wo die Familie eine Familiengruft besitzt. In Düsseldorf wird auch das Staatsbegräbnis für Ernst vom Rath stattfinden.

Grünspans Onkel und Tante jetzt wegen Mittäterschaft in Haft

Deutschfeindlicher Hetzadvokat dritter Verteidiger

ep. Paris, 12. 11.

Der mit der Untersuchung des Mordes an dem Gesandtschaftsrat vom Rath beauftragte Untersuchungsrichter Tessingière hatte den Onkel und die Tante des Mörders Grünspan, Abraham und Chana Grünspan, in der Angelegenheit des Vergehens gegen die Ausländergesetze wieder in Freiheit gesetzt. Gleichzeitig hat der Richter jedoch die beiden wegen Verdachtes der Mittäterschaft an der letzten Mordtat sofort wieder ins Gefängnis zurückführen lassen. Diese beiden Mitangeklagten haben nun zu den bereits vorhandenen zwei Verteidigern noch einen dritten Advokaten hinzugezogen, und zwar den schon früher in deutschfeindlichen Hetzkampagnen hervorgetretenen Advokaten de Moro-Giafferi.

Die Polizei hat am Sonnabendvormittag eine Durchsuchung der Wohnung des Ehepaares vorgenommen und zahlreiche Briefe und sonstige Schriftstücke in jüdischer und deutscher Sprache beschlagnahmt. Diese Schriftstücke werden übersetzt werden, um Gewißheit über die Urheber der Mordtat zu erlangen.

Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 13. November 1938.

Norddeutsche Ausgabe

321. Ausg. / 51. Jahrg. / Einzelpreis 20 Pf.

„Freiheit und Brot!"

Norddeutsche Ausg

Berlin, Donnerstag, 17. Novemb

VÖLKISCHER BEOBACHTEI

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ernst vom Raths Heimkehr

Ergreifender Abschied der Deutschen Kolonie in Paris von ihrem toten Kameraden
Militärische Ehren für den ermordeten Vertreter des Deutschen Reiches
Gauleiter Grohé entbietet dem Toten den ersten Gruß Deutschlands

Das rheinische Volk grüßt in Ehrfurcht den für sein Deutschtum gefallenen Sohn der Heimat

Aufbahrung des Toten in der Rheinhalle in Düsseldorf

Drahtbericht unseres ständigen Vertreters

O. H. Paris, 16. November.

Am Dienstagabend hat Parteigenosse Ernst vom Rath vom Pariser Nordbahnhof aus seine letzte Fahrt in die Heimat angetreten. Als blühender junger Mann und hoffnungsvoller Diplomat hat er erst kürzlich die französische Hauptstadt betreten, als Leichnam verließ er sie Dienstag, ausgelöscht von den Schüssen des feigen jüdischen Meuchelmörders Grünspan, der in ihm Deutschland zu treffen gedachte.

Um 23.15 Uhr MEZ. wurde der Sarg von der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche, wo die Mitglieder der Landesgruppe die Ehrenwache hielten, im Kraftwagen zum Nordbahnhof geleitet. Im Trauergefolge befand sich der Staatssekretär von Weizsäcker, der deutsche Botschafter Graf Welczeck, der Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Dr. Erich und die deutsche Abordnung, die die sterbliche Hülle des Gesandtschaftsrates vom Rath in dem Sonderzug nach Deutschland begleitete.

Vor der Kirche hatten sich zahlreiche Mitglieder der Deutschen Kolonie eingefunden, die dem jüngsten Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung als letzte Ehrung den Deutschen Gruß erwiesen. Es war ein eindrucksvolles Bild, als der Leichenwagen mit dem Trauergefolge mit dreißig Kraftwagen durch die nächtlichen Straßen zum Bahnhof zog.

Die Fahrt ging durch die Rues Chateaudun und Lafayette. Zu beiden Seiten säumten Absperrungsketten von Polizei und Mobilen Garden die Gehsteige. Schweigend folgte die Menge mit den Blicken dem Trauerzuge; die Männer lüfteten zum Gruß die Kopfbedeckung.

Am Pariser Nordbahnhof, der für die feierliche Überführung der sterblichen Hülle Gesandtschaftsrats vom Rath würdig geschmückt war, hatte eine Kompanie Republikanische Garde in Galauniform Aufstellung genommen, die vom Bahnhofseingang bis vor dem Sonderzug Spalier bildete. Die Zugangsstraßen zum Bahnhof, die von einer zahlreichen Menschenmenge angefüllt waren, waren von einem starken Polizeiaufgebot abgesperrt. Auf dem Bahnhof selbst, auf dem der Sonderzug mit dem mit unzähligen Kränzen gefüllten Leichenwagen stand, waren schon lange vor Eintreffen des Trauerzuges zahlreiche Volksgenossen eingetroffen, die in der Kirche keinen Platz mehr gefunden hatten.

Kurz vor 23.30 Uhr traf die sterbliche Hülle des Gesandtschaftsrats vom Rath im Leichenauto vor dem Bahnhofsgebäude ein, gefolgt von einer Staffel motorisierter Polizei sowie den Privatkraftwagen der Mitglieder der deutschen Gemeinschaft, an der Spitze Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker, der deutsche Botschafter Graf Welczeck und Landesgruppenleiter Gesandtschaftsrat Dr. Ehrich. Die Republikanische Garde präsentierte das Gewehr, während der Sarg durch die mit Lorbeer und frischem Grün geschmückte Halle zum Sonderzug getragen wurde, wo die deutschen Volksgenossen ihrem dahingeschiedenen Kameraden mit dem Deutschen Gruß die letzte Ehre erwiesen.

Kurz vor Abgang des Zuges schritt die Deutsche Kolonie zum letztenmal an dem Sonderwagen entlang, in dem der Sarg stand, bedeckt von der Hoheitsflagge, und wo nochmals vier Mitglieder der Landesgruppe die Totenwache hielten.

Als Vertreter des französischen Außenministers war der Chef vom Protokoll, Saint-Martin, erschienen. Der stellvertretende Polizeidirektor von Paris überzeugte sich persönlich von dem tadellos funktionierenden Ordnungsdienst.

Um 23.50 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung und rollte ganz langsam in die dunkle Nacht hinaus. In erschütterndem Schweigen grüßte nochmals die Deutsche Kolonie ihren durch feige jüdische Mörderhand dahingerafften jungen Kameraden, während die Garde Républicaine das Gewehr präsentierte und die Polizeibeamten dem toten Deutschen den militärischen Gruß erwiesen.

Die Trauerfeier in Aachen

Im Trauer-Sonderzug von der Landesgrenze zur Schlageterstadt

Drahtbericht unseres ständigen Vertreters

bo Aachen, 16. November.

In der Morgenfrühe des nebeligen Novembertages liegt über dem Westbahnhof der alten Kaiserstadt Aachen ehrfürchtiges Schweigen. Auf den Bahnsteigen sind die Formationen der Bewegung und der Wehrmacht angetreten. Angehörige des Auswärtigen Amtes, an ihrer Spitze der Chef des Protokolls Freiherr v. Doernberg, der Gauleiter des Gaues Köln-Aachen, Staatsrat Grohé, und Vertreter des Staates und des Heeres erscheinen. Eine dichte Menschenmenge säumt die Gleise und Straßenzüge — Deutschland erwartet den Blutzeugen der Bewegung Ernst vom Rath in der Heimat. Und in der unwirklichen Stille und Dunkelheit blinken um 7 Uhr die Lichter des französischen Sonderzuges auf, der die sterblichen Überreste des in der Fremde gemordeten Diplomaten in die Heimat bringt.

Die Formationen erweisen die Ehrenbezeigung, das Lied vom guten Kameraden erklingt, tausend und aber tausend Hände heben sich zum stummen Gruß. Die Heimat grüßt den gefallenen Soldaten der Bewegung. Männer des Bahnschutzes heben den Sarg aus dem französischen Sonderzug auf den zwischen vier Katafalken errichteten blumengeschmückten Aufbau, vor dem die Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Vater und die Brüder Ernst vom Raths Aufstellung genommen haben.

In tiefer Ergriffenheit grüßen die Kopf an Kopf stehenden Volksgenossen
Trauerzug auf seinem Wege vom Düsseldorfer Bahnhof zur Rheinh

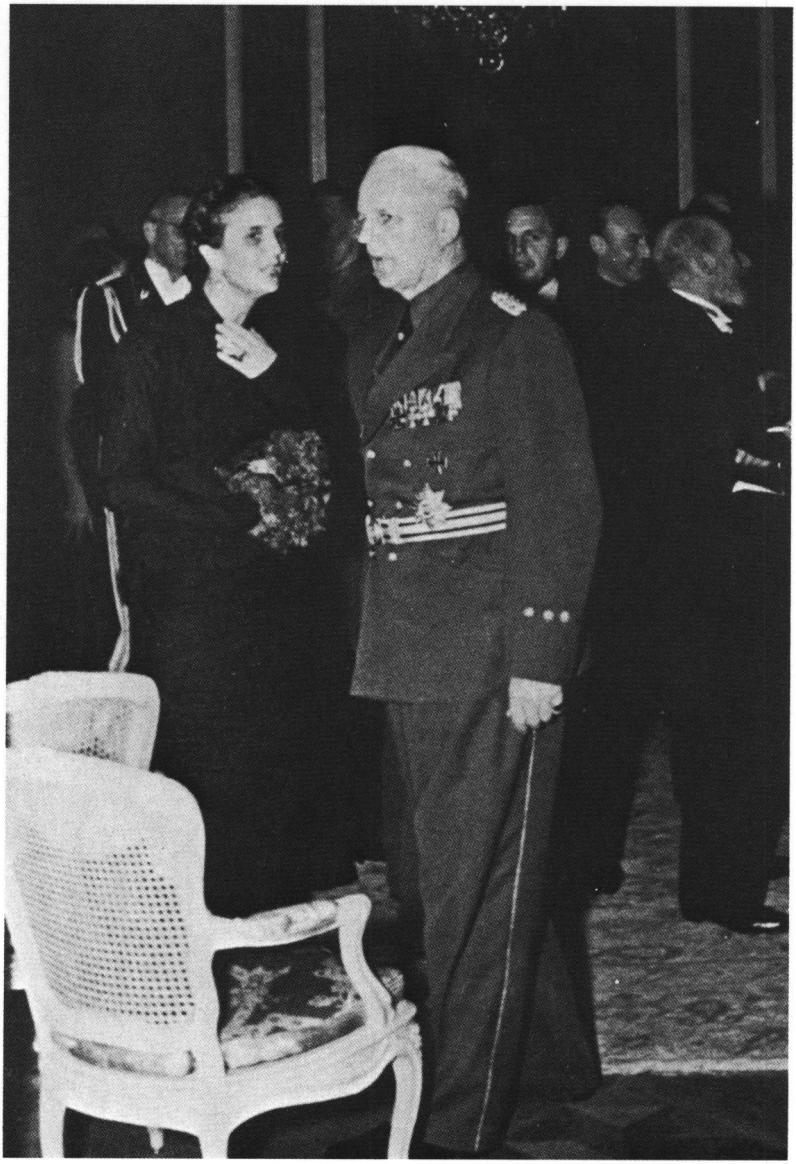
Die feierliche Aufbahrung des Sarges mit den sterblichen Überr
des ermordeten Gesandtschaftsrats Pg. Ernst v. Rath in der Rh
halle in Düsseldorf. Kameraden vom diplomatischen Dienst, vom NS
und von der Auslandsorganisation der NSDAP. halten die Ehrenwa

der Zug langsam unter dem Glockengeläut der Kirchen die Halle. Mit dem Vater und

Auf dem weiten Wege von der Schlageterstadt Düsseldorf bildet

Die NS-Presse nutzte das Attentat auf vom Rath zu antijüdischer Hetze: „VB" vom 17. November 1938.

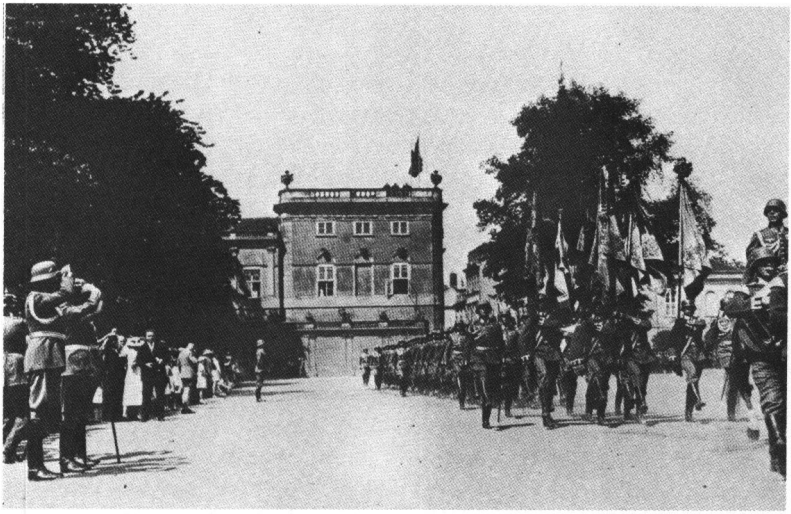
Staatssekretär Ernst von Weizsäcker im Gespräch mit Nevile Henderson, der vom 30. April 1937 bis zum 3. September 1939 britischer Botschafter in Berlin war.



Empfang am Tage der Einweihung des Hauses der Deutsch-Italienischen Gesellschaft in Berlin (1939). Neben Ernst von Weizsäcker die Gemahlin des italienischen Botschafters Attolico.

Der Diplomat aus nächster Nähe.

Berlin 1938: Italiens Botschafter Attolico, Staatssekretär von Weizsäcker, Englands Botschafter Henderson, Frankreichs Botschafter François-Poncet (von links).



1938 in Potsdam. Die Ehrenkompanie des Infanterieregiments 9 im Lustgarten vor dem Denkmal des Soldatenkönigs. Erster Zugführer ist Heinrich von Weizsäcker (gefallen 2. September 1939), Bruder Richard von Weizsäcker.

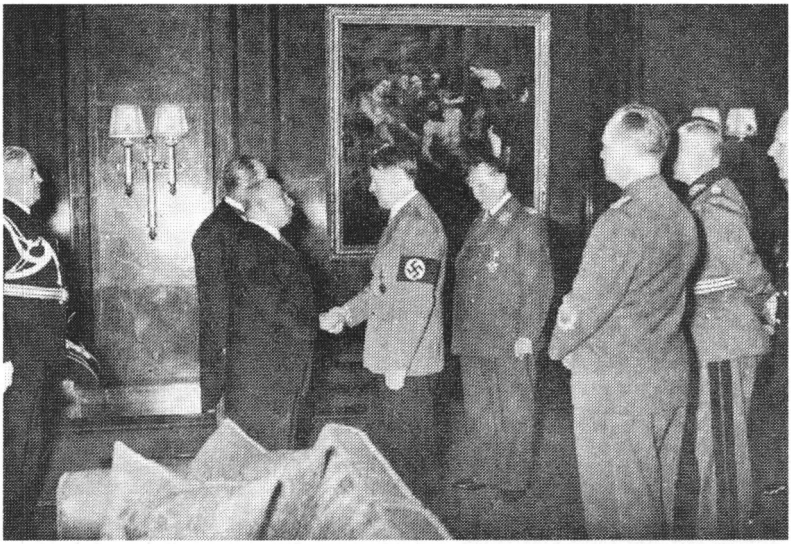
Staatssekretär Ernst von Weizsäcker legte am 13. Januar 1939 folgenden Aktenvermerk an.
Der Herr Reichsminister hat sich gegenüber dem Herrn Reichsbankpräsidenten damit einverstanden erklärt, daß dieser den Versuch macht, in einer stillen Organisation den Abtransport deutscher Juden ins Ausland vorzunehmen. Herr Schacht hat dem Herrn Reichsminister seinen Plan dahin erläutert, daß eine Schädigung der deutschen Wirtschaft davon nicht zu erwarten sei. Um jedoch einen maßgebenden Einfluß des Amtes in dem für diese Aufgabe einzusetzenden Konsortium zu sichern und auch in minder wichtigen Fragen die ausschlaggebende Stimme des Auswärtigen Amtes vorzubehalten, soll ein Mitglied des auswärtigen Dienstes in dieses Konsortium entsendet werden. Die Personenwahl hat sich der Herr Reichsminister vorbehalten.
gez. Weizsäcker

Am 25. Februar 1939 schreibt Ernst von Weizsäcker in einem Brief (Weizsäcker-Papiere, S. 150):
Heute wäre Papas 86. Geburtstag. Ich würde ihn gern befragen, wo er

die Toleranzgrenze für die Dinge sieht, die bei einsetzender politischer Saison am Horizont auftauchen. Im letzten Sommer lag das Problem klarer. Wenn es nicht sehr ungeschickt gemacht wird, braucht Europa 1939 keinen allgemeinen Krieg zu befürchten. Am meisten juckt es einen ja in den Fingern, die Frechheit der Polen zu beobachten. Von den Italienern befürchte ich keine Kriegslust. Also alles zusammengerechnet: der Führer wird wieder recht behalten, wenn er Europa, d. h. namentlich Frankreich und England beruhigt.

Ebenfalls aus der zweiten Hälfte des Monats Februar 1939 stammt folgende Weizsäcker-Notiz (Weizsäcker-Papiere, S. 150):
Der im Inland populärste, dem Ausland verständlichste nächste Akt der deutschen Außenpolitik wäre der Erwerb Memels und Danzigs, sowie einer breiten und festen Landbrücke nach Ostpreußen. Polen hätte dabei wenig Sympathien und kaum irgendwelche Hilfe dritter zu gewärtigen. In unserer Hand läge es, Polen auf das uns genehme Größenmaß als Puffer gegen Rußland zu reduzieren. (Randbemerkung: Habe ich im Dezember 38 H. v. Ribbentrop empfohlen.)

Wenig schmeichelhaft urteilt Ernst von Weizsäcker im März 1939 über Tschechen und Polen (Weizsäcker-Papiere, S. 152 f.):
In der Tat war meine Ansicht, die Tschechen hätten wir doch in der Hand. Angenehm seien sie nie, außerhalb der Reichsgrenzen die Laus im Pelz, innerhalb die Krätze unter der Haut . . .
Frechheiten der Polen u. ihr mangelhaftes Eingehen auf eine ihnen gemachte Offerte (Danzig, exteritorrialer Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, Grenzanerkennung) können wir z. Zt. nur so behandeln, daß wir Polen mürber machen.
. . . Aus einer gewissen dramatischen Spannung sollen wir offenbar nicht mehr herauskommen. Ich glaube aber nicht an Angriffsabsichten bei den „Achsen"-Mächten und nicht an den bewußten Präventivkriegswillen bei den andern. Bleibt eine Gefahr nur bei den zügellosen, untergeordneten polnischen Organen, die in slawischer Großmannssucht auf dem europäischen Klavier klimpern.



15. März 1939: Der tschechoslowakische Staatspräsident Professor Emil Hácha wird in der Reichskanzlei empfangen. Ganz rechts am Bildschnitt Staatssekretär von Weizsäcker. Hácha legt „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches". Hácha kam am 27. Juni 1945 im Gefängnis des tschechischen Benesch-Regimes um.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 3. April 1939

Beistandserklärung Britischer Regierung an Polen, die Chamberlain am 31. März im Unterhaus bekanntgegeben hat*, ist nach ihrem Wortlaut nur vorläufiger Natur. Sie soll britische Haltung während der Zwischenzeit klarstellen, die noch benötigt werde, um englische Konsultationen mit anderen Regierungen zu abschließendem Ergebnis zu führen. Da Britische Regierung sich selbst genötigt gesehen hat, Gerüchte von bevorstehendem deutschen Angriff auf Polen als ungerechtfertigt zu dementieren, ist die vorweg erfolgte Abgabe der Beistandserklärung für Polen in keiner Weise durch außenpolitische Lage gerechtfertigt gewesen, vielmehr aus dem Bedürfnis Englischer Regierung zu erklären, der Welt und ihrer eigenen schon ungeduldig gewordenen öffentlichen Meinung ein erstes Ergebnis der emsigen diplomatischen Bemühungen darzubieten, mit denen Foreign Office am 18. März begonnen hat.

Was unsererseits zu britischem Einkreisungsversuch und zu den Gefahren zu sagen ist, die die Staaten laufen, welche sich dazu hergeben, ist bereits in der Rede, die der Führer am Sonnabend in Wilhelmshaven gehalten hat, zum Ausdruck gekommen.

Weizsäcker

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker sieht „britischen Einkreisungsversuch".

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 6. April 1939

Der Polnische Botschafter leitete heute bei einem Gespräch, zu welchem ich ihn hierher gebeten hatte, von sich aus über auf die Beckschen Unterhaltungen in London†. Lipski behauptete, im Detail nicht unterrichtet zu sein, jedoch gewisse Grundsätze mir gegenüber feststellen zu können.

1. Polen wünsche an dem Abkommen von 1934 festzuhalten.
2. Bei den polnisch-englischen Abreden handelt es sich um einen bilateralen und rein defensiven Akt; von dem Beitritt Polens zu einem Block sei nicht die Rede.

Ich habe diese Äußerungen von Lipski mit einigem Lächeln entgegengenommen und ihm dann etwa folgendes erwidert: Mir sei die Entwicklung der polnischen Politik in der jüngsten Zeit nicht mehr begreiflich. Lipski wisse so gut wie ich, unter welcher Belastung unser Verhältnis vor der Machtergreifung gestanden hätte. Niemand in Deutschland als der Führer hätte die großen Konzeptionen des Jahres 1934 haben und mit Polen zur Durchführung bringen können. Unsere Beziehungen hätten von da an einen erfreulichen ständigen Aufschwung genommen. Im Sinne dieser guten Nachbarschaft habe der Führer dann bekanntlich Gespräche mit Polen eingeleitet und nicht nur die letzten Differenzpunkte zwischen uns ausräumen, sondern in großzügiger Weise die Korridorgrenze für Polen sichern wollen. Polen habe dieses Angebot offenbar nicht verstanden. Statt mit Freuden zuzugreifen und das Werk von 1934 zu vollenden, hätten wir plötzlich in Polen ein merkwürdiges Säbelrasseln vernommen. Das habe uns zwar nicht aufgeregt, stehe aber in seltsamem Kontrast zu der Antwort, die wir von Warschau erwarten durften. Auftragsgemäß sagte ich, das Angebot des Führers an Polen sei ein einmaliges gewesen. Eine Art von Antwort auf das Angebot, welche die Polnische Regierung uns habe erteilen wollen, sei ihm — Lipski — durch den Herrn Reichaußenminister am 27. März bekanntlich bereits dahin charakterisiert worden, daß sie keine Grundlage zur Regelung der aufgeworfenen Frage darstelle††. (Später im Laufe des Gespräches wiederholte ich, daß die polnische Antwort für uns keine Diskussionsgrundlage sei.) Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren. Ich fuhr fort, daß ich die für heute nachmittag angekündigte Mitteilung Chamberlains im Unterhaus noch nicht gelesen hätte. Treffe aber das zu, was man schon jetzt in der Presse über die Beckschen Gespräche finde, so wisse ich nicht, wie das polnische Verhalten mit dem Sinn des Abkommens von 1934 noch vereinigt werden könnte.

Zu dem letzteren Punkte wollte Lipski erwidern, daß auch das polnisch-französische Vertragsverhältnis sich mit dem Abkommen von 1934 habe vereinigen lassen. Die polnischen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Danzig wollte Lipski als eine begreifliche Parallelerscheinung mit Truppenbewegungen anderer Länder — wie Ungarn, Rumänien, ja selbst Norwegen — hinstellen. Vor allem aber erklärte Lipski, in den Tagen um den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei ganz ohne Kontakt mit uns gelassen worden zu sein, woraus im Gegensatz zum September v. J. sich eine begreifliche polnische Nervosität entwickelt habe. Das von Deutschland an Litauen gerichtete Ultimatum habe die polnischen Sorgen noch entsprechend vermehrt.

Ich schnitt Lipski das Wort ab, als er von einem »Ultimatum« an Litauen sprach, machte seine Ausführungen über Truppenbewegungen anderer — die niemals gegen Polen gerichtet waren — lächerlich und erklärte ihm, es wäre mir verständlich gewesen, wenn er sich bei uns jetzt dafür bedankt hätte, daß wir dem heißen Wunsche Warschaus nach einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze kein Hindernis bereitet haben. Kurzum, ich wies Lipskis Redensarten mit den naheliegenden Argumenten gelassen zurück, worauf wir uns trennten.

Weizsäcker

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker prangert „polnisches Säbelrasseln" an und betont Deutschlands „guten Willen".

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Weizsäcker über eine Besprechung mit dem sowjetischen Botschafter in Deutschland, Merekaloff, am 17. April 1939:

Der Russische Botschafter kam heute – zum erstenmal seit seiner hiesigen Amtstätigkeit – zu einer sachlichen Besprechung zu mir. Er verbreitete sich über eine ihn angeblich besonders interessierende Sache,

nämlich die Erfüllung gewisser Kriegsmateriallieferungskontrakte durch die Skodawerke. Obgleich die Objekte, um welche es sich dabei handelt, offenbar ziemlich geringfügig sind, wollte der Botschafter aus der Erfüllung der Kontrakte einen Prüfstein dafür machen, daß wir – im Sinne einer kürzlichen Äußerung des Ministerialdirektors Wiehl ihm gegenüber – gewillt seien, unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wirklich zu pflegen und auch weiter auszudehnen. Die Sache dieser Lieferungsverträge wird an anderer Stelle weiter verfolgt.
Gegen Schluß der Erörterung warf ich dem Botschafter ein Wort darüber hin, daß auch bei gutem Willen unsererseits Kriegsmateriallieferungen an Sowjetrußland im jetzigen Augenblick atmosphärisch nicht gerade begünstigt würden durch Nachrichten über einen russisch-englisch-französischen Luftpakt und dergleichen. Herr Merekaloff ergriff dieses Wort, um auf das politische Gebiet überzugehen. Er erkundigte sich nach der hiesigen Auffassung über die gegenwärtige Lage in Mitteleuropa. Als ich ihm sagte, Deutschland sei meines Wissens das einzige Land, welches das gegenwärtige europäische Säbelrasseln nicht mitmache, fragte er mich nach unserem Verhältnis zu Polen und nach angeblichen militärischen Zusammenstößen an der deutsch-polnischen Grenze. Nachdem ich letztere dementiert und über die deutsch-polnischen Beziehungen einige ziemlich gelassene Bemerkungen gemacht hatte, frage der Russe mich unverblümt, was ich von dem deutsch-russischen Verhältnis hielte.
Ich erwiderte Herrn Merekaloff, wir hätten bekanntlich stets den Wunsch gehabt, mit Rußland in einem beiderseits befriedigenden Wirtschaftsaustausch zu leben. Die russische Presse schiene mir in der letzten Zeit die deutschfeindliche Tonart der amerikanischen und auch teilweise der englischen Blätter nicht ganz mitzumachen. Was die deutsche Presse betreffe, so werde Herr Merekaloff, da er sie gewiß genau verfolge, sich selbst ein Urteil bilden können.
Der Botschafter erklärte hierauf etwa folgendes: Die russische Politik sei immer geradlinig gewesen. Ideologische Meinungsverschiedenheiten hätten das russisch-italienische Verhältnis kaum beeinträchtigt und brauchten auch Deutschland gegenüber nicht zu stören. Sowjetrußland habe die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen uns ausgenützt und wünsche das auch nicht zu tun. Es bestehe für Rußland kein Grund, warum es nicht mit uns auf einem normalen Fuße leben sollte. Aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 26. April 1939

Der Britische Botschafter, der heute in das Auswärtige Amt kam, um die Dienstpflichterklärung Chamberlains anzukündigen *, machte mir bei seinem Besuch u. a. die folgenden Ausführungen:

Die Politik Chamberlains sei die des Friedens; doch glaube Chamberlain, das beste Mittel zur Friedensbewahrung liege in einer unzweifelhaften Demonstration der englischen Bereitschaft, wenn nötig, zu kämpfen und sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Die Britische Regierung sei jedoch wie immer entschlossen, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um den Frieden zu bewahren und unter Vermeidung des Krieges eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten zu suchen. Die Regierung bestreite nicht, daß Probleme vorliegen; sie sei aber überzeugt, daß diese ohne Weltkrieg gelöst werden könnten. Die Regierung habe keinerlei aggressive Absichten und wolle sich auch nicht durch andere in Angriffshandlungen hineinziehen lassen. Wenn sie sich öffentlich bereit erklärt habe, Angriffshandlungen Dritter in gewissen spezifierten Fällen entgegenzutreten, so sei dies geschehen in der Hoffnung, Zwischenfälle zu vermeiden, die zum Krieg führen könnten, in keiner Weise aber, um etwa Italien oder Deutschland einzukreisen oder zu bedrohen.

Auf diese formulierte Mitteilung Hendersons erwiderte ich ganz kurz mit der Bemerkung, daß wir die Britische Regierung nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten beurteilten. Es hätte auch keinen Sinn, meinerseits mich in Argumenten zu ergehen, wo der Führer doch übermorgen sprechen werde — die Führerrede sei bereits im Druck —; nur einer Bemerkung könne ich mich nicht enthalten: die britische Garantie an Polen sei gewiß das geeignetste Mittel, um die polnischen untergeordneten Instanzen in ihrer Bedrückung der dortigen Deutschen zu ermutigen. Sie beuge also nicht vor, sondern provoziere geradezu Zwischenfälle in diesem Gebiet.

Weizsäcker

Staatssekretär von Weizsäcker weist auf die Gefahren aus Londons Garantie für Polen hin.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 8. Mai 1939

Der Französische Botschafter machte mir heute seinen ersten Besuch nach Rückkehr von seinem mehrwöchigen Aufenthalt in Frankreich.

Wir kamen auf die etwas stürmische letzte Unterhaltung nicht zurück, die wir am 18. März nach der tschechischen Sache miteinander geführt hatten. Vielmehr versicherte Herr Coulondre, er sei zur Fortsetzung der Aufgabe in Berlin wieder eingetroffen, die er sich von vornherein gestellt habe, nämlich zur Befriedungsarbeit in den deutsch-französischen Beziehungen. Die abgerissenen Fäden freilich habe er nicht mehr in der Hand, und insbesondere Herr Daladier habe von den Märzereignissen her noch einen recht bitteren Geschmack im Munde. Er, Coulondre, aber werde bestimmt sein Bestes für das deutsch-französische Verhältnis tun.

Auf Polen übergehend fragte Coulondre nach der Möglichkeit neuer deutsch-polnischer Konversationen. Ich habe versucht, dem Botschafter klarzumachen, daß die Haltung Becks doch eine sehr sterile sei. Beck habe sich in seiner Antwort an uns wie ein Pascha auf einen Stuhl gesetzt und uns freigestellt, mit ihm das Gespräch zu eröffnen, wenn wir uns nach seinen Prinzipien richten wollten. Ich sähe bei einem solchen Verhalten keinen Anknüpfungspunkt. Der Führer habe seine Offerte ja auch als eine einmalige charakterisiert. Gefährlich schiene mir das Vorgehen der Halbgötter im westlichen Polen gegen unsere Volksdeutschen. Hier könnten Zwischenfälle mit ernsten Folgen vorkommen. Als Coulondre einwarf, Frankreich warne in Warschau vor solchen Dummheiten, erwiderte ich, leider schiene mir Warschau die Zügel recht lose zu führen und solchen Zwischenfällen eben nicht genügend vorzubeugen. Die Weisheit der Britischen Regierung in den letzten Wochen sei mir nicht recht klar geworden. Die britische Garantie an Polen hieße doch dem unerzogenen Kinde den Zucker reichen, ehe es Vernunft angenommen habe.

Weizsäcker

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker sieht in Polen Londons „unerzogenes Kind".

Mit dieser Bemerkung, auf welche der Russe die Unterhaltung hingeführt hatte, beendete Herr Merekaloff das Gespräch. Er hat die Absicht, in den nächstenTagen zu einem Besuch nach Moskau zu reisen.
(gez.) Weizsäcker

Brief des Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 27. Mai 1939.
Verehrter, lieber Graf Schulenburg,
Ihren Brief vom 22. haben wir zunächst durch das gestrige Telegramm beantwortet, welches Sie selbst wahrscheinlich weniger verwundern wird als Herrn Hilger, der Geburtszeuge einer ganz anderen Weisung war. Ich schulde Ihnen daher noch ein Wort der Erklärung. Wir sind hier der Ansicht, daß die englisch-russische Kombination doch nicht einfach zu vermeiden sein wird. Immerhin mag auch heute noch ein ziemlich breiter Verhandlungs-Spielraum vorliegen, in welchem wir uns durch eine deutlichere Sprache vielleicht bremsend und störend hätten einschalten können. Die Erfolgswahrscheinlichkeit wurde freilich hier immer recht bescheiden eintaxiert, so daß man abwägen mußte, ob eine sehr offene Sprache in Moskau statt zu nützen vielleicht eher schaden und sogar vielleicht ein Tartarengelächter hervorrufen könnte. In der Abwägung dieser Gesichtspunkte hat dann auch eine Rolle gespielt, daß ein Glied in der ganzen Kette, nämlich ein schrittweiser Ausgleich zwischen Moskau und Tokio, von den Japanern doch als äußerst problematisch bezeichnet wurde. Auch Rom war recht zurückhaltend, so daß schließlich die Nachteile des gedachten weitgehenden Schrittes für ausschlaggebend angesehen wurden. Kurzum es soll bei der Instruktion bleiben, die wir Ihnen erteilt haben, und wir wollen nun eben sehen, wie tief Moskau einerseits und Paris–London andererseits sich gegenseitig engagieren.
Nachrichten und Urteile von Ihnen über die Lage sind natürlich jederzeit hier äußerst willkommen.
Unsere Anfrage wegen Rückkehr des hiesigen russischen Sowjetbotschafters, Merekaloff, hatte auch nur eine Bedeutung im Rahmen der eben besprochenen ev. Aktion am Kreml.
Herzliche Grüße und beste Wünsche
Heil Hitler!
aufrichtig stets der Ihre, Weizsäcker

PS. Berlin den 30. Mai 1939
Meinen obigen Zeilen muß ich nachtragen, daß nun doch unter Billi-

gung des Führers eine allerdings entschieden modifizierte Fühlungnahme mit den Russen stattfinden soll und zwar durch ein Gespräch, was mir für heute mit dem Russischen Geschäftsträger aufgetragen worden ist. Sie werden selbstverständlich amtlich auf dem Laufenden gehalten. Ich brauche daher hier nicht tiefer in die Materie einzugehen.
D. O.

Drahterlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 30. Mai 1939.
Entgegen bisher geplanter Taktik haben wir uns entschlossen, jetzt doch gewisse Fühlung mit Sowjetrußland aufzunehmen. Demgemäß hatte ich heute in Abwesenheit Botschafters Geschäftsträger Astachoff zu mir gebeten. Ausgangspunkt Gesprächs bildete sowjetrussische Bitte um weitere Duldung Handelsvertretung Prag als Filiale Handelsvertretung Berlin. Da russische Bitte eine prinzipielle Seite habe, sei auch Reichsaußenminister mit ihr befaßt worden, der Angelegenheit seinerseits Führer vorgetragen habe. Auf meine Frage, ob es sich bei Erhaltung Handelsvertretung Prag um Dauerzustand oder befristeten Übergang handle, bemerkte Geschäftsträger, daß nach seiner persönlichen Ansicht Sowjetregierung höchst wahrscheinlich an Dauerzustand denke. Ich erwiderte, daß es für uns nicht leicht sei, Einwilligung zur Erhaltung Handelsvertretung in Prag zu geben, nachdem Botschafter Graf Schulenburg kürzlich von Molotow in Frage Gestaltung unserer Beziehungen wenig ermutigende Auskunft erhalten habe. Geschäftsträger interpretierte ihm bekanntes Gespräch zwischen Graf Schulenburg und Molotow vorbehaltlich näherer Weisung dahin, daß man in Moskau Wiederholung Vorgangs vom letzten Januar vermeiden wolle. Nach Ansicht von Molotow könnten Politik und Wirtschaft in unseren Beziehungen nicht völlig getrennt werden. Zwischen beiden bestehe faktisch ein gewisses Junktim.
Nach gewisser Klarstellung Vorganges vom Januar durch mich sagte ich Geschäftsträger, daß auch nach unserer Ansicht Wirtschaft und Politik im deutsch-russischen Verhältnis nicht vollkommen zu trennen seien und ich gerade deshalb mit ihm spräche, zumal britische Bemühungen, Rußland in seine Kreise zu ziehen, auf politische Orientierung Moskaus hindeuteten, die wir auch bei verhältnismäßig minder wichtigen Fragen, wie der Handelsvertretung in Prag, in Rechnung stellen müßten. Ich müßte deshalb Frage, für welche Zeit Sowjetregierung Handelsvertretung in Prag wünsche, wiederholen. Ge-

schäftsträger hat sich aus diesem Gesprächsteil gemerkt, daß er in Moskau zurückzufragen habe, welche Absichten dort wegen Handelsvertretung Prag bestehen und was Außenkommissar Molotow Graf Schulenburg hat sagen wollen. Nach seiner Meinung hat Molotow zwar mit üblichem russischen Mißtrauen aber nicht in Absicht gesprochen, vor weitere deutsch-russische Erörterungen Riegel vorzuschieben.
Ich erinnerte Geschäftsträger hierbei an gewisse Gespräche, die er selbst im Amt geführt und vor allem an Äußerungen Sowjetbotschafters mir gegenüber Mitte April über Möglichkeit Normalisierung und noch weiterer Verbesserung deutsch-russischer politischer Beziehungen, wobei ich auf seit Monaten gedämpftere Sprache beiderseitiger Publizistik und vor allem Tatsache hinwies, daß Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen unsere im Osten bisher gebundene Politik freier gemacht habe. Nach zustimmenden Äußerungen Geschäftsträgers sagte ich, daß nach meiner persönlichen Ansicht Deutschland gegenüber Sowjetrußland nicht engherzig aber auch nicht aufdringlich sei. Kommunismus werde von uns weiter abgelehnt werden, wie wir andererseits von Moskau keine Vorliebe für Nationalsozialismus erwarteten. Geschäftsträger unterstrich dabei stark Möglichkeit sehr reinlicher Scheidung zwischen innenpolitischen Maximen einerseits und außenpolitischer Einstellung andererseits. Ich fuhr fort, daß Rußland im übrigen von Normalisierung unserer Beziehungen, wie russischer Botschafter sie angedeutet habe, bis unnachgiebiger Gegnerschaft wählen könne, wenn auch viele, wie z. B. polnischer Außenminister an Verhinderung Normalisierung interessiert seien. Beck'sche Interpretierung deutscher Ukrainepolitik werde aber durch deutsches Verhalten in bezug auf Karpathen-Ukraine am besten widerlegt. Ob für schrittweise Normalisierung überhaupt noch Raum sei, nachdem Moskau Londoner Lockungen vielleicht schon Gehör geschenkt habe, wisse ich nicht, wir möchten uns aber, nachdem Geschäftsträger und Botschafter im Auswärtigen Amt offene Sprache gesprochen hätten, Vorwurf ersparen, als hätten wir unsere Einstellung verschwiegen. Wir verlangten und wünschten nichts von Moskau, wollten uns aber nicht später von Moskau sagen lassen, wir hätten zwischen uns undurchdringliche Schweigemauer aufgerichtet.
Geschäftsträger erwiderte, er glaube, seine Regierung sei noch heute der Ansicht, daß Außen- und Innenpolitik sich nicht zu stören brauchten. Er werde über Gespräche berichten und Bescheid seiner Regierung erbitten, wie deren Absichten wegen Handelsvertretung in

Prag seien sowie ob er Erklärungen Molotows als keineswegs zurückweisende richtig interpretiert habe.
Hatte aus Gespräch den Eindruck, daß Äußerungen Molotows nicht planmäßige Abweisung darstellen sollten.
Weisungen für weitere Behandlung Angelegenheit bleiben vorbehalten.
Weizsäcker

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. Juni 1939

Der Britische Botschafter brachte heute bei mir das Gespräch alsbald auf seine Sorge, wie wohl der Sommer ohne Konflikt überstanden werden könne.

Bekanntlich ist seit einigen Tagen in der Presse die Rede von einem Bericht Hendersons, der die Vertragsverhandlungen mit Moskau voranzutreiben wünsche. Ohne hierauf einzugehen, gab Henderson eine Erklärung in folgendem Sinne: Solange London mit Moskau verhandle, sei zwischen London und Berlin ein Gespräch natürlich unmöglich; wäre der Russenpakt perfekt, so ließe sich mit Berlin wohl eher reden. Henderson wollte damit wohl etwas ähnliches sagen wie die »Times«, nämlich Stärke und Verhandlungsbereitschaft seien durchaus miteinander vereinbar; ohne Stärke sei England vielleicht nicht einmal ein geeigneter Verhandlungspartner.

Zu dem britischen Russenpakt machte ich Henderson einige Bemerkungen über dessen kriegsfördernde Wirkung, insbesondere in Polen. Die britische Politik sei diametral entgegengesetzt Hendersons eigener These, die er schon wiederholt öffentlich ausgesprochen habe: »England wünsche die See für sich, Deutschland könnte der europäische Kontinent überlassen bleiben«. Statt dessen sei es jetzt so, daß England sich immer tiefer im Kontinent engagiere und z. B. den Polen erlaube, mit dem britischen Schicksal zu spielen. Wenn überhaupt eine, so könne ich in der britischen Politik nur die Logik erkennen, daß England zu einem Präventivkrieg entschlossen sei und auf ihn hinarbeite.

Auf diese Bemerkung reagierte Henderson sehr empfindlich. Von solchem Kriegswillen sei gar keine Rede. Er verteidigte zwar nicht die britisch-polnische Abrede als solche und bestritt auch nicht die polnische Unberechenbarkeit und Halsstarrigkeit. Er führte aber wie gewöhnlich den Umschwung in London auf den deutschen Einmarsch in der Rest-Tschechei zurück. Schließlich kam er wieder auf die Gefahrenperiode dieses Sommers.

In diesem Zusammenhang sprach Henderson von einer Verhandlungsbereitschaft Londons gegenüber Berlin. Halifax habe offenbar im Auge, daß man dem heutigen Spannungszustand im Wege der Aussprache ein Ende machen könne und müsse. Weder England noch Deutschland könnten und wollten die Last der Aufrüstung weiter tragen. Inhalt eines Gesprächs London–Berlin könne sein, den Rüstungswettlauf zu stoppen und den Wirtschaftsaustausch zu beleben. Auch über die Kolonialfrage könne gesprochen werden. Ich ging auf diese Ausführungen nicht näher ein und sagte nur, ähnliches sei uns auch schon auf anderem Wege aus London zur Kenntnis gekommen, ich könne mir aber unter so unsubstantiierten Bemerkungen nichts vorstellen.

Aus den gelockerten, gesprächsweisen Äußerungen Hendersons war zu entnehmen, daß ihm bei dem britischen Verhältnis zu Polen nicht wohl ist, daß er vom Russenpakt nichts hält und daß er im übrigen wegen eines etwaigen Konflikts im Sommer dieses Jahres in lebhafter Sorge ist, denn er spürt seine Verantwortung als Botschafter in Berlin stark auf sich lasten.

Weizsäcker

England zum Krieg entschlossen, Polen unberechenbar und halsstarrig: Ernst von Weizsäcker Einschätzung knapp ein Vierteljahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 17. Juni 1939

Bei einem Privatgespräch außerhalb des Amtes gebrauchte gestern der Französische Botschafter mir gegenüber eine ähnliche Redewendung wie kürzlich Henderson. Er meinte nämlich, wenn erst einmal das französisch-englisch-russische Abkommen fertig sei, würde zwischen der Achse und den Westmächten ein diplomatisches Gespräch leichter als jetzt zustande kommen.

Ich bezweifelte dieses; mit den Russen uns zu drohen sei vergeblich; wir seien für Drohungen ein untaugliches Objekt. Das Intimidierungsverfahren erzeuge bei uns das Gegenteil des Gewollten.

Der Botschafter erläuterte dann seine ursprüngliche Bemerkung dahin, daß es sich zwischen zwei Partnern, die ihre Position bezogen hätten, doch viel besser reden lasse als bei unbekannter Ausgangsstellung.

Ich sagte dann dem Franzosen, wenn eine Gefahr für den Frieden bestehe, dann läge die eben bei den Polen, die sich gestatteten, mit ihren französischen und englischen Freunden zu spielen.

Coulondre seinerseits bezweifelte, daß die amtliche polnische Politik auf Konflikt gerichtet sei. Als das Wichtigste für die nächsten Monate bezeichnete er die Vermeidung von Zwischenfällen, die dem allseitigen amtlichen Friedenswillen über den Kopf wachsen könnten.

Weizsäcker

Gefährdung des Friedens durch Polen lautet Weizsäckers Analyse.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 30. Juni 1939

Ich habe heute nachmittag auftragsgemäß den Französischen Botschafter zu mir gebeten.

Nach persönlichen Bemerkungen brachte der Botschafter das Gespräch auf die allgemeine politische Lage. Ich erwiderte mit Hinweisen auf die krampfhafte britische Einkreisungspolitik, die dazu bestimmt schiene, uns einzuschüchtern und natürlich das Gegenteil erziele. Das gehe auch Frankreich an, obschon unsere Presse ihre Vorwürfe vorwiegend an die Adresse Londons richte. Besonders erstaunlich schiene mir die britische Illusion, durch die Verhandlungen mit Moskau die angebliche Kriegsgefahr in Europa beschwören zu können.

Als Coulondre auf das Problem Deutschland—Polen überging und wegen gewisser Nachrichten über innere Danziger Vorbereitungen wieder schwarz malte, hielt ich ihm Exzesse und Reden prominenter Polen vor, so wie z. B. heute wieder die eroberungslustige Rede des Generals Kwaśniewski *.

Es war eine gewisse Erleichterung bei dem Botschafter zu konstatieren als ich sagte, meines Erachtens seien wir nicht am Vorabend eines großen Eclats, außer wenn polnische Exzesse einen solchen hervorriefen. Das wäre dann finis Poloniae.

Hierbei machte Coulondre wie schon früher die Bemerkung, im Falle polnischer Provokation sei Frankreich nicht gebunden. Gäbe es aber Krieg infolge von Danziger Eigenmächtigkeiten, könne weder Frankreich noch England zurück. Es wäre ein großer und tragischer Irrtum zu glauben, daß Frankreich in einem solchen Falle abseits stehen würde, so schmerzlich der Krieg auch für ganz Frankreich wäre.

Um mehr zu hören, äußerte ich dann Zweifel daran, daß England die Entscheidung über Krieg und Frieden für das Empire auf einmal in die Hände irgendwelcher Leute in Warschau oder im Korridor gelegt haben könnte. Coulondre ging jedoch nicht davon ab, daß England und Frankreich seit dem März dieses Jahres dem internationalen Frieden nicht mehr trauten und darum Engagements eingingen, an die sie früher nicht gedacht hätten.

Der Botschafter kam nicht mit der Behauptung heraus, daß Deutschland noch im Laufe dieses Jahres mit Polen abrechnen wolle. Er leitete seine Sorgen vielmehr ab aus den bedrohlichen, quasi militärischen Vorbereitungen in Danzig und außerdem allerdings auch aus dem Mangel an Selbstkontrolle der polnischen Freunde Frankreichs.

Ich habe meine Ausführungen als persönliche bezeichnet und eine autoritative Darstellung unserer Anschauungen an Herrn Coulondre dem Herrn Reichsaußenminister vorbehalten.

Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker prophezeit „finis Poloniae", das Ende Polens.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 14. Juli 1939

Der Britische Botschafter machte mir heute nach seinem kurzen Londoner Aufenthalt einen amtlichen Besuch, bei dem sich das Gespräch natürlich wieder in erster Linie um die allgemeine Lage drehte. Die beiderseitigen Ausführungen bewegten sich in der üblichen Bahn. Daß die letzte Chamberlain-Erklärung einen Rückschlag und keine Besserung der internationalen Atmosphäre bewirkt hat, bestritt der Botschafter nicht, gab es aber auch nicht ausdrücklich zu. Er arbeitete, wie man das gegenwärtig häufig hören kann, mit dem Argument, daß im Jahre 1914 Sir Edward Grey nach einer verbreiteten Auffassung sich und die Britische Regierung in schuldhafter Weise in eine Nebelwolke gehüllt hätte. Diesen Vorwurf wollte sich die jetzige Englische Regierung ersparen. Andererseits verstand Nevile Henderson sehr gut, daß öffentliche Erklärungen dieser Art dem Verbündeten, in diesem Falle Polen, lediglich den Rücken stärken, statt ihn zur Besinnung zu bringen.

An einer Stelle des Gesprächs erwähnte Henderson als ein Sympton der Lage, daß in Deutschland doch jetzt Reservisteneinziehungen ausgeschrieben worden seien. Ich erwiderte hierauf, Tatsache sei, daß in Frankreich und in Polen Mannschaften in Höhe von etwa 1½ Million über den normalen Stand unter den Fahnen seien, während die in unseren Zeitungen ausgeschriebenen Reservisteneinziehungen nur das darstellten, was jedes stehende Heer im Sommer zu tun pflege. Ich fügte noch hinzu, die britische Außenpolitik schiene mir im übrigen in vollen Kriegsvorbereitungen zu sein und sich nach Alliierten umzusehen, wo immer möglich, wenn auch nicht mit durchschlagendem Erfolge. Henderson verbreitete sich dann weiter über die allgemeine Lage und schloß seine Betrachtungen mit seinem Vertrauen auf das politische Genie des Führers, Schwierigkeiten und Konflikte im richtigen Moment unblutig zu lösen.

Weizsäcker

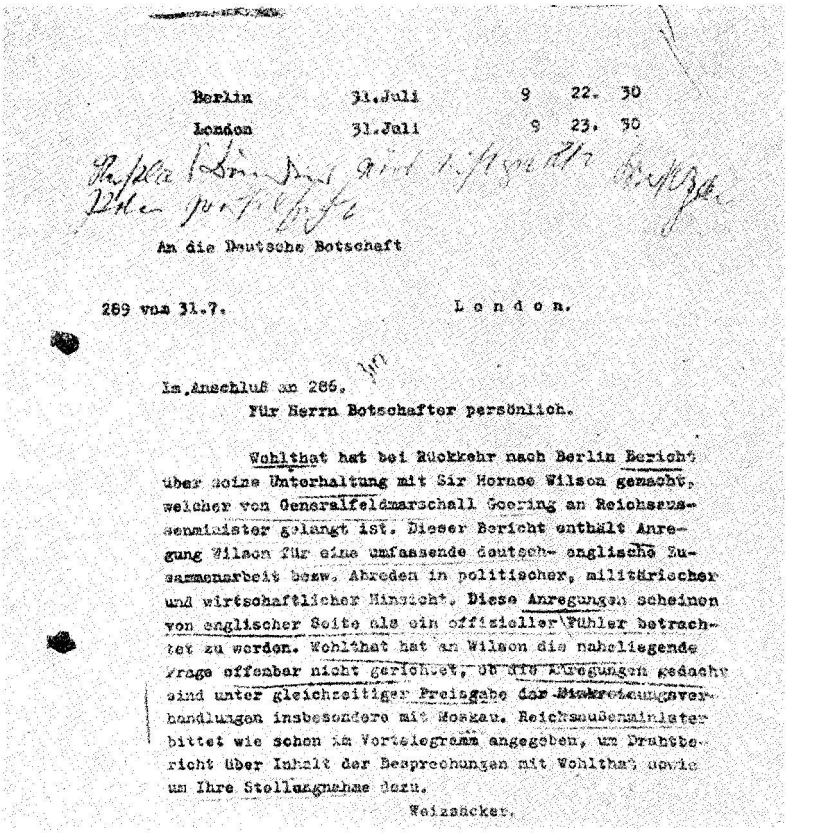
Staatssekretär Ernst von Weizsäcker wirft London vor, Polen nicht zur Besinnung zu bringen.

Weisung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 29. Juli 1939:

Am 26. d. M. abends fand eine eingehende Besprechung Schnurres mit Astachoff und Babarin statt, deren Inhalt aus der anliegenden Aufzeichnung ersichtlich ist. Aus der Antwort Astachoffs ist zu schließen, daß ein ausführlicher Bericht von ihm bereits in Moskau vorliegt. Astachoff stellte zum Schluß die Frage, ob dann, wenn eine hochgestellte sowjetische Persönlichkeit sich mit einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit über diese Fragen unterhielte, ähnliche Ansichten von uns vertreten würde. Schnurre hat diese Frage dem Sinne nach zustimmend beantwortet.

Es wäre uns wichtig zu wissen, ob die Astachoff und Babarin gegenüber gemachten Ausführungen eine Resonanz in Moskau gefunden haben. Wenn Sie die Gelegenheit dazu sehen, eine erneute Besprechung mit Molotow herbeizuführen, bitte ich in diesem Sinne zu sondieren und hierbei gegebenenfalls die Gedankengänge der Aufzeichnung auch Ihrerseits zu verwenden. Stellt sich dabei heraus, daß Molotow aus der bisher von ihm eingehaltenen Reserve heraustritt, so können Sie in Ihren Darlegungen noch einen Schritt weitergehen und das etwas mehr konkretisieren, was in der Aufzeichnung allgemein

ausgedrückt ist. Das betrifft insbesondere die polnische Frage. Wir wären bereit, bei jeder Entwicklung der polnischen Frage, sei es, wie wir es wünschen, auf friedlichem Wege, sei es auf einem uns aufgezwungenen anderen Wege alle sowjetischen Interessen zu wahren und uns mit der dortigen Regierung darüber zu verständigen. Auch in der baltischen Frage könnte bei einem positiven Verlauf des Gesprächs der Gedanke vertieft werden, daß wir unsere Haltung gegenüber dem Baltikum so einrichten, daß lebenswichtige sowjetische Ostseeinteressen respektiert werden.
im Konzept gez.
von Weizsäcker



Berlin 31.Juli 9 22. 30
London 31.Juli 9 23. 30

An die Deutsche Botschaft

289 vom 31.7. London.

Im Anschluß an 286.
Für Herrn Botschafter persönlich.

Wohlthat hat bei Rückkehr nach Berlin Bericht über seine Unterhaltung mit Sir Horace Wilson gemacht, welcher von Generalfeldmarschall Goering an Reichsaussenminister gelangt ist. Dieser Bericht enthält Anregung Wilson für eine umfassende deutsch- englische Zusammenarbeit bezw. Abreden in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Diese Anregungen scheinen von englischer Seite als ein offizieller Fühler betrachtet zu werden. Wohlthat hat an Wilson die naheliegende Frage offenbar nicht gerichtet, ob die Anregungen gedacht sind unter gleichzeitiger Freigabe der Minderheitenverhandlungen insbesondere mit Moskau. Reichsaussenminister bittet wie schon im Vortelegramm angegeben, um Drahtbericht über Inhalt der Besprechungen mit Wohlthat sowie um Ihre Stellungnahme dazu.

Weizsäcker.

Ernst von Weizsäcker ist am Vorabend des 2. Weltkrieges die Schaltstelle deutscher Außenpolitik.

Am 2. August 1939 schrieb Albert Einstein dem US-Präsidenten Roosevelt einen Brief, der entscheidend zum Entschluß beitrug, die Atombombe zu bauen. Einstein wies im Brief ausdrücklich auf die „Gefahren" der Forschungsarbeit von Carl Friedrich von Weizsäcker hin. Die Übersetzung des Einstein-Briefes:

Sehr verehrter Herr Präsident!

Auf Grund von neueren Forschungsarbeiten E. Fermis und L. Szilards, deren Ergebnisse mir im Manuskript zugeleitet wurden, halte ich es für wahrscheinlich, daß das Element Uran in nächster Zukunft als eine neue wichtige Energiequelle erschlossen werden kann. Gewisse Aspekte der hierdurch entstandenen Lage dürften die Wachsamkeit und gegebenenfalls auch schnelles Handeln der Regierungen erfordern. Ich halte es daher für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Tatsachen und Empfehlungen zu lenken.

Die Forschung von Joliot in Frankreich sowie von Fermi und Szilard in Amerika während der letzten vier Monate haben wahrscheinlich gemacht, daß es gelingen könnte, eine nukleare Kettenreaktion in einer großen Masse Uran auszulösen, durch die ungeheure Energien und große Mengen von neuen radiumartigen Elementen erzeugt würden. Es erscheint jetzt beinahe als sicher, daß sich dies in allernächster Zukunft erreichen läßt. Dieses neue Phänomen könnte auch zur Konstruktion von Bomben führen, und es ist denkbar – wenn auch weit weniger sicher –, daß auf diese Weise eine neue Art von Bomben mit ungeheurer Sprengkraft entwickelt werden kann. Eine einzige Bombe dieser Art könnte auf einem Schiff in einen Hafen transportiert und dort zur Explosion gebracht werden, wobei unter Umständen der ganze Hafen sowie ein Teil des umliegenden Gebietes zerstört würde. Es könnte sich indessen erweisen, daß diese Bomben zu schwer sind, um mit Flugzeugen transportiert zu werden.

Die Vereinigten Staaten besitzen nur bescheidene Mengen eines sehr wenig ergiebigen Uranerzes. In Kanada und der früheren Tschechoslowakei gibt es einiges gutes Erz, aber die wichtigste Uranquelle ist der Belgische Kongo.

Angesichts dieser Lage erscheint es Ihnen vielleicht wünschenswert, einen ständigen Kontakt zwischen der Regierung und der Gruppe von Physikern herzustellen, die in Amerika an Kettenreaktionen arbeiten. Hierzu wäre eine Möglichkeit gegeben, indem Sie eine Persönlichkeit Ihres Vertrauens bestimmen, die sich dieser Aufgabe widmet, vielleicht ohne dabei eine offizielle Funktion auszuüben. Die genannte Aufgabe könnte folgende Punkte umfassen:

a) Mit den Ministerien in Verbindung zu treten, sie über die weitere Entwicklung auf dem laufenden zu halten und ihnen unter besonderer Berücksichtigung des Problems, die Versorgung der Vereinigten Staaten mit Uranerz zu sichern, das Ergreifen bestimmter Maßnahmen zu empfehlen.
b) Die Forschungsarbeit, die gegenwärtig innerhalb der Grenzen durchgeführt wird, die durch den Haushalt von Universitätsinstituten gesetzt sind, zu beschleunigen, und zwar, falls Geldmittel benötigt werden, durch die Beschaffung solcher Gelder mit Hilfe der Verbindungen Ihres Beauftragten zu Privatpersonen, die bereit sind, für diesen Zweck Mittel bereitzustellen, und vielleicht auch durch Vermittlung der Unterstützung durch Forschungsinstitute der Industrie, in denen die notwendigen technischen Einrichtungen vorhanden sind.
Wie ich erfahre, haben die deutschen Behörden den Verkauf von Uran aus den von ihnen übernommenen tschechoslowakischen Bergwerken eingestellt. Vielleicht läßt sich die Tatsache, daß eine solche Maßnahme so frühzeitig ergriffen wurde, damit erklären, daß der Sohn des Staatssekretärs im deutschen Außenministerium, von Weizsäcker, Mitarbeiter des Berliner Kaiser-Wilhelm-Institutes ist, wo gegenwärtig ein Teil der amerikanischen Versuche mit Uran wiederholt wird.
Ihr sehr ergebener
(gez.) Albert Einstein

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Französische Botschafter meldete sich heute bei mir nach Rückkehr von seinem Urlaub. Der Botschafter drückte sich zur Lage etwa folgendermaßen aus und brachte dies ruhig und bestimmt vor: Frankreich habe seine Stellung bezogen. Sein Verhältnis zu Polen und zu England sei bekannt. Ein Konflikt zwischen Deutschland und Polen werde automatisch Frankreich einbeziehen. Das sei eine Tatsache, kein Wunsch Frankreichs. Vielmehr wünsche Frankreich nichts dringlicher als einen deutsch-polnischen Ausgleich, besonders hinsichtlich Danzigs. Er hoffe, daß einer Regelung dieser Sonderfrage auch eine allgemeine deutsch-polnische Entspannung folgen würde. So sei in kurzen Worten sein Eindruck aus seinen letzten Gesprächen mit Daladier und Bonnet. Sein frischer Eindruck in Berlin aber sei der einer gewissen Verschärfung der Lage. Besonders beschäftige ihn, daß in den neuesten deutschen Auslassungen der Ehrenpunkt wiederholt vorkomme; das bedeute doch offensichtlich eine ernste Zuspitzung.

Ich habe Coulondre daraufhin bestätigt, daß die Lage eine andere sei als vor seinem Urlaubsantritt im Juli. Alsdann holte ich ziemlich weit aus und zog die nötigen Argumente heran, um die ungezügelte selbstmörderische Politik Polens zu kennzeichnen. Ich sprach Coulondre von der ultimativen Note Polens an Danzig vom Samstag vor 8 Tagen, von der Aggressivität in dem vorwöchigen Meinungsaustausch zwischen Berlin und Warschau, von den provokatorischen Äußerungen der gesteuerten polnischen Presse, von den fortgesetzten Unterdrückungs-, Knebelungs-, Ausweisungs- und ähnlichen Maßnahmen der polnischen unteren Instanzen (ich zeigte Coulondre dazu eine mir darüber frisch zugegangene Liste) und erklärte dieses alles als das faktische Ergebnis der Versprechungen Frankreichs und Englands an Polen. So also sei die Saat aufgegangen, welche die Westmächte in Polen ausgestreut hätten.

Coulondre machte dann einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit und stellte die englisch-französische Garantieleistung an Polen hin als das unvermeidliche Ergebnis der deutschen Errichtung des Protektorats in der Tschechei. Im übrigen behauptete der Botschafter, es herrsche nach der französischen Berichterstattung aus Warschau dort kein Übermut, vielmehr bewahre die Polnische Regierung kühles Blut.

Ich führte nun erhaltenem Auftrag gemäß eine sehr ernste, warnende Sprache und bestritt Coulondres Darlegungen auf das heftigste. Die Polnische Regierung regiere außerdem ja gar nicht. In Paris wisse man anscheinend nicht, was »polnische Wirtschaft« sei. Die Polnische Regierung sei auch keineswegs bei Verstand, sonst könnten ultimative Drohungen, wie kürzlich in Danzig, nicht durch polnische Diplomaten ausgesprochen werden. Derartige Exzesse bewiesen nur den polnischen Glauben an die beiden großen Brüder im Westen, die schon helfen würden. Wir könnten und würden uns eine Fortsetzung eines solchen polnischen Verhaltens nicht weiter gefallen lassen. Polen ziehe als Amokläufer sein Schicksal über sich zusammen.

Ich fuhr dann fort, wie jede Dummheit, habe auch die polnische ein gewisses Verdienst:

1. säben daraus Polens Freunde, was sie selber angerichtet hätten, und
2. befreie Polen seine Freunde damit von ihrer Unterstützungspflicht,

denn man könne sich ja nicht vorstellen, daß etwa Frankreich oder England zugunsten ihres wild gewordenen Freundes ihre Existenz aufs Spiel setzen wollten. Ich verstände daher auch nicht, wieso Coulondre zu Beginn unserer Unterhaltung die französische Hilfe an Polen als eine selbstverständliche und automatische habe bezeichnen können.

Coulondre sprach dann einen Augenblick davon, daß der französisch-polnische Bündnisvertrag durch die diesjährige Garantie noch verstärkt worden sei, die juristische Bindung an Polen sei aber nicht ausschlaggebend. Frankreich brauche zu seiner Sicherheit das Gleichgewicht Europas. Würde dies zugunsten Deutschlands gestört, d. h. würde Polen jetzt von uns überrannt, so käme in absehbarer Zeit Frankreich an die Reihe, oder aber es müsse herabsinken etwa auf das Niveau von Belgien oder Holland. Frankreich würde damit praktisch zum Vasallen Deutschlands und dieses wolle es eben nicht.

Ich legte dem Botschafter dringend nahe, sich über das tatsächliche Verhalten Polens zu unterrichten und sich von seinem totalen Irrtum über das Benehmen seiner Freunde kurieren zu lassen, dann werde er auch zu den richtigen Schlußfolgerungen kommen.

Als Coulondre mich nach diesen Schlußfolgerungen fragte, sagte ich ihm, Polen müsse den berechtigten Ansprüchen Deutschlands nachkommen und es müsse sein Gesamtverhalten gegenüber Deutschland total umstellen.

Schließlich meinte der Botschafter, zu einem Druck auf Warschau wie im vorigen Jahr auf Prag werde seine Regierung sich nicht verstehen. Die Lage sei eine andere als damals.

Ich erwiderte Coulondre trocken, ich hätte ihm bzw. seiner Regierung keine Ratschläge zu erteilen. Sie möge sich die Tatsachen ansehen und diese sprechen lassen.

Zum Schluß versicherte mich der Botschafter seiner Bereitschaft zu jeder Art von Mitwirkung an der Bewahrung des Friedens. Ein europäischer Krieg würde enden mit einer Niederlage aller, auch des heutigen Rußland. Der Sieger wäre nicht Stalin, sondern Trotzki.

Weizsäcker

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker geißelt zwei Wochen vor Kriegsausbruch die „selbstmörderische Politik Polens".

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Britische Botchafter kam heute nach längerer Zeit zu einer Aussprache zu mir. Er fragte mich ziemlich unvermittelt nach dem Ergebnis des Ciano-Besuches in Salzburg.

Auf Ciano und die Gespräche mit ihm ging ich in meiner Antwort nicht ein. Ich schilderte ihm aber die Verschlechterung der Lage zwischen Berlin und Warschau und hielt mich etwa an den Gedankengang, dem ich heute früh auftragsgemäß gegenüber dem Französischen Botschafter gefolgt war. Meine Ausdrucksweise über die polnische Politik habe ich gegenüber Henderson vielleicht noch um eine Kleinigkeit schärfer gewählt als gegenüber Coulondre.

Henderson knüpfte an die Zollinspektorenfrage* die Behauptung deutschen Waffenschmuggels und einer weitgehenden Militarisierung Danzigs, womit polnische Rechte und Interessen berührt seien, ohne daß Polen remonstriert habe. Ich bestritt auf das energischste, daß die militärischen Maßnahmen in Danzig unberechtigt seien. Danzig mache nichts anderes, als daß es sich gegen seinen Beschützer schütze. Das werde wohl doch noch erlaubt sein. Im übrigen führte ich wieder aus, wie die britische Politik der Polnischen Regierung Narrenfreiheit gegeben habe, welche sich die Polen nunmehr ungezügelt zunutze machten. England müsse jetzt erkennen, wohin seine sogenannte Einkreisungspolitik geführt habe, und werde doch wohl schwerlich geneigt und verpflichtet sein, sich von seinen wild gewordenen polnischen Freunden ins Unglück führen zu lassen.

Auch bei dem Gespräch mit Henderson heute nachmittag ergab sich wieder ein fundamentaler Unterschied in der Auffassung von der Haltung der Polen. Henderson bzw. seine Regierung behauptet, Polen sei vernünftig und ruhig, und bestreitet, daß Polen in der Lage wäre, einen Angriffsakt gegen Deutschland zu begehen. In allen anderen Fällen eines deutsch-polnischen Zusammenstoßes aber sei die Britische Regierung zur Waffenhilfe verpflichtet und zu dieser fest entschlossen. Im übrigen werde Polen Schritte von großer Tragweite nicht tun, ohne sich des Londoner Einverständnisses zu versichern.

Ich fragte darauf den Botschafter, ob etwa das Londoner Einverständnis zu der Drohnote an Danzig** oder zu der polnischen Erklärung von Mitte voriger Woche an uns*** oder zu all den provokatorischen Reden und Artikeln und zu der fortgesetzten Bedrängung der deutschen Minderheit vorliege. Das Maß unserer Geduld sei bis an den Rand gefüllt. Die Politik eines Landes wie Polen setze sich aus tausend Provokationen zusammen. Ob England wohl damit rechne, Polen von jeder neuen Unbesonnenheit zurückhalten zu können? Es sei doch alles pure Theorie, wenn England glaube, Polen in der Hand zu haben, solange Warschau sich von London gedeckt fühle. Umgekehrt liege es.

Alsdann hatte ich noch gegenüber dem Botschafter die Behauptung zu dementieren, daß durch unseren Generalkonsul in Danzig verschärfende Instruktionen nach Danzig gelangt seien. Ich bezeichnete diese dem Botschafter hinterbrachte Behauptung als eine glatte Lüge.

Der Botschafter ging dann zu der Frage über, ob nicht das Problem Danzig so lange verschoben werden könne, bis es in einer ruhigeren Atmosphäre lösbar sei. Er verspreche sich dann auch für uns einen besseren Erfolg. Henderson meinte, ich würde ihm auf diese Frage wohl nicht antworten können. Ich erwiderte ihm aber damit, seine Frage sei eine rein theoretische, denn eine Verschiebung würde in Polen zu nichts anderem ausgenützt werden, als das Unheil noch zu vergrößern, was es jetzt schon anrichte, so daß von einer Verbesserung der Atmosphäre gar keine Rede wäre.

Henderson meinte dann, ob denn nicht deutsch-polnische Verhandlungen zu führen wären, zu denen wir den Anstoß geben könnten. Hierauf erinnerte ich Henderson daran, daß Beck in seiner letzten Parlamentsrede sich wie ein Pascha auf den Diwan gesetzt habe mit der Erklärung, wenn Deutschland sich den polnischen Prinzipien anpasse, so sei er bereit, in diesem Rahmen Vorschläge gnädig entgegenzunehmen. Außerdem hätte ja gerade in der vorigen Woche die Polnische Regierung erklärt, daß jede deutsche Initiative auf Kosten polnischer Ansprüche als eine Angriffshandlung anzusehen sei. Ich sähe also keinen Raum für eine deutsche Initiative.

Henderson deutete dann noch auf eventuelle spätere umfassende deutsch-englische Erörterungen in großen Fragen wie Kolonien, Rohstoffe usw. hin, sagte aber gleichzeitig, die Lage sei doch viel schwieriger und ernster als im Vorjahre, denn Chamberlain könne nicht noch einmal bei uns angeflogen kommen.

Ich erklärte mich meinerseits außerstande, andere Ratschläge zu geben, als daß Polen in dem akuten Problem Danzig und in seinem gesamten Verhalten zu uns schleunigst Vernunft annehmen müsse.

Henderson verließ mich mit dem Gefühl vom Ernst und der Dringlichkeit der Lage.

Weizsäcker

Polen sei „wildgeworden" und provoziere tausendfach, legte Ernst von Weizsäcker dem britischen Botschafter dar.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 18. August 1939

Der Britische Botschafter war heute bei mir, um mir zu sagen, er werde voraussichtlich am nächsten Dienstag nach Salzburg fliegen. Am Mittwoch sei das Hauptrennen der Motorradler, an welchem auch eine Reihe von Engländern teilnähmen.

Zur politischen Lage übergehend, bemerkte Henderson wieder, er sei überzeugt, Polen werde sich zu keinen Provokationen hinreißen lassen. Dafür werde die Britische Regierung schon sorgen.

Ich mußte bei Sir Nevile Henderson wieder eine völlige Verkennung des polnischen Verhaltens gegen die Deutschen feststellen und erklärte ihm den wahren Tatbestand. Wir stellten in dieser Hinsicht eine gründliche Meinungsverschiedenheit zwischen den britischen und deutschen Informationen und Auffassungen fest. Henderson sagte dann nochmals mit allem Nachdruck, man möge sich doch in Deutschland nicht dem Irrtum hingeben, als werde England den Polen keine Waffenhilfe leihen. Er kenne doch die heutige Lage in England.

Weizsäcker

Weizsäcker analysiert „völlige Verkennung des polnischen Verhaltens" durch London.

Drahterlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an sämtliche deutschen diplomatischen Missionen vom 22. August 1939

Zur Information und Sprachregelung:

Normalisierung und Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjet-Union ist seit Monaten in langsamer und stetiger Entwicklung vorbereitet worden. Ausgangspunkt waren die wieder aufgenommenen Wirtschafts- und Kreditverhandlungen, die am 19. August zu einem Abkommen geführt haben, das den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehr auf eine verbreiterte und vertiefte Grundlage gestellt hat. Gleichlaufend mit diesen Verhandlungen ging die politische Fühlungnahme, die in den letzten Wochen zu einem intensiven Meinungsaustausch zwischen Berlin und Moskau geführt hat. Diese Entwicklung fand seit Monaten in der maßvollen Haltung der deutschen Presse ihren Ausdruck; sie wurde nach außen sichtbar, insbesondere durch die Teilnahme des sowjetischen Geschäftsträgers an dem Tage der Deutschen Kunst in München, durch die Entsendung einer amtlichen deutschen Delegation zur Landwirtschaftlichen Ausstellung nach Moskau und durch die offizielle Teilnahme sowjetischer Mitglieder der hiesigen Sowjetbotschaft und Handelsvertretung an der Ostmesse in Königsberg. Aus der Zuspitzung der Lage, wie sie durch die polnische Überheblichkeit und die polnischen andauernden und sich steigernden Provokationen hervorgerufen wurde, ergab sich unser Interesse, eine Festlegung Sowjetunion an Seite Englands zu verhindern. Es galt bei der Sowjetregierung Gefühl der Bedrohung im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts zu beseitigen. Das geeignete Mittel hierzu war, das Gespräch über einen Nichtangriffspakt bis zu dem jetzigen Punkte zu konkretisieren. Damit wurde gleichzeitig auch der von uns von Anfang an verfolgte Zweck erfüllt, die englisch-französischen Einkreisungsverhandlungen in Moskau zu stören.

Wir haben dabei stets im Auge behalten, die Beziehungen zu befreun-

deten Mächten, besonders zu Italien und Japan, unangetastet zu lassen, was von uns in jeder Phase der Besprechungen der Sowjet-Union gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir gehen dabei von der Erwartung aus, daß auch im Verhältnis zwischen Japan und Rußland zunächst eine von beiden Seiten gewünschte Ruhelage eintritt, die dann zu einer weiteren Entspannung führen kann.
Der naheliegende Vorwurf, wir hätten durch den Abschluß mit der Sowjetunion die Prinzipien des Antikominternpakts aufgegeben, ist nicht zutreffend. Die Entwicklung des Antikominternpakts ist mehr und mehr in der Richtung gegangen, daß den drei hauptbeteiligten Mächten England als Hauptfeind aufgezwungen wurde. Dazu kommt, daß der russische Bolschewismus unter Stalin eine entscheidende Strukturwandlung erfahren hat. An die Stelle der Idee der Weltrevolution ist die Verknüpfung mit der nationalen russischen Idee und der Gesichtspunkt der Konsolidierung des Sowjetstaates auf seiner jetzigen staatlichen territorialen und sozialen Grundlage getreten. Auf die Verdrängung des Judentums aus führenden Stellungen der Sowjet-Union (Sturz Litwinows Anfang Mai) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Selbstverständlich bleibt die innere deutsche Frontstellung gegen den Kommunismus völlig unberührt. Der Kampf gegen ein etwaiges Wiedereindringen des Kommunismus in Deutschland würde mit unverminderter Schärfe weiter geführt werden. Die Sowjet-Union ist im Laufe der Besprechungen hierüber niemals im Zweifel gelassen worden und hat diesen Grundsatz akzeptiert.
Die weltpolitische Auswirkung dieses Vertrags wird in der nächsten Zeit sichtbar zum Ausdruck kommen. Jedenfalls ist schon jetzt erkennbar, daß Polen damit einen schweren Schock erlitten hat.
Gleichlautend an sämtliche diplomatischen Missionen.
Weizsäcker

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutschen Diplomatischen Missionen

Rundtelegramm

Berlin, den 31. August 1939

Unsere Erwartung, daß, entsprechend unserem durch Britische Regierung nach Warschau übermittelten Vorschlag, unverzügliche Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten zur Aufnahme direkter deutsch-polnischer Verhandlungen erfolgen würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hat Polen, wie bekannt, gestern Generalmobilmachung angeordnet. Unter diesen Umständen hat Lage weitere überaus schwerwiegende Zuspitzung erfahren.

Weizsäcker

Weizsäcker-Telegramm am Tage vor Kriegsausbruch.

24. August 1939: Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (vorn rechts) nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages aus Moskau zurückgekehrt. Ganz rechts: Ernst von Weizsäcker.

Ernst von Weizsäcker beschreibt die deutsch-polnischen Spannungen in seinen 1950 erschienenen „Erinnerungen" so (Seite 242):
Fest steht, daß der deutsch-polnische Minderheitenstreit keine Erfindung von Hitler war. Wer die zwanziger Jahre und den Beginn der dreißiger Jahre verfolgt hat, weiß davon. Ich selbst habe jahrelang keine Tagung des Völkerbundsrats erlebt ohne schwere deutsch-polnische Reibung oder Krise. Ich war Zeuge, wie die polnischen Übergriffe und Vertragswidrigkeiten in der Weimarer Republik den Versöhnungspolitiker Stresemann zu seinem berühmten Faustschlag von Lugano trieben und später bei einer Tagung in Madrid zum Versuch einer Revision des ganzen Minoritätenstatuts. Im Dritten Reich war es damit nicht besser bestellt. Nur hatte Hitler ab 1934 das Thema aus der deutschen Presse bis auf weiteres verbannt. Aus der Verwaltungspraxis der Woiwoden war darum die Unterdrückung der deutschen

Minderheiten keineswegs verschwunden. Unsere diplomatischen und Konsulatsberichte aus Polen zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem: Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte.

Die Führung des Deutschen Reiches nach Hitlers Rede am Tag des Kriegsausbruchs im Reichstag. Pfeil: Ernst von Weizsäcker.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutschen Diplomatischen Missionen

Rundtelegramm

Berlin, den 3. September 1939

Zur Information und Regelung der Sprache.

Nachdem Versuch direkter deutsch-polnischer Aussprache durch Nichterscheinen Polnischen Bevollmächtigten trotz zweitägigen Wartens Deutsche Regierung ergebnislos geblieben war, und wir gezwungen waren, polnische militärische Übergriffe mit Übergang zu militärischer Aktion zu erwidern, forderten England und Frankreich am 1. September von uns Zurückziehung deutscher Truppen von polnischem Gebiet. Kriegsgefahr schien jetzt noch beschworen werden zu können durch Eingreifen Mussolinis, der Waffenstillstand und anschließende Konferenz zur Lösung deutsch-polnischen Konflikts vorschlug. Dieser Vorschlag ist von uns und auch von Französischer Regierung positiv beantwortet worden; Britische Regierung hat hingegen heute mit zweistündiger Befristung Forderung Zurückziehung deutscher Truppen wiederholt und sich nach Ablauf dieser Zeit als im Krieg mit Deutschland befindlich erklärt. Frankreich ist dann mit Mitteilung gefolgt, daß es sich gezwungen sehe, Polen beizustehen.

Vernünftige deutsch-polnische Regelung wäre ohne Englands Dazwischentreten und seiner antideutschen Einkreisungspolitik sicher längst zu erzielen gewesen. Statt aber Polen zum Einlenken zu ermahnen, hat England ihm Generalvollmacht gegen Deutschland erteilt, sich selbst in Abhängigkeit von Polens Entschlüssen gebracht und schließlich im letzten Augenblick auch noch Vorschlag Mussolinis durch sein Verhalten zum Scheitern verurteilt. Damit ist Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf Ereignisse zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch.

Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker, der stellvertretende Außenminister des Deutschen Reiches, kabelt am Tag der englischen und französischen Kriegserklärung an Deutschland, England sei für den Kriegsausbruch voll verantwortlich.

In seinem 1981 veröffentlichten Buch „Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg – Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen" kommt der Historiker Rainer A. Blasius zu folgender Schlußfolgerung:

Weizsäckers Absichten in den Jahren 1938/39 lassen sich unter die Formel: „Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg" subsumieren. Denn er strebte eine Zusammenfassung aller Deutschen innerhalb der Grenzen des Reiches an, also sowohl eine Rückgliederung der nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebiete (Danzig, große Teile des „Korridors") als auch – bei Gewährung einer gewissen Eigenständigkeit – eine Einverleibung Österreichs (die am 12./13. März 1938 erfolgte) und der Sudetengebiete, um einem „föderativen Großdeutschland" eine Einfluß- und Vormachtstellung in Mitteleuropa zu sichern. Solche – aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker international vertretbaren – Ziele mußten aus seiner Sicht durch Absprachen mit den Großmächten erreicht werden, weil ein „großer Krieg" dann „nicht nur das Ende des III. Reiches, sondern Finis Germaniae wäre". Die in dieser Hinsicht dem Deutschen Reich von der nationalsozialistischen Außenpolitik drohenden (und seit 1936 erkannten) Gefahren wollte Weizsäcker, der keineswegs von pazifistischen Erwägungen geleitet wurde, sondern Krieg als adäquates Mittel der Politik begriff, unbedingt abwenden.

Ernst von Weizsäcker über den Soldatentod seines Sohnes Heinrich („Erinnerungen", S. 263):

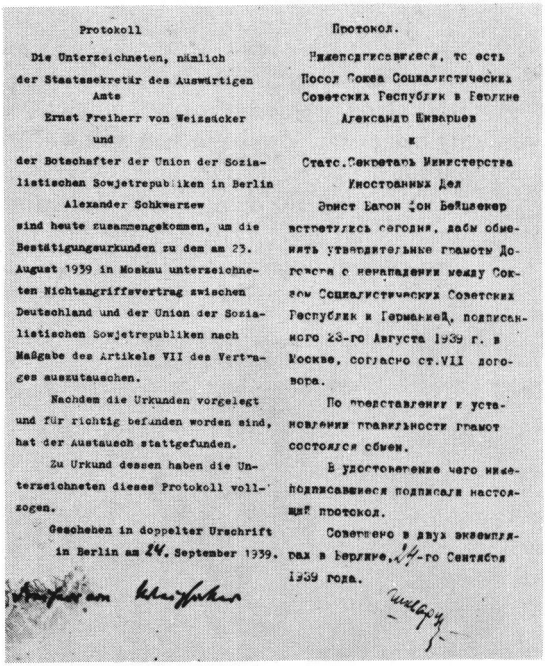
Am 1. September 1939 brach der Krieg aus; tags darauf am 2. September gegen Abend fiel unser Sohn Heinrich.

In der Tucheler Heide am Bahnübergang bei Klonowo ist der Ort, wo Heinrich als Leutnant und Führer des 1. Zuges des Infanterie-Re-

gimentes Nr. 9 seinen Leuten voran, gegen polnische Schützen vorgehend, sein frühes, schnelles Ende fand. Unser Sohn Richard, im gleichen Regiment, hat am 3. September in den Morgenstunden bei seinem Bruder gewacht. Dann wurde Heinrich mit einigen anderen seines Zuges vorläufig beigesetzt. Zwei Wochen später wurde er in die Kapelle auf der Solitüde bei Stuttgart überführt, wo er getauft worden war. Dort oben am Waldrand auf dem kleinen und stillen Soldatenfriedhof sprach unser Sohn Carl Friedrich für Heinrich das Abschiedswort. Da liegt er nun, unter dem Holzkreuz aus der Tucheler Heide.

Ernst von Weizsäcker besucht nach dem Polenfeldzug die Westfront im Abschnitt der 72. Infanterie-Division. Das Bild zeigt den stellvertretenden Reichsaußenminister am Scherenfernrohr.

Nach Ende des Polenfeldzuges schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 178):
Der Krieg gegen Polen war durch das Wetter begünstigt. Er hätte sonst vielleicht etwas länger gedauert. Im übrigen staunte aber die Welt über die Leistung der deutschen Armee. Führung und Truppe waren offenbar unvergleichlich. Man muß den Hut abnehmen vor dieser Armee. Sie darf von sich sagen – wie unser Sohn es sich wünschte –, sie habe sich bewährt.



Protokoll

Die Unterzeichneten, nämlich der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Ernst Freiherr von Weizsäcker und der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Berlin Alexander Schkwarzew sind heute zusammengekommen, um die Bestätigungsurkunden zu dem am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nach Maßgabe des Artikels VII des Vertrages auszutauschen.

Nachdem die Urkunden vorgelegt und für richtig befunden worden sind, hat der Austausch stattgefunden.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten dieses Protokoll vollzogen.

Geschehen in doppelter Urschrift in Berlin am 24. September 1939.

Протокол.

Нижеподписавшиеся, то есть Посол Союза Социалистических Советских Республик в Берлине Александр Шкварцев и Статс-Секретарь Министерства Иностранных Дел Эрнст Барон фон Вейцзекер встретились сегодня, дабы обменять утвердительные грамоты Договора о ненападении между Союзом Социалистических Советских Республик и Германией, подписанного 23-го Августа 1939 г. в Москве, согласно ст.VII договора.

По представлении и установлении правильности грамот состоялся обмен.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся подписали настоящий протокол.

Совершено в двух экземплярах в Берлине, 24-го Сентября 1939 года.

Protokoll zur Unterzeichnung der Bestätigungsurkunden des Hitler-Stalin-Paktes.

Ernst von Weizsäcker über das deutsch-sowjetische Verhältnis („Erinnerungen" 1944, S. 108):

Mir war es in der ganzen nationalsozialistischen Ära unklar geblieben, weshalb wir unseren zahlreichen Gegnern als Ausgangspunkt für ihre Politik die unabänderliche Gewißheit der deutschen Feindschaft mit Rußland an die Hand gegeben hatten. Weder existierte ein deutscher Grenzstreit mit der Sowjetunion, noch hatte diese bei uns innenpolitisch fühlbaren Einfluß. Die Hoffnung also, in unserer jetzt bedrängten Lage diesen Fehler zu korrigieren, war verlockend. Mit dem Versuch einer Annäherung an Rußland wurde wirkliche Außenpolitik gemacht und von innenpolitischen Ideologien gründlich abgesehen.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts über seine Unterredung mit dem Finnischen Gesandten in Berlin am 2. Oktober 1939:

Der Finnische Gesandte wünschte heute von mir Aufklärung über die Bedeutung der Interessensphären-Einteilung zwischen Deutschland und Rußland, insbesondere lag ihm daran zu erfahren, wie die Moskauer Abreden sich auf Finnland auswirken könnten.

Ich habe den Gesandten daran erinnert, daß Finnland uns den Abschluß eines Nichtangriffspaktes bekanntlich vor kurzem abgeschlagen habe. Vielleicht bedaure man das jetzt in Helsinki. Im übrigen sei der deutsche Wunsch nach wie vor, in den besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Finnland zu leben und namentlich auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet einen möglichst großen Warenaustausch herbeizuführen. Wenn Herr Wuorimaa wegen des estnischen Vorganges und der heute angekündigten Reise von Herrn Munters nach Moskau sich Gedanken um Finnland mache, so müsse ich ihm sagen, daß ich über die Moskauer Politik gegenüber Finnland nicht orientiert sei. Mein Gefühl aber sage mir, daß Sorgen wegen Finnland zur Zeit nicht am Platze wären.

Der Gesandte sprach dann von dem Ciano-Besuch. Hierzu bemerkte ich, nach der Liquidierung des polnischen Feldzuges seien wir zweifellos an einem wichtigen Abschnitt des Krieges angelangt. Die angekündigte Einberufung des Reichstages deute ja auf eine Regierungserklärung hin, in welcher gewiß zum Ausdruck kommen werde, daß wir die Aufnahme eines eigentlichen Krieges im Westen für sinnlos hielten. Werde jetzt allerdings die Friedenschance von den Westmächten nicht ergriffen, so müsse man sich wohl auf einen erbitterten Kampf gefaßt machen.

(gez.) Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker über Friedensfühler nach Ausbruch des Krieges (Erinnerungen Seite 272):

Mit Recht versuchten verschiedene Neutrale, den fast kampflosen Winter zu Friedensaktionen auszunutzen. Der erste mir erinnerliche Versuch dieser Art kam von den Souveränen von Holland und Belgien. Sie machten Anfang November 1939 ein Vermittlungsangebot. An diesem waren im Hintergrund – selbstverständlich gegen Ribbentrops und Hitlers Wissen, Sinn und Absicht – unser Botschafter v. Bülow-Schwante in Brüssel beteiligt und Graf Zech im Haag. Sie

standen mit mir im Einvernehmen. Leider war das Echo auf diese Aktion in London alsbald negativ, so daß Hitler leichtes Spiel hatte.
(Erinnerungen, S. 293):
Hitler, der im Juni und Juli 1940 die Einigung mit England ersehnte, fragte sich, worauf denn Churchill eigentlich noch baue: offenbar warte er auf Freunde, alte oder neue, Amerika oder Rußland; beides sei eine Fehlrechnung. Hitler verschob seine lang geplante Reichstagsrede immer wieder, um dem erhofften Entschluß zum Einlenken in England Raum und Zeit zu geben.
(Erinnerungen, S. 294):
Unklar war und ist mir aber, weshalb die britische Politik der innerdeutschen Opposition die Hoffnung auf einen glimpflichen Frieden verweigerte, auch für den Fall, daß es ihr gelänge, Hitler abzuschütteln. Da hatten die Gegner Napoleons besser vorgesorgt. Sie hielten sich in dem Bourbonen einen Nachfolger des Tyrannen, der die Gewähr für eine Neuordnung Europas im Sinne Englands bot.

Soldat der Deutschen Wehrmacht Richard von Weizsäcker.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts über eine Unterredung mit dem Chef OKW, Generaloberst Keitel, am 5. Dezember 1939:

Generaloberst Keitel sprach mich heute telefonisch darauf an, daß die russische Wunschliste wegen Lieferung deutscher Produkte immer umfangreicher und unbescheidener würde. Die Verhandlungen mit den Russen müßten sich dementsprechend immer schwieriger gestalten. Z. B. wollten die Russen Werkzeugmaschinen für die Herstellung von Munition haben, während das O.K.W. derartige Werkzeugmaschinen im jetzigen Kriegszustand unter keinen Umständen entbehren könne. Hinsichtlich der Luft- und Marine-Kriegsmaterial-Lieferungen stünde es ähnlich.

Ich habe dem Generaloberst Keitel bestätigt, daß auch das Auswärtige Amt die Absicht habe, der russischen Begehrlichkeit einen Riegel vorzuschieben. Wir seien uns über den Weg noch nicht ganz klar, ob in Moskau oder hier durch den Russischen Botschafter. Auch müsse der Herr Reichsaußenminister noch unterrichtet werden.

Zum Schluß erklärte sich Generaloberst Keitel bereit, entweder durch den General Thomas oder durch eigene Teilnahme eine etwa nötige Besprechung zu fördern. gez. Weizsäcker

Drahtweisung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 6. Dezember 1939:

Berlin, den 6. Dezember 1939 e. o. Pol. VI 2714 Ang. III

Diplogerma

Moskau

Nr. 1003

Telegramm i. Z. (Geh. Ch. Verf.)

Im Anschluß an Schrifterlaß Pol. VI 2651 Angabe II.

In Ergänzung Runddrahterlasses vom 2. Dezember erging heute folgender weiterer Runderlaß an sämtliche wichtigen Missionen:

Bitte bei Gesprächen über finnisch-russischen Konflikt folgende weitere Gesichtspunkte verwerten:

Noch vor wenigen Wochen ist Finnland im Begriff gewesen sich mit Rußland zu einigen, was bei kluger finnischer Politik sich hätte durchführen lassen. Anrufung Völkerbunds durch Finnische Regierung ist ungeeignetstes Mittel, Krise zu lösen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß englischer Einfluß auf Finnische Regierung – zum Teil auch über skandinavische Hauptstädte sich auswirkend – Finnische Regierung zur Ablehnung russischer Vorschläge

bestimmt und damit jetzigen Konflikt herbeigeführt hat. Schuld Englands an russisch-finnischem Konflikt ist besonders zu betonen. Deutschland ist an diesen Ereignissen unbeteiligt. In Gesprächen ist Sympathie mit russischem Standpunkt Ausdruck zu geben. Jede Sympathieäußerung für finnischen Standpunkt bitte ich zu unterlassen.
Schluß der Drahtweisung. Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker (rechts) mit US-Unterstaatssekretär Sumner Welles am 1. März 1940 auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin.

Ernst von Weizsäcker über die Kriegspolitik des US-Präsidenten Roosevelt:
(Erinnerungen S. 324):
Roosevelt folgte seit Herbst 1938 im Verkehr mit Deutschland keinen friedfertigen Gesetzen. Washington – nicht etwa der Berliner Botschafter Hugh Wilson – übernahm in der politischen Arbeit gegen Deutschland geradezu die Führung. Seit dem Kriegsausbruch 1939 machte die U. S. A. schrittweise, und schließlich *„short of war"* auf

Seiten unserer Gegner mit, fast wie Verbündete. Politischen, wirtschaftlichen und militärischen Provokationen setzten wir keine verschärfende Antwort entgegen. Wir hielten uns, soweit vom Auswärtigen Amt zu regeln und zu kontrollieren, regelmäßig hinter den amerikanischen Maßnahmen zurück. Andernfalls wären wir schon früher in den Kriegszustand mit Amerika hineingeraten. Nun aber kam der Anstoß vom Pazifik her.

(Erinnerungen, S. 325):

Man hat behauptet, letzten Endes sei es auch wieder Deutschland gewesen, das die Japaner in den Krieg hineingejagt habe. Es stimmt, Versuche sind gemacht worden, Japan in den Krieg hineinzuziehen, und zwar gegen England, auch gegen Rußland, nicht aber gegen die U.S.A. Aus Opportunität wollte selbst Hitler den Konflikt mit den U.S.A. vermeiden.

(Erinnerungen, S. 329):

Wer die Etappen der Politik Roosevelts seit Kriegsbeginn verfolgt hatte, konnte nicht daran zweifeln, wohin seine Reise ging. 1940 hatte der Präsident 50 Torpedobootszerstörer an England überlassen und das Waffenembargo aufgehoben, 1941 kam hinzu die Lend Lease Bill, die Neutralitätspatrouille über den Ozean, die Besetzung von Grönland und Island, die Unterstützung der Sowjetunion aus dem ,,Arse-

Der heutige Bundespräsident hoch zu Roß bei der Deutschen Wehrmacht.

nal der Demokratie", die Entfernung der deutschen Konsuln, das Einfrieren der deutschen Guthaben, die Atlantic-Charta und schließlich Roosevelts „Schießbefehl" auf deutsche Schiffe.
Diese Stufenleiter war eine Bestätigung dessen, was Mr. Sumner Welles schon am 20. März 1940 in Rom ausgesprochen hatte: England und Frankreich hätten den Krieg bereits gewonnen, die U. S. A. stünden mit dem ganzen Gewicht ihrer Macht da, um diesen Sieg zu garantieren. Ob Hitlers Kriegserklärung an U. S. A. nach Pearl Harbour für den Gesamtablauf Wesentliches bedeutet hat, das lasse ich also dahingestellt.

Am 1. Mai 1940 notiert Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 201):
Inzwischen ist die militärische Aktion in Norwegen vorangegangen. Wir reinigen, wie erwartet, Mittel- und Südnorwegen vom Gegner und werden hoffentlich bald dazu kommen, die dort gelandeten Engländer auf ihre Schiffe zurückzutreiben. Charakteristisch für die Aktion der Westmächte ist wieder die mangelhafte Improvisation unter dem Einfluß parlamentarischer Kritik. Hätten sie sich auf Narwik beschränkt, so wäre das heute wohl in ihrem Besitz. Die vergeblichen Versuche um Trontheim wären dann unterblieben und man könnte dem Unterhaus erklären, man habe sein Ziel erreicht. Wichtig ist auch die Erfahrung des nordischen Krieges, wie der Seefahrt und damit der bisherigen Stärke Englands durch die Fliegerei der Charme genommen ist, zum wenigsten in nahen und begrenzten Gewässern.

Voller Begeisterung notiert Ernst von Weizsäcker nach dem Sieg über Frankreich am 21. Juni 1940 (Weizsäcker-Papiere, S. 207):
Nicht jeder hat es leicht, mit vollem Herzen einen Tag wie den heutigen zu erleben. Es ist aber doch erlaubt, daran zu denken, wie es im Herbst 1918 denen zu Mut war, die damals auch ihre Verwandten im Feld verloren hatten und sich fragen mußten, ob das alles umsonst gewesen ist. Ich wünschte, der Papa hätte den heutigen Tag noch gesehen. Er hätte dich bestimmt gebeten, den „Finnländischen Reitermarsch" auf dem Klavier zu spielen.
„Nous sommes les vainqueurs." Dieses in die Wirklichkeit zu übersetzen ist jetzt die Aufgabe. Die Bedingungen, die man heute nachmittag den Franzosen übergab, verraten die Meisterhand des Führers. Sie sind so elastisch aufgestellt, daß Pétain sie schwer ablehnen kann; denn die Misere, namentlich die zivile, in Frankreich ist sehr groß.

Auf der anderen Seite lassen die Bedingungen allen Spielraum zu einem vernichtenden Frieden. – In heroischer Bundesgenossenschaft haben heute auch die Italiener den Vormarsch auf den Alpenpässen angetreten. Vielleicht reichen wir uns in Grenoble die Hand.

Drahtweisung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 14. Juni 1940:
Aus Ihnen bekannter streng geheimer Quelle ist uns zur Kenntnis gekommen, daß Sowjetgesandte in Stockholm Frau Kolontai letzthin dortigem belgischen Gesandten gegenüber geäußert hat, europäische Mächte hätten heute gemeinsames Interesse, sich dem deutschen Imperialismus zu widersetzen. Es habe sich gezeigt, daß deutsche Gefahr weit größer sei als man glaubte.
Reichsaußenminister bittet Sie, gelegentlich ohne Preisgabe der Quelle bei Molotow mit leichter Hand die deutschfeindliche Haltung der Gesandtin Kolontai zur Sprache zu bringen. Weizsäcker

Am 14. Juli 1940 schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 213):
Ich verstehe den Führer so, daß der neben Deutschland ein britisches Imperium bestehen lassen will. Unsere Beziehungen zu diesem wären zu begründen auf einer Dauerdrohung gegen die britische Insel, d. h. auf einer Freundschaft aus Angst. Diesen Zustand zieht er wohl einem zerschlagenen Imperium vor, dessen Glieder sich unter die Fittiche Washingtons flüchten würden.
In Amerika herrscht eine schwer zu begründende Angst vor uns. Das Motto ist dort: Für Religion, Demokratie und good faith zwischen den Nationen. Wieso wir aber durch Gewalt U.S.A. gefährlich werden könnten und warum Amerika sich gegen uns militärisch so übertrieben rüstet, ist mir nicht klar. Wahrscheinlich wissen die Amerikaner das selbst nicht. Vielleicht nennt man nur uns, meint aber auch Japan und glaubt, schließlich doch noch gemeinsame Sache mit England machen zu müssen, d. h. nicht zu spät zu kommen mit der Hilfe für England.

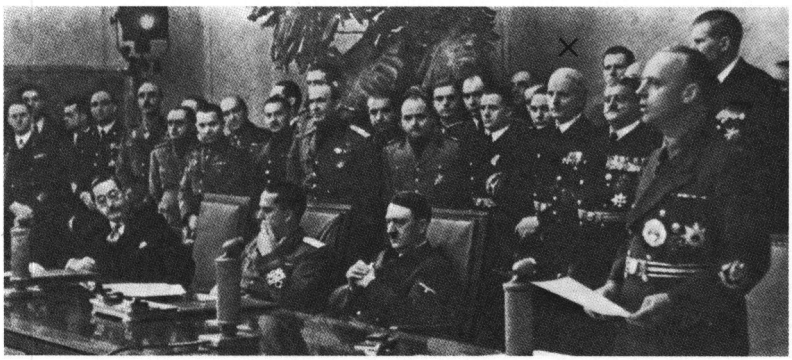
Ernst von Weizsäcker am 23. Juli 1940 (Weizsäcker-Papiere, S. 214):
Am 19. VII. fand endlich die langvorbereitete Reichstagssitzung statt. Immer wieder war sie verschoben worden, um der inneren Entwicklung in England Zeit zu geben. Der Führer, der mit England sich im Guten einigen möchte, fragt sich immer, worauf eigentlich Churchill

baut, wenn er den Krieg fortsetzt; da es Englands eigene Kraft nicht sein könne, warte er offenbar auf Freunde, alte oder neue, Amerika oder Rußland. Beides sei eine Fehlrechnung; die Logik sei dagegen. In Wirklichkeit ist der Churchill'sche Widerstand keine logische, sondern eine psychologische Frage. Churchill hat sich festgelegt, er kann nicht anders. Und England hat noch nicht genügend gelitten, um einlenkungsreif zu sein. Ich vertrete also seit einiger Zeit die These, daß durch Reden allein Churchill von seinem P.M.-Sessel nicht zu stoßen sei.
Seine Äußerung steht noch aus. Es liegt nur ein seltsamer Friedensfühler des brit. Botschafters in Washington vor. Lord Lothian hat durch einen Quäker, Lovell, Avancen gemacht, zu denen er autorisiert sein müßte, wenn er ein normaler brit. Botschafter wäre. Wir gingen soweit darauf ein, daß der Quäker unseren Geschäftsträger mit Lothian zusammenbringen möge.
Gestern nacht nun hat Halifax eine sehr fromme aber sehr deutliche Absage an uns ins Radio gesprochen, mit dem Erfolg, daß wir die Lothianfühlung verboten haben. Spricht Churchill nun noch ähnlich wie Halifax, dann ist diese Etappe der offenen Tür vor dem Beginn der Gewalt gegen England wahrscheinlich zu Ende.

27. September 1940 in Berlin: Der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan wird unterzeichnet. Stehend ganz links: Ernst von Weizsäcker.

Ernst von Weizsäcker am 1. September 1940 (Weizsäcker-Papiere, S. 217):
In USA hat sich die Kriegsneigung verstärkt. Wir sehen an allen feindseligen Akten der Amerikaner absichtlich vorbei. Das dämpft die giftige Roosevelt-Politik aber so wenig, als wenn wir sie aufs Korn nähmen.

Drahterlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an alle deutschen diplomatischen Missionen und die Dienststellen in Paris und Brüssel vom 15. November 1940:
Die Besprechungen zwischen der deutschen und der sowjetrussischen Regierung anläßlich der Anwesenheit Molotows in Berlin wurden auf der Grundlage der im Vorjahre abgeschlossenen Verträge geführt und ergaben völlige Übereinstimmung in dem festen Willen beider Länder, die mit diesen Verträgen eingeleitete Politik auch in Zukunft fortzusetzen. Darüber hinaus dienten sie dem Zwecke, die Politik der Sowjetunion der Politik des Dreimächtepaktes zu koordinieren. Wie bereits in dem Schlußkommuniqué zum Besuch Molotows zum Ausdruck gekommen ist, verlief dieser Meinungsaustausch in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und ergab beiderseitiges Einvernehmen in allen wichtigen Fragen, die Deutschland und die Sowjetunion interessieren. Dieses Ergebnis erweist klar, daß alle Kombinationen über angebliche deutsch-russische Gegensätze ins Reich der Phantasie gehören und alle Spekulationen der Gegenseite auf eine



Die gleiche Situation aus anderer Perspektive. Außenminister von Ribbentrop gibt die Erklärung für die Presse ab. Kreuz: Weizsäcker.

Störung des deutsch-russischen Vertrauens- und Freundschaftsverhältnisses auf Selbsttäuschung beruhen. Durch den Freundschaftsbesuch Molotows in Berlin wird dies noch besonders unterstrichen.
Gleichlautend an alle Missionen.
Empfangsbestätigung Weizsäcker

Nach dem Besuch Molotows in Berlin schrieb Staatssekretär von Weizsäcker am 15. November 1940 (Weizsäcker-Papiere, S. 224):
Molotow ist ein Schulmeistertyp. Die Begleitung gäbe gute Unterwelt-Typen für einen Film ab. Mich stimmt es eher traurig, daß 130 Millionen Menschen durch eine solche Delegation vertreten sind. Einer meiner Tischnachbarn hatte anscheinend noch keine Zitrone gesehen. Er mühte sich damit ab, einen Schnitz mit Haut u. Haar zu verzehren. Aber dafür kann er ja nichts u. das meine ich nicht. Wenn wenigstens richtige Bauern gekommen wären, statt dieser echo-losen stumpfen Gesellschaft.

Zwei Tage später schreibt Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 226):
Man sagt, ohne Rußland zu liquidieren, sei doch keine Ordnung in Europa zu schaffen. Warum soll es nicht neben uns in seinem dumpfen Bolschewismus schmoren. Solange es von Beamten des jetzt hier gesehenen Typs verwaltet wird, ist dieses Land weniger zu fürchten als in der Zarenzeit. Ich wäre dafür, den Krieg nicht in Länder zu tragen, wo die Abstände unsere Kräfte schwächen. Rußland zu besetzen, bringt aber nicht einmal Getreidegewinn. Man wird ja aber dieses Thema zurückstellen können, solange das wichtigere England noch ungeklärt ist.

Mit der Anglophilie Ernst von Weizsäckers war es nicht immer weit her. Am 5. Januar 1941 schrieb er (Weizsäcker-Papiere, S. 230):
Ich selbst halte die englische Masse für ziemlich stumpf, fast amorph und leicht zu lenken. Die „Links"schwenkung kommt freilich, und England wird sozial am Ende des Krieges ganz anderswo stehen, als zu Beginn. Ich glaube, daß der Durchschnittsengländer sehr roh sein kann, aber nicht eigentlich das Zeug zum rechten Revolutionär hat. Für einen Krieg wie dem jetzigen kommt ihm zustatten, daß er im Sport zur Zähigkeit erzogen ist.

Am 16. Februar 1941 heißt es aus der Feder des Staatssekretärs (Weizsäcker-Papiere, S. 237f):
Ich wünschte nach wie vor die Konzentration aller unserer Luft- und Seestreitkräfte gegen England.
Man sagt hier, die Bombardements der Insel bringen keinen durchschlagenden Erfolg, kriegsentscheidend sei die Blockade, d. h. U-Boots-Hilfskreuzer- u. Kreuzerarbeit, sowie die Bombardierung der Häfen, Schiffe, Kai-Anlagen, Flugstützpunkte, Flugzeugfabriken. Auch müßten die Kräfte der Luftwaffe an anderer Stelle eingesetzt werden. Ich vermisse hier die Logik. Es muß doch *alles* gegen die Insel eingesetzt werden. Andere Dispositionen verraten höchstens dem Gegner einen Verzicht, den wir umsoweniger erkennen lassen dürfen, je deutlicher wir sehen, daß die Invasion nicht ausführbar ist, ehe die britische Moral zerstört ist.

Drahterlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 22. Februar 1941:
In letzter Zeit häufen sich griechische Versicherungen an deutsche Adressen, daß außer einer Anzahl von englischen Flugzeugen in Griechenland keine englischen Streitkräfte vorhanden sind und daß Griechische Regierung englische Angebote, stärkere englische Streitkräfte in Griechenland einzusetzen, zurückgewiesen hat u. zurückweisen wird. Diese Versicherungen erfolgen offenbar planmäßig auf Weisung der Griechischen Regierung direkt durch griechische Diplomaten u. Mil. Att. und indirekt über fremde Regierungen und Mil. Att.
Ich bitte solche Versicherungen nicht ohne Gegenbemerkungen entgegenzunehmen. Es ist zu erwidern, daß die Reichsregierung ihre eigenen Informationen über die Stärke der englischen Truppen in Griechenland und über die weiteren englischen Absichten hat. Der englische Ministerpräsident Churchill habe die englischen Absichten selbst enthüllt, als er bei Darlegungen über die englische militärische Lage in Nordafrika am 19. Dez. 1940 im Unterhaus erklärte: „Marschall Sir Longmore hatte den kritischsten Augenblick bei seinen Vorbereitungen, als er sah, wie ein großer Teil seiner Streitkraft ihm entzogen wurde, um nach Griechenland geschickt zu werden." Diesen und anderen Erklärungen Churchills legt Reichsregierung mehr Bedeutung bei als den Versicherungen Griechenlands, deren Zweck leicht zu durchschauen ist.
Empfangsbestätigung. Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker am 6. April 1941 (Weizsäcker-Papiere, S. 244):
Ich habe den 3. April nicht vergessen. Nur zum Schreiben kam es nicht. Vor 2 und 3 Jahren kam ich im Ausw. Amt oft durch den Toreingang, wo Carls Name auf der Tafel . . . verzeichnet ist. Ich holte mir dort die Mahnung daran, was der Sinn meiner Tätigkeit im Amte sei, nämlich den Krieg zu verhüten. Eine solche Mahnung brauche ich heute nicht mehr. Ich weiß, daß es nur der Sinn des Krieges sein kann, zu einem neuen und besseren Frieden zu kommen.

Fernschreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Reichsaußenminister vom 28. April 1941:
Zu der Aktennotiz des Grafen Schulenburg betreffend die deutsch-russischen Beziehungen:
Ich kann meine Auffassung über einen deutsch-russischen Konflikt in einem Satz zusammenfassen: Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebenso viel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutsch-russischen Krieg in diesem Sommer befürworten; ich glaube aber, daß wir gegen Rußland nur militärisch gewinnen, dagegen wirtschaftlich verlieren würden.
Man könnte es vielleicht für verlockend halten, dem kommunistischen System den Todesstoß zu geben und vielleicht auch sagen, es liege in der Logik der Dinge, den europäisch-asiatischen Kontinent jetzt aufmarschieren zu lassen gegen das Angelsachsentum mit seinem Anhang. Entscheidend bleibt aber allein, ob dieses Unternehmen den Sturz Englands beschleunigt.
Zwei Fälle sind zu unterscheiden:
a) England steht nahe vor dem Zusammenbruch: rechnen wir hiermit, so wäre es verfehlt, die Engländer dadurch zu ermutigen, daß wir uns noch einen neuen Gegner vornehmen. Rußland ist kein potentieller Alliierter der Engländer. England hat von Rußland nichts Gutes zu erwarten. Die Hoffnung auf Rußland hält den englischen Zusammenbruch nicht auf.
b) Glauben wir nicht an den nahen Zusammenbruch Englands, so könnte sich der Gedanke aufdrängen, daß wir uns aus der Sowjetländermasse durch Anwendung von Gewalt verköstigen müssen. Daß wir militärisch bis Moskau und darüber hinaus siegreich vordringen, halte ich für selbstverständlich. Ich bezweifle aber durchaus, daß wir das Gewonnene gegen die bekannte passive Resistenz der Slawen ausnützen könnten. Ich sehe im Russischen Reich keine tragfähige Opposition, welche das kommunistische System ablösen und sich uns

anschließen sowie sich uns dienstbar machen könnte. Wir hätten also wahrscheinlich mit dem Fortbestand des Stalin-Systems in Ostrußland und in Sibirien und mit dem Wiederaufleben von Feindseligkeiten im Frühjahr 1942 zu rechnen. Das Fenster nach dem pazifischen Ozean bliebe zugeschlagen.
Ein deutscher Angriff auf Rußland würde den Engländern nur neuen moralischen Auftrieb geben. Er würde dort bewertet als deutscher Zweifel am Erfolg unseres Kampfes gegen England. Wir würden damit nicht nur zugeben, daß der Krieg noch lange dauern werde, sondern könnten ihn auf diesem Wege geradezu verlängern, statt ihn abzukürzen. Weizsäcker

Diese Stellungnahme ist ganz kurz gefaßt, da der Herr Reichsaußenminister sie binnen kürzester Frist gewünscht hat. Weizsäcker

Sofort! Berlin, den 28. April 1941.
Auf Weisung des Herrn Staatssekretärs ist im Nachgang zu dem Fernschreiben des Herrn Staatssekretärs an den Herrn Reichsaußenminister vom heutigen Tage nachstehendes nach Wien zu telefonieren oder zu drahten:
Es wäre noch einzufügen am Schluß von a) hinter den Worten „Zusammenbruch nicht auf" folgender Zusatz: Mit Rußland vernichten wir keine englische Hoffnung. Weizsäcker

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts über eine Unterredung mit dem japanischen Botschafter Oshima am 17. Mai 1941:
Botschafter Oshima fragte mich heute im Laufe eines Gespräches über die japanisch-amerikanischen Verhandlungen, ob im deutsch-russischen Verhältnis eine „Entspannung" eingetreten sei. Ich erwiderte, das deutsch-russische Verhältnis sei unverändert. Wir beobachteten Rußland mit Wachsamkeit. Der russische Aufmarsch an unserer Grenze sei bekannt. Daß wir als Antwort auch deutsche Truppen nach dem Osten geschickt hätten, sei natürlich. Nicht alles hätte uns gefallen, was die Russen in den letzten Monaten getrieben haben. Von einem Zustand der „Spannung" würde ich jedoch nicht sprechen.
Im Diplomatischen Korps wird das Thema Rußland viel erörtert. Dem Schwedischen Gesandten habe ich in diesen Tagen auf eine direkte Frage gesagt, es hänge vom Verhalten Stalin's ab, wie es zwischen Deutschland und Rußland weitergehen werde.
gez. Weizsäcker

Am 18. Mai 1941 schreibt Ernst von Weizsäcker seiner Frau zum Fall Heß:
Du wirst Dir denken können, daß die unerwartete Alleinreise von Rudolf Heß nach England uns hier beschäftigt hat. Nun ist unsere Zeit ereignisreich und das arme Gedächtnis wie eine Grammophonplatte, die immer wieder abgekratzt wird, um neues aufzunehmen. Bald wird der Name Heß aus den Gesprächen verschwinden, wie er aus dem Filmtheater und den Propagandabüchern verschwinden wird. Heß ist zu loyal, um in England gegen Deutschland etwas auszurichten. In England aber heißt es: fauler Trick der Vertraute des Führers macht so etwas nicht ohne Genehmigung; Zeitbombe, die Deutschland abgesetzt hat. Es fehlt den Engländern eben am Sinn für Romantik.

Tags darauf notiert sich Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 255 f.):
Der ,,Fall Heß" ist so merkwürdig, daß ich festhalten möchte, was ich davon weiß.
Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß der Führer nicht ungern einen Ausgleich mit England suche, etwa so, daß das Empire bestehen bleibt, auf dem Kontinent aber England nichts zu sagen habe. Diese Idee muß Heß sehr beschäftigt haben. Es ist auch mir vorgekommen, daß er mich in Gesellschaft auf Friedensgerüchte ansprach. Man sagte, er gehe allen solchen Nachrichten möglichst auf den Grund. In dieser Richtung hat denn sicher auch der – wie es jetzt heißt – wiederholt von ihm unternommene Versuch gelegen, durch Einsatz seiner Person den Krieg durch Ausgleich zwischen den ,,two white nations" zu beenden. Das Kommuniqué vom 13. V. sagt das ja auch.
Allen anderen Versionen glaube ich nicht. Heß erschien mir immer als ein Fanatiker, nicht aber als ein Anormaler. Für ganz ausgeschlossen halte ich bei ihm Untreue gegen den Führer u. Verrat militärischer oder politischer Geheimnisse. Er ist und wird nie ein Rauschning. Die Methode seiner Friedensaktion ist allerdings mehr weltfremd, als ich ihm zugetraut hätte. Würde er die Engländer wirklich kennen, so hätte er einen solchen abenteuerlichen Plan niemals fassen können. Solange England nicht am Boden liegt, mußte dieser Versuch vergeblich und sehr schädlich sein. Liegt aber England am Boden, dann kommt es auf uns zu, und wir brauchen ihm nicht nach ,,zu fliegen". Kurzum, die Methode, die Heß wählte, war neu, aber nicht verräterisch. Man muß sogar annehmen, daß Heß in gutem Glauben war, ganz in der Linie des Führers zu bleiben, wenn er den Ausgleich mit

England erstrebte. Daß der Führer dabei mit dem Außenminister konform sein würde, muß er auch annehmen. Ich beklage es daher, wenn sogar alte Freunde von Heß nun plötzlich bereit sind, ihm üble Charakterdefekte nachzusagen.

Hochschulnachrichten

Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Botanischen Gesellschaft wird im August in Berlin-Dahlem stattfinden.

Prof. Dr. Theodor Süß, der Direktor des Berliner Hochschulinstituts für Versicherungswissenschaft, wird auf Einladung der spanischen Universitäten Valladolid, Madrid und Barcelona dort über die Rechtsentwicklung in Deutschland seit 1933 sprechen.

Dr. Viktor Freiherr von Weizsäker, Prof. für Neurologie an der Universität Heidelberg, wurde als Nachfolger von Prof. Dr. Ottfried Foerster an die Universität Breslau berufen.

Prof. Dr. Feyrter, Ordinarius für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie an der Universität Graz, ist in gleicher Eigenschaft an die Medizinische Akademie Danzig berufen worden.

Prof. Dr. Gerhard Domagk, Ordinarius an der Universität Münster und Erfinder des Pontrostiles, wurde von der italienischen Ge-

Notiz in „Das Reich" vom 1. Juni 1941:

Ernst von Weizsäcker am 8. Juni 1941 (Weizsäcker-Papiere, S. 258):
Man weiß nicht genau, welche Bestellung der USA-Botschafter in England z. Zt. in Washington zu machen hat. Ich vermute, daß Churchill ihm mitgab: „Hilft Amerika mir nicht schneller u. effektiver, so mache ich oder mein Nachfolger Frieden mit Deutschland. Daß dies möglich ist, weiß ich von Heß."
Ich bewundere immer wieder die Behandlung politischer Gespräche durch den Führer. In der letzten Woche auf dem Brenner reiste der Duce voll befriedigt ab, obgleich ja nicht alles zwischen uns Achsenmächten stimmt.

Am Tag vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 260):
Nun ist es also so weit. Wenn dieses an Dich gelangt, ist der Marsch nach dem Osten angetreten und die Nemesis an der Arbeit, um 25jährige Schuld des kommunistischen Wütens zu sühnen. Mir scheint, daß wir nicht die Absicht haben, diesen Racheakt zu hindern, wenn etwa in Stadt und Dorf die Bevölkerung sich gegen ihre bisherige bolschewistische Herrschaft mit Gewalt erhebt.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts über seine Unterredung mit dem Sowjetischen Botschafter am 21. Juni 1941 und Verbalnote der Regierung der UdSSR am gleichen Tag:
Der russische Botschafter, der heute den Herrn Reichsaußenminister hatte aufsuchen wollen und an seiner Stelle an mich verwiesen wurde, suchte mich heute abend um 21.30 Uhr auf und übergab mir die beifolgende Verbalnote.
Diese Note greift zurück auf einer Beschwerde der russischen Regierung vom 21. 4. ds. Js. betreffend die Überfliegung Sowjetgebietes durch deutsche Flugzeuge im Frühjahr ds. Jahres in 80 Fällen. Inzwischen hätten sich, so sagt die Note, noch weitere 180 ähnliche Fälle ereignet, wegen deren die Sowjetgrenzwache jeweils bei den deutschen Grenzvertretern durch einen Protest vorstellig geworden sei. Auch hätten die Einflüge einen systematischen und absichtlichen Charakter angenommen.
Zum Schluß spricht die Verbalnote die Erwartung aus, die deutsche Regierung werde Maßnahmen zwecks Einstellung dieser Grenzverletzungen ergreifen. Ich habe dem Sowjetbotschafter Folgendes erwidert: Da mir das Nähere nicht bekannt und insbesondere über die angeblichen an der Grenze zwischen den örtlichen Instanzen stattgehabten Proteste nichts geläufig sei, müsse ich die Verbalnote den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringen. Ich wolle der deutschen Antwort nicht vorgreifen. Nur soviel möchte ich bereits vorweg sagen, daß mir umgekehrt eine Fülle sowjetrussischer Flugzeug-Grenzverletzungen über deutschem Gebiet bekannt geworden sei; zu einer Beschwerde habe infolgedessen die deutsche Regierung Anlaß und nicht die russische. Als Herr Dekanosow das Gespräch noch etwas fortspinnen wollte, habe ich ihm erklärt, da ich vollkommen anderer Ansicht sei als er und die Meinung meiner Regierung vorbehalten müsse, wäre es besser, das Gespräch jetzt nicht zu vertiefen. Die Antwort würde später erfolgen.

Der Botschafter stimmte dem Verfahren zu und verließ mich.
Ich habe zu dem Gespräch, da ein deutscher Dolmetscher für das Russische zur Zeit nicht aufzutreiben war, Herrn Gesandten von Grundherr als Zeugen zugezogen.
Hiermit dem Herrn Reichsaußenminister.
von Weizsäcker

22. Juni 1941. Außenminister Joachim von Ribbentrop gibt vor der Presse den Kriegsbeginn mit der Sowjetunion bekannt. Pfeil: Ernst von Weizsäcker.

Bei der Verkündung des Krieges gegen die Sowjetunion. Ganz links am Tisch: Staatssekretär von Weizsäcker.

Berlin, 5. Juli 1941: Ernst von Weizsäcker und der türkische Botschafter Gerede ratifizieren den deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag.

Am 19. August 1941 notiert Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 263 f.):
Wenn jetzt im Dnjepr-Bogen keine große, sondern eine kleine Umfassung gemacht wurde, so soll das auf die direkte Weisung des Führers zurückgehen, der hier u. auch an anderen Stellen Vorsicht walten lasse. Daher sei auch in der Mitte, d. h. vor Moskau, der große Halt eingetreten (der Richard leid tat, da alles im Rutschen gewesen sei).

Ernst von Weizsäcker am 7. September 1941 (Weizsäcker-Papiere, S. 269):
Ich glaube, England wird uns, d. h. Deutschland, wenn es kann, balkanisieren. Ein Ausgleich mit England ist nur zu finden, solange wir den Griff (U-Boote u. Flugzeuge) – obgleich nicht voll wirksam – an seiner Gurgel behalten und die *beiderseitigen* Regierungen genug haben.

Schwere Vorwürfe gegen Ernst von Weizsäcker finden sich in dem Holocaust-Standardwerk „Die Vernichtung der europäischen Juden" aus der Feder des jüdischen Historikers Raul Hilberg. Er schreibt auf Seite 496:

»Am 28. Oktober 1941 verließ der erste Transport mit 238 Juden Preßburg; in den folgenden drei Monaten wurde annähernd die Hälfte der Preßburger Juden zwangsweise aus der Stadt entfernt.

Alle diese Vorgänge wurden in Berlin aufmerksam beobachtet. Als sich der slowakische Konzentrationsprozeß seinem Höhepunkt näherte, erkundigte sich das RSHA beim Auswärtigen Amt über die Chancen einer Abschiebung der im Reich lebenden slowakischen Juden. Der Judenexperte des Auswärtigen Amts, Legationsrat Rademacher, entschied nach Prüfung der Lage, angesichts der von den Slowaken selbst ergriffenen harten Maßnahmen könne dem Ersuchen des RSHA stattgegeben werden. Er schlug vor, „aus Courtoisie" die slowakische Regierung zu konsultieren. Dieser Vorschlag wurde von Staatssekretär Weizsäcker, Unterstaatssekretär Wörmann von der Politischen Abteilung und dem Leiter der Rechtsabteilung gebilligt. Der erste Schritt konnte somit erfolgen.«

Wenig später habe der deutsche Gesandte in Preßburg (Hanns Elard Ludin) gemeldet, die slowakische Regierung habe der Abschiebung ihrer Juden aus dem Reich zugestimmt; die Slowaken behielten sich lediglich das Recht vor, das Vermögen der Opfer zu beschlagnahmen. Himmler hätte nun um Deportation aller slowakischen Juden nachsuchen können, verzichtete jedoch darauf. Statt dessen habe er das RSHA angewiesen, über das Auswärtige Amt die slowakische Regierung bitten zu lassen, „20 000 junge, kräftige slowakische Juden" zur Abschiebung „in den Osten" bereitzustellen – ein geschickter Schachzug, der dazu beitrug, die „Aussiedlungs"legende auch in der Slowakei zu verankern. Das Auswärtige Amt habe gleichlautende Überlegungen angestellt, denn es verlor keine Zeit, seiner Gesandtschaft in Preßburg neue Instruktionen zu kabeln.

»Wieder gingen die Schriftstücke von Tisch zu Tisch, um diesmal von Weizsäcker, Luther, Wörmann und Heinburg unterzeichnet bzw. gegengezeichnet zu werden. Nachdem die slowakische Regierung ihre „freudige Zustimmung" zur Deportation der „20 000 jungen, kräftigen Juden" zum Ausdruck gebracht hatte, schlug Himmler – ohne den Abtransport dieser Opfer abzuwarten – nunmehr vor, die Slowakei judenfrei zu machen. Ein drittes Mal wurden entsprechende Weisungen erteilt, und erneut stimmte die slowakische Regierung zu.«

Ernst von Weizsäcker (rechts) mit den deutschen Diplomaten, die nach Kriegsausbruch zwischen Deutschland und den USA aus Washington zurückgekehrt sind.

Am 22. November 1941 erging folgende Anweisung von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (zitiert nach Poliakov/Wulf: Das Dritte Reich und seine Diener, S. 31):

Der Führererlaß vom 28. April ds. Js. bestimmt, daß der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amts für die Behandlung aller in Serbien auftauchenden Fragen außenpolitischen Charakters zuständig ist. Insbesondere (d. h. also im Rahmen der außenpolitischen Tätigkeit des Bevollmächtigten) ist es seine Aufgabe, eine den politischen Interessen des Reichs abträgliche Betätigung serbischer politischer Elemente zu verhindern.

Demnach hat der Gesandte Benzler und mit ihm das Auswärtige Amt sich mit dem Abtransport von Juden aus Serbien nach anderen Ländern zu befassen. Dagegen geht es über Benzlers und des Auswärtigen Amtes Aufgabe hinaus, darin aktiv mitzuwirken, wie die dafür zuständigen militärischen und inneren Instanzen des Judenproblem innerhalb der serbischen Grenzen bewältigen. Sie erhalten ihre In-

struktionen hierfür bekanntlich auf anderem Wege als durch das Auswärtige Amt.
Ich habe dem Gesandten Benzler heute mündlich dasselbe gesagt. Es wird sich empfehlen, ihn noch entsprechend schriftlich zu unterrichten.
gez. Weizsäcker

Zum 40. Jahrestag der „Wannsee-Konferenz" 1982 fand am Ort der Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage" eine Gedenkstunde statt. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 22. Januar 1982 berichtete:
„Antisemitismus und Gewaltakte gegen Juden in anderen Teilen der Welt entlasten uns Deutsche weder moralisch, noch dürfen sie unsere Wachsamkeit verringern, wenn bei uns selbst neue Gefahrenzeichen sichtbar sind. Es führt uns auch nicht weiter, Gewalt und Terrorismus auf Extremisten einer rechten oder linken Seite aufzuteilen. Denn Extremisten bereiten sich gegenseitig das Feld, egal, von welcher Seite sie ausgehen", sagte der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker, der nun für die Älteren bekannt hatte: „Wir alle haften für das, was zu unserer Zeit im deutschen Namen geschehen ist.". . .
Auf dem Programm für die Gedenkstunde zum 40. Jahrestag der „Wannsee-Konferenz" stand am Schluß: „Gebet Herr Rabbiner Ernst M. Stein". An diesem Ort könne man nicht beten, hier dürfe Gott nicht hereingezogen werden, hier sei Zwiesprache mit Gott nicht möglich, sagte der Rabbiner. Doch ein Wort wolle er an Gott richten: „Herr, vergib ihnen nicht, denn sie wußten alle, was sie taten."

Der jüdische Historiker Gerald Reitlinger behauptet auf Seite 106 seines Buches „Die Endlösung", einem Standardwerk der etablierten Holocaustforschung, Ernst von Weizsäcker habe eine Ausfertigung des Wannsee-Protokolls abgezeichnet:
Die Besprechung wurde dann neuerlich von Heydrich vom 8. Dezember auf den 20. Januar verlegt und fand schließlich im Büro der internationalen Kriminalpolizei-Kommission, Am Großen Wannsee 56/58, statt. Nach westlichen Begriffen war es eine Geheimkonferenz, aber in Deutschland, wo die Chefs der Ministerien zusammenkommen und Entscheidungen treffen konnten, ohne verpflichtet zu sein, im Parlament Anfragen zu beantworten, unterschied sie sich nicht von irgendeiner anderen Regierungsbesprechung. Das Protokoll wurde an dreißig verschiedene Stellen verschickt. Die unvollständige

Ausfertigung, die von der Anklagebehörde im Wilhelmstraßenprozeß benützt worden ist, trägt die Nr. 16 und die Initialen Weizsäckers. Im „Kleinen Wilhelmstraßenprozeß", der Verhandlung gegen Franz Rademacher im Februar und März 1952, wurde geltend gemacht, daß Rademacher und der inzwischen verstorbene Weizsäcker nur ihre Unterschrift unter ein „Protokoll" gesetzt hatten, von dessen Inhalt sie keine Kenntnis nahmen. Diese bis zum Überdruß benützte alte Ausrede wurde durch die Aussage des früheren Leiters der Presse- und Nachrichten-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Paul Otto Schmidt, einwandfrei widerlegt, der den Sinn des mit Weizsäckers braunem Bleistift an den Rand geschriebenen geheimnisvollen Satzes „Aber nicht an Presseschmidt" aufklärte. Schmidt behauptete, daß er der einzige Abteilungsleiter gewesen sei, dem man das Protokoll vorenthalten habe, und zwar deswegen, weil Goebbels zu dieser Zeit wegen einer anderen Sache auf die Presse-Abteilung „böse" gewesen sei. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 1952, Das Freie Wort, 8. März 1952.) (Schmidt ist übrigens nicht identisch mit dem gleichnamigen Dolmetscher Hitlers).

Aus den Anklagedokumenten vom Nürnberger Prozeß (Nbg.Dokumente – NG – 2586). Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Martin Luther von der Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 21. 8. 1942:

Gruppenführer Heydrich beraumte am 20. 1. 1942 eine Sitzung aller beteiligten deutschen Dienststellen an, zu der von den übrigen Ministerien die Staatssekretäre und vom Auswärtigen Amt ich selbst erschienen waren. In der Sitzung erklärte Gruppenführer Heydrich, daß der Auftrag Reichsmarschalls Göring an ihn auf Weisung des Führers erfolgt sei, und daß der Führer anstelle der Auswanderung nunmehr die Evakuierung der Juden nach dem Osten als Lösung genehmigt habe. (Vgl. Seite 5 der Anlage zu D III 29/42). Über die Sitzung ist Staatssekretär von Weizsäcker unterrichtet worden; eine Unterrichtung des Herrn RAM ist zunächst unterblieben, weil Gruppenführer Heydrich in Kürze eine neue Sitzung zusagte, in der genauere Einzelheiten der Gesamtlösung besprochen werden sollten. Zu dieser Sitzung ist es infolge der Beauftragung des Gruppenführers Heydrich mit den Geschäften des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren und infolge seines Todes nicht mehr gekommen.

In der Sitzung am 20. 1. 1942 habe ich gefordert, daß alle das Ausland

betreffenden Fragen vorher mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt werden müßten . . .
gez. U. St. Sekr. Martin Luther
Deutschland Abteilung des AA

Über Ernst von Weizsäckers Rolle im Vorfeld der „Wannsee-Konferenz" („Endlösung der Judenfrage") behauptet der einstige US-Ankläger von Nürnberg, Robert M. W. Kempner, in seinem 1961 erschienenen Buch „Eichmann und Komplizen" (S. 129 f.):
Am 8. Januar 1942 ergingen neue Einladungen zu der Konferenz, wiederum mit der Ankündigung „mit anschließendem Frühstück", diesmal für den 20. Januar 1942. Die Regelung der Endlösung der Judenfrage, so hieß es, müsse „baldigst" erfolgen. Den Grund für die Dringlichkeit hatte schon die erste Einladung genannt, denn es hieß dort: „ . . . zumal seit dem 15. 10. 1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert wurden." Die einzelnen Ressorts hatten sich auf die Besprechung vorbereitet. Im Auswärtigen Amt hatte der Unterstaatssekretär Martin Luther, Leiter der zuständigen Abteilung „Deutschland", auf der Einladung für seinen Referenten in Judensachen, den Parteigenossen Legationsrat Franz Rademacher bereits handschriftlich vermerkt: „Pg. Rademacher, bitte Ober-Gruppenführer Heydrich mitzuteilen, daß ich erkrankt bin, ihm für seine Einladung sehr danke und wenn irgend möglich teilnehme. Bitte mir für die Sitzung eine Aufzeichnung über unsere Wünsche und Ideen anzufertigen, bitte auch sofort Herrn Staatssekretär – damals Ernst von Weizsäcker – zu unterrichten. 4. 12." Auf dem ersten Einladungsbrief des Referats Eichmann war von Rademacher vermerkt worden: „Staatssekretär ist unterrichtet, Sitzung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. R. 8/12."

Der einstige US-Ankläger von Nürnberg, Robert M. W. Kempner, schreibt über Ernst von Weizsäckers Beziehungen zum Holocaust an den Juden u. a. („Eichmann und Komplizen", Zürich 1961, S. 184 f. und 408):
Am 17. März 1942 schrieb Rademacher an das Reichssicherheitshauptamt, Abteilung IV B 4 zu Händen von SS-Obersturmbannführer Eichmann, das Auswärtige Amt erhebe keinen Einspruch gegen die Abschiebung von insgesamt 6000 staatenlosen Juden von Frankreich nach Auschwitz.

Bevor das Schreiben an Eichmann aber herausging, legte er es zur Mitzeichnung seinem unmittelbaren Chef, dem Unterstaatssekretär Luther, ferner dem Leiter der politischen Abteilung, Unterstaatssekretär Ernst Wörmann, und dem Staatssekretär Ernst von Weizsäcker vor; die Zustimmung dieser drei Herren erfolgte innerhalb von zwei Tagen. Rademachers Schreiben, mitgezeichnet von Luther, Wörmann und Weizsäcker, ging am 21. März 1942 durch „Sonderboten" an Eichmann.
Am 28. März 1942, eine Woche später, rollte der erste Transport von Compiègne nach Auschwitz . . .
Seitdem die Endlösung am 20. Januar 1942 beschlossen war, rissen die Versuche der Funktionäre des Dritten Reiches nicht ab, das befreundete Ungarn in das Vernichtungsprogramm einzubeziehen. Mit Zuckerbrot und Peitsche wurde der ungarischen Regierung durch ihren Gesandten in Berlin, Döme Sztojay, und den deutschen Gesandten in Budapest, Dietrich von Jagow, die „bestimmte Hoffnung" ausgesprochen:
. . . daß auch die ungarische Regierung sich unserem Wunsch, die Judenfrage endgültig zu lösen, nicht verschließen werde . . . (NG–1800).
Unterstaatssekretär Luther vom Auswärtigen Amt unternahm seine Erpressungsversuche unter anderem am 11. August 1942, 2. und 14. Oktober 1942, 16. Januar 1943 (NG–1800; NG–5086; Telegramm Nr. 2463; Telegramm Nr. 272). Staatssekretär von Weizsäkker, gedrängt von Ribbentrop, stieß am 14. Oktober 1942 in das gleiche Horn.

Auch die Beseitigung Tausender serbischer Juden wird Ernst von Weizsäcker in der etablierten Holocaust-Literatur angelastet. Der jüdische Historiker Gerald Reitlinger schreibt („Die Endlösung", Berlin 1956, S. 408 f.):
Aber Benzler erinnerte in seinem nächsten Schreiben Luther daran, daß ihm Ribbentrop in Fuschl Ende August versprochen habe, alle Juden, Freimaurer und „englandhörigen" Serben würden aus Belgrad deportiert werden, entweder donauabwärts, oder nach dem Generalgouvernement oder deutschen Konzentrationslagern. Der Militärgouverneur, General Franz Böhme, schloß sich Benzler nunmehr an und erinnerte Ribbentrop an dieses Versprechen. Luther antwortete am 2. Oktober – und es ist bemerkenswert, daß die Akte am Rande Weizsäckers Zeichen trägt –, daß alles, was Böhme zu tun

habe, darin bestehe, selbst „für die sofortige Beseitigung dieser 8000 Juden Sorge zu tragen".

Sogar in bezug auf die Juden Norwegens werden Ernst von Weizsäcker Vorhaltungen gemacht. Der jüdische Historiker Gerald Reitlinger schreibt auf Seite 399 seines Holocaust-Standardwerkes „Die Endlösung":
Das Verhalten der schwedischen Regierung verdient ein besonderes Lob. Nach dem ersten Transport aus Norwegen machte der schwedische Gesandte in Berlin, Dr. Richert, den Vorschlag, daß die noch abzutransportierenden Juden von seinem Lande aufgenommen werden sollten. In Übereinstimmung mit seinem sonstigen Verhalten lehnte es Weizsäcker ab, die Frage überhaupt zu besprechen; er berichtete Ribbentrop, daß er Dr. Richert gesagt hätte, der Plan habe keinerlei Aussicht. Trotzdem war das schwedische Konsulat bei der Ausgabe von Naturalisierungspapieren sehr liberal, worüber sich der Reichskommissar Terboven im März 1943 beschwerte.

Auch an der Deportation rumänischer Juden sei Ernst von Weizsäcker beteiligt gewesen, behauptet Reitlinger („Die Endlösung", S. 457):
Schon am 11. Juni 1942 hatte Eichmann seinem Stab vertraulich mitgeteilt, daß die rumänischen Juden nach Auschwitz geschickt würden; am 17. August schrieb Luther an Ribbentrop, daß Mihail Antonescu eine Vereinbarung mit dem Marschall getroffen habe, auf Grund deren deutsche Stellen sofort Juden aus Arad, Temeschvar und Turda deportieren sollten. Zwei Tage später erfuhr Ribbentrop von Luther, daß Himmler beabsichtige, vom 10. September an die rumänischen Juden nach der Lubliner Gegend zu deportieren. „Der arbeitsfähige Teil wird arbeitseinsatzmäßig eingesetzt, der Rest der Sonderbehandlung unterzogen."
Das war ein weiteres dieser nackten Mord verzeichnenden Schriftstücke, die Weizsäckers Zeichen tragen und von denen er behauptet hat, er habe grundsätzlich „nur als Briefträger in allen diesen scheußlichen Angelegenheiten" gehandelt.

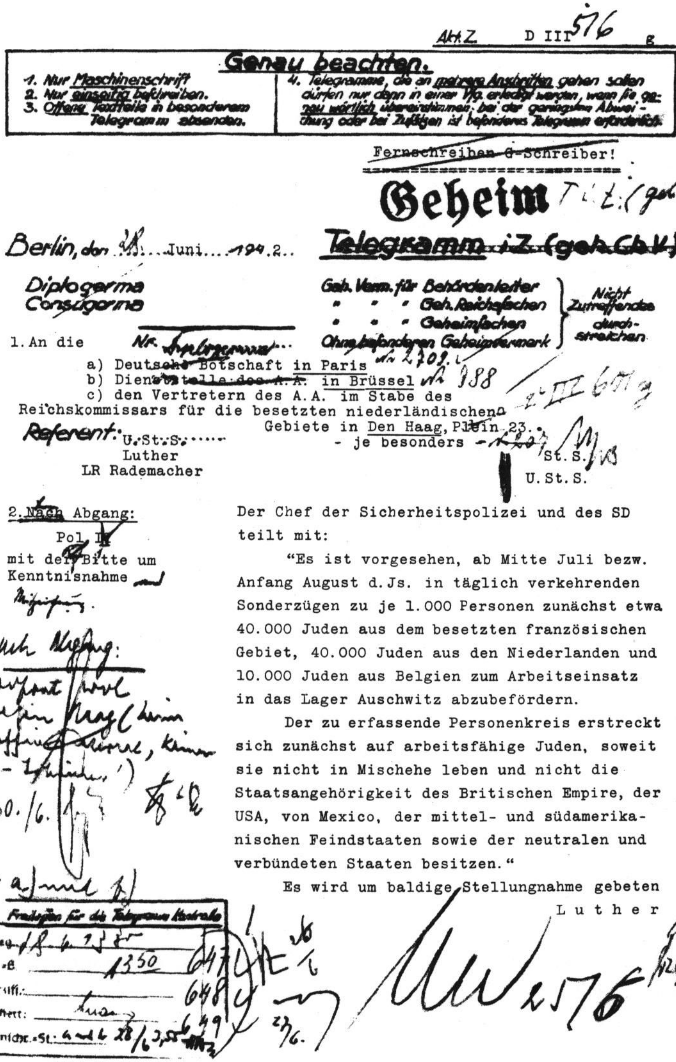
„Die Endlösung der Judenfrage" lautet der Titel eines Buches von Dr. Joseph Billig, herausgegeben von „The Beate Klarsfeld Foundation" (New York) sowie von „The Jewish Young Leadership" (Frankfurt/Main), erschienen auf deutsch 1979. Auf Seite 170 schreibt Billig:
Eichmann fordert am 22. Juni 1942 von seinem Judenreferenten Ra-

demacher im AA, die Zustimmung des AA zum Abtransport von 40000 aus dem besetzten Gebiet Frankreichs, 40000 aus Holland und 10000 aus Belgien. Am 28. Juni stellt Luther die Frage der Botschaft in Paris und den diplomatischen Vertretern des Reichs in Belgien und Holland. Die Antwort des AA erfolgt nicht sogleich. Der Entwurf einer Antwort wird erst am 27. Juli 1942 erarbeitet (abgezeichnet von von Weizsäcker, Wörmann und Luther) und die Note am 30. Juli an Eichmann geschickt (DLXV-2): das AA hat „im Prinzip" keine Einwände gegen die geplante Verschickung nach Auschwitz, jedoch *„aus psychologischen Gründen"* soll mit der Deportierung der staatenlosen Juden begonnen werden. Wir kennen das Datum der Absendung dieser Antwort an Eichmann nicht. Aber im Juni und Juli waren immerhin bereits 12947 Juden aus Frankreich nach dem Osten abtransportiert worden, ohne die Zustimmung des AA abzuwarten.

Anfrage des Gesandten Ludin (Preßburg) vom 26. Juni 1942:
Die Durchführung der Evakuierung der Juden aus der Slowakei ist im Augenblick auf einem Toten Punkt angelangt. Bedingt durch kirchliche Einflüsse und durch die Korruption einzelner Beamter haben etwa 35000 Juden Sonderlegitimationen erhalten, auf Grund deren sie nicht evakuiert zu werden brauchen. Die Judenaussiedlung ist in weiten Kreisen des slowakischen Volkes sehr unpopulär. Diese Einstellung wird durch die in letzten Tagen scharf einsetzende englische Gegenpropaganda noch verstärkt. Ministerpräsident Tuka wünscht jedoch, die Judenaussiedlung fortzusetzen und bittet um Unterstützung durch scharfen diplomatischen Druck des Reiches.
Erbitte Weisung, ob in dieser Richtung verfahren werden soll.
gez. Ludin

Antwort von Staatssekretär von Weizsäcker am 29. Juni 1942, (zit. nach Poliakov/Wulf „Das Dritte Reich und seine Diener" S. 70 f.):
Betr.: Judenaussiedlung Slowakei
Auf dortiges Telegramm Nr. 992 vom 26. 6.
Die vom Ministerpräsidenten Tuka erbetene diplomatische Hilfe können Sie ihm in der Weise geben, daß Sie Staatspräsident TISO gegenüber gelegentlich zum Ausdruck bringen, Einstellung Judenaussiedlung und insbesondere die im Drahtbericht geschilderte Ausschließung 35000 Juden von Abschiebung würde in Deutschland (ausgestrichen und handschriftlich:) überraschen, um so mehr als die

bisherige Mitwirkung Slowakei in der Judenfrage hier sehr gewürdigt worden sei.
gez. Weizsäcker



Akt.Z. D III 576 g

Genau beachten.

1. Nur Maschinenschrift
2. Nur einseitig beschreiben.
3. Offene Textteile in besonderem Telegramm absenden.

4. Telegramme, die an mehrere Anschriften gehen sollen dürfen nur dann in einer Vfg. erledigt werden, wenn sie genau wörtlich übereinstimmen; bei der geringsten Abweichung oder bei Zusätzen ist besonderes Telegramm erforderlich.

~~Fernschreiben G-~~Schreiber!

Geheim

Berlin, den 28. Juni 1942.

Telegramm ~~i.Z. (geh.Ch.V.)~~

Diplogerma
Consugerma

Geh. Verm. für Behördenleiter
" " " Geh.Reichssachen
" " " Geheimsachen
Ohne besonderen Geheimvermerk

Nichtzutreffendes durchstreichen.

1. An die

a) Deutsche Botschaft in Paris Nr. 2709.
b) Dienststelle des A.A. in Brüssel Nr. 988
c) den Vertretern des A.A. im Stabe des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete in Den Haag, Plein 23.
- je besonders -

Referent: U.St.S. Luther
LR Rademacher

St.S.
U.St.S.

2. Nach Abgang:
Pol IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD teilt mit:

"Es ist vorgesehen, ab Mitte Juli bezw. Anfang August d.Js. in täglich verkehrenden Sonderzügen zu je 1.000 Personen zunächst etwa 40.000 Juden aus dem besetzten französischen Gebiet, 40.000 Juden aus den Niederlanden und 10.000 Juden aus Belgien zum Arbeitseinsatz in das Lager Auschwitz abzubefördern.

Der zu erfassende Personenkreis erstreckt sich zunächst auf arbeitsfähige Juden, soweit sie nicht in Mischehe leben und nicht die Staatsangehörigkeit des Britischen Empire, der USA, von Mexico, der mittel- und südamerikanischen Feindstaaten sowie der neutralen und verbündeten Staaten besitzen."

Es wird um baldige Stellungnahme gebeten

Luther

30./6.

Freigabe für die Telegramm-Kontrolle
Eingeg.: 28.6. 23.35
Ab: 1350
Verschl.:
Verziffert:
Fernschr.-St.: 28/6 3.55

Anfrage an das Auswärtige Amt wegen Auschwitz . . .

Konzept

zu D III 558 g

1. An
das Reichssicherheitshauptamt
- IV B 4 -
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer
E i c h m a n n
B e r l i n W 62
Kurfürstenstr. 116

Schnellbrief!

St.S. (Paraphen: Weizsäcker
U.St.S. Pol Wörmann
U.St.S. D Luther)

Auf den Schnellbrief vom 22.v.Mts.
- IV B 4 a - 3233/41 g (1085) -

Ref.: LR Klingenfuss

Gegen die geplante Verschickung der angegebenen Anzahl von Juden aus dem besetzten französischen Gebiet, aus den Niederlanden und aus Belgien zum Arbeitseinsatz in das Lager Auschwitz bestehen grundsätzlich keine Bedenken seitens des Auswärtigen Amtes. Im Hinblick auf die psychologischen Rückwirkungen darf ich aber bitten, zunächst die staatenlosen Juden zu verschicken, um dadurch schon in weitgehendem Masse das Kontingent der in die Westgebiete zugewanderten fremdländischen Juden zu erfassen, das in den Niederlanden allein gegen 25 000 Juden beträgt. Aus dem gleichen Grunde ~~beabsichtigt~~ die Militärverwaltung in Brüssel zunächst nur polnische, tschechische, russische und sonstige Juden auszuwählen. ~~während sie Bedenken trägt, die Verschickung auf die belgischen Juden auszudehnen, das Auswärtige Amt teilt diese Bedenken nicht.~~

(Änderung Weizsäckers)

Juden ungarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit können in die Verschickung einbezogen werden; es wird jedoch gebeten, in jedem Falle für eine gesonderte Sicherstellung der Vermögenswerte Sorge zu tragen.

2. WV.

Im Auftrag

(Paraphen: Luther, Rahlemacher)

. . . und die Antwort mit Paraphe und handschriftlicher Ergänzung von Ernst von Weizsäcker.

Am 16. Oktober 1942 ging folgende Nachricht von Unterstaatssekretär Luther an die Deutsche Gesandtschaft in Budapest (zit. nach Poliakov/Wulf „Das Dritte Reich und seine Diener", S. 79):

Betr.: Judenfrage in Ungarn

Im Nachgang zum Drahterlaß vom 14. 10. D III 872 g 11.

Staatssekretär von Weizsäcker empfing Ungarischen Gesandten, um mit ihm im Auftrage Reichsaußenministers Judenfrage zu besprechen. Staatssekretär machte dem Gesandten noch einmal das Thema im Sinne dorthin ergangener Weisungen eindringlich, erwähnte, wie wichtig es sei, daß ungarische Regierung Aussiedlung der Juden nach dem Osten zustimme und erinnerte an Äußerung Reichsaußenministers, daß sich bei kürzlichem Bombenangriff in Budapest wieder gezeigt habe, wie stark Judenschaft zur Panikmache in Ungarn beitrage. (Handschriftl.: 16. 10. 2.40 2.20)

Gesandter sagte zu, Thema auch einerseits in Ungarn zu erörtern und zur Verwirklichung unserer Wünsche beizutragen. (Handschriftlich: Thomas 17. 10., 12.30)

Freilassen für Telegrammkontrolle.

Staatssekretär sicherte zu, daß entsprechender Schritt unsererseits noch vor seinem Eintreffen, das heißt sofort unternommen werde.

Luther

Handschriftlich: Luther 16. 10.

K. 16. 10.

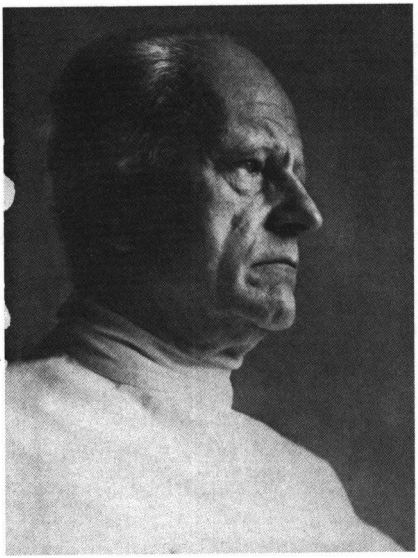
Das Menschenbild des Arztes

Victor von Weizsäcker: „Arzt und Kranker". Koehler & Amelang, Leipzig. 232 S. Geb. 4,— RM.

Im vorliegenden Buche Weizsäckers, wohl des strengsten philosophischen Denkers unter den deutschen Ärzten der Gegenwart, macht die Heilkunde ihren jahrtausendealten Anspruch aufs neue und nachdrücklich geltend, ein eigenes Menschenbild zu schauen. Im Mittelpunkt des mit harter denkerischer Prägnanz und einem geschulten Tiefenblick vollendeten Werkes steht eine Philosophie des Schmerzes, von der her eine „medizinische Anthropologie" entwickelt wird, die geeignet ist, dem Weltbild der Heilkunde geradezu sein Kernstück darzubieten. Weizsäckers Buch ist ein Dokument lebensnaher, in letzter Hinsicht aus der Liebe zum Menschen geborener Philosophie und zugleich eines in sich selbst geklärten Arzttums, das auch dort, wo es ins Ethische und Religiöse vordringt, nie den Boden unter den Füßen verliert, sondern seine klare, feste Begründbarkeit unbeirrbar bewahrt. Nicht nur die Erhaltung des Lebens, sondern auch der Geist dieses Lebens seien — heißt es an einer Stelle — dem Arzt zu treuen Händen übergeben, und der Geist sei des Lebens Bestimmung. So wird am Lebenswerk eines Paracelsus und eines Ludolf von Krehl, am Phänomen des Schmerzes und an Grundproblemen der heilenden Seelenführung aufgezeigt, wie tief die Beziehung zwischen dem Arzt und dem Kranken reicht — nämlich bis ins Innere der letzten Existenzgeheimnisse.

Dr. HERBERT FRITSCHE

Meldung aus „Die Woche" vom 11. März 1942.



Viktor von Weizsäcker.

Mitte vorn: General Matzky, Kommandeur der 21. Infanterie-Division. Ab März 1942 diente Richard von Weizsäcker als Büroleiter des Generals, der im OKH für Feindbeobachtung und Militärattachés zuständig war.

Aus: Filmer/Schwan: Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes, S. 35):
Im März 1942 wurde Richard von Weizsäcker nach Mauerwald bei Lötzen in Ostpreußen berufen, dem Sitz des Oberkommandos des Heeres. Mauerwald lag etwa 15 Kilometer vom Führerhauptquartier „Wolfsschanze" entfernt. Er wurde Ordonnanzoffizier beim Oberquartiermeister 4. Sein Chef war General Matzky, der im Oberkommando des Heeres saß. Ihm unterstand alles, was im Generalstab „Feindbeobachtung" genannt wurde, also Fremde Heere Ost, Fremde Heere West sowie alle Militärattachés. Als Ordonnanzoffizier war der knapp zweiundzwanzigjährige Weizsäcker die rechte Hand des Generals. Als sein Assistent leitete er sein Büro . . .
Ein einziges Mal in seinem Leben erlebte Weizsäcker dort Adolf Hitler. Während der Stalingrad-Offensive wurde der Generalstab des Heeres nach Winniza in der Ukraine verlegt. Dabei waren auch der Oberquartiermeister General Matzky und sein Ordonnanzoffizier Weizsäcker. Zur gleichen Zeit – vom 16. Juni bis 1. November 1942 – ließ Hitler das Führerhauptquartier „Wolfsschanze" von Ostpreußen in die Nähe von Winniza („Werwolf") verlegen.

Ernst von Weizsäcker am 14. Juni 1942 („Weizsäcker-Papiere", S. 293):
Wir haben 1½ Tage Besuch vom Richard. Sein General Matzky hat in einem engeren Kreis des A.A. einen guten Vortrag gehalten und war bei uns zu Tisch . . . Es gibt da noch viel zu reden, z. B. über den neuen englisch-russischen Vertrag. Dieser bedeutet, daß an Verhandeln bei unseren Gegnern nicht gedacht wird. Vor dem Herbst braucht man sich politisch über nichts zu besinnen . . .
Bekanntlich sprach ich einmal davon, die Botschaft im Vatikan mir als Ausweicheposten reservieren zu wollen. Wir leben mit dem Vatikan indessen auf immer schlechterem Fuß. Es wird davon gesprochen, eine hohe Charge der SS dorthin zu schicken. Mein Rang als Brigadeführer reicht dazu nicht.

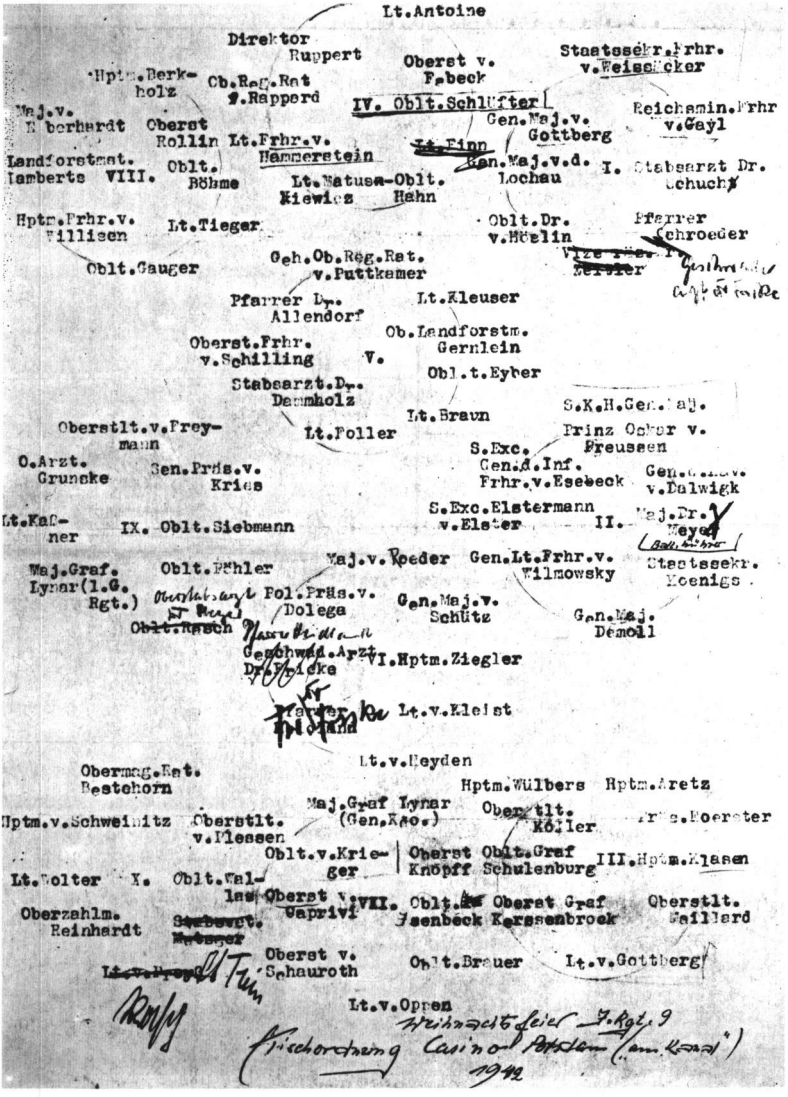
Ernst von Weizsäcker am 15. Juli 1942 (Weizsäcker-Papiere, S. 296):
Ich lese ein englisches Buch über „Conditions of Peace" von Carr, kein Hetzbuch, sondern ernst und gewissermaßen wohlwollend gedacht. Aber auch diese Friedensaussichten bestärken im Ausharren, bis die Russen militärisch oder besser politisch lahmgelegt sind. Denn bis zur Mitte von Deutschland möchte Herr Carr Europa den Russen

zur Kontrolle überlassen. Ich glaube eben, daß für eine europäische Ordnung die Engländer zu sehr am Rande leben, die Russen zu kulturlos sind und, wenn überhaupt jemand, nur wir zur Führung bestimmt sein können. Ob uns dazu die Kräfte bleiben – das wird die Praxis zeigen. Überhaupt, was sind Überlegungen. Ich zitiere wieder Disraeli: how wonderful things are facts, besonders physische.

Am 10. November 1942 schreibt Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 307):
Rommel geht es nicht gut. Gerüchte melden seine Einkesselung u. Gefangennahme. Ich hoffe, daß Rommel das Schauspiel, im Triumphzug in Picadilly eingezogen zu werden, auf alle Fälle vermeidet. Anders als tot oder verwundet kann er sich doch nicht in die englische Hand begeben.

Im November 1942 trat Ernst von Weizsäcker für einen deutsch-russischen Separatfrieden ein (Weizsäcker-Papiere, S. 308 f.):
Das Publikum zieht weitgehend Folgerungen aus der eingetretenen Lage: Verlorener Krieg, Ostpreußen wird polnisch oder russisch, Deutschland wird zerstückelt usw. usw. Ich warne vor überstürzten Konklusionen, würde aber sehr lockere Sondierung bei Stalin für angemessen halten. Mit den Engländern kann rebus sic stantibus doch nicht gesprochen werden . . .
Eine große spätnächtliche Familiendebatte behandelte das Problem, ob wir, d. h. Deutschland, mit dem Westen gehen oder mit dem slawischen Osten in ein intimes Verhältnis kommen sollen u. werden. Letztere Meinung überwog. Frankreich erhole sich nicht mehr, Englands imperiale Stellung sei zu Ende. Die Symbiose mit Rußland sei indiziert. Ich selbst befürworte schon immer einen deutsch-russischen Toleranzzustand, jedoch ohne die volle Intimität. Wäre ein Friede mit Rußland zu haben, so heute lieber als morgen.

Weizsäcker im Dezember 1942 (Weizsäcker-Papiere, S. 312):
Den Kriegszielen unserer Gegner mangelt es an innerem Gehalt. Sie haben bis jetzt keinen fruchtbaren Gedanken für die Neuordnung der Welt hervorgebracht. Das Feld hierfür ist frei und uns noch überlassen.
Einig sind unsere Gegner nur im Willen, Deutschland zu vernichten. Unter keinen Umständen dürfen wir militärisch erlahmen, wenn uns unsere Zukunft lieb und unsere Heimat teuer ist.



Tischordnung bei der Weihnachtsfeier des Infanterie-Regiments 9 1942 im Kasino zu Potsdam.

Ernst von Weizsäcker über die Forderung der Alliierten nach „Bedingungsloser Kapitulation", die erstmals im Januar 1943 bei der Konferenz von Casablanca erhoben wurde (Erinnerungen, S. 341 f.):
Die Achsenmächte sollten „bedingungslos kapitulieren". Diese Formel mochte in Amerika aus dem Bürgerkrieg von General Grant her einen guten Klang haben. In diesen Weltkrieg paßte sie in keiner Weise . . .
Für Deutschland aber hieß diese Parole nichts anderes, als im Volk jede Friedensneigung ersticken, die Oppositionellen entmutigen und Dr. Goebbels ein unschätzbares Stichwort liefern. Anfang 1943 wurde so der letzte Augenblick für einen Frieden der Vernunft verpaßt.
Die Casablanca-Formel gab Hitler das Mittel an die Hand, mit dem er zwei weitere Jahre an der Spitze Deutschlands den Krieg fortsetzen konnte. Sie mobilisierte die Kräfte der Verzweiflung in Deutschland für Hitler, die sich nun den Anbetern des Erfolgs zugesellten. Sie bedeutete den bewußten Verzicht der Alliierten auf politische Mittel zur Beendigung des Kriegs. Sie schuf ein Vakuum im Herzen von Europa, und es ist unvollstellbar, wieviel Blut und Elend sie beide Parteien gekostet hat.

Am 9. März 1943 schrieb Ernst von Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 327):
Der ostpreußische Boden trägt auch heute noch etwas den Stempel des erkämpften, kolonisierten. Die Kolonisation hat aber besondere Blüten getrieben. Sie steht höher als das Land westlich der Weichsel. Man muß es kennen, um zu wissen, daß ein Deutscher keinen Frieden mehr unterschreiben könnte, der dieses Gebiet antastet (Nach dem Programm der Anderen soll es nach dem Kriege polnisch werden).

Führerhauptquartier, 17. April.

Der Führer hat auf Vorschlag des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop im politischen Außendienst des Reiches folgende Ernennungen vollzogen:

Der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Weizsäcker, wurde zum Botschafter des Reiches beim Vatikan ernannt.

Pressemeldung vom April 1943.

Der Papst habe sich nicht zu Protesten gegen die Deportation jüdischer Römer „hinreißen" lassen, berichtet der Vatikan-Botschafter Ernst von Weizsäcker am 28. Oktober 1943 an das Auswärtige Amt in Berlin (zit. nach Poliakov/Wulf „Das Dritte Reich und seine Diener," S. 85):

Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreißen lassen. Obgleich er damit rechnen muß, daß ihm diese Haltung von Seiten unserer Gegner nachgetragen und von den protestantischen Kreisen in den angelsächsischen Ländern zu propagandistischen Zwecken gegen den Katholizismus ausgewertet wird, hat er auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der Deutschen Regierung und den in Rom befindlichen deutschen Stellen nicht zu belasten. Da hier in Rom weitere deutsche Aktionen in der Judenfrage nicht mehr durchzuführen sein dürften, kann also damit gerechnet werden, daß diese für das deutsch-vatikanische Verhältnis unangenehme Frage liquidiert ist.

Von vatikanischer Seite jedenfalls liegt hierfür ein bestimmtes Anzeichen vor. Der „Osservatore Romano" hat nämlich am 25./26. Oktober an hervorragender Stelle ein offiziöses Kommuniqué über die Liebestätigkeit des Papstes veröffentlicht, in welchem es in dem für das vatikanische Blatt bezeichnenden Stil, d. h. reichlich gewunden und unklar, heißt, der Papst lasse seine väterliche Fürsorge allen Menschen ohne Unterschied der Nationalität, Religion und Rasse angedeihen. Die vielgestaltige und unaufhörliche Aktivität Pius XII. habe sich in letzter Zeit infolge der vermehrten Leiden so vieler Unglücklicher noch verstärkt.

Gegen diese Veröffentlichung sind Einwendungen um so weniger zu erheben, als ihr Wortlaut, der anliegend in Übersetzung vorgelegt wird, von den wenigsten als spezieller Hinweis auf die Judenfrage verstanden werden wird.

gez. Weizsäcker

Ernst von Weizsäcker am 27. November 1943 (Weizsäcker-Papiere, S. 360):

Eine andere Radio-Nachricht hat uns heute gemeldet, daß in den Angriffen auf Berlin auch unser Haus in der Admiral-Schroederstraße abgebrannt ist. Wir hatten noch viele Sachen dort. Marianne schätzt den Inhalt auf 3/4 unserer Habe. Namentlich schmerzen sie die verlorenen Familienbriefe. Wir können froh sein, daß wir selbst nicht dort

NG5027

Deutsche Botschaft
beim Heiligen Stuhl

Rom, den 28.Oktober 1943.

A 1275

Betrifft: Der Vatikan zur Judenfrage in Rom.

- 1 Anlage -

Im Anschluss an Drahtbericht No.147 vom 17.Oktober d.J.

Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äusserung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreissen lassen. Obgleich er damit rechnen muss, dass ihm diese Haltung von Seiten unserer Gegner nachgetragen und von den protestantischen Kreisen in den angelsächsischen Ländern zu propagandistischen Zwecken gegen den Katholizismus ausgewertet wird, hat er auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der Deutschen Regierung und den in Rom befindlichen deutschen Stellen nicht zu belasten. Da hier in Rom weitere deutsche Aktionen in der Judenfrage nicht mehr durchzuführen sein dürften, kann also damit gerechnet werden, dass diese für das deutsch-vatikanische Verhältnis unangenehme Frage liquidiert ist.

Von vatikanischer Seite jedenfalls liegt hierfür ein bestimmtes Anzeichen vor. Der "Osservatore Romano" hat nämlich am 25./26.Oktober an hervorragender Stelle ein offiziöses Kommuniqué über die Liebestätigkeit des Papstes veröffentlicht, in welchem es in dem für das vatikanische Blatt bezeichnenden Stil, d.h. reichlich gewunden und unklar, heisst, der Papst lasse seine väterliche Fürsorge allen Menschen ohne Unterschied der Nationalität, Religion und Rasse angedeihen. Die vielgestaltige und unaufhörliche Aktivität Pius XII. habe sich in letzter Zeit infolge der vermehrten Leiden so vieler Unglücklicher noch verstärkt.

Gegen diese Veröffentlichung sind Einwendungen umso weniger

An
das Auswärtige Amt
Berlin.

weniger zu erheben, als ihr Wortlaut, der anliegend in Übersetzung vorgelegt wird, von den wenigsten als spezieller Hinweis auf die Judenfrage verstanden werden wird.

Weizsäcker

Bericht Weizsäckers aus dem Vatikan.

waren und daß wenigstens das letzte Viertel der Möbel vorläufig in Rom in Sicherheit ist. – Auf dem Haus in der Admiral-Schroederstraße lag kein Segen. Wir zogen ungern ein. Kaum ein Tag dort war ohne schwere Sorgen. Das Unabwendbare des Kriegsausbruchs fiel in die erste Zeit. Dorthin hatte ich die Nachricht von Heinrich an Marianne zu überbringen. Beruflich kam kein guter Tag mehr dort. Nun ist alles dahin, was Richard und Heinrich gehörte, ihre Kleider, Bibliotheken, Erinnerungsstücke, Heinrichs Stahlhelm.

Vatikan-Botschafter Ernst von Weizsäcker mit Gattin 1944 nach einer Audienz beim Papst.

Ernst von Weizsäcker (rechts) als Vatikan-Botschafter 1944.

Ernst von Weizsäcker am 25. Februar 1944 (Weizsäckers Tochter war in Ostpreußen, der Heimat ihres Mannes und seiner Familie, seine Mutter in Breslau, Schlesien) (Weizsäcker-Papiere, S. 370):
Churchill geniert sich ja nicht, öffentlich Adelheids neue Heimat und Teile Eurer jetzigen Wohnprovinz im voraus zu verschenken. Da soll einem nicht übel werden!

Ostern 1944: Soldaten des IR 9. Ganz rechts: Richard von Weizsäcker.

Angeblich soll Richard von Weizsäcker in die Attentatspläne der Verschwörer des 20. Juli 1944 eingeweiht gewesen sein. In dem Buch „Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes" heißt es dazu auf Seite 37:
Geprägt wurde Richard von Weizsäcker vor allem von Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, einem aktiven Widerstandskämpfer, den die Nazis am 10. August 1944 in Berlin-Plötzensee hinrichteten. Schulenburg, der „Rote Graf", galt als Mentor für das Offizierkorps des Grenadierregiments 9. Als ältester Reserveoffizier des Infanterieregiments 9 war er für Richard von Weizsäcker eine beispielgebende Persönlichkeit. Er informierte den jungen Adjutanten vier Wochen vor Stauffenbergs mißglücktem Attentat über alle Pläne.

Nur für den Dienstgebrauch!

Dienstaltersliste

der

Schutzstaffel

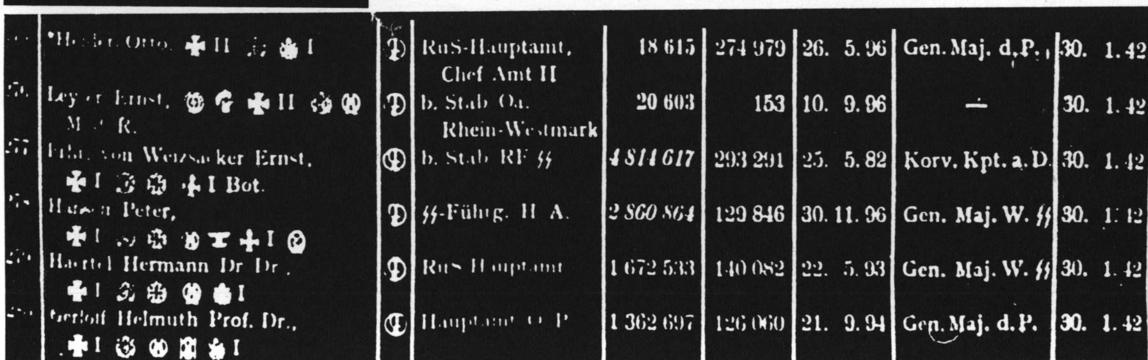
der NSDAP.

(SS-Oberst-Gruppenführer — SS-Standartenführer)

Stand vom 9. November 1944

Herausgegeben vom SS-Personalhauptamt

Der Name des Bundespräsidenten-Vaters in der NS-offiziellen Liste der SS-Führer vom November 1944, hergestellt von der Reichsdruckerei („nur für den Dienstgebrauch"). Unter Ernst von Weizsäckers Namen seine Auszeichnungen des 1. Weltkrieges. In der ersten schmalen Spalte der Hinweis, daß er Träger des SS-Ehrendegens ist, in der zweiten Spalte die Anmerkung über seine Dienststellung (beim Stab des Reichsführers SS), es folgt seine NSDAP-Mitgliedsnummer (4 814 617), seine SS-Nummer (293 291), sein Geburtsdatum (25. Mai 1882), sein militärischer Rang (Korvettenkapitän a. D.) und das Datum seiner Ernennung zum SS-Brigadeführer (= Generalmajor), nämlich der 30. Januar 1942.



[illegible]	*H[illegible], Otto, ✠ II [illegible] I	D	RuS-Hauptamt, Chef Amt II	18 615	274 979	26. 5. 96	Gen. Maj. d. P.	30. 1. 42
[illegible]	Ley[illegible] Ernst, ✠ II [illegible] M. d. R.	D	b. Stab Oa. Rhein-Westmark	20 603	153	10. 9. 96	—	30. 1. 42
[illegible]	Frhr. von Weizsäcker Ernst, ✠ I [illegible] I Bot.	D	b. Stab RF SS	4 814 617	293 291	25. 5. 82	Korv. Kpt. a. D.	30. 1. 42
[illegible]	H[illegible] Peter, ✠ I [illegible] I	D	SS-Führg. H. A.	2 860 864	129 846	30. 11. 96	Gen. Maj. W. SS	30. 1. 42
[illegible]	Haertel Hermann Dr. Dr., ✠ I [illegible] I	D	RuS-Hauptamt	1 672 533	140 082	22. 5. 93	Gen. Maj. W. SS	30. 1. 42
[illegible]	Gerloff Helmuth Prof. Dr., ✠ I [illegible] I	D	Hauptamt [illegible] P	1 362 697	126 060	21. 9. 94	Gen. Maj. d. P.	30. 1. 42

Richard von Weizsäcker (rechts).

Ernst von Weizsäcker über den deutschen Soldaten:
(„Erinnerungen", S. 289 f.):
So ablehnend ich diesen Angriffsakten gegenüberstand – dem deutschen Soldaten in den Rücken zu fallen, das wäre mir nie in den Sinn gekommen, weder gefühls- noch verstandesmäßig.
(„Erinnerungen", S. 363):
Wir wünschten das berühmte Kloster vom Monte Cassino aus den Kampfhandlungen herauszuhalten und es so zu retten. Im Einverständnis mit Kesselring hatte ich dem Vatikan zur Weitergabe an die Alliierten wahrheitsgemäß mitgeteilt, das Kloster sei von deutschen Soldaten nicht besetzt. Das hinderte die amerikanischen Bomber nicht an der völligen Zerstörung des altehrwürdigen Benediktinerbaues. Zum Glück hatten deutsche Kommandos die Bibliothek schon vorher geborgen und in Rom in der Engelsburg abgeliefert. Überhaupt hat unsere Truppe sich um die Sicherung von kirchlichen Werten und Kunstgegenständen in Italien höchst verdient gemacht.
(„Erinnerungen", S. 363 f.):
Natürlich war die Hauptsache, daß Rom selbst nicht aus der Luft bombadiert würde, sondern den Charakter einer „offenen Stadt" erhielt. Der Feldmarschall Kesselring, dem ich diesen Sorgenpunkt des Vatikans nahebrachte, hatte vom militärischen Standpunkt berech-

Chef
Aussenstelle HPA/A

O.U., den 1.4.1945

Vorschlag Nr.
für die
Nennung im Ehrenblatt des Deutschen Heeres

Zuname:	Vorname:	Geburtsort:	-tag:	Dienstgrad:	Truppenteil
Frhr.v.Weizsäcker	Richard	Stuttgart	15.4.2o	Hauptmann d.Res.	Gren.Rgt. 9

E.K.II.Kl. am 2o. 7.41
E.K. I.Kl. am 1o. 1.44
Ostmed. am 2o. 8.42

Letzte Dienststellung: Rgt.-Adjutant seit 15.8.1943
Beruf: Student Beruf des Vaters: Botschafter
Zugehörigkeit zur Partei bezw. deren Gliederungen: --

Kurze Begründung und Stellungnahme der Zwischenvorgesetzten:

Gren.Rgt. 9 Fernschreiben, O.U., den 1.4.45

Am 27.3.45 sammelte das Gren.Rgt. 9, durch die schweren verlustreichen Kämpfe gegen überlegenen Gegner während der letzten Wochen stark angeschlagen, an der Frischen-Haff-Küste südlich Balga, um befehlsgemäss verladen zu werden. In pausenlosem schwersten Artl.-Feuer suchten tausende von Soldaten, am schmalen Küstenstreifen zusammengedrängt, vergeblich Schutz. Als der Russe nördl. Follendorf auf Balga angriff, schien das Schicksal aller dort auf die Verladung wartenden Soldaten besiegelt zu sein. -

Der Rgt.-Kdr. war verwundet. Da sammelte Hptm.v.W. als Adjutant die zerschlagenen Männer seines Rgt. und schloss sich dem Angriff der Kampfgruppe v. Knebel an. Der Russe erkannte den nach Süden vorgetragenen Angriff und überschüttete ihn mit Feuer aller Kaliber. Trotz dessen riss. W. die letzten Männer seines Rgt. durch sein leuchtendes Beispiel und notfalls durch härteste Massnahmen immer weiter vor, im Rahmen der Gruppe v. Knebel gelang es ihm, 1 1/2 km nach Süden vorzustossen und Stellungen zwischen Küste und Höhe 21 zu erobern, aus denen das weitere Absetzen an der Küste gesichert wurde.

Durch diesen todesmutigen Einsatz W., den er auf seine Männer übertrug, wurden Tausende gerettet. Sein freiwilliger beispielhaft schneidiger Einsatz ist besonders hoch zu bewerten, da unter den damaligen Kampfverhältnissen die Masse der betreffenden Soldaten und viele Führer zu einer kämpferischen Haltung nicht mehr die Kraft hatten. Ich halte W. deshalb für die Nennung im Ehrenblatt des Deutschen Heeres für ganz besonders würdig.

gez. Trittel, Obstlt.u.Rgt.-Kdr.

24.Panzer-Division/Kdr.

Hauptmann v. Weizsäcker hat sich als Rgt.-Adjutant im infanteristischen Einsatz durch ganz besonderen Schneid ausgezeichnet. Ich befürworte die Nennung dieses tapferen Offiziers im Ehrenblatt des Deutschen Heeres ganz besonders.

gez. v. Nostitz-Wallwitz
Generalmajor u.Div.-Kdr.

(Die Stellungnahmen der weiteren Zwischenvorgesetzten konnten infolge der Lage nicht beigebracht werden.)

Richard von Weizsäcker wird zur Nennung im Ehrenblatt des Heeres vorgeschlagen.

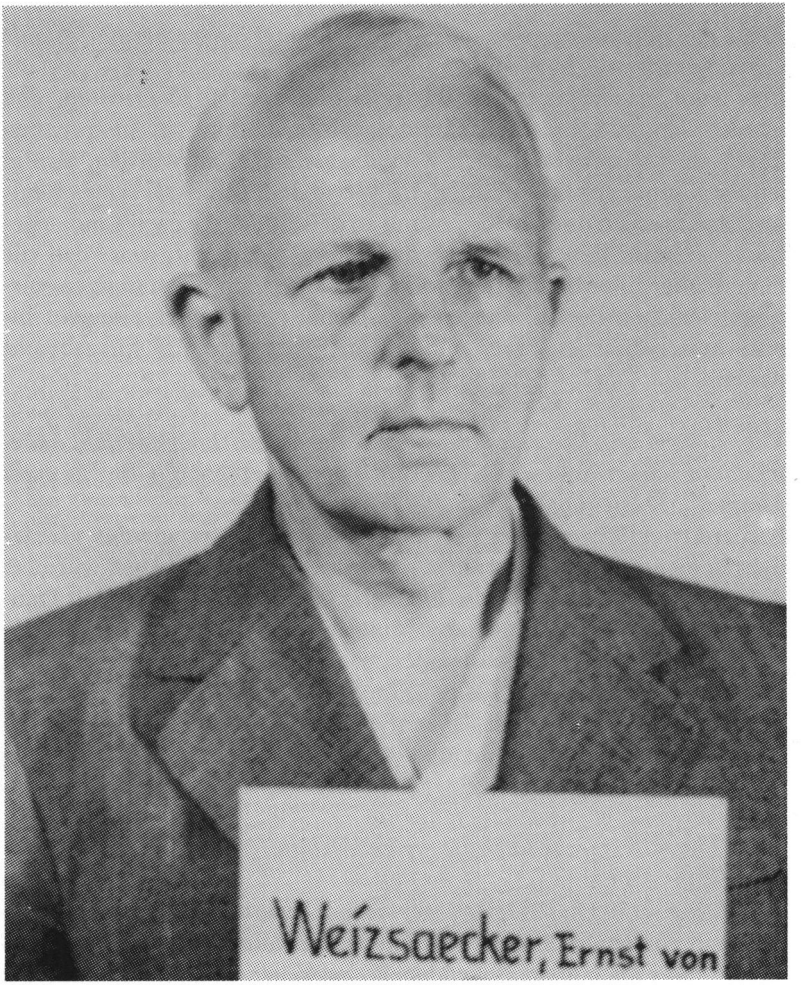
tigte Einwände. Er stellte sie aber zurück und reduzierte die Besatzung Roms auf ein lächerliches Minimum, ich glaube auf ein starkes Bataillon. Er untersagte den Truppen den direkten Durchmarsch und leitete sie auf beschwerlichen Umwegen um die Stadt herum. Es hat nicht an den Deutschen gelegen, wenn trotzdem etliche alliierte Bomben in die Stadt gefallen sind, angeblich weil Rom ein wichtiger deutscher Wehrmachtsstützpunkt geworden sei.

Ernst von Weizsäcker über das Schicksal seiner Söhne bei Kriegsende („Erinnerungen", S. 377):
Eine gute Nachricht hatten wir noch im April 1945 erhalten, daß nämlich unser Sohn Richard infolge Verwundung in Ostpreußen durch ein Lazarettschiff nach Kopenhagen gebracht worden, also in letzter Minute auf fast wunderbare Weise dem Schicksal seines Regiments entgangen und zur Genesung an den Bodensee nach Lindau gekommen war. Eine zweite, weniger gute Nachricht, war, daß die Amerikaner unseren ältesten Sohn Carl Friedrich nebst einigen wissenschaftlichen Berufskollegen der Atomphysik aus Hechingen, ihrem Stammquartier, mit unbekannter Bestimmung fortgebracht hatten.

Wie Richard von Weizsäcker das Ende des 2. Weltkrieges erlebt habe, schildern Filmer/Schwan so („Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes", Düsseldorf 1984, Seite 39):
Richard von Weizsäcker, der letzte Regimentsadjutant des Grenadierregiments 9, konnte gerettet werden. Anfang April 1945 wurde er über das Frische Haff auf die Nehrung transportiert, dann von Danzig nach Kopenhagen. In letzter Minute entging er dem Schicksal seiner übrigen Regimentskameraden, denen nur die Gefangenschaft blieb. Von Kopenhagen aus gelangte er zu seinem Ersatztruppenteil nach Potsdam. Kurze Zeit später demobilisierte er sich selbst und setzte sich nach Lindau an den Bodensee ab. Dort erlebte er am 8. Mai 1945 die bedingungslose deutsche Kapitulation.

Ernst von Weizsäcker über die ersten Verhöre 1947 („Erinnerungen", S. 386 f.):
Ich wurde im März 1947 als „freiwilliger Zeuge" nach Nürnberg geholt und von amerikanischen Beamten, meistens deutschen Emigranten, in einer mich überraschenden Weise wegen gewisser Dokumente verhört, die man in den Akten des Auswärtigen Amts gefunden hatte.

Ich wußte nicht, ob ich potentieller Angeklagter oder doch nur Zeuge war . . .
Schließlich wurde mir die Frage gestellt: „Warum arbeiten Sie nicht mit uns zusammen (d. h. mit der Anklagebehörde), so wie Dr. Gaus?"
Dr. Friedrich Gaus, mir seit 25 Jahren nah bekannt, war seit Anfang



Ernst von Weizsäcker als Gefangener der Sieger.

der zwanziger Jahre erster außenpolitischer Rechtsberater aller deutschen Regierungen von Rathenau über Stresemann, Curtius, Brüning und Neurath bis zu Ribbentrop, Redakteur aller großen Verträge von Rapallo über Locarno in den Völkerbund, Abkommen mit Polen, gegen Polen, mit Moskau usw. Nun hatte er das Vorzimmer Ribbentrops mit dem Vorzimmer des U.S.-Anklägers Dr. Kempner getauscht, sich und die deutsche Beamtenschaft Anfang 1947 öffentlich für schuldig erklärt und war aus dem Kronjuristen des Reichs Kronzeuge der amerikanischen Gerichte geworden. Seinem Beispiel zu folgen, spürte ich weder Neigung noch Begabung. Nach einer Woche Verhör wurde ich nach Lindau entlassen gegen meine selbstverständliche Zusage, wenn man mich brauche, wieder zu erscheinen, „even if it were to go to the gallows".

US-Ankläger Robert M. W. Kempner vernahm Ernst von Weizsäcker 1947. Er schreibt (Kempner „Ankläger einer Epoche", Frankfurt/M. 1983, S. 320):
Auf einmal tauchte die Version auf: „Ich habe das gemacht, um Schlimmeres zu verhüten." (Worauf wir ihn gefragt haben, was denn das Schlimmere war, das noch verhütet werden konnte).
Also zuerst: „Das war ich gar nicht, dafür war ich nicht zuständig", danach: „das war mit innerem Widerstand", anschließend: „eigentlich wollte ich Schlimmeres verhüten" – Versionen, die sich oft widersprachen.
Ich habe einmal ganz offen mit Hellmut Becker darüber debattiert: Wenn ich in der Lage von Weizsäcker gewesen wäre, hätte ich gesagt: „Das war eine furchtbare Zeit, ich habe das eben mitgemacht, hier stehe ich, ich kann nicht anders." Stattdessen begann eine monatelange Diskussion über den Wert der einzelnen Unterschriften. Man versuchte, die eine oder andere als belanglos abzustreiten.

Wie es beim Nürnberger Prozeß zuging und welche Methoden die „Befreier" anwandten, schildert Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Finanzminister der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, in seinen Memoiren:
Dem Staatssekretär von Weizsäcker war als einzigem gestattet worden, einen amerikanischen Verteidiger zu nehmen. Dieser sorgte für den dramatischsten Zwischenfall des Prozesses, die Vernehmung des Chefjuristen des Auswärtigen Amtes, des Ministerialdirektors Gaus, als Zeugen. Im Kreuzverhör fragte ihn der deutsche Verteidiger des

Staatssekretärs von Weizsäcker, Rechtsanwalt Hellmut Becker, ob er seine Aussagen unter einem von irgendeiner Stelle geübten Zwang gemacht habe. Gaus verneinte. Becker warnte ihn eindringlich, er stehe unter Eid und möge seine Antwort genau überlegen. Gaus blieb bei seinem Nein. Dann müsse er, sagte Becker, zu seinem Bedauern das Protokoll der Vernehmung von Gaus durch Kempner verlesen. Kempner protestierte lebhaft. Aber der Richter Powers, der an diesem Tag den Vorsitz führte, entschied, das Gericht habe ein großes Interesse daran, das Protokoll zu hören. In den Besitz dieses wertvollen Dokuments hatte sich Weizsäckers amerikanischer Verteidiger gesetzt. Darüber, wie er das gemacht hatte, gingen nur Gerüchte. Er soll es Kempner, als er während einer Unterhaltung mit ihm aus dem Fenster sah, vom Schreibtisch geklaut haben.
In dem Verhör hatte Kempner dem ängstlichen Gaus stark zugesetzt und ihm, der während des Dritten Reichs Ribbentrops juristischer Berater gewesen war, schließlich die Auslieferung an Rußland angedroht. Als Gaus in panischem Entsetzen den Ankläger anflehte, dieser möge doch an seine Frau und seine Kinder denken, erklärte Kempner, für solche Bitten sei es zu spät, das hätte Gaus sich eher überlegen sollen, jetzt heiße es: mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen. Erst als der völlig verzweifelte Mann unter Tränen bat, doch Mitleid mit ihm zu haben, zeigte Kempner den Rettungsweg. Er solle sich der Anklagebehörde als Zeuge gegen seine früheren Kollegen zur Verfügung stellen.
Zwei Tage nach dieser Vernehmung durch Kempner war Gaus aus der Haft entlassen worden. Wenige Tage später unterschrieb er seine berühmte Kollektivschulderklärung für die deutschen Beamten. Seitdem arbeitete er im Vorzimmer Kempners für die Anklage. Nachweisbar äußerte Gaus in den Vernehmungen, die vor der Haftentlassung lagen, andere Ansichten als in den Aussagen, die später von ihm gemacht wurden. Er mußte für seine Freilassung teuer bezahlen.
Es war schrecklich, als Becker seine Verlesung schloß und sich an Gaus wandte, ob er immer noch behaupten wolle, nicht unter Zwang vor dem Gericht ausgesagt zu haben. Beide Hände vor das Gesicht geschlagen, saß der große Jurist totenblaß und zusammengesunken da und schwieg. Er könne auf die Antwort verzichten, sagte Becker. Es war eine moralische Hinrichtung.

Die Organisation des Wilhelmstraßenprozesses gegen Ernst von Weizsäcker und andere:

I. Gerichtshof
Richter: William C. Christianson, Vorsitzender Richter
Robert T. Maguire, Leon W. Powers, Richter
Kommissionsvorsitzende: Johnson T. Crawford, John J. Stegner, Preston B. Jones
Juristische Mitarbeiter: Merton A. Barbour, Carlisle Durfee, Dr. John E. Fried, Esther Johnson
Generalsekretariat: Dr. Howard H. Russel, Generalsekretär
Herbert N. Holsten, Lt. Colonel, stellv. Generalsekretär
Samuel Metcalf, Capt., Kenyon S. Jenks, Capt.
Gerald Sterling, Capt., Marschälle
Barbara Mandellaub, Gerichtsarchivarin
Dokumenten- und Fremdsprachendienst: Fred Niebergall, Chef der Dokumentenzentrale
Thomas K. Hodges, Hans Gleichmann, Chefs der Übersetzungsabteilung
Siegfried Ramler, Chef der Gerichtsdolmetscher
Walter Galewski, Julia Kerr, Paul G. Fried, Hans Lamm, Helga Lund, Theresa Steuer, und weitere Übersetzer und Dolmetscher

II. Anklagebehörde
1. Öffentliche Ankläger in der Hauptverhandlung:
Hauptankläger: Telford Taylor, Brigadegeneral
Stellvertretende Hauptankläger: Dr. Robert M. W. Kempner, Direktor des Anklagestabes für die politischen Behörden
Rawlings Ragland, Charles S. Lyon, Morris Amchan, nacheinander Direktoren des Anklagestabes für die wirtschaftspolitischen Behörden und Organisationen
Ankläger: Alexander G. Hardy, Spezialberater für das Prozeßverfahren
H. William Caming, stellv. Direktor des Anklagestabes für die politischen Behörden
Russel Thayer, Paul H. Gantt, nacheinander stellv. Direktoren des Anklagestabes für die wirtschaftspolitischen Stellen
Ankläger für die politischen Behörden: Arnold Buchtal, Ralph Goodman, Charles A. Horsky, Maximilian Koessler, Alvin Landis, John Lewis, Dorothea Minskoff, Arthur Petersen, John J. Posner, Herbert Schonfield, Walter Speyer

Ankläger für die wirtschaftspolitischen Stellen: Norbert Barr, Frank Esterkin, James M. Fitzpatrick, Eric Kaufman, Walter W. O'Haire, Walter J. Rockler
Ankläger der Französischen Republik: Charles Gerthoffer
Bei der Ausarbeitung von Anklageschriftsätzen haben außerdem die folgenden Ankläger zeitweilig mitgewirkt:
Frederic B. H. Bird, Meyer L. Casman, Clarissa Cohn, Arthur Fanta, R. Quentin Haden, Paul L. Horecky, Irving Kent, Julius Klein, Max Mandellaub, Virginia Miller, Donald C. Noggle, Herbert W. Nurnberg, Joseph H. Stone, Drexler A. Sprecher, Deputy Chief of Counsel

2. Sachverständige und wissenschaftliche Hilfsarbeiter:
Die folgenden Sachverständigen und wissenschaftlichen Mitarbeiter haben von Beginn der Ermittlungen bis zum Ende des Hauptverfahrens mitgewirkt:
Foster Adams, Wirtschaftssachverständiger
Wolf von Eckardt, Louise Stubing, Chief Research Analysts
Robert von Engel, Henry Einstein, Julius Fleischmann, Marie-Ann Garnier, Jane Lester, Margot Lipton, Hellmuth von Rabenau, Eddi I. Wahler, Research Analysts
Die folgenden wissenschaftlichen Mitarbeiter haben zeitweise an der Vorbereitung des Dokumenten- und Schriftsatzmaterials mitgewirkt:
Barbara Bitter, Rudolfph Auerbach, Jules Beaumont, Elsie Dolling, Henry Elias, Gustava Hanna, Charles Ippen, Selinde Krantz, Mira Letts, Ellen Levy, Thomas J. Mays, Werner Meyer, Lucille Patterson, Helen Shea, Otto Sperber, Enid Standring
Dokumentenzentrale Berlin: Dr. Ossip Flechtheim, Bert Heilpern, Betty Richardson, Mark Shaffer, Herbert Steinitz
Dokumentenkontrolle: Irene Renteln, Susan Shaffer, Elsa Wolfson
Sachverständige Zeugen: Dr. Friedrich Gaus und andere ehemalige Beamte deutscher Reichsministerien sowie Universitätsprofessoren

3. Vernehmungsabteilung: Walter H. Rapp, Chef, Benno H. Selcke, Stellvertreter
Die folgenden Vernehmungsbeamten haben an der Vorbereitung des Prozesses mitgewirkt:
Sigmund Kaufmann, Herbert Meyer, Fred Rodell, Peter Beauvais, Henry Cohen, Eric Ortman, Rudolph Pins, Curt Ponger, Victor Singer, Otto Verber, Larry Wolff

III. Verteidigung

Angeklagte (A), Verteidiger (V), Assistenten (As)

(A) Berger, Gottlob, (V) Dr. Georg Fröschmann, (As) Dr. Karl Pracht, Dr. Rudolf Merkel; (A) Bohle, Ernst Wilhelm, (V) Dr. Elisabeth Gombel, (As) Dr. Wilhelm Schmidt, Klaus Mathy; (A) Darré, Richard Walther, (V) Dr. Hans Merkel, (As) Dr. Bolko von Stein, Dr. Adalbert Joppich; (A) Dietrich, Otto, (V) Dr. Friedrich Bergold, (As) Dr. Eduard Bolzer; (A) Erdmannsdorf von, Otto, (V) Dr. Bernd Vorwerk, (As) Franz v. Papen (jun.); (A) Kehrl, Hans, (V) Dr. Heinrich Grube, (As) Dr. Rudolf Meyer; (A) Keppler, Wilhelm, (V) Dr. Werner Schubert, (As) Dr. Heinrich Eisold; (A) Körner, Paul, (V) Dr. Justus Koch, Gerhard Rauschenbach, (As) Dr. Joachim Bergmann, Ernst Hesse; (A) Lammers, Hans Heinrich, (V) Dr. Alfred Seidl, (As) Dr. Wolfgang Laue; (A) Meissner, Otto, (V) Dr. Fritz Sauter, Dr. Alfred Seidl, (As) Dr. Alfons Templer; (A) Pleiger, Paul, (V) Dr. Robert Servatius, Dr. Justus Koch, (As) Dr. Georg Wolff, Dr. Ferdinand Leis; (A) Puhl, Emil, (V) Dr. Hans Gawlik, (As) Gerhard Klinnert, Dr. Heinrich Klug; (A) Ritter, Karl, (V) Dr. Erich Schmidt-Leichner; (A) Rasche, Karl, (V) Dr. Egon Kubuschok, (As) Dr. Adolf Schäfer, Dr. Hubertus Janicki, Franz Zdralek; (A) Schellenberg, Walter, (V) Dr. Fritz Riediger, (As) Kurt Mintzel; (A) Schwerin von Krosigk, Lutz, (V) Stefan Fritsch; (As) Dr. Paul Ratz, Dr. Georg Menzel; (A) Steengracht von Moyland, Gustav Adolf, (V) Dr. Carl Haensel, (As) Gisela von der Trenck; (A) Stuckart, Wilhelm, (V) Dr. Hans von Zwehl; (V) Dr. Curt von Stackelberg, (As) Adolf Klas;(As) Dr. Walter Ott, Dr. Karl Storz; (A) Veesenmayer, Edmund, (V) Dr. Karl Dötzer, (As) Herbert Thiele-Fredersdorf, Gerda Dötzer; (A) Weizsäcker von, Ernst, (V) Hellmut Becker, Warren P. Magee (USA), (As) Dr. Karl Arndt, Richard von Weizsäcker, Sigismund von Braun; (A) Wörmann, Ernst, (V) Dr. Alfred Schilf, (As) Dr. Viktor von der Lippe, Dr. Gabriele Lehmann, Dr. Günther Lummert, Dr. Martha Wörmann-Unger.

Fast alle Hauptverteidiger und ein großer Teil der Assistenten waren bei deutschen Gerichten zugelassene Rechtsanwälte.

Hilfsverteidiger: Prof. Dr. Bolko von Richthofen

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Verteidiger: Dr. Werner von Schmieden

Sachverständige Zeugen: Prof. Dr. Erich Kaufmann und ehemalige Beamte deutscher Reichsministerien

Chefs der Verteidigungszentrale: (unter dem Generalssekretariat)
Robert G. Schaefer, Major, Lowell O. Rice, Capt.

IV. Verbindungsstäbe

Ausland:
Frankreich: M. Augustin, Major, François Bayle, Colonel
Großbritannien: William H. Mercer
Holland: J. J. Witlox, Captain
Tschechoslowakei: Bohuslav Ecer, General, C. Donner, Major
Polen: Bernard Acht, Captain

Deutschland:
Dr. Ernst Aschner, Landgerichtsdirektor
Erhard W. Heinke, Hans Sachs, Staatsanwälte

V. Zeugen

Die folgenden Zeugen haben im Lauf des Prozesses als Zeugen der Anklage (A) oder der Verteidigung (V) ausgesagt:

V Abetz, Otto; AV Albrecht, Erich; V Albrecht, Karl L.; V Altenburg, Günther; A Andre, Fritz; V Anger, Karla; V Ansmann, Heinz; A Auerbach, Philipp; A Apache, Eugen; V Aust, Herbert; AV Bach-Zelewski, von dem, Erich; A Bardroff, Max; V Bargen, von, Werner; V Barandon, Paul; A Bayerhoffer, Walter; A Behrends, Walter; V Beck, Oskar; V Bergrav, Eivind; V Bernard, Hans; V Best, Werner; V Bilswanger, Liberatus; V Blessing, Karl; V Bobrik, Rudolf; AV Boley, Gottfried; A Borchers, Franz Johannes; A Borchardt, Erna; V Bosch, Werner; A Bovensiepen, Otto Richard; AV Bräutigam, Otto; A Brammer, Karl August; A Brard, Jean Claude; V Brill, Robert; A Brock, Kurt Willy; V Brunnhoff, Kurt Heinrich; V Bruns, Georg Viktor; V Bülow-Schwante, von, Viktor; V Burczyk, Georg; V Busche, von dem, Axel; V Carlowitz, von, Adolf; V Christinneck, Emil; V Dambergs, Nicolai; V Dankwerts, Justus; A Damme, Marinus Hendrik; A Dauer, Conrad; V Dejong, Adrian Marie; A Dellschow, Fritz; A Detmering, Rudolf; V Dewall, von, Hans-Werner; V Dienstmann, Karl; A Dietroch, Kurt; V Döhle, Heinrich; V Dörtenbach, Ulrich; V Dürckheim, von, Montmartin; A Dvoracek, Jan; V Ehrensberger, Otto; V Eisenlohr, Ernst; V Emde, Paul; A Ende, Konrad; A Engel, Gerhard Michael; V Enzian, Joachim; V Eppenauser, Franz; V Erbstößer, Kurt; V Etzdorf, von, Hasso; A Falkenhausen, von, Alexander; V Ficker, Hans; V Fischer, Robert; V Flick, Friedrich; V Fremdling, August; V Frenzel, Ernst; V Freudenberg, Adolf; V Fritsche, Hans; V Fröhling, Werner; A Frost, Harold Chri-

stiansen; V Frost, Ida; V Fromme, Walter; V Galler, Helene; A Gaus, Friedrich; V Gebhardt, Josef; V Geilenberg, Edmund; V Geldern-Crispendorf, von, Werner; A Gensert, Hans Hubert; A Gissibl, Fritz; AV Globke, Hans; A Gmelin, Hans Georg; V Göring, Emmy; V Göring, Franz; V Görnert, Fritz; A Goldstein, Bernhard; A Gräber, Markus; V Gramsch, Friedrich; A Grosser, Ernst; A Grothe, Bruno; A Grothmann, Werner; V Grundherr, Werner; A Gutterer, Leopold; V Hacke, Barbara; V Haidlen, Richard; V Halder, Franz; V Halem, von, Gustav-Adolf; V Haller, Kurt; V Hannecken, von, Hermann; V Hardy, Koloman; A Harmening, Rudolf; A Hartl, Alfred Albert; V Haushofer, Heinz; V Heermann, Kurt; V Hellenthal, von, Walter; A Hemmen, Hans Richard; V Hencke, Andor; V Hennings, Walter; A Henschel, Reinhard; V Herslow, Carl Nikolaus; V Hesse, Fritz; A Hessen, Prinz von, Philipp; V Hezinger, Adolf; V Hildebrandt, Rainer; V Hildebrandt, Richard; A Hobirk, Robert; V Hofmann, Hamilkar; V Hoffmann, Walter; V Holleben, von, Werner; V Hoppmann, Karl; A Hornbostel, Theodor; A Horthy, von, Nikolaus; V Hünermann, Rudolf; V Hupfauer, Theodor; V Huppenkotten, Walter; V Jacobi, Kurt; A Jakubeit, Fritz; A Jakubski, Frantz; A Jankowski, Anton; A Janmart, Paul; V Jahrreiß, Hermann; V Jasper, Wolfgang; A Jedrzejowski, Rudolf; V Jörß, Hans; A Jüttner, Hans; A Jüttner, Max; V Kamphövener, von, Kurt; V Kanzler, Ernst; A Kastner, Reszo; V Kaufmann, Erich; V Kessel, von, Albrecht; V Kesselring, Albert; V Kettner, Hans Joachim; A Kienast, Ernst; V Killy, Leß; V Klopfer, Gerhard; V Knorre, von, Viktor; V Kordt, Erich; V Kordt, Theodor; A Kosuszok, Kurt; V Köppe, Germine; V Köster, Arnold; V Konietzki, Johann Albert; A Krafft, Theodor; A Krafft, Waldemar; V Kroll, Hans; V Kromer, Karl; AV Krüger, Kurt; AV Kühnen, Harald; V Küßner, Charlotte Elisabeth; V Lange, Fritz H. G.; A Lange, Kurt; V Lange, Paul; V Langoth, Franz; A Larsen, Borger; V Laubenheimer, Alfred; V Leese, Ernst; A Lehmann, Gerhard; V Leibbrandt, Georg; V Leitgen, Alfred; A Lemmens, Jan Frederick; V Lenze, Hans; V Lepel, Freiherr von, Klaus; A Lindemann, Karl; A Lindow, Kurt; A Lösener, Bernhard; V Lörner, Georg; V Lohmann, Johann G.; Lorenz, Heinz; A Lüdemann, Hermann; A Lüdke, Egon; V Mackeben, Wilhelm; A Mae, Hjalmar; V Marotzke, Wilhelm; A Marx, Arthur; V Mayer, Josef; V Melchers, Wilhelm; A Metzger, Ludwig; A Meurer, Fritz; A Michel, Elmar; V Milch, Erhard; V Mirbach, Freiherr von, Dietrich; V Möller, Alvar Theo; V Möneclaey, Etienne; V Monden, Herbert; A Morgan, Konrad; A

Mosse, Martha; V Nagel, Hans; A Nöbel, Willy; A Nötzel, Pavel; V Norkus, Paul; V Normann, von, Hans Henning; V Nostiz-Drzewiecki, von, Gottfried; A Oberheitmann, Theo; A Okonek, Anton; V Othegraven, von, Erich; A Ottsich, Graf, Philipp; V Ott, Eugen; V Päffgen, Theodor; A Peters, Hans; A Petri, Leo; A Pflaumbaum, Walter; V Plessen, Baron von, Johann; AV Pohl, Oswald; A Putlitz, Gans Edler zu, Wolfgang; V Puttkammer, von, Karl Jesko; V Rahn, Rudolf; A Ratacjak, Alojzy; A Reinhard, Henschel; A Reinicke, Hansjürgen; A Reischle, Hermann; A Reithinger, Anton; A Riecke, Hans Joachim; V Rintelen, von, Emil; V Rocker, Karl; A Rodlova-Hacha, Mida; A Rosenbaum, Isaac; V Röser, Walter; V Ruhe, Heinrich Adolf; V Sabath, Hermann; A Sager, Gerhard; V Saur, Karl Otto; V Schäffer, Erich; V Schauf, Edmund; V Schaumburg-Lippe, von, Stefanie; V Scheer-Hennings, Rudolf; V Schieber, Walter Ludwig; V Schiedermeyer, Rudolf; V Schirmacher, Oskar; V Schlabrendorff, von, Fabian; A Schloß, Franz; A Schlotterer, Gustav; V Schmieden, von, Werner; A Schmidt, Paul Karl; V Schmidt, Paul Otto; A Schmidt, Wilhelm Martin; V Schneider, Elise; V Schnurre, Karl; A Schön, Baron von, Wilhelm Albrecht; V Schomberg, Karl; V Schumburg, Emil; V Schutzbar-Milching, von, Margarete; V Schwarzmann, Hans; A Schwerdt, Otto F. Alexander; V Sebastian, Karl-Ludwig; V Selchow, Kurt; V Selzam, von, Edward; A Seroux, de Jaques; V Siegfried, Herbert; A Silberstein, Leopold; A Siudzinski, Neaczyslab; V Smeetz, Karl; A Smolen, Kacimerz; A Sobieralski, Josef; A Sogemeier, Martin; V Sonnenhol, Gustav-Adolf; V Sonnleitner, Franz; A Spaarmann, Erich; V Sperrle, Hugo; V Sprick, Fritz; AV Steffler, Wilhelm; V Steg, Rudolf; V Steinbrinck, Otto; A Steinhäuser, Justin; V Stephan, Werner Friedrich F.; A Steuben, von, Kurt; V Stothfang, Walter; V Strohm, Gustav; V Stülcken, Heinrich Nikolaus; V Stutterheim, von, Hermann; V Sündermann, Helmut; A Thadden, von, Eberhard; A Thoma, Emil; AV Thoms, Albert; V Thomson, Hans; V Tippelskirch, von, Werner; A Tomascewski, Walcaw; V Trützschler von Falkenstein, Heinz; V Twardowski, von, Fritz; A Vietz, Franz; V Vogel, Georg; A Vogel, Albin; V Volk, Leo Narzis; V Voß, Wilhelm; A Wagner, Horst; V Walser, Erwin; V Wanek, Wilhelm; V Warlimont, Walter; A Webendorfer, Horst; A Weber, Waldemar; V Weichs von Maximilian; A Weiske, Paul; V Weizsäcker, Freiherr von, Karl Friedrich; V Weniger, Friedrich Wilhelm; A Westhoff, Adolf; V Wiedemann, Fritz; A Wilhelm, Karl Friedrich; AV Willikens, Werner; V Windels, Erich; V Winkler, Max; A Win-

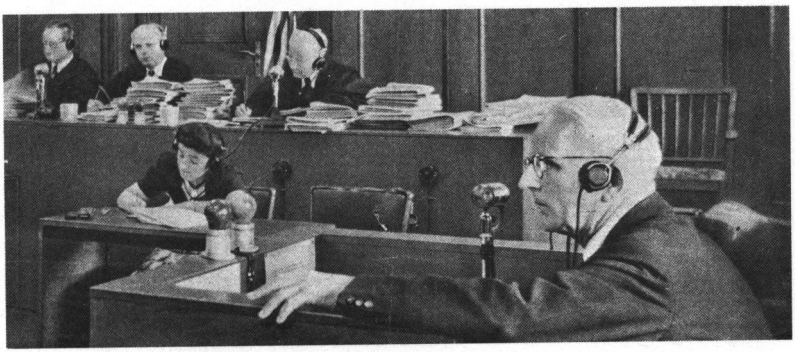
kelmann, Otto; V Wirsing, Giselher; V Wisselmann, Heinrich; A Wolff, Jeanette; V Wolkerstorfer, Josef; V Wolscht, Lysander; V Woyrsch, von, Udo; V Zeiger, Ivo Alois; V Zeppelin, Freiherr von, Harro; V Zinn, Edith; V Zschirnt, Kurt.

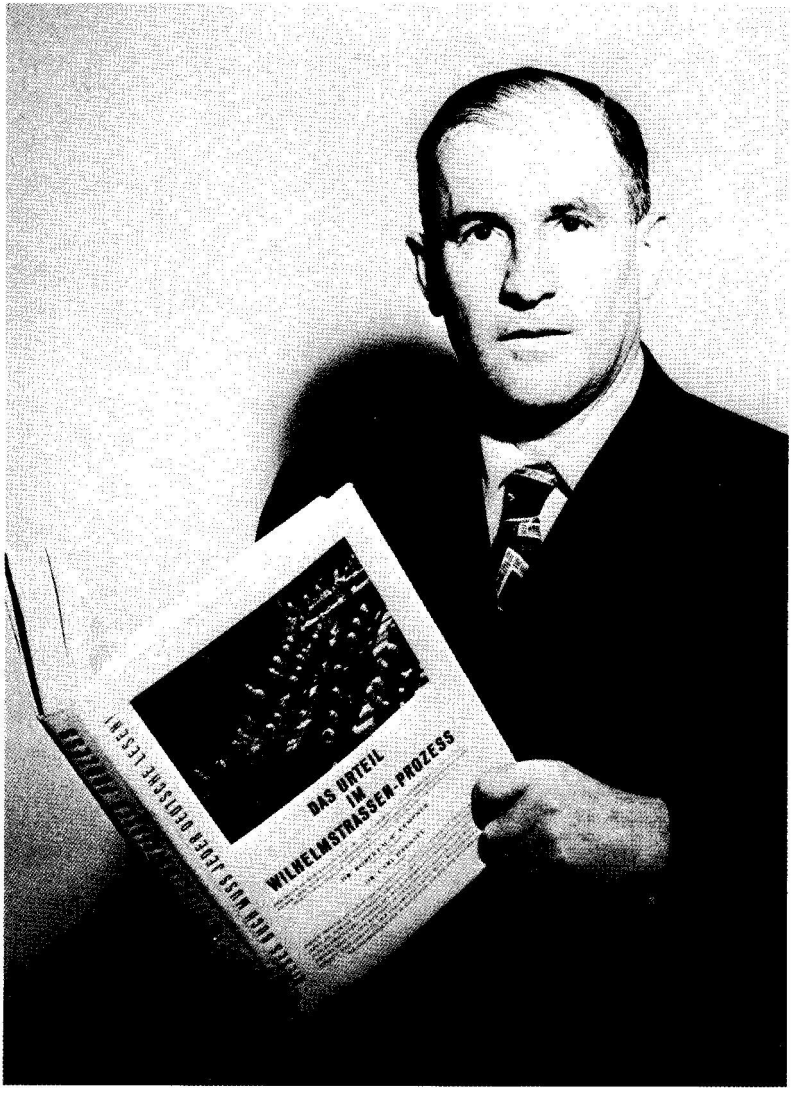
Die Richter im Wilhelmstraßenprozeß gegen Ernst von Weizsäcker und andere: Leon W. Powers, William C. Christianson (Präsident), Robert F. Maguire (von links).

Mitglieder der US-Anklagebehörde beim Wilhelmstraßenprozeß mit englischen und französischen Delegierten. Am Tisch vorn links: US-Hauptankläger Kempner.

Die Angeklagten mit ihren Verteidigern während der Verhandlung im Wilhelmstraßenprozeß. Erste Reihe der Angeklagten, von links nach rechts: Staatssekretäre im Auswärtigen Amt von Weizsäcker, Steengracht von Moyland, Wilhelm Keppler, Ernst Wilhelm Bohle. Ferner vom Auswärtigen Amt: Unterstaatssekretär Ernst Wörmann, Botschafter Karl Ritter, Ministerialdirigent Otto von Erdmannsdorff und Bevollmächtigter des Reichs für Ungarn Edmund Veesenmayer, ferner Reichsminister Hans Heinrich Lammers, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, Reichsminister Walther Darré.
Zweite Reihe: Staatssekretär Otto Dietrich, SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, SS-Brigadeführer Walter Schellenberg, Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, Reichsbankvizepräsident Emil Puhl, Karl Rasche von der Dresdner Bank, Staatssekretär Paul Körner sowie Paul Pleiger und Hans Kehrl von den Wirtschaftsverwaltungen.
Die Anklagebank ist vollständig bis auf den wegen Krankheit entschuldigten Meißner.
Hinter den Glasscheiben die Dolmetscher: Von links: Galewski, Braun, Treidel, Horn.
Im Vordergrund einige Verteidiger: Becker (Weizsäcker), Achenbach und Frau Gombel (Bohle), Schilf (Wörmann), Kubuschok (Rasche).
In der zweiten Verteidiger-Reihe: Erster von links: Schubert (Keppler), dritter von links: Schmidt-Leichner (Ritter), drittletzter von rechts: Koch (Körner), rechts neben ihm Fröschmann (Berger) und Servatius (Pleiger).

Ernst von Weizsäcker vor dem Tribunal der Sieger.





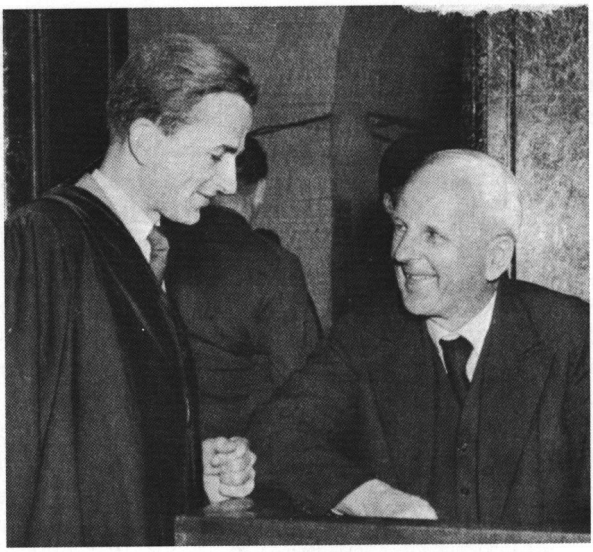
Weizsäckers Ankläger: Robert Max Wassilij Kempner, der Deutschland während des Dritten Reichs aus „rassischen Gründen" verlassen hatte und in die USA gelangte.

In der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" vom 4. Januar 1985 berichtete der einstige US-Ankläger von Nürnberg, Robert Kempner:
Nachdem meine Mitarbeiter und ich das Protokoll der sogenannten Wannseekonferenz in den Ordnern des Auswärtige Amtes mit der Aufschrift „Endlösung der Judenfrage" im März 1947 bei der Vorbereitung des Wilhelmstraßenprozesses gegen Minister, Staatssekretäre und Diplomaten Hitlers entdeckt hatten, begann ich als US-Hauptankläger des Prozesses die noch erreichbaren Teilnehmer zu ermitteln.

Ernst von Weizsäcker über die Rolle seines Sohnes beim Wilhelmstraßenprozeß („Erinnerungen", S. 390 f.):
Nachdem die amerikanische Behörde es für gut befunden hatte, wegen todeswürdiger Verbrechen mich vor ein amerikanisches Militärgericht zu ziehen und in dieser Anklage zu beharren, hätte ich mir keine bessere Stütze und Beratung wünschen können, als ich sie genoß. Ich fand sie ohne mein Zutun. Sie bot sich mir . . . nicht zuletzt in unserem Sohn Richard, der, in Umkehrung der Hilfs- und Schutzpflicht zwischen Eltern und Kindern, alle seine Gaben und ein ganzes Lebensjahr dem alten Vater opferte. Ich hätte es nicht besser haben können.

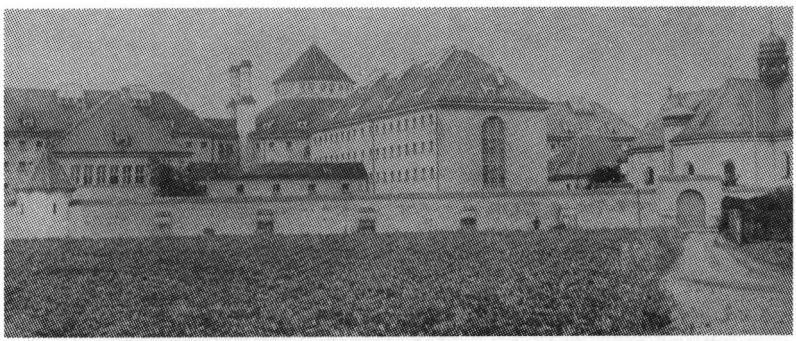
Über Richard von Weizsäckers Rolle im Prozeß gegen seinen Vater berichtet Ernst von Weizsäckers damaliger Verteidiger, Hellmut Becker (in: Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes, Düsseldorf 1984, Seite 70):
Er war auch häufig im Gerichtssaal anwesend, er ist aber nie selber als Sprecher aufgetreten. Die Interventionen während der Verhöre, die Plädoyers, Einführungserklärungen usw. haben wir ihm gerade wegen seiner persönlichen Beziehung zum Angeklagten abgenommen. Trotzdem hat er in der gedanklichen Aufbauarbeit dieser Verteidigung, in der Vorbereitung des Beweismaterials und in der Abfassung der fünf Bände umfassenden Verteidigungsschrift (trial brief) einen wesentlichen Anteil gehabt. Praktisch habe ich fast jeden Satz, der in meinem Namen schriftlich herausging oder von mir mündlich vorgetragen wurde, mit ihm genau diskutiert.

Am 21. Mai 1949 schreibt Ernst von Weizsäcker aus dem Landsberger Zuchthaus (Weizsäcker-Papiere, S. 454):
Ich sah heute von fern einige zum Tode Verurteilte, „Todeskandidaten" lautet die Bezeichnung am Schwarzen Brett; Du kannst Dir den-



Während Prozeßpausen: Richard von Weizsäcker, der Hilfsverteidiger, im Gespräch mit dem Vater.

Ernst von Weizsäcker hört sein Urteil beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.



Das alliierte Folter-KZ Landsberg/Lech. Hier war auch der Vater des Bundespräsidenten inhaftiert, bevor man ihn als schwerkranken Mann freiließ. Obwohl 1949 die Todesstrafe im Gebiet der Bundesrepublik per Grundgesetz abgeschafft war, fanden noch 1951 im KZ Landsberg Hinrichtungen statt. Die letzten Kriegsverurteilten kamen erst 1958 frei.

ken, wie der Anblick ins Herz schneidet. Überhaupt, welche Ansammlung von Menschen, die von Haut und Haar keine Verbrecher sind, nur durch Krieg und Umstände in bedenkliche Lage geraten. Und das hat man nicht hindern können?

Am 6. Juli 1949 schreibt Weizsäcker (Weizsäcker-Papiere, S. 455 f):
Ich fühle mich in Landsberg somme toute keineswegs unter Verbrecher geraten, weder menschlich noch juristisch gesehen. Ich fühle mich vielmehr mit dem Gros solidarisch und hoffe gerade dadurch, daß nun einmal mein Name etwas bekannter geworden ist, den Mitinsassen zu helfen . . .
Man muß eben einmal die Menschen hier gesehen, gesprochen und ihren Fall studiert haben, dann erscheint Landsberg als Querschnitt ganz anders, als ich selbst es mir noch in Nürnberg vorstellte.

Kurz darauf notierte Ernst von Weizsäcker (mit W. meinte er sich selbst):
Zu den in letzter Zeit erschienenen Presseartikeln im *Fall Weizsäcker* (Äußerungen von Oster, Salin, Oeri, Allgemeine Zeitung, Tüngel, Giebel): Die Tendenz dieser Äußerungen war dankenswert und nicht nur W. selbst nützlich. Zum *letzten Artikel* ist jedoch zu bemerken: Er beanstandet, daß W. „unter SS-Schergen und Mördern" seine Strafe abzubüßen habe.
In Landsberg mögen solche Typen sein. Für das ganze überwiegende Gros stimmt das aber nicht. W. fühlt sich *menschlich* keineswegs als unter Verbrecher geraten. Die meisten seiner Mitgefangenen sind brave Männer, offenbar schuldlos oder ganz unbillig hoch bestraft. Wer in diesem Gefängnis lebt, muß das stark empfinden. W. beklagt sich keineswegs über die Gesellschaft, in der er leben muß. *Juristisch* wird es nicht viel anders zu beurteilen sein; die meisten Fälle liegen einfacher und klarer als der Fall W., in den man etwas tiefer eindringen muß, um ihn zu durchschauen.
Darum fühlt sich W. solidarisch mit dem Gros der Mitgefangenen. Er betrachtet seine Anwesenheit in Landsberg als sinnreich in der Hoffnung, daß seine Einbeziehung den Anderen zugute kommt.

In seinem Buch „Ein anderer Hitler" berichtet Architekt Hermann Giesler (Assenhausen 1977, Seite 447):
Einer dieser Propheten, die meinten, den Verrat als Kavaliersdelikt bewerten zu können, und die es für richtig hielten, „im Sinne höherer Menschheitsziele" deutsche Soldaten zu opfern und die Nation in ih-

rem Bestand zu gefährden, war der Diplomat und ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Weizsäcker. Er vertrat diese Auffassung sicher, um sein eigenes Verhalten zu rechtfertigen. Ich begegnete ihm im Landsberger WCP mit offener Verachtung.

Weizsäcker aus der Haft entlassen

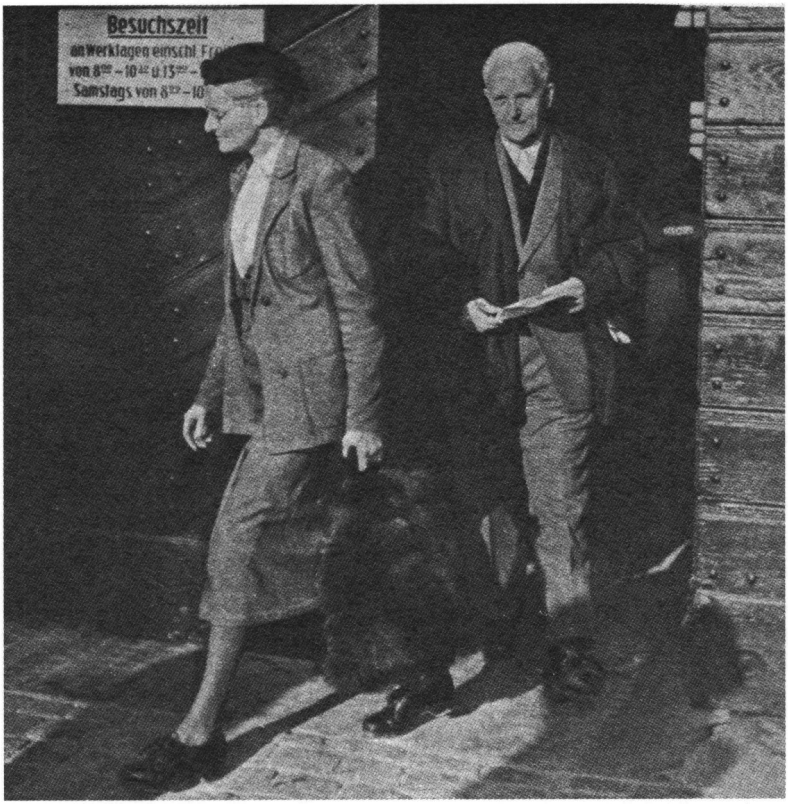
Amnestie-Anordnung des amerikanischen Oberkommissars

Frankfurt, 16. Oktober (dpa). — Der amerikanische Oberkommissar McCloy hat am Samstag angeordnet, daß der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Weizsäcker, sofort aus dem Landsberger Militärgefängnis entlassen wird. Weizsäcker war im „Wilhelmstraßenprozeß" am 11. April 1949 zu sieben Jahren Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden. Er befindet sich seit dem

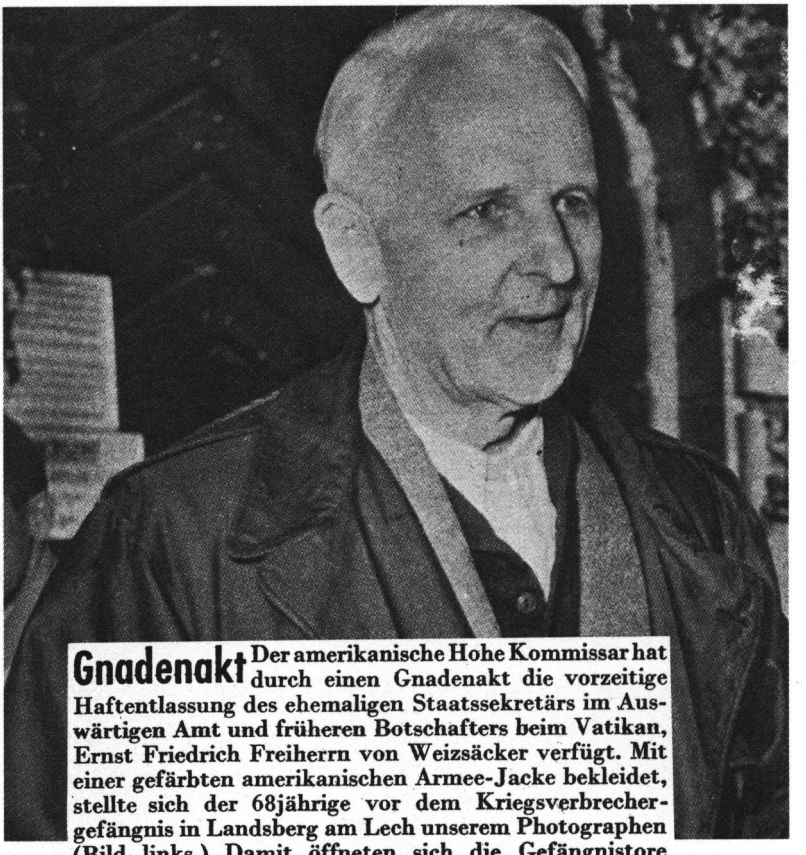
tärregierung, wonach der Militärgouverneur befugt ist, die vom Gericht verhängten Strafen zu mildern.

Amerikanisch-französische Zusicherungen

Washington, 16. Oktober (dpa). — Die amerikanisch-französischen Aufrüstungsgespräche in

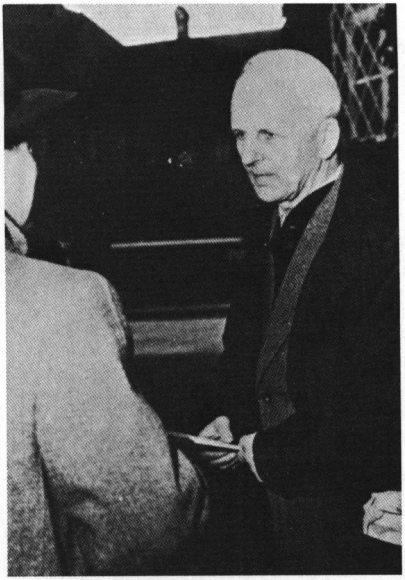


Ernst von Weizsäcker wird von seiner Frau aus Landsberg abgeholt.

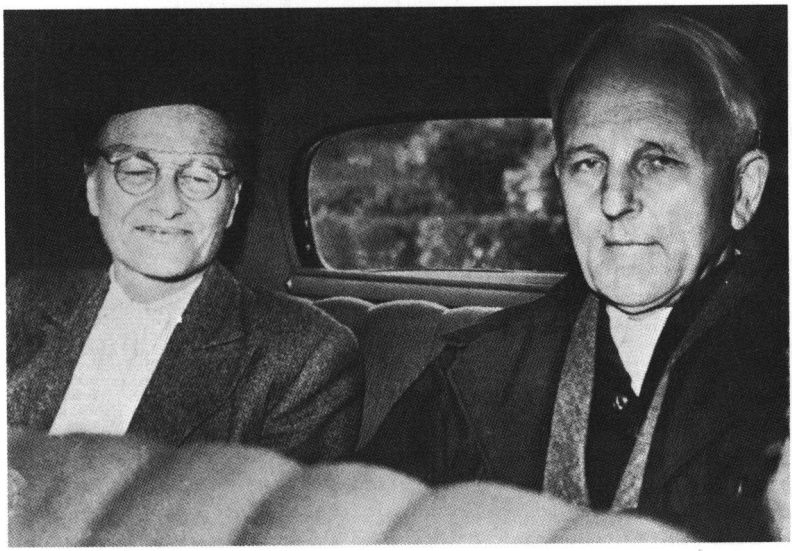


Gnadenakt Der amerikanische Hohe Kommissar hat durch einen Gnadenakt die vorzeitige Haftentlassung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und früheren Botschafters beim Vatikan, Ernst Friedrich Freiherrn von Weizsäcker verfügt. Mit einer gefärbten amerikanischen Armee-Jacke bekleidet, stellte sich der 68jährige vor dem Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg am Lech unserem Photographen (Bild links.) Damit öffneten sich die Gefängnistore einem Mann, dem in zahlreichen Briefen aus vielen Ländern seine Maßnahmen zum Schutz von Juden und zur Milderung der Härten der deutschen Besatzung in Norwegen freiwillig bescheinigt wurden Aufn.: Haase, Keystone

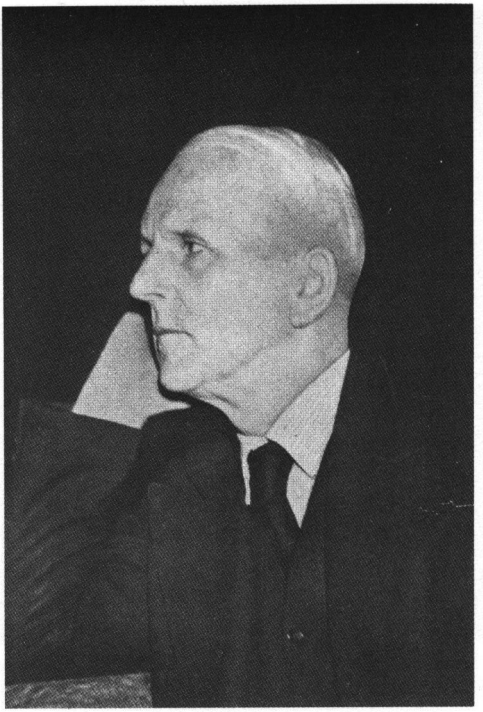
Oktober 1950: Pressemeldungen über Weizsäckers Freilassung. Wegen des Kalten Krieges und des bevorstehenden Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik öffneten sich damals die Gefängnistore für die meisten Kriegsverurteilten in Westdeutschland.



16. Oktober 1950: Ernst von Weizsäcker beim Verlassen des Gefängnisses. Er verbrachte insgesamt 2¼ Jahre hinter Zuchthausmauern der Alliierten.



Nach der Freilassung: Ernst von Weizsäcker mit Gattin Marianne.



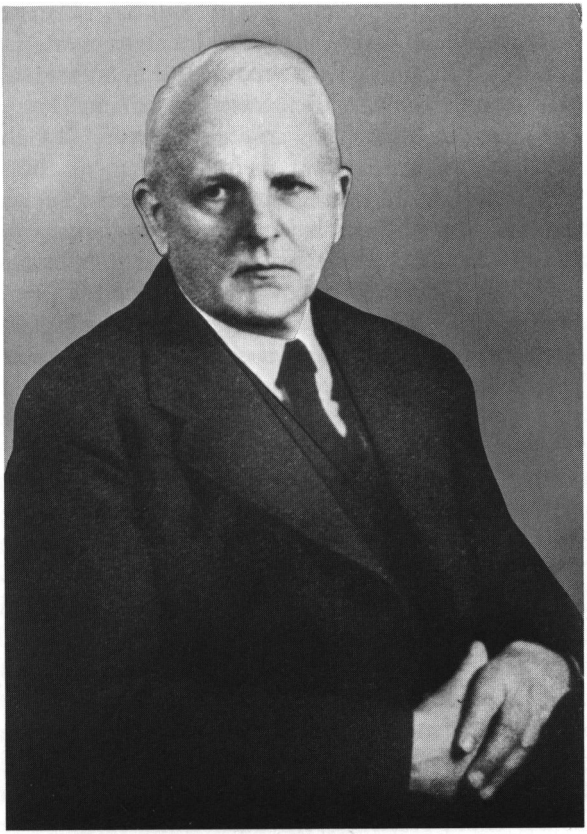
Ernst von Weizsäcker 1950.

von Weizsäcker † 1951

Lindau, 6. 8. (DPA). Der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, ist am Sonnabendabend im Lindauer Krankenhaus an einem Herzschlag gestorben. Er stand im 70. Lebensjahr. Die sterbliche Hülle von Weizsäcker wird am Mittwoch auf Schloß Solitude bei Stuttgart beigesetzt werden.

Von Weizsäcker stand seit 1920 im Dienste des Auswärtigen Amtes. Seine Laufbahn führte ihn als Konsul nach Basel, an die Gesandtschaft in Kopenhagen, nach Genf, nach Oslo und nach Bern. Nach dem Tode des Staatssekretärs von Bülow wurde von Weizsäcker stellvertretender Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin und im Frühjahr 1938 Staatssekretär. Dieses Amt übte er bis 1943 aus, als er auf eigenen Wunsch von seiner Aufgabe entbunden und zum Botschafter beim Vatikan ernannt wurde. Über den ehemaligen preußischen Minister Popitz und die beiden Diplomaten Theodor und Erich Kordt hatte von Weizsäcker Fühlung mit der deutschen Widerstandsbewegung. Vom Nürnberger Gericht wurde er verantwortlich gemacht für die Behandlung von Kriegsgefangenen und für die Judenverfolgungen. Eine große Zahl internationaler Zeugen setzte sich für von Weizsäcker ein. Als das Gericht — nicht einstimmig — von Weizsäcker zu sieben Jahren Gefängnis verurteilte, wurde dieser Spruch im In- und Auslande mit großer Kritik aufgenommen. Allgemeine Zustimmung fand es, als McCloy im Herbst 1950 von Weizsäcker begnadigte und der greise Diplomat das Landsberger Gefängnis verlassen konnte. Seitdem lebte er völlig zurückgezogen am Bodensee.

August 1951: Pressemeldung über das Ableben Ernst von Weizsäckers. Mittlerweile hatte sich die Ansicht verbreitet, Weizsäcker sei während der NS-Herrschaft „im Widerstand" gewesen.



Ernst von Weizsäcker in seinem letzten Lebensjahr (1951).

In dem Buch „Zwischen London und Moskau" (Leoni 1953) gibt Frau Annelies von Ribbentrop folgende Aufzeichnungen ihres Mannes, des einstigen Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, wieder, die dieser zur Orientierung seiner Verteidiger im Nürnberger Prozeß niedergeschrieben hatte (S. 278 ff.):

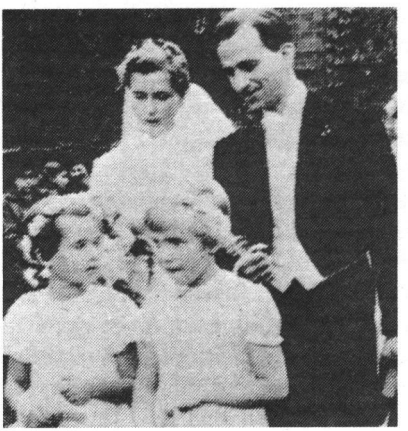
Wie ich höre, äußern sich die Herren von Weizsäcker und Dr. Erich Kordt heute so, als ob sie mir wegen der Außenpolitik des Führers offen opponiert hätten. Dazu stelle ich fest: Sowohl Herr von Weizsäcker wie Dr. Kordt haben mir bei unendlich vielen Gelegenheiten stets von neuem ihre Ergebenheit und Zufriedenheit mit den Ereignissen zum Ausdruck gebracht. Es gab kaum jemand, der mir bei außenpolitischen Erfolgen herzlicher gratuliert hätte, als diese beiden. Weizsäcker habe ich im Laufe eines Revirements zum Vatikan geschickt, weil ich in Berlin einen Staatssekretär brauchte, der mit der Partei besser verhandeln konnte. Noch vor seinem Weggang nach Rom hat mir Herr von Weizsäcker anläßlich meines 50. Geburtstages mit den herzlichsten Worten auf meine Dankansprache erwidert. Wenn er grundsätzlich mit dem Gang der deutschen Außenpolitik nicht einverstanden war, dann hat er das jedenfalls niemals in einer Aussprache mir gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wenn er das aber nur anderen hinter meinem Rücken sagte, so zeigt dies einen seltsamen Charakter und läßt entsprechend bewerten, was er anscheinend jetzt aus opportunistischen Gründen erklärt. Es muß auch beachtet werden, daß Weizsäcker über die außenpolitischen Vorgänge nur zum Teil und über das, was zwischen Adolf Hitler und mir behandelt wurde, meist gar nicht informiert war. Ich habe zwar alles getan, um Weizsäcker dem Führer näher zu bringen, aber dieser lehnte ihn ab und ich konnte nichts dagegen tun. Wenn Weizsäcker heute behauptet, ich hätte ihn vom Führer ferngehalten, so weiß er ganz genau, daß das eine Verdrehung der Tatsachen ist.
Mit Kordt habe ich über die großen Probleme der Politik kaum gesprochen. Nur an laufenden Angelegenheiten wurde er beteiligt. Auch er hat mir niemals irgendwelche Opposition zu unserer Außenpolitik zu erkennen gegeben. Er war seit 1934 bei mir und schien jahrelang Erfolge mit ganzem Herzen mitzuerleben. Ich mochte ihn nicht ungern, obwohl er mir dann und wann etwas undurchsichtig erschien. Wegen Überarbeitung habe ich ihn auf einen längeren Urlaub und später auf einen Außenposten nach Ostasien geschickt. Diese Maßnahmen hatten mit Politik nichts zu tun; Kordts Stellung war nie

bedeutend genug, daß es je zu grundsätzlichen außenpolitischen Aussprachen zwischen mir und ihm gekommen wäre.
Wenn diese Herren heute als „Zeugen" gegen mich fungieren, so ist dies eine trübe menschliche Erfahrung. Als sie jahrelang mit mir zusammenarbeiteten, haben sie ein ganz anderes Gesicht gezeigt. Aber unter der heutigen Psychose ist ja jeder Gesinnungswandel möglich und bei der Charakterlosigkeit vieler, allzu vieler Menschen wundert mich nichts mehr. Ich bin sicher, daß die Anklagebehörde mit etwas Druck von fast jedem Mitglied des Auswärtigen Amtes jede Aussage gegen mich bekommen kann, die sie haben will. Dies ist eine traurige Feststellung, aber leider eine wahre.

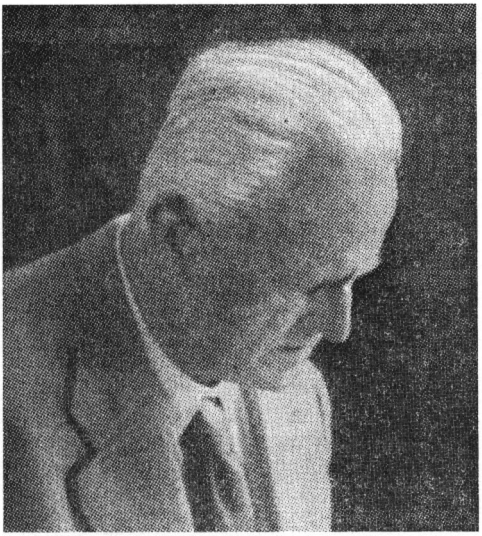
Einige Darstellungen über Ernst von Weizsäckers „Widerstandstätigkeiten" werden von dem Historiker Rainer A. Blasius in Zweifel gezogen. Er schreibt in seiner Untersuchung „Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen" (Köln 1981):
(Seite 161):
Weizsäcker ließ die Londoner Regierung Mitte Juni 1939 nicht auf die deutsch-sowjetischen Geheimverhandlungen aufmerksam machen, um somit auf einen beschleunigten Abschluß eines Bündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion zu drängen. Letzteres beabsichtigten Theodor und Erich Kordt auf eigene Initiative. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg stellten sie dann einen Zusammenhang zwischen ihren Aktionen in London und dem Verhalten Weizsäckers her, um während des „Wilhelmstraßenprozesses" – als Reaktion auf die von der Anklage gegen Weizsäcker erhobenen Vorwürfe – ein gemeinsames Handeln der „Opposition" im Auswärtigen Amt im Juni/Juli 1939 (ebenso wie im September 1938) zu Verteidigungszwecken herauszustellen.
(Seite 162):
Weizsäckers Anstrengungen zur Verhinderung eines „großen Krieges" finden ihre Erklärung darin, daß er ein Patriot war, der eine katastrophale Niederlage des Deutschen Reiches vermeiden wollte. Er verachtete zwar das nationalsozialistische Regime, ist jedoch aufgrund seines Verhaltens während der Krisen um die Tschechoslowakei und Polen nicht als ein „Mann des Widerstandes" gegen Hitler zu betrachten. Weizsäcker setzte nämlich auf die Vernunft des „Führers", und um dessen Entscheidungen glaubte er mit dem „Kriegstreiber" Ribbentrop zu ringen.

Auf Seite 157 zitiert Blasius einen Brief E. v. Weizsäckers an seine Frau vom 8. März 1949, in dem es u. a. hieß:
„Das Rothfels-Buch habe ich nur teilweise gelesen, der Artikel darüber sagt eigentlich alles Nötige. Merkwürdig wie die ‚Widerstands'-Literatur schon fast nicht mehr zu übersehen ist. Schon schreibt einer vom andern ab. Man kann gut dabei beobachten, wie geschichtliche Thesen geprägt werden. Und da sollen sich die Historiker zum Schluß herausfinden."
(Weizsäcker meinte wahrscheinlich die – erstmals 1948 veröffentlichte – Darstellung von H. Rothfels über die „Deutsche Opposition".)

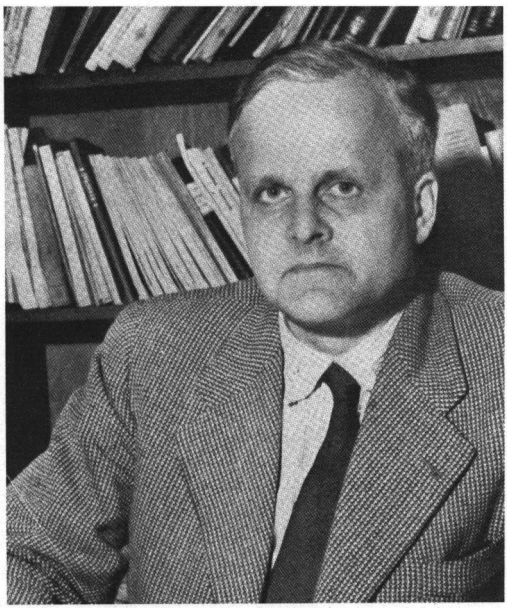
Für das von Filmer/Schwan 1984 herausgegebene Buch „Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes" formulierte Blasius wie folgt:
Erst während der Prozeßzeit wurde systematisch damit angefangen, Weizsäckers Beurteilungen der internationalen Lage 1938/39 und sein Hitler-Bild in eine andere Richtung zu drängen, um ihn zu einem „Seher" und „Mann des Widerstandes" gegen Hitler zu stilisieren.



1953: Richard von Weizsäcker heiratet Marianne von Kretschmann.



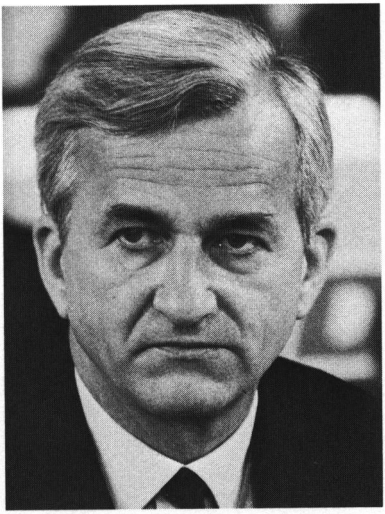
Professor Viktor von Weizsäcker Anfang der 50er Jahre.



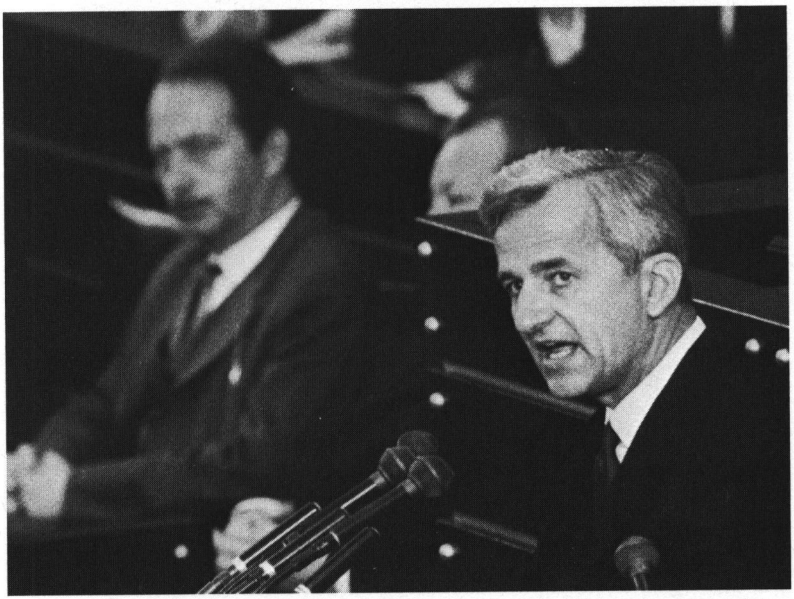
Carl Friedrich von Weizsäcker in den 50er Jahren.

Richard von Weizsäcker in den 50er Jahren. Er bekleidete maßgebliche Posten in der Industrie.

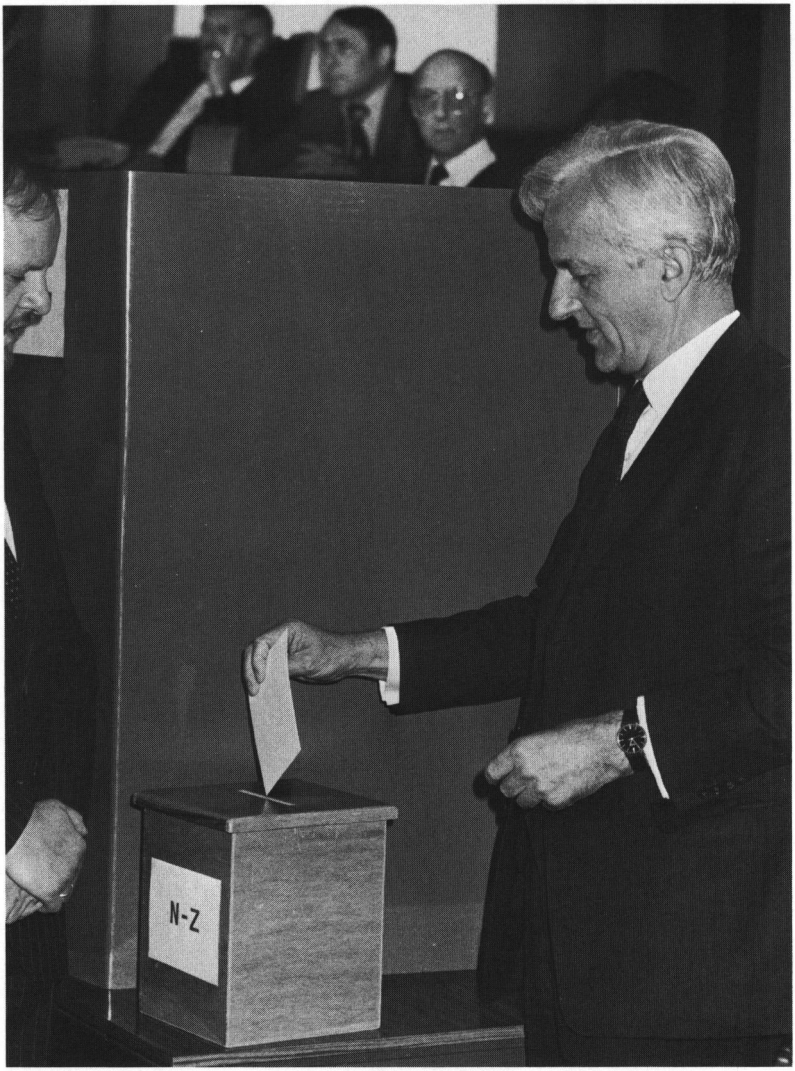
Günter Geißeler, ehemaliger Justitiar der Mannesmann AG in Düsseldorf, über seinen einstigen Juristen-Kollegen bei Mannesmann, Richard von Weizsäcker (Aus: Filmer/Schwan „Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes", S. 81):
Bemerkenswert im politischen Streit der Meinungen war seine Achtung vor dem Gegner. Ich entsinne mich noch seiner Äußerung: „Man könnte auch der SPD beitreten. Sie ist doch eine Partei mit Tradition." Im Munde eines Mannes, der der CDU angehörte und in Traditionen erzogen war, hatte das Gewicht.



Mitte der 60er Jahre schlägt Richard von Weizsäcker, die Politiker-Laufbahn ein.



Am 8. Mai 1970 sprach Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag zum Jahrestag der Kapitulation (Bild). Im Vergleich zur 8.-Mai-Rede 1985 hielt sich Weizsäcker damals mit Schuldzuweisungen an Deutschland zurück.



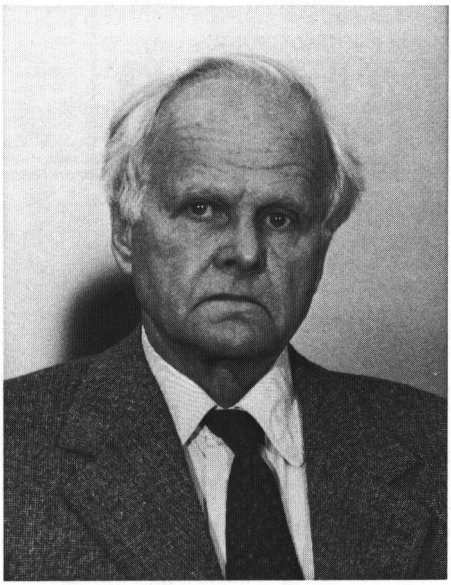
1981 wird Richard von Weizsäcker Regierender Bürgermeister von Berlin. Das Bild zeigt ihn beim Wahlgang im Rathaus Schöneberg.

Anfang 1983: Carl Friedrich von Weizsäcker (2. von links) im Beraterstab des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Carl Friedrich von Weizsäcker setzt sich lobenswerterweise für den Zivilschutz ein. Die National-Zeitung Nr. 1/1983 berichtete:
Der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder des designierten Bundespräsidenten, nennt die Vorstellung, bundesdeutsche Zivilschutzmaßnahmen könnten von der Sowjetunion als Vorbereitung auf einen Angriffskrieg aufgefaßt werden, militärisch absurd. Es sei vielmehr eine delikate politische Frage, inwieweit Moskau in forcierten westlichen Zivilschutzmaßnahmen ein Indiz der Widerstandsbereitschaft sehe. Einen totalen Atomkrieg strebten die Sowjets wohl kaum an. Dazu hätten sie ein viel zu vitales Interesse, die westeuropäische Wirtschaft in die Hände zu bekommen.
Daraus folgert von Weizsäcker, daß die Zivilschutzplanung das breite Spektrum begrenzter Waffeneinsätze in Betracht ziehen müsse. Die Planer des Bevölkerungsschutzes seien in der gleichen Lage wie der Arzt, der dem hippokratischen Eid verpflichtet ist: Wenn Mittel zur Hilfe vorhanden sind, und seien sie auch noch in mancher Hinsicht unzulänglich, dürfen sie den Mitmenschen nicht vorenthalten wer-

den. Zivilschutz sei ein humanitäres Pflichtgebot. „Die Meinung, der Friede sei gesichert, war immer ein Irrtum. Die Meinung, jeder Krieg sei so übergroß, daß es keinen Schutz gegen ihn gebe, ist ebenfalls irrig. Es macht einen Unterschied, ob wir für den Schutz etwas tun oder nicht."
Im übrigen wäre der Verzicht auf Zivilschutz ein krasser Verstoß gegen geltendes Menschen- und Völkerrecht. Nach dem Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 und den Zusatzprotokollen, deren Ratifikation die Bundesregierung vorbereitet, ist der Schutz der Zivilbevölkerung eine unverzichtbare humanitäre Pflicht.

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, über Richard von Weizsäcker (Aus: Filmer/Schwan [Hrsgb.] „Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes" [Düsseldorf 1984]):
»Von Weizsäcker gehört zum Kreis unserer verläßlichsten Partner. Ein Mann, der seine positive Einstellung zur jüdischen Gemeinde Berlin wie zu allen Juden klar und deutlich vertritt. Dem freundschaftlichen Wort ließ er während seiner Berliner Amtszeit auch Taten folgen.«
Sein Interesse an den Problemen der jüdischen Gemeinde und ihren Mitgliedern dokumentiere er durch seine Teilnahme an allen wichtigen öffentlichen Veranstaltungen der Gemeinde wie durch seinen öffentlichen Einsatz für die Belange der Juden in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe sich unmißverständlich „auf unsere Seite" gestellt, auch wenn das nicht immer bequem sei.
»Das erkennen wir hoch an. So eindeutig, wie seine Haltung zu den jüdischen Bürgern dieses Landes ist, so eindeutig ist auch seine Position gegenüber Israel . . .
Als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin habe ich seinen Weggang aus dieser Stadt, die eine so enge und besondere Beziehung zu ihren jüdischen Bürgern pflegt, sehr bedauert. Er hat das bislang von Toleranz und Kooperation geprägte Verhältnis von jüdischen und nichtjüdischen Berlinern positiv beeinflussen können. Ich habe trotzdem volles Verständnis für seine Entscheidung, das höchste Amt der Bundesrepublik anzutreten, weil ich weiß, daß es mit Weizsäcker zum allerbesten besetzt ist und davon auch wir Juden in Deutschland profitieren werden.«



Carl Friedrich von Weizsäcker in den 80er Jahren.

Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1984 schwört Richard von Weizsäcker, das Wohl des deutschen Volkes zu mehren.

DAS PARLAMENT
DIE WOCHE IM BUNDESHAUS
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang / Nr. 19 | Bonn, den 11. Mai 1985 | Einzelpreis 1,50 DM / N 5544 C

Erfolge oder Niederlagen?
Halbzeitbilanz der Bundesregierung Seiten 3—8

Neues aus den Bundesländern
Berichte unserer Landtagskorrespondenten Seiten 9—10

In der Beilage: Frankreich
Mitterrands Wirtschaftspolitik, Außenpolitik nach de Gaulle, Bindungen zur Dritten Welt, Friedensbewegung. Beiträge von H. Uterwedde, W. Woyke, H. Sieberg und J. M. Becker

Nächste Ausgabe:
Bundesratsdebatte zur Wirtschaftspolitik

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung"

Ansprache des Bundespräsidenten in der Gedenkstunde des Bundestages und Bundesrates

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft fand am 8. Mai im Plenarsaal des Bundestages eine Gedenkstunde statt. Die Präsidenten des Bundestages und Bundesrates hatten dazu eingeladen.

Die Ansprache hielt Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker. Er nannte in seiner Rede den 8. Mai 1945 einen „Tag der Befreiung" vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibe mit dem deutschen Namen verbunden. Der Bundespräsident würdigte auch den demokratischen Neuanfang und die Chancen der Freiheit in der Bundesrepublik.

Bundestagspräsident Dr. Jenninger:

Zu Beginn der Gedenkstunde sprach Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger. Er erinnerte an die Vorgeschichte und die Machtergreifung des Dritten Reiches. Es könne aber nicht den leisesten Zweifel geben, „daß hier von Anfang an Verbrecher am Werke waren". Hitlers Entschluß zum Krieg habe dann gezeigt, daß ihm das deutsche Volk im Grunde gleichgültig war. Der 8. Mai 1945 sei aber auch der Neuanfang einer demokratischen Ordnung und eine großartige Leistung des Aufbaus aus Trümmern und Ruinen gewesen.

Nachstehend werden ein Auszug aus der Rede des Bundestagspräsidenten und die Ansprache des Bundespräsidenten im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Gedenkstunde am 8. Mai im Bundestag: Bundespräsident Richard von Weizsäcker wurde beim Betreten des Plenarsaals von Bundesratspräsident Lothar Späth (l.) und Bundestagspräsident Philipp Jenninger begleitet. Hinter dem Bundespräsidenten: links Prof. Dr. Wolfgang Zeidler, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und Bundeskanzler Helmut Kohl

Nach Weizsäckers Rede am 8. Mai 1985: Titelblatt des Mitteilungsorgans der offiziösen Bonner „Bundeszentrale für politische Bildung".

Noch immer im Gespräch

Die 8.-Mai-Rede Weizsäckers erfreut sich ungeminderten Interesses

Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 hat innerhalb eines Jahres eine Bestsellerauflage von fast 1,5 Millionen Exemplaren erreicht. Noch jede Woche treffen beim Präsidialamt zehn bis 20, beim Bundespresseamt rund 160 Briefe ein, in denen sich die Verfasser meist anerkennend über sie äußern und um den Text bitten.

Zum ersten Jahrestag ist diese Rede, in der der Bundespräsident in differenzierter Weise über die deutsche Verantwortung für Kriegsverbrechen und Verfolgung gesprochen hat, von Politikern aller Fraktionen des Bundestages gewürdigt worden. Sie stimmten darin überein, daß die Rede innen- wie außenpolitisch für die Bundesrepublik ein Ereignis von herausragender Bedeutung gewesen sei. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Horst Ehmke, ist der Ansicht, daß Weizsäcker mit dieser Rede „über alle Parteien hinweg unserem Volk einen großen Dienst erwiesen hat". Die große Resonanz mache deutlich, daß es für viele Menschen nicht ein „dumpfes Abschalten" gebe, wenn es um die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit gehe. Weizsäckers Gedanken sollten „die gemeinsame Grundüberzeugung der deutschen Demokraten" sein. Es sei bedeutsam, wenn damit ein Vertreter des konservativen Lagers im eigenen Land und in der Welt soviel Widerhall finde.

Die Beantwortung der Briefe – das Präsidialamt erhielt bisher rund 50 000, das Presseamt etwa 100 000 – erforderte zeitweise Überstunden. Jeder Briefschreiber erhielt mit der Antwort ein Redeexemplar oder mehrere. Eine persönliche Erwiderung des Bundespräsidenten war nur in einzelnen Fällen möglich. Neben der Druckauflage, an der die Bundeszentrale für politische Bildung mit 863 000, das „Bulletin" der Bundesregierung mit 325 000 und das Presseamt mit 100 000 Stück beteiligt waren, gibt es von der Rede auch Schallplatten und Kassettenaufnahmen. Philipps hat 20 000 Langspielplatten gratis vor allem an Schulen vergeben, der Hanseatische Tonträger-Verlag vertreibt für 12,90 Mark die Platte „Die Rede". Inzwischen liegt sie auch als Bandaufnahme und als Videokassette in großer Auflage vor.

Die Rede, in der Weizsäcker für die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eintritt, ist auch schon Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten. Die Schülerin Astrid Nathus aus Düren hat sie im Rahmen ihres Abiturs einer 50seitigen Analyse unterzogen. Der Berliner Arno Schellenberg schreibt über sie eine Diplomarbeit. Die ursprüngliche Absicht des Präsidialamts, die Briefe einer Universität zur wissenschaftlichen Auswertung zu überlassen, wurde zunächst zurückgestellt.

Sehr stark war auch das Echo im Ausland, besonders in den USA und in Japan, wo große Zeitungen ausführlich über die Rede berichteten. Unter den Briefschreibern waren zahlreiche Juden und jüdische Organisationen, die ihre Genugtuung über die ausgewogene Art ausdrückten, in der sich Weizsäcker mit ihrem Schicksal beschäftigte.

Die Rede ist inzwischen in zwölf Sprachen übersetzt. 3000 Exemplare in Russisch und Englisch wurden von der DGB-Jugend auf den Weltjugendfestspielen in Moskau verteilt. Prinz Claus der Niederlande, der eine eigene Übertragung anfertigte, nannte die Rede eine Erleichterung für seine Rolle als Deutscher in Holland. Ein in New Jersey lebender ehemals deutscher Jude schickte zum Dank 40 weiße Rosen.

Die nachhaltige Wirkung der Rede Weizsäckers im Ausland machte sich bei seinen Staatsbesuchen in Holland, Israel und Österreich bemerkbar. Aber auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung wird immer wieder auf sie zurückgegriffen. Das zeigte sich besonders deutlich bei den Bundestagsdebatten über den Antisemitismus und über das geplante Mahnmal für die Opfer der Kriege und der Verfolgungen.

Wolfram Weidner

Selbst noch ein Jahr später weckte Weizsäckers 8.-Mai-Rede Begeisterung zahlreicher Organe (hier: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 30. Mai 1986). Daß es auch viele Stimmen der Kritik gab, wird nicht erwähnt.

Ein Aristokrat wurde zum Stolz der Republik

Richard Freiherr von Weizsäcker ist seit einem Jahr Bundespräsident

Von Werner Meyer

Er sah schon immer so aus, als sei er in der Villa Hammerschmidt geboren, dem Sitz des Bundespräsidenten. Genau ein Jahr ist es nun her, daß Richard Freiherr von Weizsäcker dort der Hausherr wurde, daß er ein machtloses Amt übernahm und zur Überraschung aller mit neuen Konturen zu füllen begann. Die Richtlinien der Tagespolitik bestimmt ein anderer,

Seite 6 • BILD • München, 29. Juni 1985

Ein Jahr im Amt

Mit Weizsäcker über den Wolken

Von INGRID GALLMEISTER

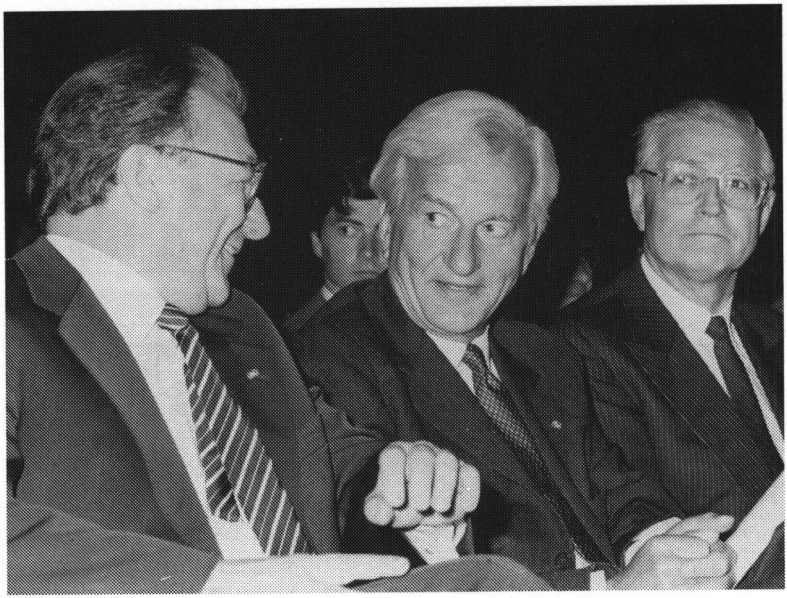
Er zeigt seinen Führerschein. Das Foto ist etwa 30 Jahre alt – Richard v.Weizsäcker mit 35, das Gesicht schmaler, die Haare dunkler. **„Ich hab' ihn seit 1939, bin immer unfallfrei gefahren"**, sagt der Bundespräsident, **„trotzdem läßt meine Kinder so erzogen, daß wir immer auf dem Boden bleiben,"** sagte Weizsäcker. **„Mein Vater war schon stolz, als ich die ersten Schritte tat, ein paar gute Zeugnisse bekam. . ."**

Kleine Fältchen um die blauen Augen

Er lacht, hat kleine Fältchen um die schwarzbewimperten blauen Augen, sagt: **„Aber auch als Bundespräsident kann ich viel bewegen.** Sehen Sie, meine Rede zum 8.Mai, die so viel Aussehen erregte."

Sein Privatleben sei weniger geworden. „Ich komme oft erst kurz vor Mitter-

Richard von Weizsäcker im Spiegel gewisser Massenmedien.



Richard von Weizsäcker beim internationalen Historikerkongreß am 25. August 1985 in Stuttgart.

Beim 7. Weltkongreß der Germanisten Ende August 1985 hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Rede, in der er sogar Goethe in Zusammenhang mit NS-KZ brachte. Weizsäcker sagte u. a.:
40 Jahre nach dem Ende des Krieges versammeln sich die Germanisten aus 50 Ländern zum ersten Mal in Deutschland. Wir wissen, warum Sie nicht früher gekommen sind. Ihre Vorgänger und manche von Ihnen haben in den Jahren des Hitler-Reiches den ungeheuren Widerspruch ertragen und erleiden müssen, daß das Land, dessen Sprache und Kultur sie liebten, dem sie ihre Arbeit, ja ihr Leben gewidmet hatten, zum Repräsentanten dessen wurde, was sie fürchten und bekämpfen mußten.
Buchenwald lag in der Nähe des Ettersberges, von dem Goethe so oft ins thüringische Land geschaut hatte. Seine Sprache, die Sprache von Martin Luther und Friedrich Hölderlin, von Karl Marx und Thomas Mann, von Hugo von Hofmannsthal und Sigmund Freud wurde von Unmenschen und Verbrechern mißbraucht und geschunden.
Die außerdeutschen Universitätslehrer der deutschen Sprache und Li-

Richard von Weizsäcker besuchte im Oktober 1985 Israel. Die National-Zeitung stellte das Bild mit folgendem Kommentar vor:
Zwei Staatsmänner, zwei Welten: Vorn Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der dem deutschen Volk „Kollektivverantwortung" für Ungerechtigkeiten vor über 40 Jahren zuschanzen möchte. Hinter dem Bundespräsidenten der israelische Staatspräsident Chaim Herzog, der stets als Verteidiger seines Volkes auftritt und dem der Gedanke vollkommen absurd erscheint, Ankläger des eigenen Volkes zu sein. Hoffentlich haben wenigstens die Kinder des Bundespräsidenten etwas von dieser nationalen Haltung gelernt. Denn Tochter Marianne von Weizsäcker und Sohn Fritz haben lange in einem Kibbuz gelebt. Fritz von Weizsäcker war darüber hinaus mehrere Monate am israelischen Weizmann-Institut.

teratur haben in jenen Jahren erfahren und so wenig wie ihre Schüler je wieder vergessen, daß von dem gleichen Land, aus dem Kants Schrift „Zum ewigen Frieden" und Lessings „Nathan" zu ihnen gekommen war, nun verübt wurde, was in Guernica, Coventry, Leningrad und Auschwitz geschah. Sie haben erlebt, wie die Nationalsozialisten das große geistige Vermächtnis dieses Landes für sich in Anspruch nahmen und es als Wasser auf ihre Todesmühlen leiteten . . . Besonders habe ich mich darüber gefreut, daß auch die Jiddisten an diesem Kongreß teilnehmen und daß der Jiddistik hier ein so starker und bedeutender Akzent verliehen wird. Es ist für einen Deutschen

ein tief tröstlicher Gedanke, daß Sie bereit sind, sich wieder mit der germanistischen Wissenschaft zusammenzutun.
Die Dankbarkeit hierfür entspringt hauptsächlich nicht der Wissenschaft, sondern dem Gewissen. Und es wäre gut, wenn dieser Kongreß dazu beitrüge, die große jiddische Literatur in Deutschland noch weiter zu verbreiten. Denn in ihr sind Geist, Tradition und Menschlichkeit eines großen Teiles der europäischen Judenheit aufbewahrt und leben in ihr fort.
Die Trauer um das Geschehene wird wahrer und tiefer, wenn man dem geistigen und seelischen Reichtum dieser Literatur begegnet ist.

Am 4. Oktober 1985 berichtete die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" aus Bonn:
Die erste Reise eines deutschen Bundespräsidenten nach Israel ist zugleich der vierte Besuch Richard von Weizsäckers im jüdischen Staat . . .
Von Weizsäcker kann auf eine Reihe von Berührungspunkten mit Israel zurückblicken. Er besuchte das Land zum Begräbnis Ben Gurions im Jahre 1973, wenige Jahre später als Privatmann und 1982 als Regierender Bürgermeister von Berlin. Seine Tochter Marianne und sein Sohn Fritz haben in einem Kibbuz gelebt. Sohn Fritz verbrachte auch mehrere Monate am Weizmann-Institut.

Richard von Weizsäcker besucht die Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem in Jerusalem.

Richard von Weizsäcker in Jerusalem.. Im Hintergrund die Klagemauer.

THE EXECUTIVE COUNCIL OF
THE WEIZMANN INSTITUTE OF SCIENCE
AT THE INSTANCE OF THE SCIENTIFIC COUNCIL
HEREBY CONFERS ON
DR. RICHARD VON WEIZSÄCKER
PRESIDENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
THE DEGREE OF
DOCTOR OF PHILOSOPHY HONORIS CAUSA
IN RECOGNITION OF THE OUTSTANDING SERVICES HE HAS RENDERED TO THE CAUSE OF DEMOCRACY-IN-ACTION BOTH IN HIS NATIVE LAND AND BEYOND ITS BORDERS, OF HIS EARNEST AND HIGHLY EFFECTIVE EFFORTS ON BEHALF OF THE MAINTENANCE AND THE STRENGTHENING OF THE IMPORTANT AND FRUITFUL BONDS THAT LINK THE SCIENTISTS OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THOSE OF THE WEIZMANN INSTITUTE OF SCIENCE – AND THUS OF HIS GREAT CONTRIBUTION TOWARDS THE REINFORCEMENT OF THE TIES BETWEEN GERMANY AND ISRAEL IN GENERAL; AND OF HIS ABIDING AND DEEP-SEATED INTEREST IN THE CONTINUING AND POSITIVE INTERACTION – ALWAYS FOR THE GREATER GOOD OF MANKIND – BETWEEN SCIENCE AND ENLIGHTENED GOVERNMENT.

REHOVOT, ISRAEL
OCTOBER, 1985

MICHAEL SELA
PRESIDENT

לד"ר ריכרד פון ויצקר

Wegen seines Vaters gab es in Israel Schwierigkeiten um die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Richard von Weizsäcker. An der Universität Jerusalem kam es zu Protesten. Schließlich erhielt Richard von Weizsäcker den Ehrendoktor des Weizmann-Instituts.

Anläßlich seines Israel-Besuches im Oktober 1985 erklärte Richard von Weizsäcker unter anderem:
Unsagbares haben Juden erlitten. Sie können und sie werden es niemals vergessen.
Für uns Deutsche gilt nichts anderes. Wir haften nicht nur für die Folgen dessen, was geschehen ist. Sondern unsere Geschichte wäre zu Ende, wenn wir versuchen würden, die Jahre des Schreckens aus unserem Bewußtsein zu tilgen.
Der Holocaust ist ein Ereignis in der Geschichte, das die Identität der Juden und der Deutschen in ihrem Kern beeinflußt hat und immer beeinflussen wird . . .
Der bewundernswerte Aufbau (Israels) ist, wie mir scheint, undenkbar ohne den jüdischen Glauben. Israel hat uns das Geheimnis des einen Gottes gebracht. In ihm hat es sein Wesen bewahrt und seine Prüfungen bestanden. Stets gegenwärtig ist die Erinnerung an das Wirken Gottes mit seinem Volk in der Geschichte.
Am Volke Israel lernen wir den Zusammenhang von Leiden und Vertrauen: ,,Israel ist das Volk der Hoffnung, sie gibt seiner ganzen Geschichte ihre Einheit', hat Karl Barth gesagt.
Der Glauben der Juden ist ein Teil unseres Glaubens geworden. Wer versucht, ein Christ zu sein, wird scheitern, wenn er vom Gott der Juden nichts weiß.

Israels Staatspräsident Chaim Herzog äußerte anläßlich des Besuches von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Jerusalem am 8. Oktober 1985 u. a. (zit. nach Bulletin der Bundesregierung vom 16. 10. 1985):
Sie, Herr Bundespräsident, haben sich in der Vergangenheit mit der Sache Israels identifiziert und Ihre Freundschaft zu unserem Lande bekundet. Bereits jetzt und für die Zukunft besetzen Sie einen besonderen Platz in der Geschichte Ihres Volkes und in der Geschichte unserer gemeinsamen Erfahrung, dank jener sehr großen Ansprache, die Sie anläßlich des 40. Jahrestages des 8. Mai 1945 hielten, dem Tag der Befreiung der Menschheit von Tyrannei und Unterdrückung, von Jahren der Finsternis und Unmenschlichkeit, dem Tag des Neubeginns für Europa und für Deutschland.
Mit dieser unvergeßlichen Rede an den Bundestag, die in der Geschichte verzeichnet werden wird, haben Sie eine höchst bedeutungsvolle Rolle auf sich genommen. Wahrlich, dieser Rede gebührt die häufig mißbrauchte Bezeichnung ,,historisch". Denn, wie Sie es aus-

drückten: „Wir brauchen und haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit." Und wenn ich im Laufe dieses Besuches auf Ihre Erklärung zurückkomme, so tue ich dies, ohne mich dafür zu entschuldigen. In der Zukunft wird niemand das Problem unserer Beziehungen erörtern können, ohne auf diese Ansprache zurückzugreifen.

Richard von Weizsäcker bei der Augsburger Brecht-Ausstellung.

Die Deutsche Wochen-Zeitung kommentierte:
„Bewährung liegt noch vor uns" lautete das Motto der diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit". Und bei der Festveranstaltung in Duisburg ergriff der oberste Bewährungshelfer der Nation, Richard von Weizsäcker, das Wort. Er erflehte „Vergebung" von Juden, Zigeunern, „unseren Mitbürgern muslimischen Glaubens", von der ganzen Welt für deutsches Unrecht. Freigiebig wie nie zuvor gebrauchte er das Wort „wir". Und wenn ein Unrecht partout nicht den Deutschen anzulasten ist, bläst er die Kollektivschuldbekundung ins Gigantische auf: „Haben Juden unseren Herrn umgebracht, wie es unter Christen so oft heißt? Nein, wir Menschen haben ihn getötet." . . . Gewiß ist es nicht ehrenrührig, Regimentsadjutant der Wehrmacht gewesen zu sein; auch nicht, sich schützend vor den Vater zu stellen, der wegen Holocaust-Vorwurfs von den Alliierten zu Zuchthaus verurteilt wurde. Schlimm aber ist es, an der Spitze des Staates zu stehen und sich nicht etwa als Rechtsanwalt, sondern als Ankläger des Volkes zu betätigen, um dann schließlich huldvoll den Bewährungshelfer zu mimen.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Seidl, Verteidiger von Rudolf Heß seit den Tagen des Internationalen Militärtribunals und 1977/78 bayerischer Innenminister, nahm wie folgt zu Bundespräsident von Weizsäckers Weihnachtsansprache den Fall Heß betreffend Stellung (zitiert nach National-Zeitung vom 10. Januar 1986):

Als Verteidiger von Rudolf Heß in dem Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg begrüße ich es natürlich, daß sich nach den früheren Bundespräsidenten und nach allen Bundesregierungen auch Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker in seiner Weihnachtsansprache für die Freilassung des nun 92 Jahre alten und fast völlig erblindeten Rudolf Heß aus dem Gefängnis in Berlin-Spandau nach einer Haft von mehr als 44 Jahren ausgesprochen hat.

Nicht unwidersprochen bleiben kann allerdings, was der Bundespräsident zur Verurteilung von Rudolf Heß durch das IMT im Jahre 1946 gesagt hat. Er meinte:

„Als Hitlers Stellvertreter wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Das entspricht unserem Rechtsempfinden."

Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß Rudolf Heß nur Stellvertreter Hitlers in dessen Eigenschaft als Parteivorsitzender war, nicht aber in seinen Funktionen als Staatsoberhaupt, Reichskanzler und Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Tatsächlich wurde aber in Nürnberg – weder in dem Prozeß vor dem IMT noch in einem der zwölf Nachfolge-Prozesse – kein Angeklagter wegen der Stellung verurteilt, die er in der nationalsozialistischen Hierarchie eingenommen hat. Ein Angeklagter konnte nur wegen bestimmter Handlungen verurteilt werden, die nach Ansicht des Tribunals den Tatbestand eines Verbrechens erfüllten. Dies gilt natürlich auch für den Fall Rudolf Heß.

Heß wurde freigesprochen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben und mit der Begründung zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, an der Planung, Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges – Verbrechen gegen den Frieden – teilgenommen zu haben. Diese Teilnahme wurde in folgenden Handlungen erblickt:

– Die Unterzeichnung des Gesetzes zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
– Der Aufruf an die deutsche Bevölkerung, Opfer für die Rüstung zu bringen („Kanonen statt Butter").
– Die angebliche Kenntnis Hitlerscher Aggressionspläne.
– Die Anwesenheit in Österreich und Mitunterzeichnung des Geset-

zes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich am 13. März 1938.
– Die Unterzeichnung des Erlasses zur Einsetzung einer Regierung des Sudetenlandes am 14. April 1939.
– Die positive Bewertung des Angebots der Reichsregierung an Polen in einer öffentlichen Rede am 27. August 1939.
– Die Unterzeichnung der Erlasse zur Eingliederung Danzigs und zur Schaffung eines polnischen Generalgouvernements.
Es ist schon zweifelhaft, ob diese Handlungen den Tatbestand eines „Verbrechens gegen den Frieden" im Sinne des Statuts der Siegermächte für das IMT vom 8. 8. 1945 erfüllen, das die Rechtsgrundlage für den Prozeß bildete. Vor allem aber hat es bei Ausbruch des Krieges im September 1939 keinen Satz des Völkerrechts gegeben, nach dem ein Staatsoberhaupt, Minister, General oder anderer staatlicher Organträger wegen einer solchen Handlung persönlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnte. Es wurde immer nur der gewaltübende Staat haftbar gemacht, also z. B. zur Leistung von Reparationen herangezogen. Dies ist völlig unbestritten und auch die Rechtsansicht der Bundesregierung. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat sich in seinem Urteil vom 24. 2. 1981 – Az.: BVerwG 7 C 60.79 – unter Hinweis auf die völkerrechtliche Literatur dieser Rechtsansicht angeschlossen.
Einen solchen Rechtssatz – „Verbrechen gegen den Frieden" – gibt es auch heute noch nicht. Auch die Praxis der Staaten ist in dieser Frage völlig eindeutig. Bei keinem der zahlreichen seit 1945 geführten Kriege wurde auch nur erwogen, die für diese Kriege verantwortlichen Staatsmänner persönlich und strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen und vor ein internationales Strafgericht zu stellen. Dies gilt auch und nicht zuletzt für die Kriege, an denen die Mächte beteiligt waren, die in Nürnberg als Gesetzgeber, Ankläger und Richter auftraten.
Rudolf Heß wird also seit 44 Jahren ohne Rechtsgrund gefangengehalten. Darauf hätte der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache vor allem hinweisen müssen.

Anläßlich seines England-Besuches hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 2. Juli 1986 vor beiden Häusern des Parlaments eine Ansprache. Er sagte unter anderem:
Lord Chancellor, Mr. Speaker, Prime Minister, My Lords, Members of the House of Commons, Ladies and Gentlemen!

Von Herzen danke ich den Mitgliedern beider Häuser des Britischen Parlaments für ihre Einladung. Es ist das erste Mal, daß ein deutsches Staatsoberhaupt die Gelegenheit erhält, hier zu sprechen. Ich betrachte dies als Ehre für mein Land und nehme es als ein bewegendes Zeichen der Freundschaft unserer Völker und des glücklichen Standes unserer Beziehungen. Im Namen aller meiner Landsleute danke ich Ihnen und grüße Sie herzlich . . .

Wir haben die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Die schrecklichen Folgen der Zerstörung einer parlamentarischen Demokratie haben wir Deutschen bitter erfahren, als wir zuerst die Freiheit und dann den Frieden und die Einheit verloren.

Mich bewegt in dieser Stunde die schmerzliche Erinnerung an das Leid der Menschen unter Gewalt und Krieg bei Ihnen und bei uns. Auch Teile dieses ehrwürdigen Gebäudes wurden vor 45 Jahren durch Bomben in Schutt und Asche gelegt.

Aber die Kraft der Freiheit war stärker als die Tyrannei. Was wäre aus Europa heute geworden, hätte Ihr Volk damals nicht so mutig widerstanden, zeitweise ganz allein? Was wäre die Folge gewesen, wenn es nicht die Kraft gefunden hätte, seine Existenz aufs Spiel zu setzen, um für seine Überzeugungen einzustehen und um die Hoffnung aller europäischen Völker auf eine bessere Zukunft in Freiheit zu bewahren? Großbritannien braucht seine europäische Berufung nicht zu beweisen.

Ein Aufruf des Bundespräsidenten.

Im folgenden sind einige typische Antworten des Bundespräsidenten auf Proteste und Anfragen nationalbewußter Bürger dokumentiert:

Der Bundespräsident Bonn, den 4. März 1985

Herrn
[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

Ihren Brief vom 12. Januar 1985 habe ich aufmerksam gelesen. Wenn ich von dem unermeßlichen Leid sprach, das Polen und Russen zugefügt worden ist, so dachte ich vor allem an die über 25 Millionen Menschen aus diesen Völkern, die im letzten Weltkrieg ihr Leben lassen mußten.

Sie haben recht, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages völkerrechtlich fortbesteht. Diesen Friedensvertrag können wir heute noch nicht erreichen. Trotzdem schulden wir unseren Nachbarvölkern eine Erklärung darüber, wie wir hier und heute und in der unmittelbaren Zukunft mit ihnen zusammenleben möchten. Hierzu hat die Bundesregierung wiederholt erklärt, daß sie politische Fragen nicht durch Gewalt oder die Androhung von Gewalt lösen will. Sie hat sich ferner dazu bekannt, daß Grenzen unverletzlich sein müssen. Diese Position teile ich voll und ganz. Sie betonen, daß Sie in Frieden und Freiheit leben wollen. Dies ist unser aller Wunsch. Er wird sich aber nur auf Dauer erfüllen lassen, wenn wir bereit sind, auch den Wunsch unserer Nachbarn nach einem Leben in Frieden und Freiheit zu respektieren. Nur wenn wir hierzu bereit sind, werden wir uns das erforderliche Vertrauen erwerben, das eines Tages die Grundlage für einen Friedensvertrag werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

Der Bundespräsident

Bonn, den 13. Mai 1985

Sehr geehrter Herr .

für Ihren Brief vom 23. April danke ich Ihnen. Auf Ihre Fragen möchte ich Ihnen mitteilen, daß mein Vater an der sogenannten Wannseekonferenz nicht teilgenommen hat. Er hat nicht nur das Protokoll nicht geführt, sondern die nach der Konferenz versandten Exemplare des Protokolls auch nie während seiner Amtszeit gesehen. Dies ist im Nürnberger Verfahren noch einmal eindeutig bestätigt worden.

Im übrigen hat er mehr als einmal geäußert, daß er zwar über die Existenz und die entsetzlichen Methoden der Vernichtungslager keine amtlichen Informationen hatte, daß auch seine Phantasie nie dazu ausgereicht hatte, sich vorzustellen, was der Öffentlichkeit und auch ihm nach Kriegsende bekannt wurde, daß er aber immer das Schlimmste befürchtete und alles, was er amtlich tat, nach diesen Befürchtungen zu orientieren sich bemühte.

Mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

Der Bundespräsident Bonn, den 24. März 1986

Sehr geehrter Herr [redacted],

für Ihren ausführlichen kritischen Brief vom 4. Januar 1986 danke ich Ihnen sehr.

Mit meinem Eintreten für die Freilassung von Rudolf Heß aus seiner Spandauer Haft wollte ich zweierlei:

Zum einen wollte ich auf grundlegende Prinzipien eines humanen Strafvollzugs hinweisen. Rudolf Heß ist nunmehr seit fast 45 Jahren in Haft. Bei allen zivilisierten Staaten ist es üblich, daß selbst zu lebenslangem Freiheitsentzug Verurteilte nach 20 bis 30 Jahren aus der Haft entlassen werden. Dieses entspricht einem Gebot der Menschlichkeit, das auch für Rudolf Heß gelten muß. Ein gnadenloses Recht ist eines Rechtsstaates unwürdig. Mit dem Eintreten für Rudolf Heß plädierte ich für ein Recht, das, anders als das gnadenlose Unrecht des Nationalsozialismus, sich der Gnade öffnet.
Zum anderen wollte ich natürlich die wenn auch kleine Chance für eine Entlassung von Heß nutzen. Das Nürnberger Urteil kann durch deutsche Gerichte nicht aufgehoben werden, sondern nur durch ein Gericht, das aus den vier Siegermächten bestünde. Eine Erörterung der juristischen Aspekte des Nürnberger Urteils gegen Rudolf Heß hätte weder dem Sinn der Weihnachtsansprache gedient, noch hätte es die Situation von Rudolf Heß verbessert - im Gegenteil. Wenn man um Gnade bittet, muß man zunächst das Recht als Recht anerkennen.

Rudolf Heß war ein unbedingter fanatischer Anhänger der Person und der Politik Hitlers. Seine kritik- und bedenkenlose Unterstützung hat viel zur Durchsetzung des "Führerkults" in Deutschland beigetragen. Dadurch hat er an weithin sichtbarer Stelle an der Errichtung des furchtbarsten Unrechtsregimes unserer Geschichte mitgewirkt. All dies sind keine juristischen, sondern historische Tatbestände, die mit strafrechtlichen Normen nicht zu fassen sind. Dies entbindet uns jedoch nicht davon, ein gerechtes historisches Urteil über Rudolf Heß zu fällen. Unser historischer Gerechtigkeitssinn zwingt uns, so meine ich, dazu, das Nürnberger Urteil gegen Rudolf Heß, unbeschadet aller juristischen Problematik, die ich durchaus sehe, als gerecht anzuerkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Richard v. Weizsäcker

Der Bundespräsident

Bonn, den 28. April 1986

Herrn
[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

für Ihren Brief vom 14. März 1986 danke ich Ihnen sehr.

Es lassen sich viele Gründe aufführen, die nachträglich dazu dienen können, die Ereignisse zur Jahreswende 1932/1933 zu erklären. Die außenpolitische Diskriminierung Deutschlands durch den Versailler Vertrag war sicherlich eine schwere Belastung der Weimarer Republik. Dennoch halte ich es für unzureichend, Hitlers "Machtergreifung" allein auf den Versailler Vertrag zurückzuführen. Hitlers Putschversuch vom November 1923, der noch ganz im Schatten von Versailles stand, scheiterte.

Hitlers eigentliche Chance kam erst zehn Jahre später. Wenn es im Laufe des Jahres 1932 vielen Deutschen schien, daß es nur noch eine Wahl zwischen Nationalsozialismus oder Kommunismus, beides erklärte Gegner der Demokratie, gebe, so zeigt dies, daß damals zu wenige Menschen mit Überzeugung und mutiger Verantwortung bereit waren, für die Werte und die Ziele der Demokratie einzutreten.

Es hilft uns nicht weiter, wenn wir versuchen, historische Erkenntnis einseitig mit den Vorzeichen der Schuldzuweisung oder der Rechtfertigung auszuwählen, wenn wir in der Geschichte nur das Belastende oder Entlastende suchen. Die von Ihnen zusammengetragene Dokumentation zum Ersten Weltkrieg ließe sich beispielsweise durch die Dokumente ergänzen, die Fritz Fischer in seinem Buch "Der Griff nach der Weltmacht" zusammengestellt hat, obwohl ich weiß, daß seine Deutung bemerkenswerte Kritiken ausgelöst hat.

In meiner Ansprache zum 8. Mai hatte ich dazu aufgefordert, der Vergangenheit mit Wahrhaftigkeit und Unvoreingenommenheit zu gedenken. Wir sollten bestrebt sein, das, was geschehen ist, so zu erkennen, wie es tatsächlich war und weshalb es so hat kommen müssen. Es geht nicht darum, nachträglich Schuld neu zu verteilen oder geschichtliche Erkenntnisse zu revidieren; entscheidend bleibt, daß wir aus der geschichtlichen Erinnerung die Maßstäbe gewinnen, mit denen wir unserer Verantwortung vor der Zukunft gerecht werden können, indem wir dafür sorgen, daß sich solches Unheil niemals wiederholt.

Mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

Der Bundespräsident

Bonn, den 14. April 1986

Herrn
[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

für Ihre Anfrage vom 2. April bin ich Ihnen sehr dankbar, weil Sie mir damit Gelegenheit geben, eine mich betreffende mißverständliche Darstellung richtigzustellen. Die von Ihnen erwähnte, hier und da kursierende Behauptung ist auf das Buch von Werner Fillmer und Heribert Schwan zurückzuführen, in dem mein Kriegsende nicht ganz zutreffend beschrieben worden ist. Ich wurde im April 1945 aus Ostpreußen mit einer leichten Verwundung evakuiert und über Kopenhagen zu meinem Ersatztruppenteil nach Potsdam transportiert. Von dort wurde ich wegen meiner Verletzung nach Hause, nach Lindau am Bodensee, geschickt. Nachdem die Alliierten Truppen, in diesem Fall die Franzosen, in Lindau eingerückt waren - nicht vorher - verwandelte ich mich dort selbst in einen Zivilisten, um nicht in Gefangenschaft zu geraten.

Mit allen guten Wünschen und

mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

Der Bundespräsident

Bonn, den 1o. Juni 1986

Herrn
[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

für Ihren Brief vom 11. Mai danke ich Ihnen.
Am 8. Mai 1985 bestand meine Aufgabe nicht darin, über meine Familie zu sprechen.

Mein Vater hat sich dazu entschlossen, während des Dritten Reiches im Amt zu bleiben, weil er verhindern wollte, daß es zu einem Kriegsausbruch und später zu Kriegsausweitungen kommt. Dafür hat er den Anschein auf sich genommen, den ihm viele zum Vorwurf machen. Niemand hat genauer gewußt als er, daß er mit seiner Zielsetzung gescheitert ist. Daß ihm aber die Nachwelt deswegen einen Prozeß machte, war in der Tat so zu bezeichnen, wie Churchill es vor dem Unterhaus getan hat, nämlich "ein tödlicher Irrtum".

Sie fragen nach meiner eigenen Militärzeit. Ich bin als Rekrut im Herbst 1938 beim IR 9 in Potsdam Soldat geworden. Bei diesem Regiment war ich während des ganzen Krieges,

unterbrochen durch Verwundungen und einmal durch eine achtmonatige Abkommandierung ins Hauptquartier des Heeres, wo ich als Ordonnanzoffizier bei General Matzki, dem späteren ersten Kommandeur des Bundesgrenzschutzes, arbeitete. Im übrigen habe ich den ganzen Polenfeldzug und den ganzen Rußlandfeldzug mitgemacht. Mein letzter Dienstgrad war Hauptmann der Reserve und Regimentsadjutant. Nach einer letzten Verwundung kam ich über mein Ersatztruppenteil nach Süddeutschland. Dort habe ich nach Besetzung durch die Siegermächte (in der französischen Zone) die Uniform ausgezogen und habe mich der Kriegsgefangenschaft entzogen.

Mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

190

Der Bundespräsident

Bonn, den 30. Juni 1986

Herrn
[redacted]

Sehr geehrter Herr [redacted]

für Ihren Brief vom 12. April 1986 sage ich Ihnen Dank.

Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß Versöhnung nur aus bewußtem Vergeben auf allen Seiten wachsen kann. Der Weg dahin führt über die Wahrhaftigkeit.

In meiner Weihnachtsansprache war ich dafür eingetreten, Rudolf Heß die Gnade eines menschenwürdigen Lebensabends zu gewähren. Auch wenn Kritik an der alliierten Rechtsprechung des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg berechtigt erscheint, entbindet uns solche Kritik nicht von der Pflicht zu einem Urteil nach eigenen Maßstäben. Als engster Vertrauter Hitlers unterstützte Heß dessen Ziele und Methoden vorbehaltlos. In irregeleitetem Fanatismus baute er den Führerkult auf und setzte ihn gegen vielfältige Widerstände durch. Damit ebnete er den Weg für eine auf Willkür und Unrecht gegründete Diktatur.

Heß aus dem Spandauer Gefängnis zu entlassen kann und darf deswegen nicht bedeuten, ihn aus der Verantwortung für das zu entlassen, was er getan hat. Die weitere Vollstreckung der Freiheitsstrafe unter verschärften Bedingungen bis ins hohe Greisenalter halte ich jedoch für nicht vereinbar mit unseren Vorstellungen von Humanität und Recht. Deshalb hatte ich dazu aufgerufen, Heß auf dem Gnadenwege zu entlassen.

Mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker

Einem Bürger, der ihm das Rundtelegramm seines Vaters vom 3. September 1939 ins Gedächtnis rief (Ernst von Weizsäcker hatte darin Englands Kriegsschuld konstatiert), antwortete der Bundespräsident wie folgt:

Der Bundespräsident

Bonn, den 22. Juli 1986

Herrn
[redacted]

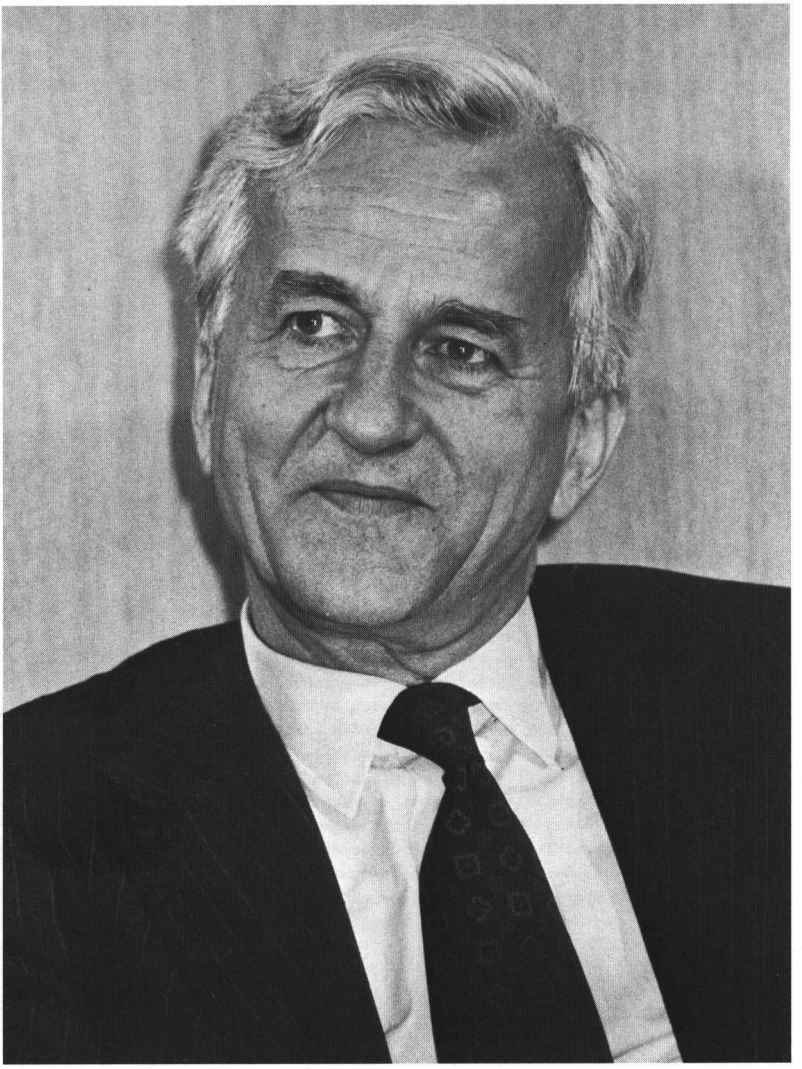
Sehr geehrter Herr [redacted]

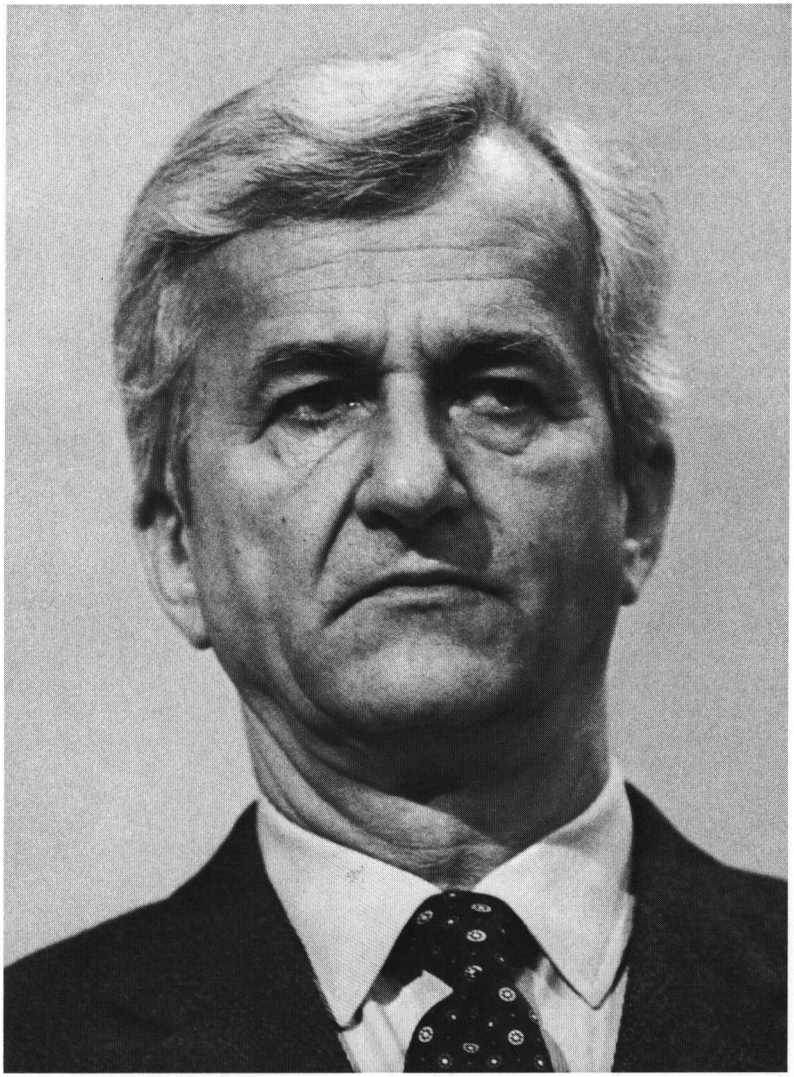
für Ihren Brief vom 7. Juli danke ich Ihnen vielmals. Das Rundtelegramm vom 3. September 1939 mit der Unterschrift meines Vaters, an das Sie mich erinnert haben, hat mich sehr berührt: Ich hatte es wohl schon vor vielen Jahren einmal gelesen, habe aber nicht daran gedacht, als ich meine Reden für den Staatsbesuch in Großbritannien vorbereitete. Der Text erinnert jeden, der meinen Vater kannte, nicht nur an die verzweifelten Bemühungen, die er 1938 und 1939 und bis zum letzten Augenblick unternahm, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern auch daran, daß es England war, mit dessen Hilfe er immer wieder gehofft hatte, Hitler abzuschrecken und zum Einlenken zu bewegen. Der Rolle, die England bei der Erhaltung des Friedens in Europa übernehmen konnte - und später übernehmen mußte - war meinem Vater deutlich bewußt, und zwar früher als den Engländern selber.

Mit guten Wünschen und

mit freundlichen Grüßen

R. Weizsäcker





Anhang

Ernst von Weizsäckers Aussage vor dem Nürnberger Tribunal 21./22. Mai 1946

Am 21. und 22. Mai 1946 stand Ernst von Weizsäcker als Zeuge der Verteidigung des Großadmirals Raeder vor dem Nürnberger Tribunal. Er hatte – unter Zusicherung freien Geleits – sein vatikanisches Exil verlassen. Das Protokoll seiner Zeugenaussage:

DR. SIEMERS: Ich darf das Hohe Gericht bitten, den Zeugen Freiherrn von Weizsäcker zu rufen.

(Der Zeuge betritt den Zeugenstand.)

VORSITZENDER: Wollen Sie bitte Ihren vollen Namen sagen?

ZEUGE ERNST FREIHERR VON WEIZSÄCKER: Ernst von Weizsäcker.

VORSITZENDER: Wollen Sie mir folgenden Eid nachsprechen: Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde.

(Der Zeuge spricht die Eidesformel nach.)

DR. SIEMERS: Baron von Weizsäcker, Sie waren bei Kriegsausbruch Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Ist das richtig?

VON WEIZSÄCKER: Ja.

DR. SIEMERS: Sie werden sich erinnern, daß am 3. September 1939, also am ersten Tage des Krieges zwischen England und Deutschland, das englische Passagierschiff „Athenia" nordwestlich von Schottland torpediert wurde. Auf diesem Schiff befanden sich amerikanische Passagiere. Die Versenkung erregte naturgemäß großes Aufsehen. Ich bitte Sie, dem Gericht mitzuteilen, wie die Angelegenheit politisch behandelt wurde, und zwar durch Sie.

VON WEIZSÄCKER: Ich erinnere mich an diesen Fall, bin jedoch nicht sicher, ob es ein britisches oder ein amerikanisches Schiff war. Jedenfalls hat dieser Fall mich damals sehr alarmiert. Ich erkundigte mich bei der Seekriegsleitung, ob irgendein deutsches Kriegsschiff ein Verschulden haben könnte bei der Versenkung. Nachdem das verneint war, habe ich den amerikanischen Geschäftsträger zu mir gebeten, Herrn Alexander Kirk, um ihm mitzuteilen, daß ein deutsches Kriegsschiff an dem Untergang der „Athenia" nicht beteiligt sein könne. Ich bat den Geschäftsführer, davon Kenntnis zu nehmen und alsbald entsprechend nach Washington zu kabeln mit der Bemerkung, daß eine solche Mitteilung sehr wichtig sei in unserem gemeinsamen, im deutschen und amerikanischen Interesse.

DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, Sie hatten sich vorher mit der Marine in Verbindung gesetzt?

VON WEIZSÄCKER: Ja.

DR. SIEMERS: Haben Sie bei diesem ersten Gespräch mit Großadmiral Raeder selbst gesprochen oder irgendeinem anderen Offizier?

VON WEIZSÄCKER: Das wüßte ich nicht mehr zu sagen, jedenfalls habe ich die bindende Auskunft bekommen; dieses Detail könnte ich nicht mehr angeben. Ich habe aber die bindende Auskunft bekommen, daß ein deutsches Kriegsfahrzeug unbeteiligt sei. Das genügte mir.

DR. SIEMERS: Sind Sie anschließend am gleichen Tage oder kurz darauf zu

einem Besuch bei Großadmiral Raeder gewesen und haben die Angelegenheit noch mit ihm besprochen?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, mich dessen zu erinnern, jawohl.
DR. SIEMERS: Hat Raeder Ihnen bei dieser Gelegenheit gesagt, daß es kein deutsches U-Boot sein könne, weil die Meldungen der U-Boote dahingingen, daß die Entfernung des nächsten U-Bootes zu groß sei, nämlich etwa 75 Seemeilen betrug?
VON WEIZSÄCKER: Raeder hat mich dahin informiert, daß ein deutsches U-Boot nicht beteiligt sein könne. Die Details über den Abstand des Versenkungsortes von dem Aufenthalt der U-Boote mag er angegeben haben, ohne daß ich das heute noch bestimmt sagen könnte.
DR. SIEMERS: Haben Sie bei dieser Besprechung mit Raeder auch darüber gesprochen, daß alles getan werden müsse, um einen Krieg mit USA zu vermeiden oder gar Zwischenfälle, wie die der „Lusitania" im vorigen Kriege?
VON WEIZSÄCKER: Das habe ich ganz sicher mit Emphase getan, denn mir schwebte um diese Zeit die Erinnerung an vergangene, entsprechende Vorgänge aus dem ersten Weltkrieg noch sehr lebhaft vor. Ich habe ihn bestimmt auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam gemacht, jede Seekriegshandlung zu vermeiden, die geeignet wäre, den Krieg noch weiter auszudehnen und, wie ich es damals immer nannte, die neutrale Substanz zu verringern.
DR. SIEMERS: War Raeder der gleichen Meinung wie Sie?
VON WEIZSÄCKER: Nach meiner besten Erinnerung, ja.
DR. SIEMERS: Sind Sie überzeugt, Herr von Weizsäcker, daß Raeder Ihnen wahrheitsgemäße Angaben über das machte, was er Ihnen über die „Athenia" sagte?
VON WEIZSÄCKER: Selbstverständlich.
DR. SIEMERS: Nun kehrte am 27. September 1939 das U-Boot Nummer 30 von seiner Feindfahrt zurück, also etwa drei Wochen nach der Versenkung, und der Kommandant meldete, daß er infolge eines Versehens die „Athenia" versenkt habe. Er hätte dies aber nicht gleich gemerkt, sondern erst nachträglich durch die verschiedenen Funkmeldungen. Nun erfuhr Ende September Raeder von dieser Tatsache und besprach es mit Hitler, um festzustellen, wie man sich nun verhalten sollte. Hitler gab den Befehl, zu schweigen. Dies alles ist hier schon besprochen. Ich bitte Sie, mir zu sagen, ob Sie von dieser nachträglich festgestellten Tatsache der Versenkung durch ein deutsches U-Boot Kenntnis erhalten haben?
VON WEIZSÄCKER: Nein, keinesfalls.
DR. SIEMERS: Haben Sie von dem Befehl Hitlers, zu schweigen, Kenntnis erhalten?
VON WEIZSÄCKER: Das natürlich auch nicht.
DR. SIEMERS: Ich lasse Ihnen nun das Dokument 3260-PS überreichen und darf Sie bitten, sich dieses Dokument anzusehen. Es ist der Artikel „Churchill versenkt die Athenia" aus dem „Völkischen Beobachter" vom 23. Okto-

ber 1939. Erinnern Sie sich an diesen Artikel? Lesen Sie ihn erst bitte durch.
VON WEIZSÄCKER: Ja, vielleicht darf ich ihn erst durchsehen.
DR. SIEMERS: Herr Präsident! Zur Orientierung des Gerichts darf ich sagen, es ist GB-218 im britischen Dokumentenbuch 10a, Seite 97 – richtig, Seite 99.

(Zum Zeugen gewandt:)

Sie haben diesen Artikel gelesen, Herr von Weizsäcker, und ich darf Sie bitten, mir zu sagen, erinnern Sie sich an den Artikel, daß Sie ihn seinerzeit gelesen haben?
VON WEIZSÄCKER: Ich erinnere mich, daß ein solcher Artikel damals erschienen ist.
DR. SIEMERS: Dann darf ich Sie weiter fragen, wie war Ihre Einstellung, als Sie von diesem Artikel seinerzeit Kenntnis erhielten?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe ihn als eine perverse Phantasie betrachtet.
DR. SIEMERS: Sie haben also diesen Artikel verurteilt?
VON WEIZSÄCKER: Selbstverständlich.
DR. SIEMERS: Obwohl Sie seinerzeit noch nicht wußten, daß es ein deutsches U-Boot war?
VON WEIZSÄCKER: Die Frage, ob das ein deutsches U-Boot war oder nicht, konnte auf mein Urteil über den Artikel keinen Einfluß haben.
DR. SIEMERS: Sie halten den Artikel demnach auch für verwerflich, wenn es kein deutsches U-Boot gewesen war?
VON WEIZSÄCKER: Selbstverständlich.
DR. SIEMERS: Die Anklage behauptet nun, daß Großadmiral Raeder diesen Artikel veranlaßt hätte, und macht ihm daraus einen ganz besonders schweren moralischen Vorwurf, der besonders deshalb schwer wiegt, weil Raeder, wie wir gesehen haben, im Gegensatz zu Ihnen, zu dieser Zeit wußte, daß es ein deutsches U-Boot war, das die Versenkung vorgenommen hatte. Halten Sie eine solche Handlung Raeders für möglich? Daß er also den Artikel veranlaßt hat?
VORSITZENDER: Einen Augenblick, Dr. Siemers, Sie können den Zeugen nur darüber befragen, was er wußte und was er tat. Sie können aber nicht verlangen, daß er errät, was Raeder getan hat.
DR. SIEMERS: Entschuldigen Sie, Herr Präsident, ich dachte, mit Rücksicht auf das Affidavit von heute morgen sei besprochen, daß auch eine Meinungsäußerung möglich sei; aber ich sehe dann selbstverständlich davon ab.
VORSITZENDER: Von welchem Affidavit sprechen Sie?
DR. SIEMERS: Das Affidavit, bei dem ich heute morgen den Antrag stellte, die Meinungsäußerung zu streichen; das Affidavit von Dietmann.
VORSITZENDER: Das ist eine ganz andere Angelegenheit.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, haben Sie seinerzeit gehört, daß Raeder diesen Artikel veranlaßt hat?
VON WEIZSÄCKER: Nein, das habe ich nicht gehört und hätte es auch nie geglaubt. Ich halte das für ganz ausgeschlossen, daß er einen derartigen Artikel veranlaßt oder geschrieben haben könnte.

DR. SIEMERS: Ist nach Ihrer Kenntnis dieser Artikel ausschließlich auf das Propagandaministerium zurückzuführen?
VON WEIZSÄCKER: Ich kann die Frage nur negativ beantworten, nicht auf Raeder und nicht auf das Auswärtige Amt.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, können Sie beurteilen, hat es sich bei den geschichtsbekannten Verstößen der Marine gegen den Versailler Vertrag um erhebliche, schwerwiegende Punkte gehandelt?
VON WEIZSÄCKER: Die Frage kann ich nur indirekt beantworten. Die Details sind mir nicht bekannt. Ich halte es aber für kaum denkbar, daß es irgendwie wichtige oder schwere Verstöße gewesen sein könnten, denn gerade das Marinegebiet ist in bezug auf die Innehaltung von vertraglichen Abmachungen besonders leicht kontrollierbar. Man kann nicht Schiffe bauen, ohne daß das gesehen wird. Ich muß also annehmen, daß diese Verstöße geringer Natur waren.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, hat nach Ihrer Meinung der Angeklagte Raeder einen Angriffskrieg vorbereitet oder ist Ihnen ein Fall bekannt, aus dem sich die Einstellung Raeders ...
VORSITZENDER: Herr Dr. Siemers, gerade das ist die Anklage gegen den Angeklagten Raeder, über die der Gerichtshof zu entscheiden hat.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, haben Sie sich im Februar 1939 im Zuge von Hamburg nach Berlin mit Großadmiral Raeder unterhalten, aus welchem Anlaß war dies, und was wurde besprochen?
VON WEIZSÄCKER: Es stimmt, daß ich mit dem Admiral Raeder in dem Zuge von Hamburg nach Berlin zusammentraf, als in Hamburg ein Stapellauf stattgefunden hatte. Bei dieser Gelegenheit erzählte mir der Admiral, daß er soeben einen Vortrag bei Hitler gehalten habe. In diesem Vortrag habe er dargetan, daß der Rüstungsstand der Marine auf Jahre hinaus einen Krieg gegen England verbiete. Ich nehme an, daß die Beantwortung dessen bedeutet, was Sie von mir hören möchten.
DR. SIEMERS: Das war im Februar 1939?
VON WEIZSÄCKER: Es war der Stapellauf des Schiffes „Bismarck".
DR. SIEMERS: Dann ist es gerichtsbekannt, weil der Stapellauf des „Bismarck" in den Akten vermerkt ist.
VON WEIZSÄCKER: Es muß im Frühjahr, im Februar oder März, gewesen sein.
DR. SIEMERS: Sind Sie damals durch diese Erklärung von Raeder beruhigt worden?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe diese Erklärung von Raeder sehr gerne gehört, denn sie konnte keinen anderen ...
VORSITZENDER: Gut, es interessiert uns nicht, ob es ihn beruhigt hat oder nicht.
DR. SIEMERS: Hat Raeder nach Ihrer Meinung und nach Ihrer Kenntnis als Marinefachmann oder als Politiker Einfluß auf Hitler gehabt?
VORSITZENDER: Dr. Siemers, der Zeuge kann uns sagen, was Raeder ge-

sagt hat, aber er kann kaum sagen, in welcher Eigenschaft er sprach, als Admiral oder als Politiker. Wenn Sie wissen wollen, ob er in Uniform war . . .
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, haben Sie irgendwelche Unterhaltungen mit Raeder geführt oder mit anderen Persönlichkeiten?
VON WEIZSÄCKER: Worüber?
DR. SIEMERS: Über den Einfluß von Raeder auf Hitler?
VON WEIZSÄCKER: Es war bekannt, daß politische Argumente von Soldaten vorgebracht, auf Hitler schwerlich Einfluß haben konnten, wohl dagegen militärisch-technische. Und in diesem Sinne mag ein Einfluß ausgeübt worden sein.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, im Winter 1938/1939 fand das übliche große Diplomatenessen in Berlin statt, bei dem Sie – soweit ich weiß – zugegen gewesen sind. Hier hat Raeder mit Sir Nevile Henderson gesprochen, und zwar über die Frage der eventuellen Rückgabe der Kolonien.
VORSITZENDER: Dr. Siemers, warum fragen Sie ihn nicht, anstatt es ihm zu sagen. Sie sagen ihm ja, was passiert ist.
DR. SIEMERS: Nein.
VORSITZENDER: Doch, Sie tun es.
DR. SIEMERS: Nein, Verzeihung, dieses Gespräch war zwischen Raeder und Sir Nevile Henderson, nicht zwischen Herrn von Weizsäcker und Henderson.
Ich frage jetzt: Herr von Weizsäcker, haben Sie derartige Gespräche mit Sir Nevile Henderson geführt oder sonst mit britischen Diplomaten? Oder wissen Sie etwas über deren Einstellung?
VON WEIZSÄCKER: Ich kann mich nicht erinnern, mit britischen Diplomaten über die Kolonialfrage meinerseits gesprochen zu haben. Dagegen ist mir natürlich geläufig, daß in den Jahren 1934 bis 1939 die Kolonialfrage von der Britischen Regierung wiederholt offiziell oder offiziös oder halboffiziös behandelt und in einem entgegenkommenden elastischen Sinne erörtert wurde. Ich glaube mich zum Beispiel zu erinnern, in einem Protokoll über den Besuch zweier britischer Minister in Berlin gelesen zu haben, daß auch hierbei die Kolonialfrage in entgegenkommender Weise erörtert wurde.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker, können Sie etwas über das Verhalten der Marine und das Ansehen der Marine während der norwegischen Besatzung sagen?
VON WEIZSÄCKER: Eine Okkupationsmacht hat es immer schwer, populär zu sein. Aber mit dieser Reserve hat die Marine, soweit ich gehört habe, in Norwegen einen guten, oder sogar sehr guten Ruf genossen. Das ist mir von norwegischen Freunden während des Krieges wiederholt bestätigt worden.
DR. SIEMERS: Sie haben diese norwegischen Freunde aus Ihrer Zeit als Gesandter in Oslo. Wann war das?
VON WEIZSÄCKER: 1931 bis 1933 war ich Gesandter in Oslo.
DR. SIEMERS: Nun eine letzte Frage: Es ist gestern eine Urkunde vorgelegt worden, D-843. Sie ist unterzeichnet von Bräuer, der seinerzeit im März 1940

bei der Gesandtschaft in Oslo war. Ich darf Ihnen diese Urkunde eben zeigen.
VON WEIZSÄCKER: Soll ich sie ganz lesen?
DR. SIEMERS: Wenn Sie sie überfliegen würden, wird es, glaube ich, genügen. Hauptsächlich den mittleren Teil der Urkunde.
Herr Präsident! Es ist GB-466. Die Urkunde wurde gestern überreicht. Bräuer sagt nach dieser Urkunde, daß die Gefahr einer englischen Landung in Norwegen nicht so groß sei, wie von anderer Seite angenommen und spricht nur von Maßnahmen, durch die Deutschland provoziert werden soll.
(Zum Zeugen gewandt:)
Was können Sie zu diesen Äußerungen Bräuers sagen? Sind die Äußerungen richtig?
VON WEIZSÄCKER: Bräuer war nicht bei der Gesandtschaft, er war der Gesandte selbst, und daß er objektiv oder – ich will sagen – subjektiv richtig berichtet hat, setze ich als selbstverständlich voraus. Ob objektiv diese Nachrichten zutrafen, ist eine andere Frage, das heißt auf deutsch, ob Bräuer über die Absichten gegnerischer Wehrmachtsteile richtig informiert gewesen ist, das ist eine andere Frage.
DR. SIEMERS: Herr von Weizsäcker! Und was stellte sich, so wie Sie es vom Auswärtigen Amt erfuhren, nachträglich heraus? Waren die Besorgnisse Raeders richtig, oder war die Darstellung Bräuers richtig?
VON WEIZSÄCKER: Ich muß gestehen, daß meine persönliche Auffassung derjenigen Bräuers entsprach, daß sie sich aber nachträglich nicht als richtig erwies, sondern daß die Vermutungen der Marine damals berechtigt waren oder berechtigter waren als das Urteil, das der Gesandte abgegeben hat.
DR. SIEMERS: Ich danke Ihnen schön.
Ich habe keine weiteren Fragen, Herr Präsident.
VORSITZENDER: Wünscht noch ein Verteidiger Fragen zu stellen?
DR. ALFRED SEIDL, VERTEIDIGER DER ANGEKLAGTEN HESS UND FRANK: Herr Zeuge! Am 23. August 1939 wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen. Wurden außer diesem Nichtangriffsvertrag an diesem Tage zwischen den beiden Regierungen auch noch andere Abmachungen getroffen?
GENERAL R. A. RUDENKO, HAUPTANKLÄGER FÜR DIE SOWJETUNION: Herr Vorsitzender! Der Zeuge wurde zur Beantwortung bestimmter Fragen, welche im Antrag von Dr. Siemers enthalten sind, vorgeladen. Meiner Ansicht nach hat die Frage, die ihm jetzt durch den Verteidiger Dr. Seidl vorgelegt wird, nicht mit dem von uns untersuchten Fall zu tun, und sie sollte daher abgewiesen werden.
VORSITZENDER: Sie können die Frage stellen, Dr. Seidl, die Sie stellen wollten.
DR. SEIDL: Ich frage Sie nochmal, Herr von Weizsäcker, wurden am 23. August 1939 zwischen den beiden Regierungen auch noch andere Abmachungen getroffen, die nicht im Nichtangriffspakt enthalten sind?

VON WEIZSÄCKER: Ja.
DR. SEIDL: Worin waren diese Abmachungen enthalten?
VON WEIZSÄCKER: Diese Abmachungen waren enthalten in einem Geheimprotokoll.
DR. SEIDL: Haben Sie selbst dieses geheime Protokoll in Ihrer Eigenschaft als Staatssekretär im Auswärtigen Amt gelesen?
VON WEIZSÄCKER: Ja.
DR. SEIDL: Ich habe in meinen Händen einen Text, von dem der Botschafter Gaus kaum einen Zweifel hat, daß hier diese Abmachungen richtig wiedergegeben sind.
Ich werde Ihnen diesen Text vorhalten.
VORSITZENDER: Einen Augenblick, welches Dokument legen Sie ihm vor?
DR. SEIDL: Es handelt sich um das geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939.
VORSITZENDER: Ist das nicht das Dokument . . . Was ist das für ein Dokument, das Sie jetzt dem Zeugen vorlegen? Es gibt ein Dokument, welches Sie bereits dem Gerichtshof vorgelegt haben und welches zurückgewiesen worden ist. Ist das dasselbe Dokument?
DR. SEIDL: Es ist das Schriftstück, das ich im Dokumentenbeweis dem Gericht unterbreitet habe, und das vom Gericht als Dokument abgelehnt wurde, und zwar offenbar – ich nehme an – deshalb, weil ich mich geweigert habe, die Herkunft dieses Dokuments anzugeben. Das Gericht hatte mir aber genehmigt, daß ich eine neue eidesstattliche Versicherung des Botschafters Gaus vorlege zu diesem Gegenstande.
VORSITZENDER: Haben Sie das nicht getan? Sie haben es nicht getan?
DR. SEIDL: Nein, ich möchte aber jetzt zur Unterstützung des Gedächtnisses des Zeugen, im Zuge der Zeugenvernehmung, diesen Text verlesen und im Anschluß daran den Zeugen fragen, ob nach seiner Erinnerung in diesem Schriftstück diese geheimen Abmachungen richtig wiedergegeben sind.
GENERAL RUDENKO: Hoher Gerichtshof! Ich möchte gegen diese Frage aus zwei Gründen protestieren:
Erstens behandeln wir hier den Fall der deutschen Hauptkriegsverbrecher und nicht die Außenpolitik von anderen Staaten.
Zweitens wurde das Dokument, das Dr. Seidl dem Zeugen vorzulegen versucht, bereits vom Gerichtshof abgewiesen, da es eigentlich ein gefälschtes Dokument ist und deshalb keinen Beweiswert haben kann.
DR. SEIDL: Darf ich dazu vielleicht folgendes sagen, Herr Präsident. Dieses Dokument ist ein wesentlicher Bestandteil des Nichtangriffsvertrages, der von der Anklage bereits als Beweisstück vorgelegt wurde unter GB-145. Wenn ich nun dem Zeugen den Text vorlege . . .
VORSITZENDER: Die einzige Frage ist, ob es das Dokument ist, welches vom Gerichtshof zurückgewiesen wurde. Ist es nun das Dokument, das vom Gerichtshof abgelehnt wurde?

DR. SEIDL: Es wurde als Beweisstück im Rahmen des Dokumentenbeweises nicht zugelassen.
VORSITZENDER: Gut, dann ist die Antwort „Ja".
DR. SEIDL: Aber es scheint mir ein Unterschied zu bestehen zu der Frage, ob bei der Zeugenvernehmung dem Zeugen dieses Dokument vorgehalten werden kann. Ich möchte diese Frage deshalb bejahen, weil die Anklagevertretung im Kreuzverhör ihrerseits die Möglichkeit hat, dem Zeugen das in ihren Händen befindliche Dokument vorzuhalten, und es wird sich dann auf Grund der Aussagen des Zeugen ergeben, welcher Text der richtige ist, oder ob die beiden Texte übereinstimmen.
VORSITZENDER: Wo kommt das Dokument, das Sie jetzt vorlegen wollen, her?
DR. SEIDL: Ich habe das Dokument vor einigen Wochen bekommen, von einem mir zuverlässig erscheinenden Mann von der alliierten Seite. Ich habe es aber nur unter der Bedingung bekommen, daß ich die genauere Herkunft nicht angebe, und es scheint mir das auch durchaus verständlich.
VORSITZENDER: Sie sagen, Sie hätten es vor einigen Momenten bekommen?
DR. SEIDL: Vor einigen Wochen.
VORSITZENDER: Ist es dasselbe Dokument, von dem Sie eben gesagt haben, Sie hätten es dem Gerichtshof vorgelegt und der Gerichtshof habe es zurückgewiesen?
DR. SEIDL: Ja, aber das Gericht hat auch entschieden, daß ich über diesen Gegenstand eine neue eidesstattliche Versicherung des Botschafters Gaus vorlegen darf, und diese Entscheidung hat ja nur dann einen Sinn . . .
VORSITZENDER: Ich weiß, aber Sie taten es nicht. Wir wissen nicht, welches Affidavit Dr. Gaus gegeben hat.
DR. SEIDL: Ich habe bereits die eidesstattliche Versicherung des Botschafters Gaus, die neue; sie ist aber noch nicht übersetzt worden.
MR. DODD: Herr Präsident! Ich stimme mit General Rudenko durchaus überein, wenn er Einspruch gegen die Verwendung dieses Dokuments erhebt. Wir wissen heute, daß es aus irgendeiner anonymen Quelle stammt. Die Quelle kennen wir überhaupt nicht. Jedenfalls steht es nicht fest, daß dieser Zeuge sich nicht selbst erinnert, was dieser angebliche Vertrag betraf. Ich weiß nicht, warum er ihn nicht befragen kann, wenn er das will.
VORSITZENDER: Dr. Seidl, Sie können den Zeugen fragen, wie weit er sich dieses Abkommens noch entsinnen kann, ohne ihm das Dokument vorzulegen. Fragen Sie ihn, ob er sich an den Vertrag oder an das Protokoll erinnert.
DR. SEIDL: Herr Zeuge! Schildern Sie dann den Inhalt des Abkommens, so wie er in Ihrer Erinnerung noch vorhanden ist.
VON WEIZSÄCKER: Es handelte sich um ein sehr einschneidendes und sehr weitgreifendes geheimes Zusatzabkommen zu dem damals geschlossenen Nichtangriffspakt. Die Tragweite dieses Dokuments war deswegen sehr

groß, weil es eine Interessensphäreneinteilung betraf, die eine Grenze zog zwischen denjenigen Gebieten, die unter gegebenen Umständen der sowjetrussischen, und denjenigen, die in einem solchen Falle der deutschen Sphäre angehören sollten. Zur sowjetrussischen Sphäre sollte gehören: Finnland, Estland, Lettland, ein östlicher Teil von Polen und meiner Erinnerung nach war auch über gewisse Gebiete Rumäniens Bestimmung getroffen worden. Was wesentlich westlich von den eben genannten Gebieten lag, sollte zur deutschen Interessensphäre gehören. Allerdings ist dieses Geheimabkommen in dieser Form nicht aufrechterhalten geblieben. Es ist bei einer späteren Gelegenheit entweder im September oder im Oktober des gleichen Jahres eine gewisse Veränderung, ein Amendement zu den damaligen Geheimabkommen zustande gekommen, wobei der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Dokumenten nach meiner Erinnerung darin bestand, daß Litauen, oder wenigstens der größere Teil von Litauen, zur sowjetrussischen Interessensphäre geschlagen wurde, während umgekehrt auf dem polnischen Gebiet die Trennungslinie der beiden Interessensphären um ein erhebliches Stück nach Osten gerückt wurde.
Ich glaube damit, den wesentlichen Inhalt des Geheimabkommens und des späteren Zusatzabkommens angegeben zu haben.
DR. SEIDL: Ist es richtig, daß für den Fall einer territorialen Umgestaltung eine Demarkationslinie im Gebiet des polnischen Staates vereinbart wurde?
VON WEIZSÄCKER: Ob der Ausdruck Demarkationslinie in diesen Protokollen enthalten war, oder ob es sich um eine Trennungslinie der Interessensphäre dem Wortlaut nach handelte, das könnte ich nicht mehr angeben.
DR. SEIDL: Es wurde aber eine Linie bezeichnet.
VON WEIZSÄCKER: Eben die Linie, von der ich soeben sprach, und ich glaube auch, mich zu besinnen, daß diese Linie später bei der Verwirklichung dieses Abkommens im großen innengehalten wurde, im Detail vielleicht nicht.
DR. SEIDL: Ist Ihnen erinnerlich – das ist meine letzte Frage –, ob in diesem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 auch noch eine Vereinbarung in Bezug auf das künftige Schicksal Polens enthalten war?
VON WEIZSÄCKER: Dieses Geheimabkommen schloß ja eine völlige Neuregelung des polnischen Schicksals in sich. Es kann also sehr wohl sein, daß explizite oder implizite eine solche Neuregelung durch das Abkommen vorgesehen war. Auf den Wortlaut möchte ich mich nicht festlegen.
DR. SEIDL: Herr Vorsitzender! Ich habe keine weiteren Fragen mehr.
VORSITZENDER: Zeuge! Haben Sie das Original des Geheimvertrages gesehen?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe eine Photokopie davon gesehen, vielleicht auch das Original. Jedenfalls die Photokopie, die habe ich in der Hand gehabt, wiederholt sogar. Ich hatte ein Exemplar, eine Photokopie, in meinem persönlichen Safe eingeschlossen.

VORSITZENDER: Würden Sie eine Kopie davon erkennen, wenn man sie Ihnen zeigen würde?
VON WEIZSÄCKER: Oh, das glaube ich bestimmt. Es waren auch die Originalunterschriften darunter, auch daran würde man sie ja ohne weiteres erkennen.
VORSITZENDER: Der Gerichtshof wird sich vertagen.

(Beratungspause.)

VORSITZENDER: Der Gerichtshof hat beraten, ob dem Zeugen das im Besitz des Dr. Seidl befindliche Dokument vorgelegt werden soll.
In Anbetracht der Tatsache, daß der Inhalt des Originaldokuments vom Zeugen und von anderen Zeugen bereits wiedergegeben wurde, und weil die Herkunft des Dokuments, das sich im Besitz von Dr. Seidl befindet, unbekannt ist, hat der Gerichtshof entschieden, das Dokument dem Zeugen nicht vorzulegen.
Der Gerichtshof wird sich nunmehr vertagen.

(Das Gericht vertagt sich bis 22. Mai 1946, 10.00 Uhr.)

Einhundertsechsunddreißigster Tag

Mittwoch, 22. Mai 1946.

Vormittagssitzung.

(Der Zeuge von Weizsäcker im Zeugenstand.)

VORSITZENDER: Dr. Siemers! Ich glaube, wir waren gestern soweit gekommen, daß wir fragten, ob irgendwelche der anderen Verteidigungsanwälte noch Fragen stellen wollen.
DR. SIEMERS: Ja, sicher. Ich glaube, Dr. von Lüdinghausen wünscht den Zeugen zu befragen.
DR. OTTO FREIHERR VON LÜDINGHAUSEN, VERTEIDIGER DES ANGEKLAGTEN VON NEURATH: Herr Zeuge! Ich möchte einige Fragen an Sie stellen über die Tätigkeit Herrn von Neuraths als Außenminister. Sie waren seinerzeit Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Von wann bis wann?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, vom Spätherbst 1936 vertretungsweise und vom Frühjahr 1937 bis Frühjahr 1938 definitiv.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Sie hatten wohl vorher auch schon Gelegenheit gehabt, mit Herrn von Neurath zusammenzuarbeiten? Sie waren doch mit ihm auch hin und wieder im Herbst 1932 auf der Abrüstungskonferenz in Genf.

VON WEIZSÄCKER: Jawohl.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Und welche Tendenzen verfolgte Herr von Neurath, beziehungsweise welchen Standpunkt nahm Herr von Neurath bei diesen Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz ein?
VON WEIZSÄCKER: Die Haltung von Herrn von Neurath war vorgeschrieben durch die Bestimmungen des Völkerbundpaktes, worin die Abrüstung vorgesehen war. Er hielt sich an diese Richtlinien.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Er verfolgte damit dieselbe Politik, die auch seine Vorgänger auf der Abrüstungskonferenz verfolgt hatten?
VON WEIZSÄCKER: Das war immer dasselbe.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Ja, die ganzen Regierungen vorher hatten ja auch stets eine durchaus auf Frieden und Eintracht beziehungsweise Verständigung gerichtete Politik verfolgt, und diese Politik hat Herr von Neurath auch voll weiter vertreten, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich hatte niemals etwas anderes von ihm beobachtet.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Haben Sie damals, also 1932, irgendwie bemerkt, daß er irgendwelche nationalsozialistische Tendenzen verfolgte oder ihnen überhaupt sympathisch gegenüberstand?
VON WEIZSÄCKER: Ich hatte den Eindruck, daß zwischen ihm und dem Nationalsozialismus nichts Gemeinsames war.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Können Sie ganz kurz das außenpolitische Glaubensbekenntnis des Herrn von Neurath zusammenfassen? Wäre er damals irgendwie für eine kriegerische Auseinandersetzung zu haben gewesen, oder war er der Vertreter, der ausgesprochene Vertreter, einer Politik der Verständigung und des Friedens?
VON WEIZSÄCKER: Ich würde sagen, daß Herr von Neurath eine Politik des friedlichen Revisionismus betrieben hat, wie er auch von seinen Vorgängern betrieben worden war. Er strebte an gute Nachbarschaft mit allen, ohne sich politisch speziell nach irgendeiner Richtung zu binden. Von einer kriegerischen Tendenz in seiner politischen Linie habe ich nie etwas gespürt . . .
DR. VON LÜDINGHAUSEN: In diesem Glaubensbekenntnis des Herrn von Neurath hat sich da im Jahre 1936, als Sie nunmehr zum engsten seiner Mitarbeiter wurden, irgend etwas geändert, oder war es immer das gleiche?
VON WEIZSÄCKER: Es war immer dasselbe.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Er hatte doch besonders im Auge auch eine Verständigung mit England, aber auch mit Frankreich?
VON WEIZSÄCKER: Ich hatte den Eindruck, daß Herr von Neurath nach allen Seiten Verständigung suchte.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Nun möchte ich gern noch ein paar Fragen an Sie stellen, die mehr oder weniger sein Verhältnis zu Hitler betreffen. Konnte man nach Ihrer Kenntnis der Verhältnisse, als sein Mitarbeiter, davon sprechen, daß er das Vertrauen Adolf Hitlers die ganze Zeit besessen hat, in der er Reichsaußenminister war, und daß Hitler sich auch durchaus von ihm beraten und führen ließ?

VON WEIZSÄCKER: Soweit ich das beurteilen konnte, war er der Berater, aber nicht der Vertraute von Hitler.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Aber es bestand doch immerhin ein gewisser Kontakt zwischen den beiden Herren?
VON WEIZSÄCKER: Ich bin fast nie Zeuge eines solchen Kontaktes gewesen.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Haben Sie beobachtet, daß, als Herr von Neurath und Hitler zusammengekommen sind, sie öfters über die politischen Verhältnisse, das was zu geschehen hätte und geschehen sollte, gesprochen haben oder nicht?
VON WEIZSÄCKER: Ich kann nur soviel sagen, daß wir im Auswärtigen Amt bedauerten, daß der Kontakt nicht enger war, um so mehr, als Hitler sich häufig nicht in Berlin befand. Wir fanden die Verbindung zu lose.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Man kann also nicht von einer engen Verbundenheit, von einem engsten Mitarbeiter Hitlers bei Herrn von Neurath sprechen?
VON WEIZSÄCKER: Nach meiner Meinung, nein.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Und wie wirkte sich nach Ihrer Ansicht und Ihren Beobachtungen die Tätigkeit des Herrn von Neurath auf außenpolitischem Gebiete aus? War er selbst der Führende oder war er nicht vielmehr ein gewisses retardierendes Element, also eine Bremse bei irgendwelchen Sachen, die seinen Überzeugungen zuwiderlagen?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß außenpolitische Akte von Bedeutung in dieser Periode von Herrn von Neurath eingegeben waren. Ich könnte mir aber sehr wohl denken, daß gewisse Handlungen auf außenpolitischem Gebiet unterblieben sind . . .
VORSITZENDER: Einen Augenblick. Ich glaube nicht, daß wir Vorstellungen des Zeugen zulassen können. Wir können nicht zulassen, daß der Zeuge uns erzählt, was er sich vorstellen kann. Ich denke, die Frage ist zu unbestimmt und überhaupt keine zulässige Frage.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Hat in der Zeit, als Herr von Neurath Außenminister war, hat irgendeine Stelle der Partei Einfluß auch auf die Außenpolitik gehabt, und zwar in einem Sinne, der eigentlich den Tendenzen des Herrn von Neurath entgegengesetzt war oder zumindest sie nicht teilte?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, daß nicht eine Stelle da war, sondern viele Stellen da waren, die in diesem Sinne gewirkt haben und die auch Verbindung und Einfluß auf Hitler hatten, natürlich. Das entzog sich der Kontrolle, aber man konnte es nach den Wirkungen schließen.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Ist Ihnen bekannt, warum, aus welchem Grunde der Antikomintern-Pakt mit Japan im November 1935 nicht von Herrn von Neurath, sondern von dem damaligen Außerordentlichen Botschafter, Herrn von Ribbentrop in London, unterzeichnet wurde?
VON WEIZSÄCKER: Ist das nicht 1936 gewesen?
DR. VON LÜDINGHAUSEN: 1936; ja, das ist richtig.

VON WEIZSÄCKER: Ich nehme an deswegen, weil Hitler es liebte, für gewisse Geschäfte immer mehrere Figuren einzusetzen und zwischen denen zu wählen, je nachdem er den einen oder den anderen als Ausführenden für zweckmäßig ansah.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: War Herr von Neurath dann überhaupt einverstanden mit diesem Antikomintern-Pakt?
VON WEIZSÄCKER: Das weiß ich nicht.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Wie war die Personalpolitik von Herrn von Neurath? Hat er die alten Beamten nach Möglichkeit im Amte erhalten, oder hat er nationalsozialistische Beamte mit hineingenommen?
VON WEIZSÄCKER: Herr von Neurath war sehr darauf bedacht, den alten und ihm vertrauten Bestand an außenpolitischem Personal sowohl im Auswärtigen Amt wie auch auf den Außenposten zu konservieren.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Das änderte sich aber in dem Moment, wo er fortging?
VON WEIZSÄCKER: Nicht sofort, aber später steigend.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Nun noch zwei Fragen. Wie war die Einstellung des Herrn von Neurath, als er nicht mehr Außenminister war und die Sudetenfrage akut wurde im Herbst 1938, und welche Tätigkeit hat er beim Zustandekommen der Münchener Konferenz ausgeübt?
VON WEIZSÄCKER: Ich erinnere mich einer Szene in der Reichskanzlei am Tage vor dem Abkommen von München, wobei Herr von Neurath sehr entschieden dazu riet, eine versöhnliche Linie zu verfolgen und der Anregung Mussolinis zu einer Vierer-Konferenz zu entsprechen.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Ist Ihnen etwas darüber bekannt, daß nach dem Ausscheiden Herrn von Neuraths aus dem Auswärtigen Amt im Amt untersagt wurde oder untersagt worden war, daß ihm außenpolitische Informationen von dort erteilt würden?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, mich zu entsinnen, daß der Nachfolger von Herrn von Neurath die außenpolitische Information seines Vorgängers sich selbst vorbehalten hat.
DR. VON LÜDINGHAUSEN: Ich habe weiter keine Fragen, Herr Präsident.
DR. LATERNSER: Herr von Weizsäcker! Sie waren ab Sommer 1943 Deutscher Botschafter beim Heiligen Stuhl in Rom?
VON WEIZSÄCKER: Ja.
DR. LATERNSER: Zur gleichen Zeit war Oberbefehlshaber auf dem italienischen Kriegsschauplatz der Feldmarschall Kesselring?
VON WEIZSÄCKER: Ja. Das heißt, er war der Oberbefehlshaber auf diesem Kriegsschauplatz vom 25. September 1943 an; denn vorher hatte das Oberkommando ein italienischer General.
DR. LATERNSER: Sind Sie des öfteren von Feldmarschall Kesselring in Anspruch genommen worden zur Beilegung von Differenzen zwischen Deutscher Wehrmacht einerseits und der Bevölkerung andererseits?

VON WEIZSÄCKER: Es war ein sehr lebhafter Verkehr zwischen dem Feldmarschall Kesselring und meiner eigenen Mission, nicht nur zur Ausräumung von Differenzen, sondern vor allem zur Vorbeugung.
DR. LATERNSER: Haben Sie durch den häufigen Verkehr mit Feldmarschall Kesselring einen persönlichen Eindruck gewonnen in bezug auf die Einstellung der militärischen . . .
VORSITZENDER: Dr. Laternser! Wir verhandeln hier nicht den Fall Kesselring. Welche Erheblichkeit hat diese Frage?
DR. LATERNSER: Die Frage ist deswegen von Erheblichkeit, weil im Kreuzverhör des Feldmarschalls Kesselring die Anklage Belastungsmaterial vorgebracht hat, das in der Richtung Geltung haben sollte, daß von der militärischen Führung in Italien die Kriegsbräuche und Gesetze der Menschlichkeit nicht eingehalten worden sind. Ich erinnere mich noch ganz genau, daß Sie, Herr Präsident, selbst am 13. März 1946 (Band IX, Seite 267, 268) gesagt haben auf einen Einwand von Dr. Stahmer, daß es sich dabei um Belastungsmaterial gegen den Generalstab handle. Ich will mit wenigen Fragen den jetzt anwesenden Zeugen über dieses Belastungsmaterial fragen.
VORSITZENDER: Wenn Sie ihn über etwas fragen wollen, was er hinsichtlich der Anklagen sagen kann, die von der Anklagebehörde gegen Feldmarschall Kesselring als Mitglied des Generalstabs erhoben worden sind, dann können Sie das tun.
DR. LATERNSER: Jawohl, Herr Präsident, ich habe damit begonnen, und das sollte eine vorbereitende Frage sein.
Herr von Weizsäcker! Sind auf dem italienischen Kriegsschauplatz die Kunstschätze Italiens geschont und in Sicherheit gebracht worden?
VON WEIZSÄCKER: Die Deutsche Wehrmacht unter der Führung des Feldmarschalls Kesselring hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, Kirchenbauten, Kirchengüter und kirchliche Kunstwerte zu schonen und zu schützen; das war ja ein großes Kapitel in der Tätigkeit des Stabes des Feldmarschalls Kesselring; der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben.
DR. LATERNSER: Kennen Sie ein oder zwei besonders markante Beispiele dafür?
VON WEIZSÄCKER: Ja, es gibt eine Menge von Beispielen. Ich möchte erwähnen, daß vor einem halben Jahr oder vor einem Jahr eine Ausstellung von Manuskripten, Inkunabeln und dergleichen im Vatikan stattgefunden hat, und zwar von solchen Gegenständen, deren Rettung zu sehr großem Teil, wenn nicht zum größten Teil, der Deutschen Wehrmacht zu verdanken war.
DR. LATERNSER: Das wird genügen, Herr von Weizsäcker. Nun wurde der hohen militärischen Führung in Italien der Vorwurf gemacht, daß sie die italienische Bevölkerung besonders grausam und hart behandelt hat. Können Sie Angaben darüber machen, daß gerade von seiten der hohen militärischen Führung in Italien besondere Maßnahmen zur Ernährung der Bevölkerung ergriffen wurden in einem Zeitpunkt, als die Ernährung große Schwierigkeiten machte?

VON WEIZSÄCKER: Die Frage bezieht sich besonders auf die Ernährung?
DR. LATERNSER: Ja. Die Ernährung Roms.
VON WEIZSÄCKER: Ja, mein Beobachtungsfeld war eben nur Rom. Aber da kann ich sagen, daß Feldmarschall Kesselring mir eines Tages erklärt hat, die Hälfte seines Tages ginge dahin mit der Frage der Ernährung von Rom. Und ich kannte einen höheren Militärbeamten, ich glaube, er hieß Seifert oder so ähnlich, der mit großer Hingabe sich dieses Themas angenommen und es mit Erfolg durchgeführt hat.
DR. LATERNSER: Nun eine letzte Frage, Herr von Weizsäcker. Durch diese ganzen Beobachtungen der Tätigkeit der hohen militärischen Führer in Italien haben Sie ja ein persönliches Bild von diesen gewonnen. Haben Sie dabei den Eindruck gehabt, daß das unbedingte Bestreben bei diesen militärischen Führern bestand, die Kriegsbräuche und die Gesetze der Menschlichkeit zu achten?
VON WEIZSÄCKER: Das ist selbstverständlich, denn sonst hätten gewisse Erfolge auch nicht eintreten können. Vielleicht ist hier nicht bekannt, daß im Herbst 1943 der Heilige Stuhl ein Kommuniqué, ein offizielles Kommuniqué, veröffentlicht hat, das die Haltung der deutschen Soldaten in Rom besonders belobte. Außerdem hätte die Tatsache der Schonung der Ewigen Stadt ja auch nicht verwirklicht werden können, wenn nicht eben eine solche Haltung von der Deutschen Wehrmacht eingenommen worden wäre.
DR. LATERNSER: Das war ein Verdienst des Feldmarschalls Kesselring im besonderen?
VON WEIZSÄCKER: Ich würde sagen, wenn einmal die Geschichte dieser Zeit geschrieben wird, wird das erste Verdienst dem Papst Pius XII. zugeschrieben werden, unmittelbar danach aber wird zweifellos das Lob fallen auf die Deutsche Wehrmacht unter der Führung von Kesselring.
DR. LATERNSER: Danke schön, ich habe keine weiteren Fragen.
DR. KUBUSCHOK: Es ist einmal behauptet worden, daß der im Sommer 1934 zum Außerordentlichen Gesandten in Wien ernannte Angeklagte von Papen von Wien aus eine Politik aggressiver Expansion hinsichtlich des gesamten Südostens bis zur Türkei betrieben hätte und daß er unter anderem auch Nachbarstaaten, wie Ungarn und Polen, Angebote auf territorialen Erwerb aus der aufzuteilenden Tschechoslowakei gemacht hätte. Bestand diese Politik?
VON WEIZSÄCKER: Verzeihung, ich habe diese Frage nicht ganz verstanden?
DR. KUBUSCHOK: Bestand diese eben gekennzeichnete Politik?
VON WEIZSÄCKER: Meine Beobachtung beginnt erst vom Spätsommer 1936 ab, denn vorher war ich im Auslande. Daß Herr von Papen von Wien aus Südostpolitik betrieben hätte oder damit beauftragt gewesen wäre, habe ich auch später nicht bemerkt. Das Auswärtige Amt konnte ihn gar nicht damit beauftragen, er unterstand dem Auswärtigen Amt gar nicht.
DR. KUBUSCHOK: Und diese gekennzeichnete Politik, hat die zur Zeit Ihres Eintritts ins Auswärtige Amt überhaupt bestanden?

VON WEIZSÄCKER: Dürfte ich bitten, die Frage nochmal zu wiederholen?
DR. KUBUSCHOK: Hat diese gekennzeichnete Expansionspolitik Deutschlands . . .
VON WEIZSÄCKER: Welche Politik?
DR. KUBUSCHOK: Die aggressive Expansionspolitik Deutschlands auf den Südosten bis zur Türkei, Aufteilung der Tschechoslowakei und Abgabe von Teilen der Tschechoslowakei an Polen und Ungarn.
VON WEIZSÄCKER: Ja. Im Jahre 1939 zweifellos?
DR. KUBUSCHOK: 1936, im Jahre 1936.
VON WEIZSÄCKER: Nein.
DR. KUBUSCHOK: Danke.
VORSITZENDER: Die Anklagevertretung?
MAJOR ELWYN JONES: Herr Zeuge! Ich möchte Ihnen eine oder zwei Fragen über den „Athenia"-Fall stellen. Sie haben dem Gerichtshof gesagt, daß Sie selbst den Amerikanischen Geschäftsträger gesehen haben und ihn Mitte September unterrichteten, daß die „Athenia" nicht von einem deutschen U-Boot versenkt worden sein könnte; nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe nicht Mitte September den Amerikanischen Geschäftsträger gesehen, sondern an demselben Tage, an dem ich von der Versenkung erfuhr, das muß also etwa der 3., 4. oder 5. September gewesen sein.
MAJOR ELWYN JONES: Sie haben den amerikanischen Vertretern schon so zeitig die Versicherung abgegeben, daß ein U-Boot nicht verantwortlich dafür sein könnte.
VON WEIZSÄCKER: Richtig.
MAJOR ELWYN JONES: Haben Sie befürwortet oder vielmehr hat das Deutsche Auswärtige Amt empfohlen, daß der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine den amerikanischen Marine-Attaché empfangen und ihm dasselbe sagen solle, nämlich, daß ein U-Boot die „Athenia" nicht versenkt haben könne?
VON WEIZSÄCKER: Das weiß ich nicht, ich hatte nur mit dem Geschäftsträger zu tun.
MAJOR ELWYN JONES: Ich möchte, daß Sie sich ein neues Dokument ansehen, D-804, das Beweisstück GB-477 wird. Es ist ein Auszug aus den Akten der Skl über den „Athenia"-Fall. Sie werden sehen, daß es ein Bericht von Neubauer an den Marine-Attaché ist. Es heißt dort:
„Dem Auswärtigen Amt ist telephonisch folgender Wortlaut einer Aufzeichnung über die Unterredung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine mit dem amerikanischen Marine-Attaché am 13. 9. durchgegeben worden:
Ich lese Abschnitt 2:
Am 16. 9., etwa 13.00 Uhr, empfing der Ob.d.M. . . ."
VON WEIZSÄCKER: Verzeihung, ich habe das Dokument noch nicht richtig . . .

MAJOR ELWYN JONES: Vielleicht können Sie in der englischen Kopie mitlesen, Herr Zeuge; wenn Sie das vorziehen . . .
„Am 16. 9., etwa 13.30 Uhr, empfing der Ob.d.M. auf Anregung des Reichsaußenministers den amerikanischen Marine-Attaché und führte etwa folgendes aus: Er habe schon seit einigen Tagen – wie er wisse – beabsichtigt, ihn zu sich zu bitten, um ihm angesichts der immer weiter geführten Hetze um den Untergang der „Athenia" eindeutig seinen Standpunkt zu dem Untergang mitzuteilen. Er habe jedoch noch die Rückkehr der für den Handelskrieg in der fraglichen Zeit eingesetzten U-Boote abgewartet, um sich persönlich Meldung über ihre Tätigkeit erstatten zu lassen. Er wiederholte nachdrücklich, daß der Untergang der „Athenia" nicht von einem deutschen U-Boot herbeigeführt ist. Das der Unfallstelle zunächststehende Boot habe s. Zt. tatsächlich etwa 170 Seemeilen von der Unfallstelle abgestanden. Im übrigen sind die Weisungen, nach denen die Kommandanten den Handelskrieg zu führen haben, ja bekanntgegeben worden. Es ist bisher in keinem Falle auch nur im geringsten gegen diese Weisungen verstoßen worden. Im Gegenteil ist über das besonders zuvorkommende und ritterliche Verhalten der U-Bootskommandanten ja kürzlich gerade von einem amerikanischen Schiffskapitän berichtet worden."
Daraus ergibt sich ganz deutlich, daß das Deutsche Auswärtige Amt darauf bedacht war, diesen „Athenia"-Fall so gut wie möglich zu verdecken; nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Nein, da war nichts zu verdecken.
MAJOR ELWYN JONES: Als Sie nun herausfanden, daß das U-30 tatsächlich die „Athenia" versenkt hatte, dann mußte doch viel verhüllt werden?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube gestern schon gesagt zu haben, daß mir davon nichts zur Kenntnis gekommen ist.
MAJOR ELWYN JONES: Behaupten Sie, daß Sie Ende September nicht wußten, als das U-30 zurückkehrte, daß es tatsächlich die „Athenia" versenkt hatte?
VON WEIZSÄCKER: Es ist mir in keiner Weise erinnerlich.
MAJOR ELWYN JONES: Wann haben Sie zuerst entdeckt, daß das U-30 die „Athenia" versenkt hatte?
VON WEIZSÄCKER: Nach meiner Erinnerung während des Krieges überhaupt nicht.
MAJOR ELWYN JONES: Sie haben aber gestern doch gesagt, daß Sie dachten, daß die Veröffentlichung eines Artikels im „Völkischen Beobachter", der Winston Churchill der Versenkung der „Athenia" beschuldigte, ein Werk perverser Phantasie sei, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Durchaus.
MAJOR ELWYN JONES: Behaupten Sie also vor dem Gerichtshof, daß Sie die wahren Umstände über die Versenkung der „Athenia" nicht vor dem Ende des Krieges entdeckten, während Sie im Auswärtigen Amt direkt mit dieser Sache befaßt waren und viel Verantwortung hatten?

VON WEIZSÄCKER: Ich habe gestern schon gesagt, was ich darüber weiß. Es scheint so zu sein, daß bei der Marine die Versenkung der „Athenia" später erkannt worden ist, als zurückzuführen auf ein deutsches U-Boot. Ich kann mich aber durchaus nicht erinnern, daß diese Tatsache mir oder dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht worden wäre.
MAJOR ELWYN JONES: Auf alle Fälle hat der Angeklagte Raeder keinen Schritt unternommen, um diese Information richtigzustellen, die den amerikanischen diplomatischen Vertretern gegeben wurde?
VON WEIZSÄCKER: Mir ist durchaus nicht erinnerlich, daß Admiral Raeder mich oder das Auswärtige Amt von dem Tatbestand unterrichtet hätte.
MAJOR ELWYN JONES: Gut, nun in bezug auf den Angeklagten von Neurath.
Wenn der Gerichtshof damit einverstanden ist, beabsichtige ich nicht den Zeugen über die frühere diplomatische Geschichte zu befragen, denn der Gerichtshof hat ja bereits seinen Wunsch angezeigt, diese Sache aufzuschieben, bis die Angeklagten später im Zeugenstand erscheinen.
Ich möchte Ihnen aber eine allgemeine Frage stellen.
Wann war der früheste Zeitpunkt, an dem verantwortliche Beamte des Auswärtigen Amtes wie Sie zuerst einsahen, daß Hitler einen Angriffskrieg zu führen beabsichtigte?
VON WEIZSÄCKER: Daß der außenpolitische Kurs der Regierung Hitlers ein gefährlicher sei, habe ich zum ersten Mal im Mai 1933 sehr deutlich empfunden; daß ein Angriffskrieg geplant sei, vielleicht im Sommer 1938, mindestens, daß der eingeschlagene Weg der Außenpolitik sehr leicht in einen Krieg hineinführen könne.
MAJOR ELWYN JONES: Bereits im April 1938 war die außenpolitische Lage so gespannt, daß Sie ein Memorandum an alle deutschen diplomatischen Vertreter sandten, das sich mit der Lage, mit der kritischen Lage, befaßte.
VON WEIZSÄCKER: Das kann sein. Wenn ich das Dokument sehen dürfte?
MAJOR ELWYN JONES: Sehen Sie sich Dokument 3572-PS an, das ist ein Memorandum vom 25. April 1938, von Ihnen unterzeichnet, und eine Abschrift wurde an alle deutschen diplomatischen Vertreter gesandt. Es wird Beweisstück GB-478. Dieses Dokument sagt:
„Nachdem die Arbeiten auf dem Gebiet der Mobilmachungs-Vorbereitung im Inland bei der Wehrmacht und allen Zivilverwaltungen einschließlich Auswärtiges Amt weitere Fortschritte gemacht haben, ist es erforderlich, daß nunmehr auch bei den Auslandsbehörden unverzüglich darangegangen wird, entsprechende Maßnahmen für ihren Amtsbezirk zu treffen und sie mit den der Heimat obliegenden Aufgaben in Einklang zu bringen."
Darauf folgt eine Reihe von Anweisungen über Maßnahmen, die bei Beginn der kritischen Periode oder bei tatsächlicher Mobilmachung getroffen werden sollten. Im vorletzten Absatz wird betont:

„Ich bitte die Behördenleiter – ohne Vorliegen näherer Weisung – sich schon jetzt die für den dortigen Wirkungskreis im Ernstfalle in Frage kommenden Maßnahmen zu überlegen und alsbald entsprechende Vorschläge zu machen. Im Interesse der unbedingten Geheimhaltung muß strengstens darauf geachtet werden, daß der Kreis der Eingeweihten auf das geringste Maß beschränkt bleibt."
Daraus geht hervor, nicht wahr, daß Sie sich schon im April 1938 bewußt waren, daß eine tatsächliche Mobilmachung kurz bevorstand, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Darf ich fragen, ist das Dokument wirklich vom Jahre 1938 oder ist es vom Jahre 1939. Ich kann das nicht recht sehen hier.
MAJOR ELWYN JONES: 25. April 1938.
VON WEIZSÄCKER: Na ja, mag sein.
MAJOR ELWYN JONES: Nun, Sie waren doch selbst gegen die Angriffspolitik Hitlers, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich habe die Frage vielleicht nicht ganz verstanden.
MAJOR ELWYN JONES: Sie waren doch gegen Hitlers aggressive Außenpolitik, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich persönlich durchaus.
MAJOR ELWYN JONES: Haben Sie versucht, den Angeklagten Neurath zum Widerstand gegen Hitlers Angriffspolitik zu überreden?
VON WEIZSÄCKER: Herr von Neurath war damals gar nicht Außenminister.
MAJOR ELWYN JONES: Aber er blieb doch ein sehr wichtiger Funktionär des Nazi-Staates?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, daß sein Einfluß in dieser Periode noch kleiner war als vorher; aber ich habe Kontakt mit ihm gehalten und glaube, daß ich mit seinen Auffassungen und er mit den meinigen übereinstimmte.
MAJOR ELWYN JONES: Und trotzdem diente er dem Nazi-Staat weiter, insbesondere in einem Gebiet, das als Ergebnis dieser Angriffspolitik erworben wurde, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich wäre dankbar, wenn diese Frage an Herrn von Neurath und nicht an mich gerichtet würde.
MAJOR ELWYN JONES: Wie es Ihnen beliebt. Sie waren in Rom und in Italien im März 1944, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Jawohl.
MAJOR ELWYN JONES: Sie haben über das Verhalten der deutschen Streitkräfte in Italien ausgesagt. Waren Sie in Rom zu der Zeit der Massaker in den Hadrianischen Höhlen? Sie erinnern sich des Vorfalles, Zeuge, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Jawohl.
MAJOR ELWYN JONES: Als 325 Italiener ermordet wurden und 57 Juden wie als Zulage in die Grube hineingeworfen wurden; da waren Sie doch damals dort, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, es waren 320 Gefangene, die ermordet wurden in der Höhle, die Sie vorher genannt haben.

MAJOR ELWYN JONES: Wurden Sie über diese Sache zu Rat gezogen?
VON WEIZSÄCKER: Nein.
MAJOR ELWYN JONES: Das war eine Handlung, die von den deutschen Streitkräften ausgeführt wurde, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich glaube, von der deutschen Polizei und nicht von den deutschen Streitkräften.
MAJOR ELWYN JONES: Und Sie wissen doch, Zeuge, daß viele ähnliche Morde von der SS während der Zeit der deutschen Tätigkeit in Italien begangen wurden, nicht wahr?
VON WEIZSÄCKER: Ich wüßte nicht von vielen Morden, die da passiert sind, aber ich habe der deutschen Polizei auf diesem Gebiet viel zugetraut.
MAJOR ELWYN JONES: Sie wissen doch, daß sie den Ruf des Terrors und der Brutalität in Italien hinterlassen haben, wo immer sie ihre Spuren hinterließen.
VON WEIZSÄCKER: Die deutsche Polizei, ja.
MAJOR ELWYN JONES: Ich habe keine weiteren Fragen.
VORSITZENDER: Wollen Sie rückverhören?
DR. SIEMERS: Ich habe keine Fragen im Rückverhör.
VORSITZENDER: Dann kann sich der Zeuge zurückziehen.

Auszüge aus dem Urteil gegen Ernst von Weizsäcker im Fall 11 des Nürnberger Militärtribunals

Böhmen und Mähren: Der Einfall in Böhmen und Mähren, ihre zwangsweise Einverleibung als Protektorat des „Großdeutschen Reiches" und die Intrigen, durch die die Slowakei dazu verleitet und gezwungen wurde, ihre Unabhängigkeit zu erklären, hatten ihren Ursprung nicht bei dem Angeklagten Weizsäcker. Wir glauben auch nicht, daß er von diesem Plan sehr eingenommen war. Seine Einstellung befreit ihn jedoch nicht von der strafrechtlichen Verantwortung, wenn er trotz seiner inneren Mißbilligung als Mittäter oder Gehilfe oder durch seine Zustimmung teilgenommen hat. Er war an dieser Angelegenheit in erheblichem Umfang beteiligt. Alle, oder jedenfalls die meisten Unterredungen, die Weizsäcker mit den französischen, englischen und italienischen Diplomaten hatte, sind von ihm im Einklang mit den Richtlinien des Auswärtigen Amts geführt worden. Wir werden später auf die Einzelheiten eingehen, wollen aber vorher das von der Verteidigung vorgebrachte Beweismaterial erörtern.

Der Angeklagte hat angegeben, er habe sich der Invasion widersetzt und versucht, sie zu verhüten; zu diesem Zweck habe er Andor Hencke von der deutschen Gesandtschaft in Prag angewiesen, einen Bericht zu verfassen, aus dem sich die Bereitwilligkeit der tschechischen Regierung ergeben sollte, den Wünschen Deutschlands zu entsprechen und ihre eigene Politik und Gesetzgebung den deutschen Forderungen anzupassen. Dies wird von Hencke bestätigt; der Bericht ist am 28. Dezember 1938 erstattet worden.

Dieser Bericht gleicht jedoch einem Januskopf. Auf der einen Seite wird gesagt, daß die tschechische Regierung zur Zusammenarbeit bereit sei, auf der anderen Seite aber wird Mißtrauen gegen einige ihrer Mitglieder zum Ausdruck gebracht und erwähnt, daß bei der Intelligenz und bei vielen Beamten das Gefühl vorherrsche, daß der gegenwärtige Zustand nur vorübergehend sei, und daß sie auf den Tag der Rache hofften; es sei nicht möglich, zu beurteilen, ob die Mehrheit für oder gegen ein Zusammengehen mit Deutschland sei; die letzten Wochen hätten zu einer Versteifung der allgemeinen Haltung geführt. Es heißt weiter darin, daß Frankreich und Rußland, die ehemaligen Verbündeten der Tschechoslowakei, außenpolitisch uninteressant geworden seien, und daß die Franzosen in der entscheidenden Krisis des Staates gezeigt hätten, daß sie nicht in der Lage waren, der Tschechoslowakei zu helfen; das Verhältnis zu England sei kühl; obwohl Großbritannien nach Ansicht der tschechischen Regierung ihrem Lande weder helfen noch schaden werde, wolle sie es doch mit England nicht ganz verderben. Hencke erwähnte weiterhin „die kürzliche Entspannung" zwischen den Tschechen und den Slowaken durch den Besuch Hachas in der Slowakei; der slowakische Ministerpräsident Tiso habe wieder einmal über die Festigung der Bande der „Blutsbrüderschaft" gesprochen, die sehr brüchig geworden seien. Die slowakische Bevölkerung habe den Besuch Hachas bemerkenswert günstig aufgenommen; in der Tschechoslowakei hätten die judenfeindlichen Gesetze und andere gesetzgeberischen Maßnahmen nach deutschem Muster eine feindselige Stimmung gegen Beran hervorgerufen, der die Gesetze vorgeschlagen und durchgeführt hatte.

Nach unserer Ansicht war dieser Bericht nicht geeignet, die Lage irgendwie zu verbessern; er konnte nur die Folge haben, daß Hitler in den Absichten bestärkt wurde, die er gegen den verstümmelten tschechischen Staat hegte. Einen Diktator, der einen schwächeren Staat zerschlagen will, beruhigt man nicht dadurch, daß man hinweist auf die Schwächen einer wohlmeinenden Regierung, auf die feindselige Haltung der Bevölkerung gegenüber der Übernahme judenfeindlicher und anderer von ihrem mächtigen Nachbarn herrührenden Gesetze; auf die kühle Haltung der Regierung gegenüber den einzigen Mächten, die möglicherweise zu Hilfe kommen könnten, oder auf das Nachlassen der Spannung zwischen einem selbständigen Teil eines Staates und dem Rest. Solche Zustände mußten den Diktator noch darin bestärken, so zu handeln, wie er tatsächlich gehandelt hat, nämlich einzumarschieren und die Regierungsgewalt selbst zu übernehmen.

Wie nebenbei bemerkt sei, ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß dieser Bericht über ein bevorstehendes Bündnis zwischen den Tschechen und Slowaken einer der Gründe für Kepplers Entsendung zu Tiso im März 1939 war.

Der zweite Schritt, den der Angeklagte seiner Behauptung nach unternommen hat, erfolgte im Februar 1938, ungefähr vier Wochen vor der Invasion; er ersuchte von Kessel, der im Begriff war, nach der Schweiz zu fahren, die Engländer zu veranlassen, eine führende Persönlichkeit mit einer Sonderkommission nach Berlin zu entsenden, die Hitler ein Bild von der Macht der Engländer geben und ihn dadurch beeindrucken könnte. Von Kessel hat ausgesagt, er sei an einen jüdischen Bankier namens Erwin Schöller herangetreten, der politische Beziehungen zu England hatte, und habe ihn dringend gebeten, mit den Engländern zu sprechen. Warum von Kessel trotz seiner engen Beziehungen zu dem englischen Botschafter und zu anderen Personen in London den Umweg über einen jüdischen österreichischen Bankier wählte, anstatt wie bisher den direkten Weg zu gehen, wird nicht erklärt.

Weizsäckers dritter Schritt zur Abwendung der kommenden Ereignisse bestand nach seiner Behauptung in einer bedeutsamen Geste gegenüber dem italienischen Botschafter Attolico, als dieser Erkundigungen über die tschechische Lage einzog.

Im Vergleich mit den Maßnahmen, die Weizsäcker vor München ergriffen hatte, waren diese Schritte, gelinde gesagt, schwächlich. Die Behauptung des Angeklagten, daß er bis zum 10. März 1939 nichts von Hitlers Absichten gewußte habe, entspricht nach unserer Ansicht nicht der Wahrheit. Die Tatsache, daß er vier Wochen vorher von Kessel den obenerwähnten Auftrag gegeben und lange vor dem 10. März 1939 die erwähnten Unterredungen mit Coulondre, Henderson und dem tschechischen Gesandten gehabt hatte, sind mit seiner Aussage unvereinbar.

Wir kommen nun zu seinen Handlungen und Äußerungen während der Monate vor der Invasion.

Am 10. November 1938 diktierte Weizsäcker eine Denkschrift, die an Wörmann, Ritter, Altenburg und von Richthofen ging. Darin bemerkte er, daß er

den Tschechen Stoupal empfangen und ihm auf Befragen gesagt habe, die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei sei die eines guten freundnachbarlichen Zusammenlebens, sofern der von der Tschechoslowakei ausgedrückte Wille enger Anlehnung an Deutschland praktisch zum Durchbruch komme; damit scheine es jedoch mit Regierungskreisen zum Teil noch zu hapern, wie z. B. der schleppende Gang der Wirtschaftsverhandlungen beweise. Er habe Stoupal brutal gesagt, daß seine Regierung einen schweren Irrtum begangen habe und sich in bezug auf die von Deutschland geforderte Lösung sofort im positiven Sinne entschließen müsse. Sie müsse sofort Maßnahmen in der Behandlung der Angestelltenverträge ergreifen, um Entlassungen Reichs- und Volksdeutscher entgegenzutreten. Als Stoupal eine zwischenstaatliche Zwischenfallskommission zur Erledigung solcher Zwischenfälle vorschlug, habe er, Weizsäcker, erwidert, es sollten lieber keine Zwischenfälle vorkommen, solche Kommissionen schienen ihm nicht ganz am Platze. Stoupal habe nicht den Wunsch vorgebracht, mit Stellen der NSDAP zusammenzukommen.

Der Angeklagte hat von Ribbentrop das Protokoll über dessen Besprechung mit Hitler am 11. Oktober 1938 erhalten; darin wurde Weizsäcker angewiesen, den polnischen Gesandten davon zu verständigen, daß Deutschland nicht an Oderberg interessiert sei, sondern an Mährisch-Ostrau und Witkowitz; das Verbleiben von Mährisch-Ostrau und Witkowitz bei der Tschechoslowakei hänge von der Weiterentwicklung ab; was die Frage von Preßburg beträfe, so solle den Ungarn gesagt werden, daß Deutschland den ungarischen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei grundsätzlich sympathisch gegenüberstehe, daß aber Deutschland nur für deutsche Belange das Schwert ziehen könne. Zu seiner persönlichen Information wurde Weizsäkker mitgeteilt, daß es nicht in Deutschlands Absicht liege, den Ungarn in den Arm zu fallen oder ihnen einen Rat auf Mäßigung zu geben, falls Ungarn mobilisieren sollte.

Man muß sich vor Augen halten, daß damals noch keine zwei Wochen seit dem Münchener Abkommen verstrichen waren.

Am 22. Dezember 1938 berichtete Coulondre, der französische Botschafter in Berlin, an den französischen Außenminister über seine Konferenz mit Weizsäcker wie folgt:

„Was die zugunsten der Tschechoslowakei in Aussicht genommene internationale Garantie betrifft, so war Baron von Weizsäcker hier schweigsam. Als ich ihn daran erinnerte, daß Herr von Ribbentrop in Paris seine Absicht geäußert hätte, diese Frage wieder aufzunehmen, und ihn fragte, ob es irgend etwas Neues in dieser Sache gäbe, verneinte er. ‚Könnte man diese Angelegenheit nicht unter den Tisch fallen lassen?' meinte er lächelnd. ‚Nachdem schließlich die Vorherrschaft Deutschlands in diesem Gebiet eine ausgemachte Tatsache ist, würde da nicht die Garantie des Reiches genügen?' Ich versäumte nicht, zu bemerken, daß übernommene Verpflichtungen nicht vergessen werden könnten, und setzte die Angelegenheit ins richtige Licht. Der

Eindruck, den ich empfing, war jedoch der, daß mein Gesprächspartner seinen Entschluß bereits getroffen hatte.
‚Außerdem', schloß er, ‚müßte die Tschechoslowakei eine solche Garantie beantragen. Auf jeden Fall haben wir keinerlei Eile, diese Frage zu entscheiden, und Herr Chvalkovsky kommt erst nach den Feiertagen nach Berlin.' In Wirklichkeit war der Besuch des tschechoslowakischen Außenministers schon zweimal verschoben worden.
Am 28. Dezember 1938 meldete Weizsäcker an Ribbentrop mit Durchschrift für Wörmann, daß er mit dem italienischen Geschäftsträger Magistrati gesprochen habe. Der letztere habe wiederum die Frage der Garantie für die Unversehrtheit der Tschechoslowakei angeschnitten und gesagt, er habe Weisung des Grafen Ciano, zu erklären, daß die italienische Regierung in dieser Frage im Einvernehmen mit Deutschland vorgehen wolle. Weizsäcker erklärt, er habe es vermieden, tiefer auf die Angelegenheit einzugehen, und habe Magistrati gesagt, er habe neulich dem französischen Botschafter ohne Umschweife erklärt, daß die Tschechoslowakei ausschließlich von Deutschland abhänge und eine Garantie irgendeiner anderen Macht wertlos sei. Die „heutige" Tschechoslowakei sei nicht dieselbe wie damals, als von der Garantie die Rede gewesen sei; Attolico sei bereits entsprechend ins Bild gesetzt worden.
Am 8. Februar 1939 erklärte die britische Regierung, sie sei der Ansicht, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die in der Anlage des Abkommens von München behandelte Frage einer Garantie zugunsten des tschechoslowakischen Staates zu regeln. Unter Hinweis auf die Erklärungen, die die Italiener im Januar abgegeben hatten, wünsche die britische Regierung die Auffassung der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit kennenzulernen.
Weizsäcker entwarf folgende Antwort: Deutschland sei nicht der Auffassung, daß ein Eintritt Englands und Frankreichs in eine solche Garantieverpflichtung irgendeine sichere Gewähr gegen die Entstehung oder Vertiefung solcher Gegensätze oder sich daraus ergebender Konflikte bieten würde; auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit befürchte das Reich von Garantieerklärungen der westlichen Mächte zugunsten der Tschechoslowakei eher eine Verschärfung der Differenzen zwischen Deutschland und den umgebenden Staaten. Die Haltung der tschechoslowakischen Regierung sei auf die Tatsache begründet, daß in den vergangenen Jahren die verschiedenen tschechischen Regierungen infolge der von den Westmächten zugunsten der Tschechoslowakei abgegebenen mehr oder weniger ernstgemeinten militärischen Garantien geglaubt hätten, über die unabwendbaren Forderungen der nationalen Minoritäten einfach zur Tagesordnung übergehen zu können. Die deutsche Regierung sei sich im klaren, daß letzten Endes die Gesamtentwicklung in diesem europäischen Raum in erster Linie in die Sphäre der wichtigsten Interessen des Deutschen Reiches falle.
Am 22. Februar 1939 ersuchte der tschechoslowakische Geschäftsführer dringend um eine Unterredung mit Weizsäcker und gab ihm während der Be-

sprechung eine Aufzeichnung, in der die Frage einer Garantie für die Rest-Tschechei aufgeworfen und mit einer feierlichen Neutralitäts- und Nichteinmischungsverpflichtung dieses Landes verbunden war. Der Geschäftsträger bat, ihm den Standpunkt der deutschen Regierung baldmöglichst bekanntzugeben, und erklärte, daß die Überreichung gleichlautender Noten in Rom, London und Paris bevorstehe. Weizsäcker berichtete, daß er auf die tschechische Erklärung erwidert habe, es erscheine ihm nicht belangreich, ob der Schritt in Berlin eine halbe Stunde früher oder später erfolgt sei; es falle ihm auf, daß die tschechische Regierung sich in einer solchen Frage gleichzeitig an alle vier Mächte des Münchener Abkommens wende, ohne vorher mit Deutschland allein darüber in Gedankenaustausch zu treten.

Am 3. März 1939 sprach Mastny, der tschechische Gesandte in Berlin, in derselben Angelegenheit bei Weizsäcker vor. Weizsäcker machte ihn auf die den Franzosen und Engländern bereits erteilte Antwort aufmerksam. Mastny erklärte, die Garantie würde den heutigen Schwebezustand beenden und es der Prager Regierung erleichtern, mit Elementen fertigzuwerden, die eine Anlehnung an Deutschland ungern sähen. Er versuchte schließlich, Weizsäcker dazu zu überreden, mit Masaryk zu sprechen; Weizsäcker beantwortete den Vorschlag ausweichend.

Am 15. März sprach der französische Botschafter bei Weizsäcker vor. Er erklärte, daß Deutschlands Einmarsch in Böhmen am 14. März Anlaß zu ernster Besorgnis über das Verhalten Deutschlands zum übrigen Europa gebe und verlangte eine Information über die Vorgänge von einer amtlichen deutschen Stelle. Er fügte hinzu, der Einmarsch in die Tschechoslowakei durch die deutschen Truppen stehe im Widerspruch zum Münchener Abkommen. Weizsäcker berichtete, er habe den Botschafter ziemlich scharf angefaßt und ihm erklärt, er möge doch nicht von dem Münchener Abkommen reden, das angeblich verletzt sei, und solle „uns keine Lehren erteilen". München habe zwei Elemente enthalten, nämlich die Bewahrung des Friedens und das französische Desinteressement an den Ostfragen; Frankreich möge doch seinen Blick nach Westen lenken und nicht von Dingen reden, wo seine Beteiligung erfahrungsgemäß den Frieden nicht fördere. Er habe dem französischen Botschafter klarzumachen versucht, daß Deutschland sich gezwungen gesehen haben würde, in der Tschechoslowakei aus eigenem Entschluß Ordnung zu schaffen, wenn nicht der tschechische Staatspräsident einen Besuch beim Führer gewünscht und die Reise nach Berlin angetreten hätte; Frankreich müsse erkennen, daß es sich nicht nur um eine notwendige, sondern auch um eine mit der tschechischen Regierung vereinbarte Aktion handelte.

Alle diese den Franzosen gegebenen Erklärungen waren, wie Weizsäcker damals sehr wohl wußte, vollkommen falsch.

Am 17. März 1939 berichtete Weizsäcker, die englische Presse habe fälschlich gemeldet, daß das deutsche Auswärtige Amt Frankreich und England die Versicherung, daß Deutschland keinesfalls zu drastischen Schritten übergehen werde, zu einer Zeit abgegeben habe, als deutsche Truppen die tschechi-

sche Grenze bereits überschritten hätten. Tatsächlich habe der französische Botschafter an dem betreffenden Tag überhaupt nicht vorgesprochen, sondern erst am darauffolgenden Mittwoch; der britische Botschafter sei fünf Stunden vor dem Marsch der deutschen Truppen über die tschechische Grenze dagewesen. Dem britischen Botschafter sei nur gesagt worden, Deutschland wolle versuchen, seine Ansprüche auf anständige Weise durchzusetzen; auch ein Einmarsch könne in anständiger Weise vor sich gehen.
Am 18. März 1939 versuchte der französische Botschafter, eine Protestnote gegen das deutsche Vorgehen zu überreichen. Weizsäcker weigerte sich, die Note entgegenzunehmen und riet Coulondre, er möge seiner Regierung nahelegen, „ihr Konzept zu revidieren". Als der Botschafter den Einmarsch selbst erörtern wollte und ihn als einen Verstoß gegen das Münchener Abkommen bezeichnete, erwiderte Weizsäcker, daß rechtlich betrachtet eine zwischen dem Führer und dem tschechischen Staatspräsidenten Hacha zustande gekommene Erklärung vorliege und daß der tschechische Präsident auf eigenen Wunsch nach Berlin gekommen sei und alsbald und vorweg dem Herrn Reichsaußenminister erklärt habe, das Schicksal seines Landes in die Hand des Führers legen zu wollen. Er, Weizsäcker, könne sich nicht denken, daß die französische Regierung katholischer als der Papst sei und sich in Dinge einmischen wolle, die zwischen Berlin und Prag ordnungsgemäß abgemacht seien.
Weizsäcker gibt zu, daß diese Erklärungen nicht der Wahrheit entsprachen. Es fällt uns schwer, die Beteuerungen, die der Angeklagte jetzt vorbringt, mit den eben dargelegten Handlungen in Einklang zu bringen. Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß Weizsäcker, als die Verwirklichung von Hitlers Angriffsplänen drohte – und dies Stadium dauerte mehrere Monate –, irgendwelche Schritte unternommen hat, um England, Frankreich und Italien zu Maßnahmen zu veranlassen, die Hitler am Losschlagen hätten hindern können. Seine Haltung in dieser Zeit unterschied sich grundlegend von derjenigen, die er vor München eingenommen hatte. Der Grund hierfür ist nach unserer Ansicht offensichtlich: Vor München befürchtete er, daß Frankreich und England zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu den Waffen greifen würden und daß Deutschland in diesem Falle unterliegen würde. Nach München war er der Ansicht, daß diese Gefahr für Deutschland nicht mehr bestehe und betrachtete das zukünftige Schicksal der Tschechoslowakei mit Gleichmut und sogar Billigung.
Er war nicht nur ein Zuschauer, sondern arbeitete positiv mit und führte in voller Kenntnis der Tatsachen selbst die diplomatischen Verhandlungen mit den Opfern und mit den interessierten Mächten. Stillschweigende Mißbilligung ist keine Rechtfertigung für eine Handlung. Wir erkennen an, daß Weizsäcker nicht der Urheber dieser Invasion war und keinen maßgebenden Anteil an ihr hatte, stellen aber fest, daß seine Beteiligung greifbare Formen angenommen hat und eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung des Programmes war.

Wir müssen ihn daher wegen seiner Beteiligung an dem Einfall in der Tschechoslowakei im Sinne des Anklagepunktes I schuldig sprechen.

Die Kenntnis des Auswärtigen Amtes von dem Schicksal der Juden im Osten. Mit typischer deutscher Gründlichkeit wurde nicht nur der Mord- und Ausrottungsfeldzug gegen die Juden in Polen und Rußland fortgeführt; es wurden auch Berichte erstattet, die alle Einzelheiten dieser entsetzlichen Maßnahmen enthielten. Das Auswärtige Amt erhielt regelmäßige Berichte über die Tätigkeit der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten. Viele dieser Berichte sind von WEIZSÄCKER und WÖRMANN abgezeichnet. Die Berichte gaben Aufschluß über den Massenmord, durch den ganze Gebiete judenfrei gemacht wurden, über die Abschlachtung von hilflosen und unschuldigen Menschen, die Erschießung von Geiseln in einem Ausmaß, das zu den angeblich gegen die deutsche Wehrmacht begangenen Straftaten in keinem Verhältnis stand, über die Ermordung gefangener russischer Beamter und über das ganze, mit berechnender Grausamkeit durchgeführte Schreckensregiment; all das wird in der forschen und dabei sachlichen Sprache militärischer Berichte erzählt.

Eine ins Einzelne gehende Beschreibung all dieser Dinge gibt das Urteil im Fall IX (Die Vereinigten Staaten gegen Ohlendorf und Genossen), und daher erübrigt sich eine Wiederholung. Es genügt die Feststellung, daß viele Hunderttausende unschuldiger Menschen ohne Grund und Anlaß hingemordet wurden, ohne daß ein gerichtliches Verfahren stattfand oder ihnen Gelegenheit gegeben wurde, ihre Unschuld zu beweisen, und fraglos waren besonders die Juden als Opfer dieser Mordkampagnen ausersehen.

Die Anklagebehörde behauptet jedoch nicht, daß die Angeklagten die Ausführung dieser von den Einsatzgruppen begangenen Verbrechen veranlaßt oder an ihr mitgewirkt haben. Die Beschuldigung geht dahin, daß die Angeklagten von diesen Verbrechen wußten und sie ohne Einspruch geschehen ließen. In dieser Hinsicht war das Auswärtige Amt weder zuständig noch zum Eingreifen berechtigt. Diese Verbrechen wurden größtenteils in einem Gebiete begangen, für das die Wehrmacht zuständig war. Wir können es zwar nicht verstehen, wie ein anständiger Mensch es über sich bringen konnte, unter einem Regime im Amte zu bleiben, das planmäßig und in einem Riesenausmaß solche Scheußlichkeiten beging, es liegt jedoch kein Beweis für die Teilnahme der Angeklagten WÖRMANN und WEIZSÄCKER vor.

Wichtig ist hier jedoch, daß die erwähnten Aufzeichnungen über diese Verbrechen Tatsachen enthalten, die die Behauptung der Angeklagten, von der Endlösung und von dem Zwecke der Verschickung der Juden nach dem Osten nichts gewußt zu haben, glatt widerlegen. Wenn wir erwägen, daß die Angeklagten gewußt haben, was mit den Juden geschah, wenn sie in die Hände der SS, der Gestapo und der Polizei geraten waren, können wir uns unmöglich vorstellen, daß die Angeklagten zu einem anderen Schluß kommen konnten, als daß diese Verschickung mit dem Tode dieser Zwangsverschickten durch Erschöpfung, Überarbeitung, Aushungerung, Mißhandlung und Massenmord enden würde. Die Angeklagten sind Leute von überdurch-

schnittlicher Intelligenz und Erfahrung. Sie besitzen die für den höheren Beamtendienst erforderliche Bildung und Schulung, sie sind erfahren in der Auswertung des politischen Geschehens und in der Ermittlung der Beweggründe für die Maßnahmen von Parteien, Beamten und ganzen Völkern; sie sind Meister in der Kunst, zwischen den Zeilen anscheinend harmloser, in gemäßigter Sprache gehaltener Schriftstücke zu lesen und aus ihnen die durch den Wortlaut verschleierte wirkliche Bedeutung zu erkennen.
Wenn der Angeklagte Weizsäcker angibt, er habe geglaubt, Auschwitz sei nur ein Internierungslager für Arbeiter gewesen, so berichtet er uns nach unserer Überzeugung nur einen Teil von dem, was er wirklich gewußt und mit gutem Grunde für wahr gehalten hat. Ihm waren die ausländischen Rundfunkberichte über die Vorgänge in Auschwitz zugänglich. Er wurde durch seine Verbindung mit der Wehrmacht, der Opposition und der Amtsstelle des Admirals Canaris auf dem laufenden gehalten, und er hat ganz genau gewußt, was mit den Juden in Polen, den baltischen Staaten und den besetzten Gebieten Rußlands geschah. Wenn er nicht geglaubt hat, daß sich reißende Wölfe über Nacht in sanfte Lämmer verwandelt hätten, konnte er über ihr unvermeidliches Ende nicht im Zweifel sein.
Es ist möglich – wenn auch nach unserer Ansicht nicht wahrscheinlich –, daß er über die in jenem Lager entwickelte raffinierte Mordtechnik nicht im Bilde war; daß er aber gewußt hat, daß die Zwangsverschickten für Sklavenarbeit und den Tod bestimmt waren, daran haben wir keinen Zweifel. Das ergibt sich klar aus der Aussage seines eigenen Sohnes, Karl von Weizsäcker, sowie aus den Aussagen einer Reihe seiner eigenen Zeugen und besonders aus den Aussagen derjenigen seiner Mitarbeiter im Auswärtigen Amte, welche gleich ihm behaupten, Mitglieder der Geheimbewegung gegen das Hitler-Regime gewesen zu sein. Wir nennen in diesem Zusammenhang Schlabrendorff, Bruns, von Etzdorf und von Bargen.
Karl von Weizsäckers Aussage lautete wie folgt:
„F. Haben Sie während des Krieges mit Ihrem Vater auch über Deportationen von Juden und andere Greueltaten gesprochen?"
A. Ja, darüber haben wir teils aus einzelnen konkreten Fällen, teils auch allgemein gesprochen.
F. Haben Sie und Ihr Vater damals gewußt, daß Juden getötet wurden?
A. Selbstverständlich wußte man das. Die große Schwierigkeit war ja gerade die, daß man wußte, daß solche Dinge geschahen, daß man aber nicht wußte, wie und wo sie geschahen . . .
F. Hatte Ihr Vater nie erwogen, den Juden durch offenen Widerspruch zu helfen, d. h. indem er öffentlich gegen Hitlers antisemitische Politik protestierte?
A. Nun, wir haben natürlich auch darüber gesprochen, und ich kann Ihnen genau sagen, was die Meinung meines Vaters darüber war. Er sagte: ‚Wenn er das täte, könnte man schon zum Märtyrer werden, aber man würde sicher damit nicht den Juden helfen'."

Am 9. März 1942 schrieb Eichmann von der SS an das Auswärtige Amt, daß die Absicht bestände, 1000 französische und staatenlose Juden, die in Frankreich im Jahre 1941 verhaftet worden waren, nach Auschwitz zu transportieren; er fragte, ob dagegen irgendwelche Bedenken vorlägen. Am 11. März schrieb die SS wiederum an das Auswärtige Amt, daß die Absicht bestände, weitere 5000 Juden von Frankreich in den Transport hineinzunehmen. Am selben Tag gab Luther das Gesuch telegraphisch an die Deutsche Botschaft in Paris weiter und erbat Stellungnahme; Paris antwortete: „Keine Bedenken." Am 20. März teilte Rademacher der SS auf Anweisung mit, daß das Auswärtige Amt keinen Einspruch gegen die Deportation dieser 6000 Juden mache. Dieser Brief ist von Wörmann und Weizsäcker abgezeichnet und enthielt die Bemerkung des letzteren: „Polizeilich charakterisierte Juden" (Exh. 1697, 1698, B-60-B). Es gibt auch nicht den Schatten eines Zweifels, daß sowohl Wörmann als auch Weizsäcker über diesen schändlichen Plan unterrichtet worden sind, und daß sie ihre amtliche Genehmigung dazu gegeben haben. Nirgendwo steht in den Akten, daß sie über seine Zulässigkeit Zweifel gehegt, Einwendungen dagegen erhoben oder Proteste eingelegt hätten oder daß sie die Gelegenheit benutzt hätten, Ribbentrop klarzumachen, daß selbst vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik gesehen die Ausführung dieses Planes ein katastrophaler Fehler sein würde, da er nicht nur die öffentliche Meinung in Frankreich vor den Kopf stoßen, sondern auch eine Welle von Entsetzen und Mißbilligung in der ganzen Welt hervorrufen würde. Keiner der Angeklagten behauptet, es habe für diese Deportation irgendeine gesetzliche Rechtfertigung gegeben, oder bestreitet, daß sie einen krassen Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die Bestimmungen der Haager Konvention darstellt.

Wörmann entschuldigt sich damit, daß er nicht in der Lage gewesen sei, irgend etwas zu unternehmen; seine Mitunterschrift habe nur bedeutet, daß nach seiner Meinung kein stichhaltiger politischer Grund gegen den Plan vorliege; die Mitteilung des Auswärtigen Amts sei von dem Staatssekretär und zwei anderen Unterstaatssekretären, einschließlich ihm selbst, unterzeichnet worden, weil es sich um eine wichtige Angelegenheit gehandelt habe. Jedoch sein eigener Zeuge, Lehmann, ein langjähriger Beamter im Auswärtigen Amt, der als Sachverständiger über die Praxis des Auswärtigen Amts geladen war, hat seine Aussage nicht bestätigt. Er hat – wenn auch widerwillig – ausgesagt, daß die Abzeichnung eines Entwurfs durch einen Beamten im Auswärtigen Amt bedeutet habe, daß er ihn nach außen hin genehmige, selbst wenn er innere Bedenken über die Zulässigkeit des Plans hegte.

Der Angeklagte Wörmann wußte, daß zwingende politische Gründe vorlagen, die gegen die Genehmigung der Maßnahme sprachen; er wußte, daß die Maßnahme gegen jeden Grundsatz des Völkerrechts verstieß und in direktem Widerspruch mit der Haager Konvention stand. Weizsäcker behauptet, daß zu der Zeit, als dies passierte, wiederholte Anschläge auf Mitglieder der Wehrmacht vorgekommen seien, und Hitler habe daraufhin eine große An-

zahl von Geiselerschießungen in Frankreich anbefohlen. Die in Frage kommenden Juden seien schon interniert und in Gefahr gewesen, und man hätte sehr leicht zu dem Schluß kommen können, daß sie bei der Deportation nach dem Osten weniger Gefahr laufen würden als in ihrem jetzigen Aufenthaltsort; zu jener Zeit habe der Name Auschwitz für niemanden irgend etwas Besonderes bedeutet. Er behauptet nicht, daß dies tatsächlich der Grund für ihn gewesen sei, keine Einwendungen zu erheben; aber *wahrscheinlich* sei dies der Grund gewesen. Er behauptet weiterhin, daß das Auswärtige Amt diese Maßnahmen nicht eingeleitet oder ausgeführt habe und daß die Stellungnahme oder die Meinung des Auswärtigen Amtes sie nicht hätte verhindern können. Die letztere Behauptung ist jedoch kaum haltbar, wenn man bedenkt, daß Eichmann von der SS ausdrücklich angefragt hat, ob das Auswärtige Amt irgendwelche Bedenken hätte.

Wir sind zwar bereit und sogar darauf bedacht, in jedem Fall im Zweifel zugunsten des Angeklagten zu entscheiden – das ist sein Recht –, aber hier ist es schwer, einen Zweifel zu hegen, selbst wenn wir annehmen, daß zu jener Zeit keiner der Angeklagten wußte, daß Auschwitz ein Todeslager war. Aber sie waren immerhin voll unterrichtet über das Schicksal jedes Juden, der der SS und der Gestapo auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war; sie kannten das Schicksal der polnischen Juden und der Juden aus dem Baltikum und Rußland; sie kannten das entsetzliche Los der deutschen Juden.

Weizsäcker hat zwar zugegeben, daß ihm viele Dinge aufs Pult gelegt und von ihm abgezeichnet worden seien, gegen die er innere Bedenken und Skrupel hegte, aber er sei trotzdem im Amt geblieben, und zwar aus folgenden zwei Gründen: Erstens, um auf diese Weise wenigstens einen Kristallisationspunkt in der heimlichen Widerstandsbewegung gegen Hitler zu bilden, dadurch, daß er einen wichtigen Horchposten bekleidete, Mitglieder der Widerstandsbewegung in strategischen Posten hielt und den Widerstandsgruppen in der Wehrmacht, den verschiedenen Regierungsabteilungen und der Zivilbevölkerung Nachrichten übermittelte, und zweitens, um in der Lage zu sein, Versuche zu Friedensverhandlungen einzuleiten oder bei solchen Versuchen mitzuhelfen. Wir glauben ihm; aber obgleich dies als mildernder Umstand in Betracht gezogen werden kann und werden wird, bringt es die Anklage wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zum Scheitern. Man darf die Begehung eines Mordes nicht gutheißen oder dabei mitwirken, weil man hofft, man könne auf diese Weise die Gesellschaft am Ende von dem Hauptmörder befreien. Im ersten Fall handelt es sich um ein unmittelbar gegenwärtiges Verbrechen, im zweiten Fall nur um eine künftige Hoffnung.

Als die SS anfragte, ob das Auswärtige Amt irgendwelche Bedenken habe, war es die Pflicht des Angeklagten, auf diese Bedenken hinzuweisen. Das ist die Funktion einer politischen Abteilung und eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt. Diese Pflicht wird nicht dadurch erfüllt, daß man nichts sagt und nichts tut. Selbst der Zeuge des Angeklagten, Schlabrendorf, der persön-

lich aktiv und führend in der Widerstandsbewegung tätig war und an dem Komplott vom 20. Juli 1944 teilnahm, hat ausgesagt, daß die Mitgliedschaft in dieser Bewegung einen Menschen nicht dazu berechtigt habe, bei dem Programm zur Ermordung der Juden mitzuwirken.
In diesem und in gleichgelagerten Fällen werden die Angeklagten Weizsäcker und Wörmann schuldig gesprochen.

In den anderen Anklagepunkten wurde Ernst von Weizsäcker freigesprochen.

Auszüge aus dem Beschluß des Gerichts vom 12. Dezember 1949

Beschluß hinsichtlich des Verurteilten von Weizsäcker

Beschluß

Am 10. Mai 1949 wurde vom Angeklagten Ernst von Weizsäcker ein Antrag eingebracht mit dem Begehren, das am 14. April 1949 vom Gericht verkündete Urteil dahin abzuändern, daß der gegen diesen Angeklagten unter den Punkten I und V der Anklageschrift ergangene Schuldspruch widerrufen und die Freilassung des Angeklagten angeordnet werde. Am 19. Juni 1949 wurde seitens der Staatsanwaltschaft ein Erwiderungsschriftsatz hierzu eingebracht, worauf der Angeklagte seinen Entgegnungsschriftsatz im weiteren Verlauf einreichte. Am 25. April 1949 schloß sich der Angeklagte einem Antrag auf Einberufung einer Plenarsitzung der Gerichtshöfe zum Zwecke der „Überprüfung des am 14. April 1949 durch Militärgerichtshof Nr. IV verkündeten Urteils" an.

Nach Erwägung des genannten Antrags und der in Verbindung damit eingereichten Schriftsätze wird vom Gericht in voller Kenntnis der Sachlage folgender

Beschluß gefaßt: Der vom Angeklagten von Weizsäcker in bezug auf den Anklagepunkt V eingebrachte Antrag ist in allen Punkten zu verwerfen und wird somit abgewiesen. Weizsäckers Antrag in bezug auf den Anklagepunkt I wird stattgegeben, das Urteil pro tanto abgeändert und das Strafmaß von sieben auf fünf Jahre, mit Strafantritt am 25. Juli 1947, herabgesetzt.

Das diesem Beschluß beiliegende Memorandum wird hiermit zu einem Teil dieses Beschlusses erklärt.

Am 12. Dezember 1949.

gez.: William C. Christianson, Präsident

Ich stimme obigem Beschluß insoweit zu, als er sich auf den Anklagepunkt V bezieht, nicht aber seinen Ausführungen zu Anklagepunkt I. Siehe mein getrenntes Memorandum.

gez.: Robert F. Maguire, Richter

gez.: Leon W. Powers, Richter

Memorandum

Die Verurteilung des Angeklagten von Weizsäcker erfolgte unter zwei Anklagepunkten: I und V. Er wurde unter allen anderen Anklagepunkten freigesprochen. Unter dem Anklagepunkt I wurde er unter der Anklage von Angriffshandlungen gegen Österreich, Polen, Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Jugoslawien, Griechenland, Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika freigespro-

chen. Ein Schuldspruch erfolgte wegen seiner Verwicklung in den am 15. März 1939 ausgeführten Angriff auf die Tschechoslowakei, als Deutschland in dieses unglückliche Land einmarschierte, dessen nationale Einheit auflöste und den Versuch unternahm, es als Protektorat dem Deutschen Reich einzugliedern. Der Verteidiger macht nicht nur Irrtum des Gerichts bei dessen Bewertung der vorliegenden Zeugenaussagen geltend, sondern behauptet weiter, das Gericht habe irrigerweise Beweismaterial in Betracht gezogen, das als unzulässig verworfen worden war, und habe Beweismaterial verwertet, das der Verteidigung nie vorgelegen hat, und schließlich, das Gericht sei gegen den Angeklagten voreingenommen gewesen.

Ehe wir uns der Hauptfrage zuwenden, nämlich, ob das Gericht bei seiner Bewertung von Zeugenaussagen irrte, sowie der Behauptung, daß das Protokoll nicht nur keinen Schuldnachweis, sondern den Nachweis für die Unschuld des Angeklagten erbringt, wollen wir kurz auf die Vorstellungen eingehen, daß sich der Schuldspruch zum Teil auf abgewiesenes Beweismaterial stütze, daß das Gericht Beweismaterial bewertet habe, das der Verteidigung niemals vorgelegen hat, und daß die Mehrheit des Richterkollegiums gegen den Angeklagten voreingenommen gewesen sei. Im Zusammenhang mit der ersten dieser Vorstellungen macht der Angeklagte geltend, Dokument NG-5750, das Protokoll der Besprechung zwischen Ribbentrop und Hitler vom 11. Oktober 1938, sei als Beweisstück Nr. 325 im Dokumentenbuch Nr. 204 der Staatsanwaltschaft vorgelegt und abgewiesen worden. Der Verteidiger übersieht die Tatsache, daß dieses Dokument am 18. Oktober 1948 als Beweisstück Nr. C-348 angeboten und durch Beschluß des Gerichts vom 15. November 1948 als Beweis zugelassen wurde. Es ereignete sich häufig, daß in Fällen, in welchen dem Gericht ein Dokument mehrfach zu verschiedenen Gelegenheiten vorgelegt wurde, ein oder das andere Angebot zurückgewiesen wurde, und daß gelegentlich ein Dokument in einem besonderen Stadium des Verfahrens vorgelegt und der Vorlage erfolgreich widersprochen wurde, jedoch das gleiche Dokument in einem anderen Stadium des Verfahrens oder in bezug auf eine andere Frage erneut angeboten und als Beweismittel zugelassen wurde.

Das fragliche Dokument wurde ordnungsgemäß zugelassen und in die Beweiswürdigung des Gerichts mit aufgenommen.

Wäre die Behauptung wahr, daß das Gericht Beweismaterial berücksichtige, das der Verteidigung niemals vorgelegen hatte, dann würde ein derartiges Vorgehen eine ernstliche Verletzung richterlicher Pflichten bedeuten. Die Behauptung entbehrt jedoch tatsächlich jeglicher Grundlage. Dem Gericht ist nicht bekannt, ob der Angeklagte vor der Verhandlung durch die Staatsanwaltschaft verhört und wenn ja, ob ein derartiges Verhör schriftlich niedergelegt wurde. Wenn dies zutrifft, dann lagen die Niederschriften solcher Verhöre dem Gericht niemals vor, noch wurde deren Inhalt dem Gericht mitgeteilt. Die auf Seite 48 des Urteils (englischer Text) enthaltene Bemerkung stützte sich ausschließlich auf das Protokoll (englisches Protokoll, Seite 9236,

9237). In die Erwägungen des Gerichts wurde weder die Bemerkung der Staatsanwaltschaft einbezogen, daß Weizsäcker „vor der Anklageerhebung gegen ihn kein Wort der Staatsanwaltschaft gegenüber von seiner angeblichen Widerstandstätigkeit" habe fallen lassen (Schriftsatz der Staatsanwaltschaft, Seite 8, englischer Text), noch die Bemerkung der Verteidigung, daß „bereits im Frühjahr 1947, als Weizsäcker zu diesem Zweck nach Nürnberg kam, Dr. Kempner mit Weizsäcker in einem Verhör, dem sich dieser als freier Mann unterzog, z. B. die Talleyrand-Parallele eingehend erörtert habe". (Erwiderungsschriftsatz der Verteidigung, Seite 134, englischer Text). (Das ursprünglich deutsche Zitat frei rückübersetzt.) Keiner dieser beiden Bemerkungen kommt Beweiskraft zu.

Die Aussage des Angeklagten zu diesem Punkte lautete wie folgt:

„F.: Gut. Haben Sie in Ihrer Aussage vor dem IMT im Raeder-Fall ein einziges Wort über ihre Verbindung mit der Widerstandstätigkeit gesagt?

A.: Nein. Ich glaube nicht; ich wurde darüber nicht befragt.

F.: Als Sie für verschiedene Untergebene zu Entnazifizierungszwecken eidesstattliche Erklärungen ausstellten, haben Sie da Ihre Verbindung mit der Widerstandsbewegung irgendwie erwähnt?

A.: Nein. Ich bin nicht ein Mensch, der sich brüstet.

F.: Wäre das aber nicht wichtig gewesen, um den Betreffenden Ihre eigene Stellungnahme zu zeigen?

A.: Ich stelle mich nicht gern in den Mittelpunkt."

(Die ursprünglich deutschen Antworten frei rückübersetzt).

Dem Versuch, die auf den Angeklagten bezüglichen Tatsachen richtig zu bewerten, stellte sich leider entgegen, daß seine Haltung eine derartige war, um an seiner Offenheit und Aufrichtigkeit Zweifel aufkommen zu lassen. Wir mußten notgedrungenermaßen unser Augenmerk auf die außerordentliche Zurückhaltung lenken, die der Angeklagte im Kreuzverhör an den Tag legte, auf sein angebliches Unvermögen, sich an wichtige Ereignisse zu erinnern, und auf sein Bestehen darauf, Dokumente vorgelegt zu erhalten, ehe er über viele Angelegenheiten aussagte.

Nunmehr stellt sich heraus, daß diese Haltung vor allem auf Ratschläge zurückzuführen war, die ihm vor und während des Verfahrens sowohl von seinem amerikanischen wie auch von seinem deutschen Verteidiger erteilt worden waren. Man erinnert sich an Ereignisse, auch wenn man über den genauen Wortlaut eines Dokuments im ungewissen sein mag. Es ist unzulässig, einem Zeugen zu raten, seine Aussage über sein Erinnerungsvermögen an Ereignisse von der Vorlage eines diesbezüglichen Dokuments abhängig zu machen; wäre die Erteilung eines derartigen Rates zur Kenntnis des Gerichts gekommen, dann wäre die Unzulässigkeit eines solchen Vorgangs sofort sowohl den Verteidigern wie auch dem Angeklagten klargemacht worden.

Die Bemerkungen des Gerichts, auf welche sich die Verteidiger zur Rechtfertigung in ihren Anträgen beziehen, wurden erst gemacht, nachdem es offenkundig geworden war, daß aus dem Zeugen keine Aussage herauszuholen

war, sofern und solange ihm nicht die auf die betreffende Angelegenheit bezüglichen Dokumente vorgelegt worden waren.
Bei der Bewertung der für Weizsäcker zu jeder gegen ihn erhobenen Anklage geltend gemachten Verteidigung war das Gericht bemüht, die Tatsachen zu ergründen und festzustellen. Ein großer Teil der eigenen Aussage des Angeklagten über stattgefundene Ereignisse war, ebenso wie die Aussage vieler seiner Zeugen, unbestimmt. Allzu oft mußte ein bedauerliches Versagen festgestellt werden, sich entweder in bezug auf Zeitpunkte, auf Personen oder auf den Gegenstand angeblicher Gespräche und Handlungen mit Bestimmtheit zu äußern. Diese Haltung war nicht nur für die eigenen offiziellen Handlungen des Angeklagten, sondern auch für seine Verbindung mit der sogenannten Untergrund-Widerstandsbewegung charakteristisch. Wir haben dem Angeklagten nicht nur die Vermutung der Unschuld zugute kommen lassen, sondern in allen Zweifelsfällen – und es waren deren viele – auch den Zweifel zu seinen Gunsten ausgelegt.
Da der Angeklagte nunmehr die Behauptung aufstellt, das Gericht habe die Zeugenaussagen bezüglich seiner Verwicklung in den Begriff auf die Tschechoslowakei nicht richtig bewertet, obliegt uns die Verpflichtung, die Angelegenheit erneut zu überprüfen. Unser Beschluß, derartige Anträge zuzulassen, war von dem Wunsch diktiert, etwaige Rechts- oder Tatsachenirrtümer, die sich eventuell versehentlich eingeschlichen haben könnten, richtigzustellen, bzw. eine Möglichkeit zur Richtigstellung zu geben und Gerechtigkeit walten zu lassen.
Wir haben das gesamte auf diesen Fall bezügliche Protokoll erneut überprüft. Wir haben uns ordnungsgemäß auf das Studium des Protokolls beschränkt und die Erwägung aller unwesentlichen Fragen abgelehnt, wie sie im Schreiben der Verteidigung vom 8. Juli 1949 enthalten waren, die zweifellos dem Gericht nicht vorschriftsmäßig vorgelegt wurden und überhaupt nicht hätten unterbreitet werden dürfen.
Das Gericht war der Ansicht, Weizsäcker sei nicht der Urheber dieses Angriffs gewesen und habe ihn mißbilligt. Wir waren weiter der Ansicht, daß innerer Widerspruch keine Verteidigungseinrede bildet, wenn der Angeklagte die Rolle eines Täters oder Gehilfen auf sich genommen oder dem Unternehmen zugestimmt hat. Dies war stets und ist heute noch ein vornehmster Grundsatz des Strafrechts. Wir halten uns an ihn.
Dennoch wird die ernste Frage aufgeworfen, ob Weizsäckers Verwicklung in diesen Angriff derart beschaffen und von solcher Bedeutung war, um einen Schuldspruch zu rechtfertigen. Zur richtigen Beantwortung der Frage war es notwendig, die damals tatsächlich vorhandene Lage zu rekonstruieren und sich die vielfältigen Umstände der Zeit vor Augen zu halten, einer Zeit voller Spannung, Ungewißheit und unter dem Einfluß von Personen und politischen Begebenheiten, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei gegeben waren.
Das Gericht war der Ansicht, die Idee, die Tschechoslowakei zu verschluk-

ken, sei eine Idee Hitlers gewesen, welche die bedingungslose und energische Unterstützung Ribbentrops fand. Die Aufwiegelung der Slowakei war ein Teil des Plans, und die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei war durch Hitler herbeigeführt, wenn sie nicht gar auf seinen Befehl hin erfolgte; der fatale Besuch Hachas in Berlin war eine notwendige Begleiterscheinung und stellte einen Schritt in der Ausführung jenes Planes dar. Die auf den unglückseligen Präsidenten der tschechischen Republik ausgeübte Einschüchterung und, wie der Angeklagte selbst sagte, Erpressung wurde von Hitler und seinen unmittelbaren Mitarbeitern ausgeführt; die Wehrmacht begann die Invasionspläne in die Tat umzusetzen, ehe noch der tschechische Präsident Hitlers Drohungen zum Opfer gefallen war. Von Weizsäcker nahm an keiner dieser Maßnahmen teil, riet nicht zu ihnen und war unserer Ansicht nach mit ihnen nicht einverstanden. Diese Umstände allein würden jedoch zu seiner Entlastung nicht ausreichen, wenn er, in Ausführung von Hitlers Plan, daran beteiligt war, den Argwohn der Tschechen zu beschwichtigen oder Frankreich oder England von dem geplanten Nazi-Kurs ein falsches Bild zu geben, um rechtzeitigen diplomatischen oder sonstigen Maßnahmen dieser Länder vorzugreifen. Die Teilnahme an jeder dieser Handlungen macht den Teilnehmer zum *particeps criminis.*

In bezug auf das endgültige Unternehmen auf die tschechische Republik sind wir weiter der Ansicht, Weizsäcker habe sich im weiteren Verlauf überzeugt, daß weder Frankreich noch England für den Fall der Ausführung des Unternehmens aus Protest gegen eine vom Angeklagten selbst zugestandene offene Verletzung der Sprache und des Geistes des Münchener Abkommens zum Krieg schreiten würden, und daß er folglich diesen Angriffsakt Hitlers als für Deutschland weniger gefährlich erachtete als Hitlers Forderungen vor dem Zustandekommen des Münchener Abkommens oder die darauf folgenden polnischen Manöver, ferner, daß seine Bemühungen, die Westmächte zu verständigen und zu warnen, weniger positiv und tatsächlich nicht ernst gemeint waren. Wir sehen keine Veranlassung, unsere Bewertung des Altenburg-Berichts oder unsere Feststellungen abzuändern, wonach Weizsäcker von Hitlers Plänen Kenntnis hatte, selbst wenn er vielleicht nicht genau über das Wann und Wie ihrer Ausführung auf dem laufenden gehalten wurde. So lautete seine Zeugenaussage (englisches Protokoll, Seite 7731).

Im Urteil wird auf Weizsäckers Besprechung mit Coulondre, dem französischen Botschafter, vom 22. Dezember 1938 und auf seine Besprechungen vom 28. Dezember mit Magistrati von der italienischen Botschaft Bezug genommen sowie auf das Antwortschreiben auf die britische Note über die tschechoslowakische Garantie, vom 8. Februar 1939, welches unter der Aufsicht des Angeklagten und zumindest zum Teil von ihm selbst abgefaßt wurde; ferner wird Bezug genommen auf seine Unterredung vom 22. Februar 1939 mit dem tschechischen Geschäftsträger und auf seine Unterredung vom 3. März 1939 mit Mastny, dem tschechischen Gesandten. Diese sind die wesentlichen, auf Weizsäckers Teilnahme an dem Angriff auf die Tschechoslo-

wakei bezüglichen Dokumente. Seine am 15. und 18. März den französischen und britischen Botschaftern gegenüber abgegebenen Erklärungen, die beide zeitlich nach dem Angriff liegen, wurden ebenfalls zitiert und sind nur insofern wesentlich, als sie geeignet sein könnten, Weizsäckers tatsächliche Gesinnung und Einstellung zu beleuchten und das Gericht in die Lage zu versetzen, Wahrheit und Unwahrheit der von ihm nunmehr geltend gemachten Behauptungen über seinen Widerwillen und seine Ablehnung gegenüber Hitlers Handlungen zu unterscheiden.
Keines dieser Dokumente ist geeignet, ein günstiges Licht auf Weizsäcker zu werfen oder als Nachweis seines Widerwillens und seiner Ablehnung zu gelten; die Dokumente enthalten viele Bemerkungen, deren Unwahrheit Weizsäcker bekannt war und von ihm zugegeben wird, und stellen offizielle Bemühungen dar, das zu rechtfertigen, von dem er selbst zugibt, daß es nicht zu rechtfertigen war. Das Gericht ist jedoch mit den gesetzlichen Wirkungen von Handlungen und nicht mit Fragen individueller oder diplomatischer Moral befaßt.
Es muß zugestanden werden, daß er keinen Versuch unternahm, die Tschechen irrezuführen, sei es in bezug auf die gefährliche Lage ihres Landes oder in bezug auf Deutschlands Absichten und Einstellung, und aus Weizsäckers Bemerkungen geht hervor, daß dem tschechischen Gesandten und Geschäftsführer die Gefahr, in der sich ihr Land befand, klar war und sie wenig Zweifel über Hitlers Pläne hatten. Ebensowenig kann ein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierungen Frankreichs und Englands durch die ihnen gegenüber abgegebene Erklärung über die deutsche Stellungnahme davon in Kenntnis gesetzt wurden, daß Deutschland die von Hitler in München übernommene Garantie für die Integrität der restlichen Tschechoslowakei widerrief. Die Erklärung konnte diese Länder nicht in ein Gefühl falscher Sicherheit versetzen und tat es auch nicht.
Ein Schuldspruch wäre unumgänglich gewesen, hätte die Beweisaufnahme ergeben, daß Weizsäcker an der Vorbereitung oder Ausführung des geplanten Angriffs teilnahm, oder daß er in Kenntnis derselben den Versuch unternahm, die Tschechen, Engländer oder Franzosen über den Angriffsplan zu täuschen.
Auf Grund einer sorgfältigen Überprüfung des gesamten Protokolls in bezug auf Weizsäckers Verbindung mit dem Angriff auf die Tschechoslowakei gelangen wir zu der Überzeugung, daß unser Schuldspruch unter der Anklage dieses Verbrechens irrig war. Wir begrüßen die Gelegenheit, ihn richtigzustellen. Der gegen den Angeklagten von Weizsäcker ergangene Schuldspruch unter Anklagepunkt I wird hiermit aufgehoben, und der Angeklagte wird unter diesem Anklagepunkt freigesprochen.
Bei der Behandlung der Frage von Weizsäckers Schuld unter Anklagepunkt I sprach sich das Gericht über das Nichterscheinen des Zeugen Burckhardt zum Kreuzverhör aus und lehnte aus diesem Grunde ab, Teile seines angeblichen Tagebuchs in Erwägung zu ziehen. Die Frage der Vorlage des gesamten

Tagebuchs und des Erscheinens von Dr. Burckhardt zum Verhör war Gegenstand einer Anzahl von Besprechungen mit der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung. Mitglieder des Richterkollegiums, die bei diesen Besprechungen anwesend waren, erinnern sich, verständigt worden zu sein, daß Dr. Burckhardt von seiner Regierung wegen der in dem Tagebuch enthaltenen Bemerkungen über noch lebende Personen verboten worden war, die restlichen Teile des Tagebuchs vorzulegen oder sich in diesen Angelegenheiten dem Kreuzverhör zu unterziehen, und daß das Tagebuch schließlich die dem Gericht angemessen erscheinende Bewertung erfuhr. Wir erkennen die sprachlichen Schwierigkeiten an, die sich bei der Führung dieser Besprechungen ergaben, und es kann leicht zu einem Mißverständnis dadurch gekommen sein, daß sich ein Anwalt entweder ungenau ausdrückte oder das Gericht ihn unrichtig verstand. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die betreffende Bemerkung sowohl Dr. Burckhardt wie seiner Regierung gegenüber ungerecht ist, eine Möglichkeit, welche das Gericht in hohem Ausmaße bedauern würde. Wir streichen daher unsere Bemerkungen in bezug auf beide. Da der Angeklagte von Weizsäcker unter der Anklage, zu welcher die Tagebucheintragungen angeblich erheblich waren, freigesprochen wurde, erübrigt sich jede weitere Erörterung der Angelegenheit.

Der Angeklagte beschwert sich, daß seine handschriftliche Anmerkung unrichtig wie folgt wiedergegeben wurde: „to be selected by the police", hingegen die richtige Übersetzung im Dokumentenbuch Nr. 60 wie folgt enthalten ist: „described in detail of the police record". Das fragliche Beweisstück wurde am 18. März 1948 angeboten und vom Gericht zugelassen, und die Staatsanwaltschaft führte bei der Gelegenheit aus, daß die richtige Übersetzung die von uns verwendete ist (englisches Protokoll, Seite 3525). Die Verteidigung erhob keinen Widerspruch, worauf die Richter in ihren Abschriften der Dokumente die nötige Richtigstellung vornahmen. Richtigstellungen dieser Art waren keineswegs etwas Außergewöhnliches. Vor Abschluß des Verfahrens einigten sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung über viele Hunderte derartiger Richtigstellungen, welche mühsam in die Gerichtsakten und -protokolle übertragen wurden. Aber eine andere Schlußfolgerung ist auch dann nicht zulässig, wenn wir – wie wir es für die vorliegende Entscheidung tun – von der Annahme ausgehen, daß die zitierte Übersetzung falsch und die von dem Angeklagten vorgeschlagene richtig ist. Es wurde nicht behauptet, daß die Juden, deren Namen in den Polizeiakten in Frankreich aufgefunden wurden, selbst Verbrecher gewesen seien. Derartige Anmerkungen stellten nichts weiter als eine Registrierung dar. Selbst wenn eingeräumt werden würde, daß die Juden, deren Namen in jenen Akten verzeichnet waren, der Kategorie von Verbrechern angehörten, würde deren Verschickung nach Deutschland zur Zwangsarbeit oder in den Tod ebenso den Tatbestand eines Verbrechens gegen internationales Recht erfüllen.

Unser Schuldspruch gegen Weizsäcker und Wörmann erfolgte auf Grund der Tatsache, daß diese eine offizielle Anfrage, ob das Auswärtige Amt gegen

diese Verschickungen etwas einzuwenden habe oder nicht, im verneinenden Sinne beantworteten, trotzdem beide wußten und sich darüber klar waren, daß der Vorschlag eine glatte Verletzung internationalen Rechts bedeutete. In bezug auf die Schuldfrage ist es unwesentlich, ob die Auswahl der Opfer von der Polizei zu treffen war oder ob die Bemerkung: „described in detail in police records" hierauf zutrifft. Es wird nicht behauptet, daß diese in den Polizeilisten näher bezeichneten Juden tatsächlich Verbrecher waren.
Die Angeklagten Weizsäcker und Wörmann machen geltend, unser gegen sie unter Anklagepunkt V ergangener Schuldspruch sei auf der falschen Annahme begründet, sie hätten damals von dem in Auschwitz durchgeführten Vernichtungsprogramm Kenntnis gehabt. Dies trifft nicht zu. Wir waren und sind weiterhin über jeden vernünftigen Zweifel hinaus überzeugt, daß beide Angeklagte sich darüber klar waren, daß die Verschickung der Juden aus den besetzten Ländern nach Deutschland und in den Osten schließlich deren Tod bedeutete. Es ist unmöglich, den auf die holländischen Juden bezüglichen Teil des Protokolls zu lesen und in dieser Frage überhaupt irgendwelche Zweifel zu haben.
Die Beweisstücke Nr. 1677, 1678 und 1679, Dokumentenbuch Nr. 60 B, beziehen sich auf eine Anzahl von ungefähr 600 holländischen Juden, die im Jahre 1941 nach Deutschland verschickt wurden. In seinem Bericht hierüber an Ribbentrop und Weizsäcker bemerkte Wörmann, Bene habe ihn verständigt, infolge der Tötung eines W.A.-Mannes durch unbekannte jüdische Mörder seien „400 Juden aus den Niederlanden nach Deutschland gebracht worden, um hier *‚zu arbeiten'* " (Auszeichnung von Wörmann). (Zitat frei rückübersetzt.) Im Oktober 1941 berichtete Albrecht an Weizsäcker, der schwedische Gesandte habe bemerkt, sein Ersuchen, das Konzentrationslager Mauthausen, in das diese Juden eingewiesen worden waren, besuchen zu dürfen, sei abgewiesen worden, und habe sein Ersuchen mit dem Hinweis darauf wiederholt, daß mehr als 400 davon, zum größten Teil junge Männer, bereits gestorben seien und aus den Listen zu entnehmen sei, daß sich diese Todesfälle jedesmal an bestimmten Tagen ereignet hätten. In unserem Urteil wurde auf die übrigen Einzelheiten dieses Vorfalls Bezug genommen.
Die Verteidigung hat in ihrem Bemühen, das Gericht zu überzeugen, viel Beweismaterial dafür vorgelegt, daß diese Konzentrationslager einschließlich Auschwitz bis nach 1942 bloß Arbeitslager und keine Mordfabriken gewesen seien. Eine genaue Betrachtung ergibt, daß es auf außerordentlich sorgfältige Weise vermieden wurde zu sagen, daß Juden vor dieser Zeit nur arbeiteten und nicht ermordet wurden, sondern der Nachdruck darauf gelegt wurde, daß das *Massen*mordprogramm erst nach 1942 eingesetzt hätte, als Juden-Transporte bei der Ankunft in den Lagern geradewegs in die Gaskammern getrieben wurden. Dennoch wird trotz der sorgfältigen Zurückhaltung in der in diesen eidesstattlichen Erklärungen und Zeugenaussagen angewandten Sprache kein Versuch unternommen zu leugnen, daß bereits während einiger Jahre vor jenem Zeitpunkt Verhungern, Entbehrung und Arbeit bis zur Er-

schöpfung, Tod und unterschiedsloser Mord an der Tagesordnung waren. Dies wird durch den auf die holländischen Juden bezüglichen Mauthausen-Vorfall erwiesen.

Die Mehrheit des Richterkollegiums sah sich nach Erwägung der durch eines seiner Mitglieder, Herrn Richter Powers, geäußerten Ansichten gezwungen, diese abzulehnen. Herr Richter Powers äußerte sich wie folgt: „Auf auswärtige Politik konnte daher ein Widerspruch nicht gestützt werden . . . Die sogenannte Zustimmung Weizsäckers und Wörmanns bedeutete also weiter nichts als die Anerkennung, daß keine Umstände vorlagen, die es ihnen ermöglichten, vom Standpunkt der ausländischen Politik aus Einwand zu erheben."

Wir waren damals und sind weiter der Ansicht, daß Herr Richter Powers einem Irrtum sowohl in bezug auf Tatsachen wie auf Recht unterlag. Das Auswärtige Amt war die einzige Behörde des Reiches, die zuständig bzw. berechtigt war, die Regierung zu beraten, ob beabsichtigte deutsche Maßnahmen den Grundsätzen des Völkerrechts entsprachen oder nicht. Es wird wohl zugestanden, daß das Auswärtige Amt nicht in der Lage war, die Regierung oder Hitler zur Befolgung seiner Empfehlungen zu zwingen, doch waren die Angeklagten Weizsäcker und Wörmann verpflichtet und dafür verantwortlich, ihre Empfehlungen wahrheitsgemäß und genau vorzunehmen. Das Auswärtige Amt war die einzige maßgebliche Stelle für die Entscheidung darüber, was internationalen Gebrauch und internationale Verpflichtung darstellte, und war selbst für die Behandlung der Angelegenheiten zuständig, die mit auswärtiger Politik im Zusammenhang standen. Seine leitenden Beamten konnten sich der Verantwortlichkeit nicht einfach entziehen, indem sie ihre Erwägungen auf die Betrachtung beschränkten, ob, ungeachtet gesetzlicher Rechte, ein Verbrechen nach dem Völkerrecht erfolgreich begangen werden konnte, entweder mit oder ohne Zustimmung der betreffenden Regierung, deren Staatsangehörige von der beabsichtigten Maßnahme betroffen wurden, ohne Rücksicht auf die Frage, ob im gegebenen Fall die angebliche Zustimmung der anderen Regierung freiwillig erfolgte oder durch Furcht oder Drohung herbeigeführt worden war. Wir halten bedenkenlos an der Ansicht fest, daß in einem solchen Falle sowohl die verantwortlichen Führer der zustimmenden Regierung wie auch jene des Staates, der das Verbrechen tatsächlich verübt, eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig sind. Die Wahrscheinlichkeit, daß entweder ein Verbrechen gegen das Völkerrecht verheimlicht werden kann oder die Rechtsbrecher einen derartigen Erfolg zu verzeichnen haben werden, daß eine Strafverfolgung nicht zu berücksichtigen ist, stellt keine Verteidigungseinrede dar. Im Gegenteil, diese Faktoren sind eher dazu angetan, als Erschwerungsmomente zu gelten. Dem Gericht ist kein Grundsatz des nationalen oder internationalen Rechts bekannt, wonach Mord gesetzlich zulässig wird, weil eine natürliche Person oder ein Staat hierzu seine Zustimmung erteilt.

Ebenso gegenstandslos ist die Behauptung, daß die Verschickung bereits vor

dem 4. März 1941 endgültig beschlossen war und nach diesem Zeitpunkt die Erteilung oder Nichterteilung der Zustimmung durch das Auswärtige Amt unerheblich war. Wir bezweifeln nicht, daß das, was sich letzten Endes ereignete, nämlich die Verschickung dieser unglückseligen Juden aus Frankreich in den Tod im Osten, von Hitler und den Nazi-Organisationen geplant und durchgeführt wurde. Hierdurch wird jedoch nicht die Bedeutung der Tatsache ausgeschlossen, daß vor der Begehung der Tat bei der zur Erteilung von Gutachten und Empfehlungen in Fragen des Völkerrechts zuständigen Reichsbehörde angefragt wurde, ob sie mit der vorgeschlagenen Maßnahme einverstanden sei oder nicht. Die alleinige Empfehlung, die sie innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs machen, und der alleinige Widerspruch, den sie vom offiziellen Standpunkte aus erheben konnte, mußte dahin lauten, ob das vorgeschlagene Programm gegen das Völkerrecht verstieß oder nicht, und ob, ungeachtet seiner Gesetzlichkeit, ungünstige politische Folgen im Ausland entstehen konnten. Wenn es sich um ein Programm handelte, das gegen das Völkerrecht verstieß, bestand die unbedingte Pflicht, die anfragende Regierungsstelle in diesem Sinne zu verständigen. Wenn letztere dennoch beschloß, in der Sache vorzugehen, hätten das Auswärtige Amt und dessen Beamten ihre Amtspflicht erfüllt und wären berechtigt, sich hierauf zu ihrer Entlastung zu berufen. Leider erfüllten Wörmann und sein Vorgesetzter, von Weizsäcker, diese Pflicht nicht. Als Wörmann mit den Worten „Das Auswärtige Amt hat keine Bedenken" einverstanden war und Weizsäcker die Phrase auf „hat nichts einzuwenden" (beide Zitate frei rückübersetzt) abänderte – wobei beide Phrasen für die Zwecke dieses Verfahrens als beinahe gleichbedeutend anzusehen sind –, gaben sie den Verbrechern, die das Verbrechen zu begehen wünschten, freie Hand. Unter solchen Umständen ist es müßig, Mutmaßungen anzustellen, ob ein gegenteiliger Rat befolgt worden wäre oder nicht. Es ist ein ungeheurer Unterschied, ob man „nein" oder „nichts einzuwenden" sagt. Ersteres würde zur Entlastung dienen, letzteres ist schuldhaft.

Die Behauptung, Wörmann sei in der fraglichen Angelegenheit nicht zuständig gewesen, ist nicht stichhaltig. Luthers Abteilung Deutschland unternahm nichts ohne Zustimmung und Direktiven seiner Vorgesetzten, Wörmann und Weizsäcker. Es legte ihnen die Sache vor und handelte mit ihrer Zustimmung.

Wir haben in bezug auf die Verurteilungen Weizsäckers und Wörmanns unter Anklagepunkt V sowohl die Entlastungs- wie die Belastungsbeweise überprüft und die hierzu eingereichten Anträge wohl erwogen. Die Anträge werden abgewiesen und die in unserem Urteil ergangenen Schuldsprüche aufrechterhalten.

Herr Richter Christianson stimmt mit der Aufhebung der Verurteilung Weizsäckers unter Anklagepunkt I nicht überein; seine Gründe sind im nachstehenden Memorandum verzeichnet.

Ich bin nicht in der Lage, mich dem Beschluß der Mehrheit des Richterkollegiums hinsichtlich der unter Anklagepunkt I erfolgten Verurteilung des Angeklagten von Weizsäcker anzuschließen. Ich pflichte der Ansicht nicht bei, wonach die Mehrheit des Richterkollegiums im ursprünglichen Urteil das in der fraglichen Angelegenheit vorliegende Beweismaterial falsch bewertete, wie es nunmehr durch meine Kollegen in bezug auf die Verurteilung des Angeklagten von Weizsäcker unter Anklagepunkt I zum Ausdruck gebracht wird.

Eine erneute Überprüfung des hinsichtlich der Handlungen des Angeklagten von Weizsäcker im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Tschechoslowakei vorliegenden Beweismaterials bestärkt mich in meiner Überzeugung von der Schuld dieses Angeklagten unter Anklagepunkt I. Es ist mir demnach nicht möglich, mich dem Beschluß meiner Kollegen, wodurch die Verurteilung des Angeklagten von Weizsäcker unter Anklagepunkt I aufgehoben und die Strafe herabgesetzt wird, anzuschließen.

gez.: William C. Christianson

Richard von Weizsäckers Ansprache im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestages der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht

Meine Herren Präsidenten,
Herr Bundeskanzler, Exzellenzen,
meine Damen und Herren, liebe Landsleute!
Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.
Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.
Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.
Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang.
Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewißheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?
Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn? Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft.
Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.
Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.
Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.

Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit.
Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.
Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.
Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.
Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.
Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.
Wir gedenken der erschossenen Geiseln.
Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.
Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.
Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.
Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids,
Leid um die Toten,
Leid durch Verwundung und Verkrüppelung,
Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung,
Leid in Bombennächten,
Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not,
Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod,

Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.
Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.
Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen.
Ihr Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergißt die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde.
Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt.
Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall.
Als die überlebenden Männer heimkehrten, mußten Frauen oft wieder zurückstehen. Viele Frauen blieben auf Grund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit.
Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.

Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. Noch am Tag vor seinem Ende am 30. April 1945 hatte er sein sogenanntes Testament mit den Worten abgeschlossen:
„Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum."
Gewiß, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.
Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Haß.
Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, der unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde?
Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen.

Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah.
Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen.
Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewußt oder auch nur geahnt zu haben.
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im stillen selbst nach seiner Verstrickung.
Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.
Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.
Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.
Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.
Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.
Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.
Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.
Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.
Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist.
Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie

ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, sie schafft Glauben an Erlösung, an Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben.
Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.
Für uns kommt es auf ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Inneren an.
Der 8. Mai ist ein tiefer historischer Einschnitt, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geschichte.
Der europäische Bürgerkrieg war an sein Ende gelangt, die alte europäische Welt zu Bruch gegangen. „Europa hatte sich ausgekämpft" (M. Stürmer). Die Begegnung amerikanischer und sowjetrussischer Soldaten an der Elbe wurde zu einem Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära.
Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln. Großen, ja bestimmenden Einfluß hatten die Europäer in der Welt, aber ihr Zusammenleben auf dem eigenen Kontinent zu ordnen, das vermochten sie immer schlechter. Über hundert Jahre lang hatte Europa unter dem Zusammenprall nationalistischer Übersteigerungen gelitten. Am Ende des Ersten Weltkrieges war es zu Friedensverträgen gekommen. Aber ihnen hatte die Kraft gefehlt, Frieden zu stiften. Erneut waren nationalistische Leidenschaften aufgeflammt und hatten sich mit sozialen Notlagen verknüpft.
Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten. Und auch die europäischen Westmächte, nach Churchills Urteil „arglos, nicht schuldlos", trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den dreißiger Jahren ohne Einfluß auf Europa.
Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen.
Am 23. Mai 1939 – wenige Monate vor Kriegsausbruch – erklärte er vor der deutschen Generalität:
Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden . . .
Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht.
Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung . . .
Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen . . .
Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.
Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens.
Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu er-

möglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete.
Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion.
Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.
Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet.
Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: Wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.
Es folgte die von den Siegermächten verabredete Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt worden waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten.
Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von Hitler begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelösten Krieges erinnern.
Im Blick auf die Teilung unseres eigenen Landes und auf den Verlust großer Teile des deutschen Staatsgebietes denken auch wir daran. In seiner Predigt zum 8. Mai sagte Kardinal Meißner in Ostberlin: „Das trostlose Ergebnis der Sünde ist immer die Trennung."
Die Willkür der Zerstörung wirkte in der willkürlichen Verteilung der Lasten nach. Es gab Unschuldige, die verfolgt wurden, und Schuldige, die entkamen. Die einen hatten das Glück, zu Hause in vertrauter Umgebung ein neues Leben aufbauen zu können. Andere wurden aus der angestammten Heimat vertrieben.
Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt.
Die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen, war die erste Aufgabe im Geistigen, die sich neben der Aufgabe des materiellen Wiederaufbaus stellte. An ihr mußte sich die menschliche Kraft erproben, die Lasten anderer zu erkennen, an ihnen dauerhaft mitzutragen, sie nicht zu

vergessen. In ihr mußte die Fähigkeit zum Frieden und die Bereitschaft zur Versöhnung nach innen und außen wachsen, die nicht nur andere von uns forderten, sondern nach denen es uns selbst am allermeisten verlangte.
Wir können des 8. Mai nicht gedenken, ohne uns bewußtzumachen, welche Überwindung die Bereitschaft zur Aussöhnung den ehemaligen Feinden abverlangte. Können wir uns wirklich in die Lage von Angehörigen der Opfer des Warschauer Ghettos oder des Massakers von Lidice versetzen?
Wie schwer mußte es aber auch einem Bürger in Rotterdam oder London fallen, den Wiederaufbau unseres Landes zu unterstützen, aus dem die Bomben stammten, die erst kurze Zeit zuvor auf seine Stadt gefallen waren. Dazu mußte allmählich eine Gewißheit wachsen, daß Deutsche nicht noch einmal versuchen würden, eine Niederlage mit Gewalt zu korrigieren.
Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.
Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.
Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.
Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.
Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber.
Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.
Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es

heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.
Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.
Der Neuanfang in Europa nach 1945 hat dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung Siege und Niederlagen gebracht. Für uns gilt es, die Chance des Schlußstrichs unter eine lange Periode europäischer Geschichte zu nutzen, in der jedem Staat Frieden nur denkbar und sicher schien als Ergebnis eigener Überlegenheit und in der Frieden eine Zeit der Vorbereitung des nächsten Krieges bedeutete.
Die Völker Europas lieben ihre Heimat. Den Deutschen geht es nicht anders. Wer könnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen?
Nein, Friedensliebe zeigt sich gerade darin, daß man seine Heimat nicht vergißt und eben deshalb entschlossen ist, alles zu tun, um immer in Frieden miteinander zu leben. Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.

Stärker als früher hat der letzte Krieg die Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt. Die Versöhnungsarbeit von Kirchen fand eine tiefe Resonanz. Für die Verständigungsarbeit von jungen Menschen gibt es viele Beispiele. Ich denke an die „Aktion Sühnezeichen" mit ihrer Tätigkeit in Auschwitz und Israel. Eine Gemeinde der niederrheinischen Stadt Kleve erhielt neulich Brote aus polnischen Gemeinden als Zeichen der Aussöhnung und Gemeinschaft. Eines dieser Brote hat sie an einen Lehrer nach England geschickt. Denn dieser Lehrer aus England war aus der Anonymität herausgetreten und hatte geschrieben, er habe damals im Krieg als Bombenflieger Kirche und Wohnhäuser in Kleve zerstört und wünsche sich ein Zeichen der Aussöhnung.
Es hilft unendlich viel zum Frieden, nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt, sondern auf ihn zuzugehen, wie dieser Mann es getan hat.

In seiner Folge hat der Krieg alte Gegner menschlich und auch politisch einander nähergebracht. Schon 1946 rief der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner denkwürdigen Stuttgarter Rede zur Verständigung in Europa und dazu auf, dem deutschen Volk auf seinem Weg in eine freie und friedliebende Zukunft zu helfen.
Unzählige amerikanische Bürger haben damals mit ihren privaten Mitteln uns Deutsche, die Besiegten, unterstützt, um die Wunden des Krieges zu heilen.
Dank der Weitsicht von Franzosen wie Jean Monnet und Robert Schuman und von Deutschen wie Konrad Adenauer endete eine alte Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen für immer.
Ein neuer Strom von Aufbauwillen und Energie ging durch das eigene Land. Manche alte Gräben wurden zugeschüttet, konfessionelle Gegensätze und soziale Spannungen verloren an Schärfe. Partnerschaftlich ging man ans Werk.

Es gab keine „Stunde Null", aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.
Vier Jahre nach Kriegsende, 1949, am heutigen 8. Mai, beschloß der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz. Über Parteigrenzen hinweg gaben seine Demokraten die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft im Artikel 1 unserer Verfassung:
Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
Auch an diese Bedeutung des 8. Mai gilt es heute zu erinnern.
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.
Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.
Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht, sichert die Lebensgrundlage der Menschen. Hatten sich bei Kriegsende viele Deutsche noch darum bemüht, ihren Paß zu verbergen oder gegen einen anderen einzutauschen, so ist heute unsere Staatsbürgerschaft ein angesehenes Recht.
Wir haben wahrlich keinen Grund zu Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. Aber wir dürfen uns der Entwicklung dieser 40 Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart und für die ungelösten Aufgaben, die auf uns warten, nutzen.
Wenn wir uns daran erinnern, daß Geisteskranke im Dritten Reich getötet wurden, werden wir die Zuwendung zu psychisch kranken Bürgern als unsere eigene Aufgabe verstehen.
Wenn wir uns erinnern, wie rassisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.
Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.
Wer über die Verhältnisse im Nahen Osten urteilt, der möge an das Schicksal denken, das Deutsche den jüdischen Mitmenschen bereiteten und das die Gründung des Staates Israel unter Bedingungen auslöste, die noch heute die Menschen in dieser Region belasten und gefährden.

Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben. Es gilt, daß beide Seiten sich erinnern und beide Seiten einander achten. Sie haben menschlich, sie haben kulturell, sie haben letzten Endes auch geschichtlich allen Grund dazu.
Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim 40. Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren. Die Sowjetunion trete für Freundschaft zwischen den Völkern ein.
Gerade wenn wir Fragen auch an sowjetische Beiträge zur Verständigung zwischen Ost und West und zur Achtung von Menschenrechten in allen Teilen Europas haben, gerade dann sollten wir dieses Zeichen aus Moskau nicht überhören. Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.

40 Jahre nach dem Ende des Krieges ist das deutsche Volk nach wie vor geteilt.
Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres:
Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen.
Vor kurzem wurde in Baltimore in den Vereinigten Staaten eine Ausstellung „Juden in Deutschland" eröffnet. Die Botschafter beider deutschen Staaten waren der Einladung gefolgt. Der gastgebende Präsident der Johns-Hopkins-Universität begrüßte sie zusammen. Er verwies darauf, daß alle Deutschen auf dem Boden derselben historischen Entwicklung stehen. Eine gemeinsame Vergangenheit verknüpfte sie mit einem Band. Ein solches Band könne eine Freude oder ein Problem sein – es sei immer eine Quelle der Hoffnung.
Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben.
Auch den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint. Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen.
Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige.
Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.
Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.

Manche junge Menschen haben sich und uns in den letzten Monaten gefragt, warum es 40 Jahre nach Ende des Krieges zu so lebhaften Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gekommen ist. Warum lebhafter als nach 25 oder 30 Jahren? Worin liegt die innere Notwendigkeit dafür?
Es ist nicht leicht, solche Fragen zu beantworten. Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen, obwohl es diese zweifellos auch gegeben hat.
40 Jahre spielen in der Zeitspanne von Menschenleben und Völkerschicksalen eine große Rolle.
Auch hier erlauben Sie mir noch einmal einen Blick auf das Alte Testament, das für jeden Menschen unabhängig von seinem Glauben tiefe Einsichten aufbewahrt. Dort spielen 40 Jahre eine häufig wiederkehrende, eine wesentliche Rolle.
40 Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt in der Geschichte mit dem Einzug ins verheißene Land begann.
40 Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration.
An anderer Stelle aber (Buch der Richter) wird aufgezeichnet, wie oft die Erinnerung an erfahrene Hilfe und Rettung nur 40 Jahre dauerte. Wenn die Erinnerung abriß, war die Ruhe zu Ende.
So bedeuten 40 Jahre stets einen großen Einschnitt. Sie wirken sich aus im Bewußtsein der Menschen, sei es als Ende einer dunklen Zeit mit der Zuversicht auf eine neue und gute Zukunft, sei es als Gefahr des Vergessens und als Warnung vor den Folgen. Über beides lohnt es sich nachzudenken.
Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.
Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.
Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden.
Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.
Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren.
Die Bitte an die jungen Menschen lautet:
Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere

Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß.

Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.
Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben.
Ehren wir die Freiheit.
Arbeiten wir für den Frieden.
Halten wir uns an das Recht.
Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.
Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.

Anstatt eines Nachwortes:

Ernst von Weizsäcker und die „Vergangenheitsbewältigung":
(Erinnerungen, Seite 153):
Der Friede aber verlangt einen Ausgleich zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, und er verlangt manchmal einen Strich unter die Vergangenheit. Namentlich bei den geschulten, gewöhnlich sehr rührigen französischen Diplomaten habe ich beobachtet, daß sie für ihren Beruf ein zu gutes Gedächtnis hatten und zu belastet waren durch das Gedankenerbe Richelieus.

(Erinnerungen, Seite 263):
Kann man einen Vorgang in der Menschheitsgeschichte wie diesen Krieg als vermeidbar bezeichnen? Wer darf sich hier zum Richter machen, wer darf ein Schuldurteil aussprechen über einzelne Nationen und einzelne Personen?

(Erinnerungen, Seite 375):
Wer nicht vergessen und Vergangenes nicht liquidieren kann, der ist kein Christ und zugleich ein schlechter Politiker.

Die Wahrheit über von Weizsäcker

DSZ